~~Remot.~~

~~609.~~

H. mic. 35

Biederman.

Remi 609

Unsre Gegenwart und Bukunft.

Herausgegeben von

Karl Biedermann.

Vierter Band.

Leipzig,
Verlag von Gustav Mayer.
1846.

5 B. D.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Die schon für den vorigen Band in Aussicht gestellten **„Oeffentlichen Karaktere aus Schleswig-Holstein“** können wir leider auch in diesem Bande nicht liefern, und es ist ungewiß, ob wir sie überhaupt zu liefern im Stande sein werden, da Derjenige, der uns dieselben versprochen hatte, vor Kurzem uns und seinem rüstigen, fruchtreichen publizistischen Wirken durch den Tod entrissen worden ist. Es war H. Hansen in Eckernförde, Derselbe, von dem der vorige Band unsrer „Gegenwart“ den so gründlichen und geistvollen Aufsatz: „Deutschland und Skandinavien“ brachte. An Hansen verliert die schleswig-holsteinische Sache einen wackern, unermüdlichen Kämpfer, der Jahrelang schon mit der Feder und mit dem freien Worte die nazionale Bewegung zu fördern und das Volk über seine Interessen und seine Pflichten als Deutsche aufzuklären redlich bemüht war. Er sprach noch zuletzt bei der großen Volksversammlung zu Neumünster; bald darauf ward er von einem gastrischen Fieber befallen, welches einen so unglücklichen Ausgang nahm. Er ruhe sanft! Dagegen hoffen wir im nächsten Bande einige wichtige **Aktenstücke zur schleswig-holsteinischen Frage** geben zu können.

Unsre

Gegenwart

und

Zukunft.

Herausgegeben

von

Karl Biedermann.

Vierter Band.

Leipzig,
Verlag von Gustav Mayer.
1846.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Inhalt.

Seite

Die slawische Frage und Oestreichs Stellung zu ihr 1
Eine neue Fase der kirchlichen Bewegung in Königsberg 45
Zur Karakteristik der zweiten Kammer und des Ministeriums in Baden . . 55
Zur politischen Entwicklungsgeschichte Preußens 106
Die Russomanie der Polen, mit besondrer Beziehung auf das Großherzogthum Posen 203
Die Untersuchung gegen Tissowski und §. 48 der sächsischen Verfassungsurkunde 244
Die russisch-französische Allianz, mit besondrer Beziehung auf die polnische und die schleswig-holsteinische Frage 248
Sozialistische Bestrebungen in Deutschland, dritter Artikel 268

Die slawische Frage und Östreichs Stellung zu ihr.

Der ursprüngliche Lärm des galizischen Aufstands ist kaum verhallt, und bereits machen sich die Folgen in bedenklicher Weise fühlbar, weit fühlbarer als die oberflächlich Urtheilenden noch vor wenigen Wochen für möglich gehalten hatten. Abgesehen davon, daß gegen Östreich in der öffentlichen Meinung Europas eine Erkältung eingetreten, die gewiß Niemand mehr empfindet als die zunächst davon betroffenen Lenker der Regierung, so läßt sich doch keinesfalls in Abrede stellen, daß hauptsächlich im Kreise der Monarchie selbst eine gewisse Stimmung des Mistrauens, ein politisches Unbehagen herrscht, das vielleicht weniger klar begriffen, als gefühlt wird. Es ist als ob der rauhe Nordost all die erkünstelten Blüthen hinweggeblasen hätte, welche im Strahle der konservativen Zuversicht aufgegangen waren. Es glich die polnische Erhebung einem Blitze in dunkler Nacht, er hat die Schwäche des herrschenden Systems beleuchtet. Die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände ist nun auch blöden Augen erkennbar geworden, und es gehört nicht sonderliche Profetengabe dazu, um Geschicke in den Sternen zu lesen, die sicher nicht zu den erfreulichen gehören.

Eines aber ist klarer geworden, als je, daß nämlich der entscheidende Wendepunkt im Leben der Monarchie sich näher gestellt hat, als jemals, und daß die Grundlagen eines freieren und licht-

freundlicheren Systems bald, sehr bald gelegt werden müssen. Noch ist es Zeit, allein es ist eben nur eine kurze Spanne Zeit. Sie ist kostbarer, unersetzlicher, als manches frühere verschlafene Jahrhundert.

Die Geschichte der polnischen Erhebung ist bekannt. Sie war berechnet auf den Geist der gesammten Nation. Diese sollte elektrisirt werden durch den Ruf: „keine Frohnen, keine Zinsen mehr!“ Das galizische Volk mistraute, erschlug den Adel, weil es noch erbittert war über das alte Unterdrückungssystem, glaubte durch die Unterstützung der Regierung am leichtesten zum Ziele zu kommen, und, als nun der Erfolg lehrte, daß seinen Wünschen nicht entsprochen wurde, daß Zinsen und Frohnen und Salzpreis ꝛc. ꝛc. bestehen blieben, wie zuvor, als die vielbesprochenen kais. Manifeste erschienen, in deren ersteren das Volk ermahnt wurde, sich ruhig zu zerstreuen und nach Hause zu seinen pflichtmäßigen Arbeiten zurückzukehren, trat ein psychologisch leicht erklärbarer Moment der Verstimmung ein, worin es freilich planlos und matt nach allen Seiten schlug, um endlich ermattet und brütend in sich zusammenzusinken.

Es ist jedem Denkenden auf den ersten Blick klar, daß Diejenigen, welche die Fahne der Empörung aufpflanzten, wäre sie gelungen, ihre Zusagen nicht unerfüllt lassen konnten. Vorausgesetzt, sie hätten den übelsten Willen gehegt, was vermochten sie wohl mit einer entfesselten, bewaffneten, zum Bewußtsein ihrer Machtfülle gelangten, durch den Kampf erst recht gereiften Volksmasse zu beginnen? Die lächerlichste aller Insinuazionen ist es daher, den revoluzionär gestimmten Theil des Adels der Absicht zu bezüchtigen, das Volk lediglich als Werkzeug zu benutzen und, wenn es gehörige Dienste gethan, wieder in die alten Fesseln zu schmieden. Deutsche Journalisten sollten sich doch so schwächlichen Anschauungen nicht hingeben, aber, wollen sie die helle Wahrheit bemänteln, so mögen sie es doch mit mehr Grazie, Delikatesse und Geschick versuchen. Die englische und französische Presse hat den Aufstand zum Theil

als ein thörichtes Unternehmen karakterisirt, und es ist vom Standpunkte des positiven Rechts, so wie in Rücksicht des Umstandes, daß er nicht gelang, Nichts dagegen einzuwenden, wenn er ein Verbrechen genannt und als solches bestraft wird. Aber daß ein Element edler Aufopferung im Spiele war, daß jedem hochherzig Gesinnten mit Sympathie erfüllen muß, mag läugnen, wer eines solchen Gefühls unfähig ist.

Eine unverzeihliche Täuschung lief jedenfalls mit unter. Wie mochten die Unternehmer hoffen, daß das schlecht vorbereitete Volk in seiner außerordentlichen intellektuellen Versunkenheit diesen Calkul so klar auffassen würde? In einem der weitverbreiteten Revoluzionskatechismen hieß es, man müsse mit dem Versprechen, die Giebigkeiten und Frohnen abzuschaffen, bis zum letzten Augenblicke warten, damit der Bauer nicht darüber grüble und das Geheimniß nicht verrathe? Gerade umgekehrt hätte das Volk von der Bekenntniß durchdrungen sein müssen, daß es von dem Gelingen der Erhebung einzig und allein die Erleichterung seiner Lasten zu gewärtigen habe, und jemehr es über den Hauptpunkt nachgedacht haben würde, desto einsichtiger und lenksamer wäre es geworden. Freilich hätte die Propaganda sich darauf beschränken müssen, diese Idee lebendig werden zu lassen, statt einen gewaltsamen Aufstand vorzubereiten. Wären vielleicht noch Jahre darüber verflossen, so wäre doch endlich ein günstiger Augenblick, eine vortheilhafte politische Konjunktur erschienen, und wer mag bestimmen, ob ein so tapfres, unverdroßnes, auch in den untersten Ständen so entsagungsfähiges Volk nicht sich glückliche Chancen zu erkämpfen vermocht hätte?

Es stand anders geschrieben im Buche des Schicksals. Der altpolnische Leichtsinn sollte noch einmal blutiges Lehrgeld bezahlen. Ob für immer oder doch nur Diesmal, muß die Zukunft lehren.

Die Redner auf der französischen Tribüne haben mit richtigem Takte erkannt, daß eine aus 20 Millionen Seelen bestehende Nazion nicht so leicht zu Grunde zu richten sei. Allein wie sie jetzt gestellt

ist, befindet sie sich jedenfalls in einer schiefen, unglückseligen Stellung, und da ihr das sicher nicht unverborgen bleiben kann, so wird sie bemüht sein, sich derselben zu entwinden.

Kaum war Krakau von den Truppen der Schutzmächte besetzt, und schon ertönte eine angeblich warnende Stimme von der Elbe in den Spalten der Augsb. Allgemeinen, welche die Gefahr hervorhob, die sich für Deutschland aus der Verquickung des polnischen Elements mit dem panslawistischen ergeben dürfte. Glaubt man, die Polen würden sich, weil sie jetzt unterlagen, dem ihnen feindlich entgegengesetzten russischen Regierungssysteme blindlings in die Arme werfen, blos um ihren Antipathieen gegen irgend eine deutsche Regierung Genüge zu thun, sie würden sich niederwerfen vor dem Götzen des Absolutismus, und so im kindisch ungezogenen Übermuthe ihre gesammte, historische Ehre verspielen? Sei es, daß man sie so empörender Karakterlosigkeit fähig halte, so muß doch billiger Weise die Frage gelten, was sie denn damit zu erreichen hoffen könnten?

Es giebt keinen eigentlichen russischen Panslawismus. Diese Behauptung dürfte Manchem parador erscheinen. Allein sie ist nichtsdesto weniger wahr.

Rußland weiß nur zu wohl, daß es in Polen tiefe, prinzipielle Gegensätze zu bekämpfen hat. Es weiß, daß selbst eine scheinbare Umkehr der Gemüther diese nicht zu verwischen im Stande wäre. Rußland russifizirt daher, weil es glaubt russifiziren zu müssen. Allein es geht von keinem oberflächlichen, panslawischen Grundsatze aus, weil es einsieht, daß es eine Masse widerstreitender Elemente in seinen Schooß aufnehmen müßte, sobald es zur Verwirklichung desselben schreiten wollte. Es sieht die Verlegenheiten weit lieber an seinen Grenzen, als innerhalb derselben, und hieraus erklärt sich großen Theils die Lage der dortigen Verhältnisse, worauf die Thatsache, daß die ihnen unterthänigen Polen neuerlichst gezwungen

wurden, sogar die Küchenmesser der Behörde auszuliefern, ein nicht wenig bezeichnendes Licht wirft.

Wenn Rußland irgendwo propagandistisch zu Werke geht, so ist dies wohl nur in der europäischen Türkei der Fall, wo der gleiche Glaube einen so mächtigen Konduktor bildet, wo der niedere Kulturstand und die Abwesenheit aller europäischen Anschauungsweise, so wie die Gewohnheit, den schlimmsten aller Despotismen geduldig zu tragen, die russische Beherrschung verhältnißmäßig immer noch als einen wahren Glücksfall erscheinen lassen. So weit das vermittelnde Band der kyrillischen Buchstaben reicht, so weit erstreckt sich der russische Einfluß.

Der materialistische Panslawismus, der aus den so unendlich verschiedenartigen Bestandtheilen des Slawenthums sofort ein Ganzes gemacht zu sehen wünscht, zählt überhaupt nur wenige Anhänger, und diese wohl nur bedingungsweise. Jeder gebildete und wohlmeinende Slawe weiß, daß mit einer äußerlichen und materiellen Rekonstrukzion des Slawenthums, ohne innere Umbildung desselben, weder ihm noch der Menschheit wesentlich gedient wäre. Was man derzeit polnischen und russischen Panslawismus nennt, ist nichts weiter, als das Verhältniß der im gesammten Europa thätigen Faktoren des Fort- und des Rückschritts, der absoluten Fraktion und des Liberalismus.

Scheint es nun eine Naturbestimmung zu sein, daß in einem wahrhaft lebensvoll bewegten Staate verschiedene politische Parteien sich hervorthun, so ist es freilich klar, daß diese Art der Pluralität auch bei den Slawen nicht fern bleiben kann. Allein die Erfahrung lehrt gleichzeitig, daß in einem gesunden Staate die Parteien mehr durch Nüancen als durch absolut widerstreitende Prinzipien geschieden zu sein pflegen. Während sie uns englische Tories und Whigs, amerikanische Whigs und Demokraten mehr nur in gradueller Verschiedenheit ihrer Ansichten vorführt, während dort überall an gewissen Grundlagen der Verfassung mit eherner Beharrlichkeit festgehalten

wird: lehrt sie andererseits durch zahlreiche Beispiele, daß, wenn in einem Staate oder in einer Nazion absolut divergirende Tendenzen, ohne einen gemeinschaftlichen Anhaltspunkt, zu Tage brechen, entweder eine Ausgleichung auf dem blutigen Wege des Bürgerkriegs, oder die gänzliche äußere Auflösung des innerlich zerfallenen Organismus erfolgen muß.

Nun giebt es allerdings keinen mächtigeren und schreienderen Gegensatz, als den zwischen dem Russenthume und dem modernen Polenthume. Das ungeheure Leben dieser Nazion, welche unstreitig zu den größten des Erdenrunds gehört, erträgt vielleicht mehr als das irgend einer anderen solche Zerklüftung. Allein so Viel steht fest, daß, so lange dieser Widerspruch der obersten Grundsätze nicht beseitiget und verglichen wird, von einem kompakten Slawenthume nun und nimmer die Rede sein kann.

Aus dem bisher Gesagten ergiebt sich mit logischer Nothwendigkeit folgende Konsequenz: das Streben des liberalen Slawenthums muß dahin gerichtet sein, seine Gedanken in Rußland selbst heimisch zu machen, um dort die Möglichkeit einer Umgestaltung der Dinge zu erzielen, oder, sollte die Erreichung dieses Zieles in allzuweite Ferne hinausgeschoben erscheinen, so muß es darauf bedacht sein, sich jetzt schon politisch zu organisiren und ein kompaktes Westslawenthum dem nordischen Koloß entgegenzusetzen. Jeder Theil dieser Alternative verdient aufmerksam beleuchtet zu werden.

Es handelt sich aber zuvörderst darum, den slawischen Liberalismus genau zu beschreiben, damit die Welt wisse, was sie von ihm zu halten hat, und erkenne, ob er ein guter oder böser Gast zu nennen. Er karakterisirt sich zunächst dadurch, daß er wesentlich sozial und religiös zugleich ist. Er will die Religion nicht durch den Sozialismus aufheben, wie dies hier und dort im Westen bezweckt wird. Er strebt vielmehr beide Elemente zu verschmelzen zu einer wahrhaft praktischen Größe, und somit das innere, nur noch theoretische Christenthum seinem ächten Gehalte nach in das Leben

einzuführen. Während er all die staatsbürgerlichen Garantieen, welche in konstituzionellen oder doch konstituzionell gesinnten Ländern als Axiome einer besseren Entwickelung gelten, z. B. Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Unantastbarkeit der Person u. s. w. für sich in Anspruch nimmt, während er eine zweckmäßig geordnete Verfassung, gehandhabt von frei gewählten Repräsentanten, als ein unschätzbares Gut betrachtet und vielleicht nur auf jene Seite dieses Instituts, welche ohnedies den Gegnern die meisten Angriffspunkte darbietet, nämlich das allzulaute Geräusch, wodurch Eitelkeit und Ehrgeiz ihre Nahrung beziehen, weniger Bedacht nimmt, während er jedenfalls bemüht sein würde, der Intrigue, der Korruption und der Leidenschaft dabei so geringen Spielraum, als möglich, zu gönnen: geht er noch einen Schritt weiter. Ihm ist nämlich die Frage des Konstituzionalismus und Sozialismus nicht getrennt. Er fühlt sich nicht befriedigt durch ein Spiel elastischer Rechtsformen; er stellt die Gleichheit, die Humanität in den Vordergrund der politischen Aufgaben.

Cyprian Robert nennt das slawische Volk in einem in der Revue des deux mondes enthaltenen Aufsatze ein peuple essentiellement democratique. So ist es auch, und das matte Achselzucken des Herrn Wuttke in der Augsb. Allgemeinen, welcher die polnische Frage ganz im Geiste des Filisteriums, würdig eines Wolfgang Menzel, abkanzelte, vermag die Wahrheit dieses Fundamentalsatzes nicht zu erschüttern. Schnitzler sagt in seinem zu Paris 1835 erschienenen Werke: „la Russie, la Pologne et la Finlande, Seite 13: Man muß der vulgären Ansicht entsagen, die Worte Sklave und Slawe für synonym zu halten. Ganz im Gegentheile ist die slawische Race eine freie, ursprünglich demokratische, die lange Zeit unzugänglich blieb dem Joche der Knechtschaft. Nur durch ihre Vermischung mit niederen Racen, wie z. B. in Rußland mit den Skandinaviern, den Finnen und Tartaren, oder durch entlehnte Gebräuche, wie es z. B. mit Polen der Fall

war zur Zeit seiner Vereinigung mit dem despotisch regierten Litthauen, fand die Leibeigenschaft bei ihr allmälig Eingang, und das Volk, gebeugt unter die Herrschaft der Bojaren, verlor endlich jenen wilden Stolz, der ihm von Natur eigen war, und den daraus entspringenden Geist der Gleichheit. „Alle schriftlichen Ueberlieferungen, mögen sie nun herrühren von Freund oder Feind, stimmen überein in der Angabe, daß die Slawen in ihrem Urzustande weder irgend eine Form der Aristokratie noch das Unwesen der Leibeigenschaft kannten, daß sie ein harmloses, friedliebendes, fleißiges, gutmüthiges, bis zur Verschwendung gastfreies und ungemein der Keuschheit beflissenes Volk waren. Darüber geräth Herr Wuttke abermals in sehr unolympischen Zorn, und meint, Palacky habe die Geschichte verfälscht, habe über das Jugendleben des Slawenvolks fälschlicherweise rosiges Licht verbreitet und an obiger Darstellung sei nicht ein wahres Wort. Allein in solchem Falle hätten die Gewährsmänner des cechischen Historiographen Procopius (de bello gothico), Mauricius (Strategicon), Adamus Bremensis, Helmoldus etc. schmählich gelogen! Stehen jedoch dem Verfasser der renomistischen und hin und wieder sogar pasquillmäßigen Aufsätze „über die polnische Frage" zuverläßige Zitate zu Gebot, welche die durch Safariks Autorität herrschend gewordene Ansicht über slawische Urzustände zu Boden schlagen, so berufe er sich auf sie! Seine kategorische Behauptung, alles in dieser Hinsicht von den Slawen Geglaubte sei falsch, weisen wir lediglich als Impertinenz und hämische Gesinnung verächtlich zurück.

Der Verfasser dieser Zeilen gehört dem Slawenthume an, weil slawisches Blut in seinen Adern fließt. Er trägt also das Stammbewußtsein in sich, und fühlt, gestützt auf die Erfahrung seines bisherigen Lebens, wie schreiendes Unrecht Diejenigen thun, welche das Slawenthum von vornherein als etwas Barbarisches, Verächtliches, der germanischen Kulturerhebung mehr oder minder Unfähiges betrachten und behandeln. Unbefangene Beobachter der slawi-

schen Natur werden die Grundzüge des von Safarik gelieferten Bildes auch jetzt noch herausfinden. Die Harmlosigkeit des Volks spiegelt sich in der gesammten äußeren Erscheinung desselben; es liebt, sich vertrauungsvoll hingeben zu können, und die Übergröße seines Vertrauens hat ihm schon oft schwere Täuschungen zugezogen. Gern traut der Slawe einem gegebenen Worte, und der gesammte Apparat unserer schriftlichen Rechtsversicherungsformen ist ihm widerwärtig. Ist es zu verwundern, wenn er, getäuscht und betrogen, mißtrauisch gemacht wird, wenn er sein Herz unwillig vor Demjenigen schließt, der es einmal mißbraucht? Friedlich wandelt er durch das Leben; er ist weder rechthaberisch noch streitsüchtig, und vermeidet den Kampf, so lange er kann; muß er ihn jedoch führen, so thut er es mit vieler Energie und mit einer durch den Druck der Umstände meist noch gesteigerten Nachhaltigkeit; die milde Sitte des Slawen, den ursprünglich humanen und liebreichen Kern seines Wesens dürfte kein halbwegs geübter Beobachter verkennen, und wir verweisen auf Th. Mundts „Umschau auf Reisen," der selbst die so tief gesunkene Race der polnischen Bauern doch voll herzlicher und liebenswürdiger Züge fand. Seine Gutmüthigkeit ist ungewöhnlich. Leutselig behandelt, glaubt er Alles aufbieten zu müssen, um dafür seine Dankbarkeit laut zu bezeigen. Stets ist er beflissen, nach dem wahren Grunde irgend eines wegen ihn beobachteten Benehmens zu forschen und die Gesinnung zu ergründen. Er ist oft dankbarer für eine Kleinigkeit, wenn sie einem wohlwollenden Herzen entspringt, als für weit Bedeutendes, das ihm zum Vortheile dargereicht wird, wenn dies übrigens aus egoistischen Motiven geschieht. Scheinheiligkeit und raffinirte Heuchelei sind ihm unaussprechlich verhaßt; dagegen ist er stets bereit, wegen anderer Fehler die größte Nachsicht zu üben, und sitzt über seinen Nächsten gern mild zu Gerichte. Das Wohlthun liebt er, und man sei überzeugt, daß ein Obdachloser, Kranker oder irgend ein Verunglückter bei denselben galizischen Bauern, welche man jetzt als blutgierige Unholde

zu betrachten gewohnt ist, bestimmt nicht ohne Hilfe gelassen würde. Wenn nicht wilde Leidenschaft im Herzen des Slawen tobt, so ist er für die Stimme der reinen Menschlichkeit ausnehmend empfänglich. Was den Punkt der Keuschheit betrifft, so ist er dieser Tugend im höchsten Grade fähig. Begabt mit ziemlich heftiger Sinnlichkeit, weiß er sie gleichwohl zu beherrschen, und namentlich ausgezeichnet ist er im Punkte der Treue, da in allen Ständen unzählige Ehepaare gefunden werden, die es sich beiderseits zur strengsten Gewissenspflicht machen, nie vom Wege derselben abzuweichen, und da die öffentlichen Verzeichnisse in den meisten slawischen Ländern nur eine verhältnißmäßig geringe Anzahl von unehelichen Kindern ausweisen. Von der Korruption wird der Slawe am leichtesten in großen Städten ergriffen, deren Taumel ihm, verglichen mit der Stille seiner meist ländlichen Heimath, ungewohnt erscheint, und ihn bei der Dosis des ihm angebornen Leichtsinns für längere Zeit fesselt. Auf dem flachen Lande herrscht ein Fond von Moralität, der einem vergleichenden Beobachter der Völker mit größtem Recht zur Bewunderung dienen muß. So schöne Beispiele der rührendsten und entsagungsvollsten Hingebung sich in dieser Beziehung äußern, so traulich das Wohl der Gattin, der Familie von dem Hausvater gepflegt wird, so läßt sich doch nimmer verkennen, daß der Slawe die Liebe nur selten zur Leidenschaft oder zur berechneten Herzensschwelgerei entarten läßt. Er betrachtet sie weder als Quelle des sinnlichen Genusses einzig und allein, noch als die Vorrathskammer erotisch-sentimentaler Grübeleien, und seine Poesie ist von der unglücklichen Manier rein, welche die anderer Völker, mit Ausnahme der Britten, nach dieser Seite hin verunziert. Die Fleischemanzipazionstheorie konnte im Slawenthume nimmermehr Wurzel fassen, und bereitete sich bei ihm jemals eine Umgestaltung der Sitten und Gebräuche, so würde es sicherlich auf eine harmonische Verschmelzung des orientalischen und europäischen Begriffs von der Stellung der Frauen im Leben, somit weit eher auf die Beschränkung derselben

auf den häuslichen Kreis und fromm verschleiertes Dasein derselben hinwirken. Eine Tugend der Slawen haben selbst jene schlimmsten Hasser nicht in Abrede zu stellen gewagt, nämlich ihre Tapferkeit und Todesverachtung, wenn sie durch eine erhebende Idee angeregt werden. Die Kämpfe der Böhmen, der Polen, der Serben, der Russen zeugen dafür, und erwägt man, daß sie nicht aus angeborner Racenwildheit, wie z. B. Türken, Tartaren u. s. w. zu Felde ziehen, weil sie eigenlich den Frieden und seine Freuden lieben, so wird man zugeben, daß diese Eigenschaft auf einen tieferen und edleren Gehalt hindeutet.

Man werfe uns nicht vor, den Karakter des Volks nur von seiner günstigen Seite zu malen, und seine Fehler mit geflissentlichem Stillschweigen zu übergehen. So sehr wir es lieben, so wenig wollen wir einen Schmeichler desselben abgeben. Wir nehmen daher keinen Anstand auch die Temperamentsfehler desselben namhaft zu machen, und nennen in dieser Beziehung zuvörderst den Leichtsinn, die allzugroße Wandelbarkeit und Biegsamkeit, die übrigens oft mit dem zähesten Festhalten an einer Idee, einem Ziele, eben so sehr Hand in Hand gehen, wie bei den Franzosen. Dieser Leichtsinn verleitet den Slawen nicht selten zu groben Lastern und argen Thorheiten, und namentlich wird er ihm gefährlich in der Ansteckungssfäre großer Städte und vornehmthuerischer Lebensweise. Ein anderer Fehler seines Wesens ist der Jähzorn, die Leidenschaft des Augenblicks, die plötzlich aufflammende Tob- und Rachsucht. Die Neigung zum Trunke ist ziemlich verbreitet, und entspringt bei den niederen Ständen großen Theils aus dem Bedürfnisse, sich über den herben Druck der Lebensverhältnisse einen Augenblick lang hinauszusetzen, während bei den höheren die Neigung zur Wohllebigkeit unzweifelhaft in bedeutendem Maaße vorherrscht. Seine Arbeitsamkeit läßt sich nicht in Abrede stellen, unter den mühseligsten Verhältnissen trachtet er oft seine und der Seinen Existenz zu fristen. Nicht zu läugnen ist dagegen, daß er nicht erwirbt, um zu besitzen,

sondern um zu genießen, daß ihm die Freude am Eigenthum, die den germanischen Völkern angeerbt ist, bei weitem nicht so häufig eigen zu sein pflegt, und daß ihm namentlich der Sinn für das, was man Behaglichkeit nennt, und sich bei den Britten zu dem Begriffe des Komforts entwickelt hat, weit weniger innewohnt, als anderen Völkern. So wie nun Manches am Reize des äußeren Lebens dadurch verloren geht, so läßt sich andererseits nicht in Abrede stellen, daß seine Nichtbeachtung dieser Lebensformen mit seiner Thatenlust, Entsagungsfähigkeit und der ungewöhnlichen Schwungkraft seines Wesens, die kein genauer Kenner seiner Volksthümlichkeit je bestreiten wird, auf das Innigste zusammenhängt. Der Brand von Moskau war durchaus keine durch ein Machtgebot erzwungene, sondern wahrhaft slawische Handlung, gerade wie die Flamme, welche den unsterblichen Reformator Huß verzehrte, ein Probirfeuer des Nazionalkarakters war. In der Art und Weise des Slawen, das Privateigenthum zu betrachten, liegt der Keim seiner sozialen Filosofie. Ihm gilt es als ein von der Vorsehung anvertrautes Pfand, welches der Eigner stets nur im Einklange mit dem Wohle und dem Interesse seiner Mitmenschen zu verwenden habe. Das Gut des Armen hält er heilig; den Reichthum erkennt er lediglich als etwas Positives, das nicht unter allen Bedingungen unbeschränkt bleiben müsse. Die Feinde des Slawenthums mögen die von ihnen beliebte Karrikatur vollenden und diese Eigenschaft mit den Namen der Raub- und Plünderungssucht belegen; sie mögen die galizischen Ereigniſſe daraus erklären und ihre Kombinazionen darnach einrichten. Wir hoffen mit innigster Zuversicht, daß die Zukunft sie Lügen strafen und ihnen wünschenswerth erscheinen lassen wird, dem slawischen Karakter in dieser Hinsicht ein tieferes und edleres Moment unterstellt zu haben.

Wir wissen, daß unsere Schilderung mannigfach angefochten werden wird. Geometrisch beweisen läßt sich der Karakter eines Volkes nicht, sondern blos anschauen. Wenn man nun obendrein

gegen ein Volk eingenommen zu Werke geht, wird der Quell der Anschauung von vorne herein getrübt. Wir bitten demnach um unbefangene Würdigung unserer Angaben, um gewissenhafte, ruhige Zurechtweisung von Menschen- und Völkerbeobachtern, nicht von leidenschaftlichen Männern der Partei, da in unseren Tagen lebhafter als je für Nazionalitäten Partei gemacht zu werden pflegt.

Zählen wir die wesentlichen Elemente unserer Schilderung zusammen, so ergiebt sich daraus die Folge, daß Cyprian Robert berechtigt war, die Slawen essentiellement democratiques zu nennen. Die ihnen bevorstehende Demokratie fällt sogar mit dem Sozialismus zusammen. Die Fähigkeit, sich aufzuopfern, der Sinn für Gleichheit, der in den Urzuständen des Volks verkörpert war, und ungeachtet seiner historischen Erlebnisse nie ganz verdunkelt werden konnte, sind doch unstreitig, und die Betrachtung des Eigenthums ist jedenfalls im besten Sinne des Worts, sozial. Unsere Gegner werden abermals zweideutig lächeln und auf die polnisch-aristokratischen Verhältnisse, auf die russische Autokratie hinweisen. Dawider sei die einzige Frage erlaubt, wer es denn zwanzig, ja fünfzehn Jahren vor dem Ausbruche der französischen Revoluzion ohne Gefahr des Widerspruchs gewagt hätte, die Franzosen ein demokratisches oder die Deutschen vor der Reformazion ein filosofisches Volk zu heißen? Und doch dürften diese Grundzüge beider Nazionalitäten aufmerksamen Kennern derselben schwerlich entgangen sein. Dem geschärften, geistigen Auge sind tausend Dinge klar, die dem Blick des Gelehrtesten, sei er mit Bücherballen über und über versehen, oft ganz entgehen. Wohlan, sagen wir es offen, so wie die französische Umwälzung in den verfolgten und von Henkershand vertilgten Schriften der Enzyklopädisten, Voltairs, Rousseaus ꝛc. ꝛc. voraus verkündiget war, so wird auch das Evangelium der slawischen Zukunft von den polnischen und böhmischen Schriftstellern verkündiget und immer lebhafter und wärmer, eindringlicher und beredsamer verkündiget werden. Die slawische Na-

zionalität befindet sich in diesem Augenblicke in einem Stadium, worin sie zunächst an sich selbst zu glauben angewiesen ist. Dies giebt ihrer Bewegung einen gewissen religiösen Anstrich, und wenn man bedenkt, daß ihre Schriftsteller für ihre Bemühung nur sehr geringen, materiellen Lohn, ja weit eher Anfeindungen und Verfolgungen aller Art zu gewärtigen haben, so findet man das von Wickiewicz gebrauchte Bild, welcher sie mit Aposteln vergleicht, nicht allzuhyperbolisch. Wir sind übrigens nicht so sehr in Verlegenheit, daß wir nicht schon aus der Gegenwart ein schlagendes Beispiel für die Richtigkeit unsrer Ansicht entnehmen könnten. Wir verweisen auf Serbien. Dieses junge Land hat sich erst seit Kurzem aus dem Sumpfe der türkischen Barbarei emporgerungen, und bereits genießt es einer demokratischen Organisazion, die fortwährend Besseres verheißt. Es hat sich ziemliche Rechtssicherheit und eine geordnete Verwaltung zu verschaffen, es hat seinen Handel zu beleben gewußt, nachdem noch vor einem halben Menschenalter ein tyrannischer Pascha mit schrankenloser Gewalt zu Belgrad gewaltet. Serbien ist so glücklich, keinen Adel zu kennen, die Verfassung seiner Gemeinden nähert sich am meisten dem slawischen Urtypus, und Mickiewicz hat abermals Recht, wenn er die Hypothese aufstellt, gerade die unter türkischer Herrschaft stehenden Slawen würden bei der Regenerazion des gesammten Volksthumes am wenigsten zu leiden haben, weil sie durch günstigen Zufall von der Berührung mit fremdartigen, ihrem Wesen widerstrebenden Einrichtungen, und somit auch von der aristokratischen Infekzion verschont blieben.

Eine filosofische Geschichte des Slawenthums, die bis zu diesem Augenblicke noch keinen Bearbeiter fand, dürfte viel Licht über dessen welthistorische Bestimmung verbreiten, und zugleich die Stellung bezeichnen, welche es im großen Entwickelungsprozesse der Menschheit auch bis jetzt ehrenvoll einnahm. Die Slawen hätten gar so wenig geleistet, als mancher parteiische Schriftsteller glauben machen will? Die durch Huß angeregte reformatorische Idee wäre

Nichts, und wo anders stak denn die Wurzel des dreißigjährigen Krieges als in Böhmen? Findet sich nicht die erste Protestazion gegen die Anmaßungen der römischen Kirche bei den Bekennern der griechischen, folglich bei Slawen? Von wem wurde beharrlicher gekämpft gegen Mongolen und Türken, als von Russen und Polen? All dies wurde von ihnen mit wahrem Volksbewußtsein geleistet, und sie würden unvergeßlich fortleben im Buche der Geschichte, selbst wenn sie mit einem Schlage vom Schauplatze dieser Welt vertilgt werden könnten. Erst im fünften Jahrhunderte nach Christus tauchten sie auf aus dem Dunkel der früheren Jahrhunderte. Man ist deshalb in keinem Falle berechtiget das jetzige Deutschland mit ihren jetzigen Zuständen in Parallele zu bringen, und das kann nur von dem mittelalterlichen Deutschland des 14. u. 15. Jahrh. gelten. Brauchen die Slawen einen solchen Vergleich zu scheuen? Welch ein Bild boten die damaligen Verhältnisse Deutschlands? Nach Aussen beständige Territorialkämpfe, höchstens mitunter ein Vertilgungskampf gegen Ungläubige, im Uebrigen nirgends im großen Leben des Volkes ein durchgeführter, ideeller Gegensatz, und ringsherum, wie die Schaale um das Ei, das versteinerte Papstthum geschlungen. Im Innern gestaltet sich das Bild noch bei Weitem minder erfreulich. Feudalismus, Fehdenwesen, trotzige Nichtachtung des Gesetzes bei allen Ständen, die gebeugtesten etwa ausgenommen, pfäffisch-mönchisches Treiben auf allen Stegen und Wegen: das waren die Elemente jener Zeit, und wollte man uns etwa die Schöpfungen der freien Städte, worin sich bürgerliches Leben zu entfalten begann, entgegenhalten, so verweisen wir auf Nowgorod, Ragusa, Prag, vor Allen aber wiederholt auf das jetzige Serbien, woselbst das Bürgerthum, als der Hord eifrigen Handels und Wandels, beschattet vom Baume gesetzlicher Gleichheit, nicht als abgeschlossene, im Raume großer Städte eingeferchte Kaste sich tagtäglich mehr aufschwingt. Die slawischen Speziallitteraturen von jetzt haben jedenfalls den Vorrang vor der deutschen Wissenschaft

jener Tage. Wäre hier der Raum, dieses Thema weiter zu entwickeln, so würde sich wohl auf das genaueste darlegen, daß die Slawen einerseits die Beispiele fortgeschrittener Völker sich redlich zu Nutzen machten, und daß andrerseits ihr jetziger Kulturzustand eben dieser in sich aufgenommenen Erfahrungen wegen relativ höher steht, als der älterer Völker in gleicher Lebensepoche, daß dagegen von einem jungen Volke, das erst spät seine geschichtliche Mission begann, unmöglich dasselbe gefordert werden kann, was ein fünf Jahren mehr zählendes und mit den Trümmern der antiken Kultur zunächst in Kontakt gebrachtes, in seiner Weise geleistet.

Ein Volk mit solchen Eigenschaften begabt, ist jedenfalls im Stande, Großes zu verrichten. Die Zuversicht, welche es im Grunde seines Wesens durchdringt, beruht daher nichts weniger als auf hohlem Grunde, und die Möglichkeit seines Aufschwungs dürfte kaum in Abrede gestellt werden. Die Wahrscheinlichkeit davon stützt sich auf den Willen des Volkes, der jetzt schon, da der geistige Fluß des Slawenthums kaum zehn Jahre, wenigstens in in offener Darlegung vor den Augen aller Welt gedauert, eine wesentliche und rein volksthümliche Farbe angenommen. Der von Mickiewicz, dieser wunderbar schönen Dichterseele, gepredigte Panslawismus trachtet selbst dem polnischen Adelswesen der Vergangenheit die bessere Seite abzugewinnen, allein im Hinblick auf die Zukunft ist er demokratisch und sozial, und mit scharfem Feingefühle deutet er bei jeder Gelegenheit auf die Schäden unserer „zerfallenden Gesellschaft." Kollár in seiner wzajemnost (Wechselseitigkeit) geht zwar zunächst vom litterarischen Gesichtspunkte aus und fordert die Slawen zum litterarischen Austausche und Verkehre auf, macht es einem jeden Gebildeten zur Pflicht, die vier slawischen Hauptdialekte und Hauptlitteraturen kennen zu lernen, und stellt am Schlusse des Werkes „die Humanität" als das Strebeziel der slawischen Völker auf. Was aber ist diese, als ein andres Wort für dieselbe Sache? Soll die Humanität, die Herausbildung des

reinen Menschlichen zur Aufgabe einer Nation gemacht werden, so geht dies wohl kaum an ohne politische Thätigkeit, welche ihrerseits wieder eigenthümliche Formen voraussetzt. Und daß diese demokratische Art sein müßte liegt so ziemlich klar auf der Hand. Die Demokratie will Gleichheit der Rechte aller Menschen in allen jenen Beziehungen, worin sie wahrhaft gleich sind. Gleiches Gesetz, gleiche Achtung der persönlichen und bürgerlichen Freiheit, und wenn sie die Ungleichheit zugiebt, so thut sie es nur insofern, als sie will, daß die minder Begabten von den Begabten, die Massen von der Intelligenz, nicht sowohl beherrscht, als vielmehr geleitet werden. Dadurch aber stellt sich die Demokratie eine Aufgabe, die unaufhörlich wiederkehrend und ernsthaft mahnend sich aufdrängt, nämlich die, über sich selbst hinauszugehen und einen genugthuenden Inhalt für die von ihr geschaffene Form zu finden, sich selbst zu realisiren. Sie muß erkennen, daß all ihre Versprechungen illusorisch bleiben, so lange die mächtigste Potenz unserer Tage, das Geld, seine jetzige Allherrschaft behauptet. Dieses wird sich die Gleichheit vor dem Gesetze und die Talente andererseits dienstbar machen; es wird die reine Quelle der Demokratie trüben und einen Zustand bewirken, der bereits in Frankreich den entsprechenden Ausdruck gefunden hat, die Corruption. Es liegt ja klar auf der Hand, daß nicht dieses oder jenes Ministerium ihn allein hervorrief, sondern, daß er durch das gesammte System, die Herrschaft der Bourgeoisie, welche die vorzügliche Pflegerin der materiellen Interessen ist, provozirt werden mußte. Als im glühenden Juliusstrahle die letzten altdynastischen und feudalen Reminiszenzen verblichen und das moderne Judenthum zuerst in die Bresche eindrang, welche das mit schönem Instinkte, jedoch mit zu wenig klarem Bewußtsein handelnde, vom Prinzip der sozialen Reform noch durchdrungene Volk geschaffen hatte; entwarf der glücklichste Spekulant jener Tage den merkwürdigen Operazionsplan, der den Schwung der Nazion lähmen und die Dialektik der revoluzionären Idee abschneiden sollte, um Alles enden zu lassen in

einem nichtssagenden Formelwesen und in der wahrhaften Herrschaft des Geldes, das auserſehen werden ſollte, alle höheren Güter und Eigenheiten der menſchlichen Natur ins Schlepptau zu nehmen. Dieſe Spekulazion aber kann und wird nicht gelingen, weil dem der anerkannte Genius des franzöſiſchen Volks entgegenſteht, und hier= mit beginnt das Reich der großen ſozialen Frage. Die Aufgabe der Regierungen der Zukunft wird eine geradezu umgekehrte ſein von Dem, was noch zur Stunde dafür gilt. Sie werden ſich nicht ſtel= len dürfen auf die Seite des Geldes, ſie werden ſich vielmehr mit ihm in einen heilbringenden Gegenſatze zu bewegen, ſeine monopo= liſtiſche Tendenz auf allen Wegen zu bekämpfen, ſeine Zirkulazio= nen zu erleichtern und demgemäß die Konzentrirung einer Maſſe deſſelben in feſten Händen zu erſchweren, den ohne ihre Schuld Ar= men und Unglücklichen die Möglichkeit einer geſicherten Exiſtenz zu eröffnen, und vor Allem den Unhold des Sinnengenuſſes und des übertriebenen Luxus zu bannen haben. In der Regierung muß eine fortwährende Gegenwirkung enthalten ſein, gegen alle Inkonvenien= zen des Privateigenthums. Die gänzliche Aufhebung deſſelben wäre nicht moraliſch, weil der Menſch, einer ihm eigenen, vollkommnen freien Sfäre bedarf, um ſich in ſeiner wahren Würde zu ent= wickeln; allein das ſchrankenloſe und blos nach dem Geſetz der Konkurrenz ſich entwickelnde Spiel der Privateigenthumsrechte führte zur unerträglichſten aller Herrſchaften, zur Bewältigung des Geiſtes durch die Materie, und in der That, ein ſolches Verhältniß iſt nicht minder unnatürlich als das des feudalen, hierarchiſchen oder wie ſonſt immer gearteten Druckes. Ein wie oben bezeichnetes Wal= ten der Regierung würde die Humanität praktiſch machen. Kol= lárs beſcheidene und den knappen Verhältniſſen der Gegenwart kurz angemeſſene Formel umſchließt daher einen tiefen modernen Gedanken. Das Manifeſt der proviſoriſchen Regierung zu Krakau, das man des Kommunismus bezüchtigte, um es in den Augen aller Egoiſten Europas mit dem Stempel der Gefährlichkeit zu verſehen,

was ist es anders, als ein Ausfluß desselben humanen Geistes? Die darin beanspruchte Entschädigung Derjenigen, welche sich für die nazionale Sache aufopfern würden, aus dem Nazionalvermögen, und die den Unglücklichen verheißene Hülfe der Gesammtheit, sind Züge von ergreifender Schönheit, profetische Hindeutungen auf die erhabene Stellung, welche die Regierung, dem Privateigenthume gegenüber, zu nehmen hätte. Es ist hier nicht der Ort auf dieses allgemeine Thema näher einzugehen. Welche Gränze zwischen dem Expropriazionsrechte des Staats und dem Eigenthumsrechte der Privaten zu ziehen, und welche Reihe von Maßregeln in dieser Hinsicht durchzuführen sei: mag die Wissenschaft bestimmen. Als Postulate glauben wir jedoch zunächst folgende aufstellen zu dürfen: ein durchgreifendes System der Volkserziehung, Revision der Erbrechtsgesetze, und eine großartige Vermögensbesteuerung, mit deren Erträgniß dem Proletariat von Staatswegen unter die Arme gegriffen werden sollte, und dort, wo diese Hilfsmittel nicht auszureichen scheinen, ein fast organisirtes Unterordnungswesen. Freilich haben wir dabei eine Wissenschaft im Auge, die in unsern akademischen Hörsälen noch nicht vorgetragen wird. Unsre Staatsökonomen von Profession glauben noch mit der Adam Smithschen Negative auszulangen. Allein das laissez faire ist sicherlich der Stein der Weisen nicht, und die Grundsätze der Theilbarkeit des Bodens, so wie der absoluten Gewerbsfreiheit sind eigentlich nur unbefriedigende Zwischenmomente, die früher oder später in einem höheren Zustande aufgehoben sein wollen. Abgesehen davon, daß bei der Theilbarkeit endlich eine Grenze eintritt, über die hinaus ein Fortsetzen derselben jedenfalls verderblich wirkt, und daß die schrankenlose Gewerbsfreiheit eine Masse von Inkonvenienzen im Geleite führt, mögen diese auch in den meisten Fällen vom Nutzen der Einrichtung überwogen werden, — so tritt noch die Frage ein, ob man denn im Ernste glauben könne, die Intelligenz und der Fleiß werde den Preis bei dem entstehenden Wettkampfe der Konkurrenten mit

einiger Verläßlichkeit davon tragen? Der Ökonom hängt nicht blos von den Elementen und ihrer Gunst auf beinahe sklavische Weise ab, sondern auch von der Lage der Absatzorte und zahlreichen ganz und gar außer dem Bereiche seines Willens und seiner Fähigkeit liegenden Verhältnissen. Die Ernte des Fleißigsten kann zu Grunde gehen, sein Haus verbrennen, sein Vieh fallen, Diebe können sein bischen Habe auf und davon tragen, und die Ernährung einer zahlreichen Familie kann ihm zur Last fallen. Er kann Wirthschaftsspekulazionen unternommen haben, die ursprünglich auf ganz richtigem Kalkül beruhten, aber hinterdrein sich gleichwohl als trüglich bewährten. Im direkten Gegentheile zu dem Gesagten, kann es einem trägen und ununterrichteten Grundbesitzer so trefflich ergehen, daß er in die Lage kommt, Bruchstücke von dem Besitzthume des Ersteren an sich zu kaufen. Um wie viel mehr wird erst bei gleicher Anstrengung und Sachkenntniß jenes Moment, welches man Glück nennt, den Ausschlag geben! Den ungeheuren, entscheidenden Einfluß desselben bei Industrie- und namentlich bei Handelsgeschäften brauchen wir wohl kaum auseinanderzusetzen. Er ist selbstredend genug. Durch das blinde Glück gestaltet sich demnach die Konkurrenz zu einem Lotterietopfe, aus welchem die eine Hälfte der Mitspielenden zu Gunsten der anderen Nieten zieht. In der Gesellschaft selbst organisirt sich, nebst der Zirkulazion des Geldes, eine rapide und verwüstende Zirkulazion der Vermögen. Glänzende Existenzen tauchen auf; andere, scheinbar fest gegründete brachen plötzlich auf unheilvolle Weise zusammen. Prüft man jedoch den Grund dieser Veränderungen, so mag man versichert sein, unter drei Fällen wenigstens zwei zu treffen, wo keine weitere Antwort gegeben werden kann, als die: Es ist nun eben Glück oder Unglück!

Hier ist der Punkt, von welchem die sozialistische Theorie ausgehen muß, um förderſame Resultate zu bewirken. Sie muß den Glücklichen die Pflicht auferlegen, für die Unglücklichen zu sorgen, und soll im Wege einer bis ins Kleinste eingehenden, alle Lebens-

verhältnisse umfassenden Gesetzgebung die nöthigen Mittel zur Erfüllung derselben bezeichnen. Die Haustugend der Wohlthätigkeit muß in einen fortlaufenden Akt der öffentlichen Gerechtigkeit verwandelt werden. Ein jeder Bürger muß die nöthigsten Elemente der Menschenbildung in der Schule bekommen haben, und späterhin darf es in seinem Leben keinen Moment geben, in welchem er ernstlich in Verlegenheit geriethe, sich auf anständige Weise sein Brod zu erwerben.

Die Lösung dieses gewaltigen Problems ist noch sehr ferne. Noch wird es heiße Kämpfe kosten, ehe die Menschen sich gewöhnen werden, den engen Kreis dessen, was sie ihre Pflicht zu nennen belieben, so weit auszudehnen, daß auch die werkthätige Nächstenliebe darin ein Plätzchen finde.

Mit freudiger Genugthuung bemerken wir indessen, daß sich das Slawenthum in dieser Beziehung weit glücklicher gestellt findet, als die Mehrzahl der anderen Völker, und daß ihm deshalb die humane Umgestaltung des Privateigenthums ungemein erleichtert wird. Hören wir die Worte Mickiewiczs in seiner 19. Vorlesung über slawische Litteratur und Zustände: „Nach dem Begründen der Niederlassung wird der Boden derselben in zwei Theile getheilt, von dem Einen bekommt jeder Wirth sein Theilchen, der andere gehört der Gemeinde. Die bäuerlichen Äcker können weder verkauft, noch vertauscht werden, und haben immer ein gewisses, festgesetztes Maß, welches kleiner oder größer ist, je nach der Menge des bebaungsfähigen Bodens. In den südlichen Gegenden Polens besitzt der Bauer zweimal so viel Land als in den nördlichen Gebieten und in Litthauen, aber das einmal angenommeue Verhältniß ändert sich nie. Jenen Gott Terminus, welchen die Römer an den Grenzen ihrer Besitzthümer aufstellten, trägt das slawische Volk in seiner Brust. Die bäuerlichen Äcker sind weder durch Zäune, noch Gräben abgetheilt, nur ein schmaler Streifen, miedza, begrenzt sie unter einander. An diesen darf man nicht rühren; wehe Demjenigen, der ihn durchpflügen würde; erlaubt ist jedoch und selbst verdienst-

lich, das Gras auf demselben durch das Vieh abweiden zu lassen. Bei einem solchen Zustande der Dinge hört man fast nicht einmal von einem Beispiele von Grenzstreitigkeiten unter den Landleuten.“

„Ihre Hütten sind ebenfalls alle nach einem Maßverhältniß gebaut. Man kann zwei Gebäude besitzen, darf sich aber nicht mit dem einen ausdehnen. Dies ist eine schätzbare Ueberlieferung, denn sie setzt der menschlichen Begierde Grenzen. Eine solche Wohnung reicht für eine Familie, zusammengesetzt aus sechs oder sieben Personen, aus; sie ist aber besser oder schlechter gebaut, je nach dem Vermögen des Wirths, oder der Leichtigkeit, sich das Material zu verschaffen.“

„Das Gemeindeland, das Land der gromada, wird durch die gemeinsame Arbeit der ganzen Niederlassung und zu ihrem allgemeinen Nutzen bebaut. Die Pflichten der Landleute sind in dieser Beziehung nach der urthümlichen Einrichtung der slawischen Völker vielfach gewesen. Sie mußten eine gewisse Zahl Tage im Felde arbeiten, die Ernte einfahren und noch verschiedene Schenkungen zum Unterhalte der Sicherheitswache, d. h. des Militärs, zur Vertheidigung der Gemeinde geben. Erst während der Gestaltung der Reiche im Slawenthum, nach der Ankunft der Normannen in Russinien, der Czechen und Lechen in Czechien und Polen nahm der Adel die Stelle der Gemeindewachen ein und trat in der Folge in den Genuß aller Rechte, welche die Gemeinden besaßen. Anfänglich reichten ihnen die slawischen Ackersleute Alles mit Lust dar, denn die kriegerischen Pflichten des Adels in jener Zeit waren sehr schwierig, und öfter wollte der Bauer oder Stadtbewohner das Adelthum nicht annehmen, um nicht zum Kriegführen verurtheilt zu sein, weil man sah, daß Keiner aus dem Ritterstande auf seinem Bette starb; nicht jeder aber wünschte sich eine solche Auszeichnung. Später, als diese Besitzer der Gemeindeäcker den Kriegsdienst von sich abwälzten, alle Rechte der Gemeinden aber beibehielten, erblickte man in ihnen unerträgliche Herren. Es ist eine irrige Ansicht, daß die adelichen

Eigenthümer den Landleuten die Herrschaftstage und die Abgaben aufbürdeten; im Gegentheile verringerte man überall diese Lasten, sie wurden jedoch nur um so drückender, weil sie anstatt zu dem allgemeinen Vortheil der Gemeinden zu gereichen, blos den Herrn bereicherten, welcher mit den Landleuten nichts Gemeinsames hatte, und die Frucht ihrer harten Arbeit in schlechten Possen und Völlerei verschwendete.“

„Es giebt daher jetzt im Slawenthume ein zwiefaches Eigenthum des Bodens, das bäuerliche, welches seinem Wesen nach sich in Nichts geändert hat, und das herrschaftliche.“

„Beschließen wollen wir unseren Gegenstand mit der Bemerkung, daß heute, während sich die furchtbar drohende Frage über das Eigenthum erhebt, es ein großes Glück für die Slawen ist, eine so natürliche und einfache Einrichtung desselben zu besitzen. Der ungeheuer weite Raum von der Oder bis zu den Grenzen Sibiriens bietet nichts Anderes dar, als nur ein Schachbrett kleiner Gemeinden, mit Eigenthum überall von derselben Natur, mit einem Volke, das überall denselben Begriff von ihm hat.“

„Im Westen, wo das Eigenthum so eng mit dem Dasein des Menschen verbunden ist, wo der Eigenthümer es öfters bedroht, ja sogar gänzlich vernichtet sieht durch ein Ereigniß, welches in der Kaufmannsgilde von Filadelfia oder Washington statt gefunden, bietet die Lösung dieser Frage Schwierigkeiten ohne Ende; im Slawenthum giebt es nichts Ähnliches.“

Diese für sich klaren Worte bedürfen keines Kommentars. Wir setzen nur noch das Eine hinzu, daß im Slawenthume weder die Bildung der Städte, die Entwickelung des bourgeoisistischen Elements nach westlich europäischem Maßstabe thunlich war, noch je thunlich sein dürfte. Der Slawe liebt vor Allem den Ackerbau und die Freuden der ländlichen Natur. Handel, Industrie, städtisches Leben und Treiben in ihrer dermaligen Losgerissenheit von dem ein-

zig und allein feststehenden und treuen Boden der Erde, betrachtet er jederzeit als etwas mehr oder weniger Fremdes. Ganz und gar heimisch wird er sich dabei nie fühlen, wenn auch die germanische Sitte, die ihn mannigfach umschlungen hält, ihm die Nothwendigkeit auferlegt, sich diesen Beschäftigungen zuzuwenden. Es treibt ihn aber auch das Bedürfniß weit minder dazu, weil, wie wir bereits früher erwähnten, die Freude am Geldbesitze, der Komfort, ja selbst die Neigung zum Luxus, unbeschadet der Nachahmung, deren sich seine Aristokraten beim Anschauen der Pariser, Londoner und Wiener Herrlichkeiten freilich nicht entschlagen können, keine ihm wesentlich anklebenden Eigenschaften sind. Ein System der Handelsmonopolisirung und der Überschwemmung des Erdenrunds mit Fabrikaten, wie es von England aus betrieben wird, ja ungeachtet der schimmernden Freihandelsfrasen fortdauernd betrieben werden wird, weil diese gewaltige Nazion ihrer Übermacht auf diesem Felde unter jeder Bedingung versichert ist: ist von keinem slawischen Staate ausführbar, und wir haben Nichts dagegen einzuwenden, wenn der Nazion das erforderliche Talent dazu abgesprochen wird. Die Gewerbe und der Handel werden auf slawischem Gebiete stets nur mäßige Pflege finden, sich übrigens nie ganz von dem Landbaue losreißen: (wie z. B. jetzt schon in Rußland die Fabriksarbeiten meistens durch Landbewohner im Winter verrichtet werden, wodurch das Fabrikat allerdings etwas theurer zu stehen kommt, zugleich aber das Proletariat nie zu einem so bedauerlichen Grade des Elends entwickelt werden kann, wie in Westeuropa) und sich demgemäß in ziemlich harmonischer Gruppirung über das gesammte Land verbreiten.

Nicht ohne genialen Instinkt werfen daher die St. Simonisten, Fourrieristen, ja selbst die Verbreiter der kommunistischen Theorieen ihr Auge auf das Slawenthum, in ihm ein geeignetes Werkzeug zur Durchführung ihrer Plane zu ersehen glaubend. In den Werken St Simons, so wie Fourriers u. m. a. finden sich zahl-

reiche dahin einschlägige Andeutungen. Wenn es auch der merkwürdige Parfüm der letzten polnischen Schilderhebung nicht verrathen hätte, so würden wir doch keinen Anstand nehmen, es offen vor aller Welt zu bekennen, daß wir die feste Zuversicht hegen, das Slawenthum werde sich vorzugsweise bei dem Geschäfte der sozialen Reform betheiligen. Es wird sein Herzblut verspritzen, um mindestens so weit er vermag, das Herz auf den Thron der Welt zu setzen.

In einem Punkte aber wird das Slawenthum mit dem französisch-brittischen Sozialismus nimmer zusammenfallen, nämlich in der Behandlung der religiösen Frage. Während der Letztere das religiöse Element entweder geradezu negirt, oder doch auf unmerkbare Weise aus der Reihe der giltigen und bestimmt vorhandenen Dinge eliminiren will, wird das Slawenthum stets darauf beharren, und einerseits die Nothwendigkeit einer religiösen Grundanschauung aller menschlichen Verhältnisse erkennend, andererseits die positiven Religionen niemals in Frage stellen, sondern vielmehr zu pflegen und praktisch zu gestalten, die Kirche in ein Institut der thätigen Menschenliebe zu verwandeln beflissen sein. Sollte auch das Bündniß zwischen der neukatholischen Partei in Frankreich und dem Polonismus, das von Europa sehr scharf ins Auge gefaßt wurde, Nichts sein, als die roheste Form der slawischen Tendenzen auf diesem Felde: so spricht sich doch ein treibender Geist darin aus, welchen wir der Vollständigkeit unsrer Beleuchtung willen, und weil sonst das gesammte Thun und Lassen des Slawenthums unbegriffen bleiben müßte, jedenfalls näher bezeichnen wollen.

Religiös gilt dem Slawenthume als ideal sittlich. Die höhere, dem Menschen auferlegte und in sein Herz gegrabene Pflicht will er weder aus irgend einem utilitarischen Prinzip abgeleitet wissen, noch begnügt er sich mit einer Erklärung der Weltgeschichte nach Hegelschen Mustern, die meist nur ein mechanisches Kunstwerk ist, ohne daß das große Leben der Menschheit dadurch zu einem bloßen Mechanismus herabsinkt. Ja selbst, wenn es den Geschichtsfilo-

sofen glückte, mit geometrischer Richtigkeit zu beweisen, daß dem Gesetze unendlicher Entwickelung beharrlich Genüge geleistet werde, ohne wesentliche Störung, ohne periodische Unterbrechungen, in stets sich erweiternden Kreisen, so vermöchte sich der Slawe gleichwohl dafür nicht zu begeistern. Man mag eine äußerst kunstvoll zusammengesetzte Maschinerie bewundern, aber sich begeistern, sich dafür die Tugenden der Aufopferung, der Lebensentsagung, des politischen und sozialen Märtyrerthums auflasten wollen, wäre mehr als unklug, es wäre albern und unverzeihlich. Als bei den klassischen Völkern des Alterthums das Band locker zu werden anfing, welches die Geschicke ihres Vaterlands mit dem Himmel verflocht, begannen sie hinzusiechen, und vorbei war der Glanz ihrer heroischen Hingebung, verblichen für ewige Zeit. Religiöse Prinzipien und Nazionaltugend bilden allemal einen unzertrennlichen Akkord.

Die junghegelsche Filosofie trug sich in letzter Zeit ganz erstaunlich mit dem Gedanken, sei nur der Unsterblichkeitsglaube einmal abgeschafft, so werde die Menschheit in ihrer Fixirung auf den Punkt des kurzen Erdenlebens gedrungen sein, sich so heimisch als möglich einzurichten. Diese Auffassung scheint uns nicht sonderlich psychologisch. Vielmehr glauben wir, daß die Partei der Starken, welche nicht einmal die Mehrzahl zu sein braucht, erst recht mit Bewußtsein die Schwachen mißbrauchen und ausbeuten würde, und daß Diese eher viel Schlimmers tragen würden, um nicht ihr einziges, höchstes Gut, ihr Leben, einzubüßen bei einem Versuche des Aufstands gegen ihre Tyrannen. Außerdem ist zu bedenken, daß der Augenblick der Gott des Menschen ist, daß Derjenige, welcher die Unsterblichkeit glaubt, wie Derjenige, welcher sie nicht glaubt, den Tod fürchtet und ein freudiges Leben liebt, daß Jener also den Bestrebungen des Fortschritts ein gleichgültiges Auge zuwenden wird, während dieser einer hohen moralischen Kraft bedarf, um die Wirrnisse des Lebens nicht in gewissen Momenten unerträglich zu finden, und sich den Glauben an die Entwickelung der Mensch-

heit — an der Evidenzmachung einer diesfälligen Nothwendigkeit sind wir wohl berechtigt zu zweifeln — im Gemüthe zu bewahren.

Hinter den Vorhang, welcher die der Filosofie unzugänglichen Geheimnisse bedeckt, denkt sich das Slawenthum, als treibende Potenz ein Allerhöchstes Bewußtsein gestellt, den christlichen Gott der Liebe. Das menschliche Selbstbewußtsein gilt ihm durchaus nicht als der Spiegel der Welt, und es läßt dasselbe nur als ein reflektirtes Bild, als Das, was die Bibel Gottes Ebenbild nennt, gelten.

Es erkennt die Bildungsfähigkeit des Menschen gern und bereitwillig an; allein es stellt sie nicht so hoch, daß deshalb die Reihe der Geschöpfe abgeschlossen sein müßte, als ob sich der Schöpfergeist erschöpft hätte in diesem Werke, bestehend aus viel grober Materie und zwei spärlich eingestreuten Funken von Geist und Gemüth. Sein religiös-filosofischer Instinkt nimmt wahr, daß jede Gattung von Geschöpfen einerseits um ihrer selbst willen lebt, andererseits aber den höheren Gattungen dient, und drängt ihn zu einer demuthvollen Analogie in Bezug auf das Menschengeschlecht. Dadurch begründet sich der Glaube an eine höhere, unsichtbare, mit der Menschheit in geheimnißvoller Wechselbeziehung stehende Welt. Die Unfaßbarkeit derselben schreckt ihn nicht ab, daran zu glauben. Denn auch dafür bietet der mystische Schooß der Natur manche Analogieen. Die Empfindungen, welche z. B. in dem Polype auf äußere Anregung entstehen, sind nach dem Maße seiner Bewußtseinsfähigkeit in ihm; jedes entwickeltere Thier weiß in dieser Hinsicht zu unterscheiden. Da nun der Mensch auf der Stufenleiter der Wesen das niedrigste, wenn nicht das einzige Wesen ist, welchem die Gabe der Vernunft und des Gemüthes zugemessen wurde, so ist nicht abzusehen, weshalb er nicht blind sein sollte für die Anschauung Dessen, was er im Glauben blos dunkel ahnt. Durch den Glauben verwandelt sich dem Slawenthum das gesammte Leben der Welt in ein aus einem allbewußten Geiste, der sich in einer Fülle von Ge-

schöpfen mit steigender Begabung ohne Ende auflöst, heranströmendes; eine eigentlich todte Natur giebt es nicht, es ist nur Schein des Todes, hinter dem sich Leben, Schein der Bewußtlosigkeit, hinter dem sich Geist, Schein der Erstarrung, hinter dem sich die mit Absicht wirkende Kraft der Bewegung birgt, so begreift es die ewige Vorsehung.

Auf die Gefahr hin, mit der deutschen Geistesrichtung zu zerfallen und höchstens ein vornehm höhnendes Mitleid, als Lohn zu ernten, kann das Slawenthum doch nicht umhin, mit der deutschen Filosofie abzurechnen und Mickiewicz hat die Rechnung geschlossen. Der dürre, nüchterne Razionalismus, welcher sich dem Schooße derselben entwunden hat, dürfte bei den Slawen kaum jemals bedeutende Aufnahme finden, am wenigsten das selbst sich überhebende Hegelthum, da die Bescheidenheit ihrer Natur damit allzu auffallend kontrastirt. Es sind übrigens Versuche mit diesem höchst elastischen Systeme geschehen; einzelne Liebhaber bemühten sich, es dem slawischen Genius einzuimpfen. Wo dies übrigens auch geschah, sei es nun in Rußland, bei den unter magyarischem Drucke schmachtenden Slawen ꝛc., war stets damit ein Versuch verbunden, dem Despotismus zu schmeicheln, oder doch ihn zu erklären. Durch die liberale slawische Litteratur, somit zunächst die propagandistisch polnische, zahlreiche cechische Schriften ꝛc., durch Prosa und Dichtung, schlingt sich wie ein rother Faden die Religion. Die religiösen Stimmungen und Bedürfnisse auf das politische Terrain übertragen, erzeugen beinah mit Nothwendigkeit jene Wunderpflanze, welche die moderne polnische Schule den Messianismus nennt.

In Betreff der positiven Religion neigt sich das Slawenthum zu einer weit schärferen Auffassung hin, als sie in Deutschland gangbar zu sein pflegt. Gilt ihm das religiöse Prinzip als nothwendige Ergänzung der Moral, so erscheint ihm der positive Glaube als die nothwendige Form des Prinzips, gegenüber der minder intelligenten und karaktergestählten Masse. Wer das Gesetz der höheren Ord-

nung der Dinge nicht mit sich im Busen herumträgt, läßt es sich gern, zu seinem Besten, gefallen, daß es ihm von aussen, als eine beinah fysisch wirkende Macht vorgestellt werde. An einer so unbedingten Erziehbarkeit des Menschen, wie z. B. Ruge sie voraussetzt, zweifelt der slawische Denker; absolut unthunlich erscheint ihm das Werk der Völkererziehung, wenn das religiöse Element ganz und gar bei Seite geworfen wird.

Wir haben den Grenzpunkt der im Slawenthume gedenkbaren, äußersten Ungläubigkeit bezeichnet. Von da abwärts ist eine unendliche Skala möglich, die religiöse Idee wird sich in den mannigfaltigsten Gestaltungen verkörpern, allein sie wird nie selbstmörderisch auftreten, wie dies in der deutschen Theologie geschehen. Die am meisten razionalistisch gesinnten slawischen Filosofen werden zu dem vorhandenen Kristenthume in demselben Verhältnisse stehen, wie die des klassischen Heidenthums zur Mythologie. Sie werden nicht dagegen agitiren, ja es nicht einmal bekämpfen, und religiöse Zwiste vielmehr zu verhüten, und bei jedem Anlasse zu vermitteln suchen.

Wir müssen uns trotz des Bedenkens, aforistisch zu erscheinen, gleichwohl entschließen, unsere Darstellung in so enge Grenzen, als möglich, einzuschließen, damit der Gegenstand nicht zu ungemessener Breite sich ausdehne, und wir bemerken deshalb, daß die katholische Auffassung dem slawischen Genius weit näher liegt, als die protestantische, daß es ihm unpassend scheint, das Prinzip der freien Forschung in den dogmatischen Kreis einzuschließen, daß er weder vor dem Dogma der Erbsünde, — der mythischen Transfiguration des Satzes, daß der Sohn die Sünde des Vaters in der Regel abbüßen müsse — zurückschreckt, noch z. B. das Statut der Ohrenbeichte, als bewußtvolle Demüthigung des reuigen Sünders vor dem berufenen Stellvertreter der religiösen Idee, und als ein vortreffliches Mittel der Besserung, wenn der Beichtvater seinen Beruf würdig erfüllt, als verwerflich betrachtet, noch die Verschwisterung der Kunst mit der Religion, oder eine poetische, ihren Werth

nicht überhebende Mystik verschmäht. Dagegen sympathisirt er weder mit dem Jesuitismus, noch mit der Gestaltung der römischen Hierarchie in den höheren Kreisen, und deshalb blieben, mit Görres zu reden, die Jesuiten in Galizien treu, deshalb wurde die minder mit dem Volke in Berührung stehende Geistlichkeit untreu, deshalb erfolgten die verdammenden, encyklischen Schreiben des Papstes, in Betreff der revoluzionären Versuche, deshalb der Kontakt der polnischen Ideen mit denen der französischen Neukatholiken, deshalb das stolze Schweigen der französischen Prälaten, als ihnen die päpstliche Mißbilligung ihres Beginnens zu Händen gekommen war.

Die zukünftige slawische Kirche soll ein Herd der reinsten Begeisterung und der strengsten Sittlichkeit sein, von welchem aus jenes mächtige Element, das uns alle vielleicht strenger, als irgend ein posttives Gesetz befangen hält, die Sitte den Ausgang nehmen soll. Im Ganzen genommen steckt der europäische Mensch immer noch in der christlichen Sitte fest; aber sie ist innerlich zerfressen, vollkommen unhaltbar für längere Zukunft, und es droht vollkommene Anarchie auf diesem Gebiete einzureißen. Wodurch soll sie gebändigt, das Auseinanderstäubende wieder organisirt werden? Dies kann nicht auf dem Felde, nicht in der Werkstätte des Fabrikanten, nicht im Kaufmannsladen oder im Polizeibüreau geschehen. Der Strahl der Sitte entzündet sich an großen, lebendigen Beispielen. Dieses Beispiel muß den Slawen von einer durch und durch sittlichen Kirche gegeben werden. Mit der auf dem Faulbett sich streckenden Hierarchie Roms ist Nichts anzufangen. Wir nähern uns hierbei dem Gesichtspunkte, von dem aus eine Verschmelzung der orientalischen und occidentalen Kirche möglich sein wird. Doch ist diese Eventualität noch in sehr weite Ferne hinausgerückt, und die Kluft, welche die zwei großen Systeme getrennt hält, wird vielleicht mit Leichen ausgefüllt werden müssen, damit sie überschritten werde. Wir brechen hier ab, um das Verhältniß des Russenthums zur liberalen slawischen Idee ins Auge zu fassen, ein Gegenstand, der

wieder auf rein politischem Gebiete steht, von außerordentlicher Wichtigkeit für die gesammte europäische Welt.

Die meisten slawischen Denker betrachten das russische System als eine herbe Nothwendigkeit, als eine Art strenger Buße, die das Geschlecht sich selbst auferlegt habe. Geblendet von den Reizen eines friedlichen und freien Gemeindelebens, wollte es nicht heraustreten zur Bildung eines Staates, und wenn später auch mehrere solcher Bildungen entstanden, so scheiterten sie doch meistens an dem alten Uebel, der Neigung sich zu zersplittern. Die Slawen mußten zur politischen Thätigkeit, ohne daß diese selbst aufhebend wirke, eigenthümlich erzogen werden, und deshalb gestattete höhere Fügung, daß die Normannen in Rußlands Wäldern einbrachen und Fürstenthümer errichteten, daß später Mongolenschwärme diese Gegenden mit Feuer und Schwert verwüsteten und in Bande der Knechtschaft schlugen, damit die im Kerne ihres Wesens angegriffene Race Gelegenheit gewinne, dagegen zu streiten. Während Polen und Böhmen zu Grunde gingen, erhielt sich das in Kämpfen gestählte Rußland, zugleich ein sprechender Beweis, daß selbst der härteste Absolutismus dem Slawenthum besser zusagt, als der mittelalterliche, über jene Lande verhängte Feudalismus. Für den Osten aber ist die russische Autokratie ungefähr Dasselbe, was die Herrschaft der Päpste für die lateinische Welt war — die Schale des Eies. Nun aber ist der Moment gekommen, wo die Autokratie sich zu überleben beginnt, wo die Nothwendigkeit politischer Organisazion selbst den unwissendsten Sibirier durchdrungen haben dürfte, wo das Slawenthum, sich vollkommen frei überlassen, in den Zustand seiner früheren, kommunalen Anarchie nimmer zurückfallen könnte, wo selbst der russische Herrscher die denkwürdigen Worte sprach: „njet ludjej“ (Es giebt keine Menschen mehr, d. h. keine solchen, die mir unbedingt gehorchen, ohne nachzudenken). Eine liberale, aus dem Schooße des Slawenthums hervorgehende Reakzion ist demnach ein unabweisliches Bedürfniß geworden.

Woher aber soll diese Reakzion stammen, wenn nicht aus dem Schooße des Slawenthums selbst? Es muß die Ideen des Wesens in sich aufnehmen, so weit es sie seinem Wesen zusagend findet, muß sie gründlich verarbeiten, und die vernunftgemäße, in ihm liegende Bestimmung durch sich selbst zu realisiren suchen. Keiner europäischen Macht dürfte es jemals gelingen, Rußland so tief zu beugen, daß es einem außerhalb ihm selbst liegenden Zwecke dienstbar würde. Durch Rußland wie es ist kann nur die Despotie in Europa verewiget werden, wenn es nicht eben durch organische Einflüsse aufhört, so zu sein. Nehmen wir an, es käme jetzt binnen Kurzem zum Äußersten, und der Wunsch der zahlreichen Russofoben in Europa fände die genügendste Erfüllung, so könnte doch unmöglich mehr geschehen, als daß rücksichtlich Polens und der europäischen Türkei ein festes Arrangement getroffen, und dieses von der vereinigten Kraft Frankreichs, Großbritanniens und Deuschlands gegen Rußland mit der unvermeidlichen Gewalt der Waffen durchgesetzt würde. Für Dezennien würde dies ohne Zweifel genügen; doch kaum für die Dauer eines einzigen Jahrhunderts. Gleichwohl ist es die erste Grundregel der Staatsweisheit, Nichts ohne Rücksicht auf das ewige Leben der Nazionen zu unternehmen. Gesetzt nun, Rußland, wiewohl in engen Grenzen eingeschlossen, entwickelte sich fort und fort, so unterliegt doch keinem Zweifel, daß es nach dem natürlichen Laufe der Dinge, bei einigermaßen erträglicher Gesetzgebung und Verwaltung, die Menge seiner Bevölkerung auf eine Höhe bringen könnte, welche der des gesammten übrigen Europa gleich käme, später wohl gar sie überträfe. Ein Blick auf die Karte, die einfache Erwägung, daß Rußland über den siebenten Theil des gesammten Festlands der Erde jetzt zu verfügen hat, daß höchstens ein Drittel davon absolut unkolonisazionsfähig ist, daß in territorialer Beziehung der Verlust von Polen als ein Minimum zu betrachten wäre: giebt obiger Ansicht für die spätere Zukunft eine sehr eindringliche Wichtigkeit. Alle Opfer, welche jetzt die Freisinnigen und Besser-

gesinnten bringen, wären vielleicht umsonst gebracht, der Liberalismus wäre ein sittlicher, aber ziemlich unfruchtbarer Heroismus. Der Koloß würde zuletzt gleich wohl verschlingen, was ihm jetzt mit äußerster Anstrengung entrissen würde, und noch weit mehr. Freilich setzen wir einen kaum denkbaren Fall, nur des Beweises a contrario wegen. Wir zweifeln nicht, daß im Laufe der Zeit selbst aus Rußlands Schooße, die jetzt von ihm so gehaßte und verfolgte liberale Idee sich losringen würde. Allein so viel liegt nun doch auf der Hand, daß es den Freisinnigen erwünscht sein muß, diesen Umbildungsprozeß so beschleunigt als möglich zu wissen.

Die Feinde des Slawenthums dürften sich hierdurch einigermaßen gedrängt fühlen. Wir wissen recht gut, daß ihnen eine Zufluchtsecke noch offen bleibt, und daß sie nicht Anstand nehmen werden, sich deren zu bemächtigen. Sie werden sagen: „das Ende vom Liede wäre doch nur ein panslawisches Reich, und selbst wenn es im Innern mit den liberalsten Institutionen ausgestattet sein sollte, so könnte gleichwohl Westeuropa, namentlich Deutschland von den freien Slawen eben so arg, als von den geknechteten bedrängt werden. Restauriren wir deshalb Polen, so wird es ein Heerd unaufhörlicher politischer Umwälzungen sein, die vielleicht organisch auf Rußland zurückwirken werden; allein, wie gesagt, durch die Harmonie in den Prinzipien wird die Störung des Gleichgewichts nicht gutgemacht werden.“

Wir sind durchaus nicht in Verlegenheit auf diesen Einwand zu antworten, ja wir halten es sogar für Pflicht, da sonst der Zweck unsrer Mühe ganz und gar verfehlt wäre. Gelingt es uns nicht, die Deutschen zu überzeugen, daß sie in ihrem eigenen Interesse arbeiten, wenn sie die liberal slawische Partei nach Kräften unterstützen, bleibt irgend ein gegründeter Zweifel übrig, daß die vielleicht nur momentanen Vortheile, welche die Restaurazion Polens und die Emanzipazion des Westslawenthums überhaupt gewähren könnte, durch spätere, nachtheilige Folgen verdunkelt werden möchten: so dürften

wir es der deutschen Nation durchaus nicht übel deuten, wenn sie in der That dem armen Slawenthume „die geschliffenen Schwerter" wiese, wie Herr Wuttke wünscht. Allein glücklicher Weise ist Dem nicht so. Glücklicher Weise hat die Erde Raum genug für alle Völker, welche die Freiheit, das Recht und die Sitte lieben.

Es ist durchaus nicht nachzuweisen, was die zur Einheit föderativ verbundenen Slawen verleiten könnte, feindselig gegen ein freies, einiges Deutschland aufzutreten. Eigennutz und Eroberungssucht? Da böte doch jedenfalls der unabsehbare Orient mit der Fülle seiner unermeßlichen Naturschätze ein bei weitem lockenderes Objekt! Machtliebe, Eitelkeit? Der mögen Dynasten verfallen, freie Völker weit seltener. Wenn diese erobernd und erwerbend zu Werke gehen, wie Rom und England, so werden sie durch die Aussicht auf reellen Gewinn bestimmt. Ganz unfruchtbare Kriege, um eitler, eingebildeter Ruhmsherrlichkeit willen, wie sie im Mittelalter so häufig vorkamen, bleiben ihnen fremd, weil sie es sind, die ihr Blut und ihr Geld dabei zu Markte tragen. Zudem wäre der Versuch, Deutschland zu unterjochen, nicht blos ein undankbarer, sondern auch ein sehr schwieriger. Eine freie und muthvolle Nazion, kompakt dastehend, 40 bis 50 Millionen Seelen zählend, ist im Stande selbst einem fünffach überlegenen Feinde zu imponiren, wenn dieser obendrein das Gefühl des Unrechts in sich hegt. Ist es denn so gar schwer einzusehen, weshalb die jetzige russische Politik sich so lauernd und bedrohlich dem Deutschthume gegenüberstellt? Thut sie es vielleicht, um Deutschland bei nächster bester Gelegenheit als gute Beute in die Tasche zu stecken? Mit nichten! Ihr handelt es sich lediglich darum, die liberale Influenza von sich fern zu halten, demgemäß das Aufkommen freier Verfassungen in Deutschland um jeden Preis zu hindern und zu verhüten, daß Keime davon auf slawischen Boden fallen und sich zu ihrem Verderben entwickeln. Sie handelt demnach zwar perfid, aber weit konservativer, als auf der Oberfläche scheint. Sie will nicht Deutschland erobern, weil

es ein Juwel der Erde ist, wie z. B. Persien oder das im fernen Hintergrunde schimmernde Indien. Ihr genügt es, Deutschland zerstückt, ohnmächtig, träumerisch, niedergehalten zu wissen. Denn es könnte ihr Gefahr drohen von seiner Seite, aber auch nur ihr, der russischen Regierungspolitik, und es begreift sich wohl, daß ein freies Slawenthum in solchem Verhältnisse zu Deutschland nicht stehen würde. Es wäre also nur noch ein Fall denkbar, welcher die Spaltung zwischen beiden Systemen, dem germanischen und slawischen begründen könnte, nämlich der Handelsegoismus. Deutschland hat sein Auge auf den Orient geworfen, es glaubt daselbst den geeigneten Absatzort für den Überfluß seiner Erzeugnisse zu entdecken, und da entsteht nunmehr die gewichtige Frage, ob die Slawen nicht diese Quelle des Gewinnes ausschließend für sich in Beschlag nehmen würden. Wir haben jedoch bereits nachgewiesen, daß die Nazion für Industrie- und Handelsspekulazionen bei Weitem nicht so sehr eingenommen ist, als für die Agrikultur, daß sie einer bequemen, aber nichts weniger als luxuriösen Lebensitte sich zuneigt, weshalb sie bei ihrer ausserordentlichen Vorliebe für nazionale Abrundung und Abgeschlossenheit höchst wahrscheinlich Sorge tragen würde, sich mit den unentbehrlichen Kunst- und Industrieprodukten selbst zu versehen, ohne je auf fremdem Gebiete monopolistisch aufzutreten und den Lauf des Welthandels zu stören. Rußland befindet sich auch in dieser Hinsicht in einer entgegengesetzten Lage. Es möchte den Reichthum, die materielle Blüthe des westlichen Europa bei sich heimisch machen, ohne seinen Völkern den Genuß der Freiheit zu gewähren. Deshalb sein enormes Prohibitivsystem, deshalb das in neuester Zeit von ihm geschaffene Differenzialzollwesen. Es hat keine Ahnung von der idealen Höhe, auf welche das Slawenthum sich zu stellen berufen ist. Die moderne Lehre, daß nicht der übermäßige Wohlstand der Einzelnen, sondern die so viel als möglich gleichgewichtlich vertheilte Wohlfahrt aller Bürger den echten und dauernden Nazionalreichthum begründe, hat noch nicht im Ent-

ferntesten seine Eingeweide durchdrungen. Es strebt daher, so viele Fäden des Welthandels an sich zu ziehen, als eben thunlich, und wird jedenfalls deutsche Handelskraft vom Orient unbedingt ausschließen; dem freien Slawenthum wird darum nicht zu thun sein. Es wird sein Maß und den Schwerpunkt seiner Größe fest in sich zu bewahren suchen. Wie die Dinge jetzt stehen, entginge dem Zollvereine höchstens Posen, und dafür böte sich reicher Ersatz.

Es entsteht jetzt die Frage: Soll und kann sich Deutschland entschließen, der Herrschaft, welche es jetzt über slawische Provinzen ausübt, zu Gunsten eines noch ungeborenen Staates zu entsagen? Die Wahrheit ist, daß Preußen und Östreich sich im Besitze slawischer Gauen befinden: daraus folgt keineswegs, daß diese der deutschen Herrschaft unterthan sind. Denn so lange sich nicht Deutschland selbst regiert, wie es von Gottes- und Rechtswegen sollte, kann es wohl kaum irgend einen Rechtstitel der Herrschaft nach Aussen beanspruchen. Für ein sich kraftvoll einigendes Deutschland wäre es keine Schande, nicht deutsche Elemente von sich auszuscheiden. Man spricht von dem Einflusse deutscher Bildung, deutscher Sitte, deutscher Gesinnung in den westslawischen Bezirken; ersteren räumen wir bereitwillig ein, aber die zwei letzten müssen wir negiren. Was davon dem slawischeu Geiste eingeimpft worden, ist theils gleichgiltig, theils ihm nicht zusagend, und wollten wir auf diesen Punkt weitläufiger eingehen, so fiele es uns nicht schwer, zu beweisen, daß nur aus diesem Drucke der deutschen Potenz Das entspringt, was man in Polen, Böhmen und dem slawischen Theile Ungarns den deutschen Haß nennt. Wir kehren aber den Fall um und behaupten: so lange das Westslawenthum gefesselt bleibt in seinem jetzigen bedauerlichen Zustande, wird von einer Freiheit und Einheit Deutschlands nimmer die Rede sein. Abgesehen davon, daß das Großherzogthum Posen für Preußen eine fortwährende Quelle der Verlegenheit bildet und seine freie politische Entfaltung auf allen Schritten und Tritten hemmt,

schöpft Östreich seine materielle Macht hauptsächlich aus dem gebundenen, in Bewußtlosigkeit erhaltenen Slawenthume. Es ist dies der Hammer, womit es jede entschiedene liberale Krystallisazion in Deutschland zerschmettern würde. Fiele der Hammer auf es selbst zurück, so dürften die Tage des zerstückten Deutschlands gezählt sein. Die Freiheit der Slawen ist daher unzertrennlich eins mit der Freiheit der Deutschen, und daraus erklärt sich die unwiderstehliche Sympathie, welche die liberalen deutschen Blätter der polnischen Bewegung schenkten, daher das Mißtrauen, womit die Stimme engherziger Gegner, selbst wenn ihre Rede von deutscher Größe und Herrlichkeit überströmte, von dem größeren Theile des Publikums vernommen wurde.

Die Zartheit des Gegenstandes erlaubt uns nicht, ihn weiter auszumalen. Allein die Solidarität der liberalen Partei in ganz Europa dürfte überhaupt nicht so schwer zu erweisen sein, als es den oberflächlichen Konjekturalisten scheint. Sie ist diktirt durch die Macht eines glücklichen Verhängnisses und gereicht der absolutistischen Faktion andauernd zum größten Schrecken. Wir wünschen bei diesem Anlasse einer weiteren Einwendung gegen die Emanzipazion des Westslawenthums zu begegnen. Man hält nämlich den Deutschen diese mehrfach an den Tag gelegte Sympathie zwischen den Polen und Franzosen als Einschüchterungsmittel entgegen; man behauptet, Alles dürfte auf Kosten Deutschlands gehen, und die polnische Freiheit wäre mit dem Verluste des Rheines zu bezahlen. Wenn Frankreich vom Rheine spricht, so hält es dabei sein Auge mehr auf Belgien gerichtet. Gönnt ihm noch den Einfluß in Italien, dessen sich jetzt Deutschland dort nur äußerst indirekt und müheselig erfreut, und ihr habt seinen Wünschen genug gethan. Die Organe der französischen Zukunft, National, Democratie pacifique, Revue independante, haben zu wiederholten Malen erklärt, daß auf der deutschen Rheinseite nur insofern zu bestehen wäre, als sie selbst die Einverleibung mit Frankreich wünschte. Wollt ihr dieser Zusiche-

rung mißtrauen, um einer unwahrscheinlichen Eventualität willen das Westslawenthum in seinem dermaligen Zustande erhalten wissen, so kann dies nur unter russischem Drucke geschehen. Was aber möchte geschehen, wenn das dynastische Frankreich und Rußland sich dereinst die Hände zu einer Kabinetsallianz böten, wie sie Karl X. unumwunden im Schilde führte? Die Befestigung des Korruptionssystems der herrschenden egoistischen Politik in Frankreich hat Deutschland mit größerem Rechte zu fürchten, als das Programm der äußersten Linken. Denkt euch, Polen erstände plötzlich aus seinem Grabe, und es träte noch das emanzipirte Westslawenthum in konföderativer Form hinzu, müßte es nicht, um sich zu behaupten, mit Deutschland im innigsten Einverständnisse zu bleiben suchen? Seine Existenz könnte ja doch nur mühsam aufrecht erhalten werden; wie könnte es beim übelsten Willen auf feindselige Plane gegen eine Nachbarmacht denken, während doch beide Theile nur Ursache hätten, sich mit wechselseitigem Wohlwollen zu betrachten?

Frankreich, Deutschland und das Westslawenthum scheinen beinah berufen, das Herz der Welt zu bilden, eine Trias, von der das Licht der Zivilisazion ausströmen sollte, als die nächsten Vertreter der romanischen, deutschen und slawischen Race, als Propagandastaaten der humanen Politik, wie sie derzeit noch in der Wiege liegt und zur Zeit von keinem Kabinette, das brittische nichts weniger als ausgenommen, geübt wird. In diesem Bunde möchte sich diese neue Politik ungefähr in drei Strahlen brechen, und Frankreich das Schöne, Deutschland das Wahre, das freie Slawenthum das Gute zu reflektiren bestimmt sein, wie denn der Franzose unläugbar selbst dann, wenn er den erhabensten Schwung nimmt und von der Leidenschaft fortgerissen wird, die Grazie bewahrt, während die Gründlichkeit und der vielleicht etwas einseitige Trieb nach Erforschung der Wahrheit auf dem Gebiete der Theorie ein wesentliches Element der germanischen Natur ist, und der Slawe ein unerschöpflich reichhaltiges Gemüth im Busen trägt. Es wäre das

Leben in allen drei Staaten seinem Kerne nach eins; bloß verschiedenartig tingirt, es würde sich in Frankreich elegant, in Deutschland intelligent, im emanzipirten Slawenlande vielleicht am Einfachsten und nicht ohne Beimischung einer gewissen Aszetik gestalten; gewonnen wäre damit, daß ein Theil mit dem anderen in der Hauptsache gleich fühlend und gleich strebend, sich mit ihm in das Verhältniß eines wahrhaft fruchtbaren und würdigen Ideenaustausches gesetzt sähe. Profetische Durchblicke nach dieser Seite hin, eröffneten bereits Lamartine und Mickiewicz, der untergeordneten Geister, welche in ihren Fußtapfen wandeln, nicht zu gedenken. Der deutsche Genius wird nicht anstehen, sich anzuschließen; die edle Haltung der ächt liberalen Organe gegenüber den halboffiziellen Beschimpfungen, welche die servile Presse über das Haupt des armen Polenvolkes ausschüttete, bürgt dafür. Lebte noch Börne, wer zweifelt, wie er in dieser Sache schriebe? Der ehrenwerthen, unabhängigen Geister in Deutschland giebt es noch immer so manche, daß wir mit Beruhigung sie auffordern dürften, die Verhältnisse des Slawenthums aufmerksam zu würdigen und danach ihr Urtheil zu fällen. Ja, dankbar erkennen wir, daß ein zunächst deutschen Interessen gewidmetes Organ sich herbeiläßt, vorliegenden Aufsatz zur Öffentlichkeit zu befördern und somit eine vermittelnde Brücke zwischen zwei großen Nationen bauen zu helfen, und der Verfasser kann vielleicht nur bedauern, daß ihm und seinem Worte nicht so viel erschütternde und zündende Kraft innewohnt, als vonnöthen, um Ueberzeugungen zu schaffen. Den Diplomaten und Börsenspekulanten überläßt er es, ihn zielloser Träumerei zu beschuldigen; aber Diesen gilt auch Deutschlands Einheit als ein müßiger Traum. Wann hätten Diese je geglaubt an die Macht des Geistes? Zumal des Geistes, welcher im Verborgenen wirkt und sich plötzlich in welthistorischen Krisen offenbart, der offiziösen Noten und Protokolle spottend? Das eben ist ja das Schöne und Wunderbare der Geschichte, daß sie unberechenbar ist; wäre sie Das nicht, bediente

sich nicht der ewige Geist selbst der Schwächen und Sünden dieses Geschlechtes, um Das, was er will, durchzusetzen, dann wäre unbegreiflich, wie die Macht jemals den Händen, welchen sie zufällig anvertraut ist, sollte entschlüpfen können. Die Diplomatie sollte doch einsehen, daß sie seit den Jahren des Wiener Kongresses nicht mehr schöpferisch, sondern blos mechanisch, retardirend wirkt und wirken kann. War sie doch gezwungen, bei zahlreichen Revoluzionen Gevatter zu stehen, und wie sehr zerbröckeln nicht allmälig ihre Gebilde? Und noch sind die Hauptfragen der Welt, die deutsche, die italienische und die orientalische, ganz und gar ungeschlichtet! Und lebhafter als je wird das Banner der sozialen Reform über dem gesammten westlichen Europa geschwenkt!

Muth und gläubige Zuversicht, verbunden mit starrer Beharrlichkeit, sind wesentliche Karakterzüge des Slawenthums. Es hat demnach ein Recht, nicht an sich selbst zu verzweifeln. Es mag noch Jahrelang harren, bis seine Prüfungsstunde schlägt; allein es wird nie aufhören, sie zu erwarten.

Es mag im Buche der Schicksale geschrieben stehen, daß die Westslawen zu keiner politischen Macht gelangen, daß ihre Versuche auch fernerhin scheitern werden theils an der rohen Gewalt der czaarischen Idee in Rußland, theils an der machiavellistischen Politik, die da nicht müde wird, sie als Werkzeug ihrer Plane zu benutzen.

Aber eins dürfte fest stehen, daß nämlich selbst in diesem traurigen Falle das Westslawenthum seine Bestimmung nicht unerfüllt ließe. Es hat nun einmal den Gedanken des Panslawismus aus sich geboren, es hat die nützlichen Ideen des Westens in sich aufgenommen, um sie in stets wachsenden Kreisen zu verbreiten; die Geschichte seiner Leiden wird endlich das Herz seiner östlichen Brüder rühren, und so wie jetzt schon Tausende hochherziger Seelen in Rußland für die gemeinsame Sache entflammt sind, so wie Dies namentlich bei der jüngeren Generazion der Fall ist, so werden einst Millionen zu demselben Glauben sich bekennen. Ein freier west-

slawischer Staat wäre dazu freilich ein ungleich rascheres Mittel; die russische Despotie würde sich an ihm ohne Zweifel leicht und bald brechen. Gelingt es ihr jedoch, seine Existenz zu hindern, so wird der Lauf der slawischen Geschicke sich zwar langsamer, aber gleichwohl mit jener Zuversichtlichkeit, welche der nazionale Karakter verbürgt, entwickeln. Rußland ist die Heimath der größten künftigen Umwälzungen. So wenig wir daher verlangen können, daß Westeuropa mit dem im Osten herrschenden politischen Systeme sympathisire, so sehr wir vielmehr das direkte Gegentheil wünschen, so wünschen wir doch, daß die Publizisten Deutschlands die Begriffe: Regierung und Volk von Rußland eben so, wie im eignen Lande, trennen und auseinander halten.

Die Folge von all dem bisher Gesagten ist, daß die liberalen Elemente im Slawenthume wie in Deutschland, nicht achtend die Aufhetzungen gedungener oder bornirter Publizisten, in ein freundschaftliches Verhältniß mit einander treten sollten. Sie mögen sich gegenseitig ergänzen; denn ihre Hauptzwecke stehen in keinem feindlichen Gegensatze. Möchte doch in Zukunft von dem Maße der Erbitterung gegen Rußland Nichts überfließen in das Urtheil über allgemeine slawische Verhältnisse! Auf solcher Grundlage ließe sich wechselseitig eine öffentliche Meinung erbauen, die bei irgend einer Krisis von außerordentlicher Wichtigkeit werden könnte.

Werfen wir, dem Schlusse des Aufsatzes uns nähernd, noch einen Blick auf Östreich! Jedermann weiß, daß Kaiser Josef der Unvergeßliche, zu einer Zeit, wo die Idee der Nazionalität noch bei Weitem nicht jenen Grad der Geltung erreicht hatte, dessen sie sich gegenwärtig erfreut, die Frage: ob die Gouvernementalsprache die deutsche oder böhmische sein sollte, anhaltend diskutiren ließ. Die Betrachtungen, welche damals den Ausschlag gaben, dürften jetzt nur von untergeordneter Wichtigkeit sein. Es giebt jetzt nur ein östreichisches, nicht mehr ein deutsches Kaiserhaus. Östreich ist ein neuer Staat, ein polyglotter Staat. Die unläugbare Macht der

nazionalen Idee sollte es bestimmen, irgend ein festes System in dieser Hinsicht zu ergreifen. Was jetzt geschieht, scheint den Namen eines Systems nicht zu verdienen. Es zeigt sich nicht viel Mehr, als das Bestreben, eine Nazionalität durch die andere in Schach zu halten, dieses Spiel aber ist der Art, daß durch dasselbe die konsequente Erhaltung der historischen Zustände, wie sie seit Ferdinand II. sich gestalteten und durch Josef II. nur theilweise aufgehoben werden konnten, bedingt wird. Die Aristokratie dem Throne zwar unterworfen, aber in beinahe ausschließendem Besitz der einträglichsten Aemter und Würden, das Gemeindeleben bis zur Wurzel ausgetilgt, die Schule vernachläßigt, die Entwickelung des Geistes mannigfach behindert, das freie Wort unterdrückt, das Talent der Routine, ja selbst diese der Klientel nachgesetzt, die persönliche Freiheit unvollkommen gewährleistet, die öffentliche Geschäftspflege langsam und nicht selten befangen, das kirchliche Leben zu einem starren Mechanismus herabgedrückt, da nicht einmal der katholischen Kirche volle und freie Lebensäußerung zusteht — was sind die östreichischen Bischöfe, als eine besondre Gattung politischer Beamten? — bei Alledem der Druck der Abgaben bedeutend: wer möchte das Bild jener Zustände verkennen? Um sie zu konserviren, bedarf es nur der lustigen Blüthe des Sprachkampfes, wie sie jetzt in allen Theilen der Monarchie wuchert! Auf diesem Punkte stehet man jetzt. Allein wie könnte, wie sollte man stehen? — Das ist die Frage. Versuchen wir es, sie mit kurzen Worten zu lösen. Nach unserm Dafürhalten giebt es zwei mögliche Systeme, ein aktives und ein passives. Das letztere bedingt, daß Östreich seinen Völkern ein Maximum der Freiheit gewähren und sich zu einer großen, wenn auch monarchischen Schweiz entwickele, natürlich mit vorhergehender Ausrautung aller Privilegien der ohnedies unbeliebten Aristokratie; es gebe allen seinen Völkern gleiche, möglichst ausgedehnte Rechte, und sie werden insgesammt treulich zusammenhalten und seine Zukunft wird für lange Jahre vortrefflich gewährleistet sein.

Die Presse, die Kirche müßte vollkommen freigegeben sein; aber ein Bruch des allgemeinen Landfriedens wäre auf das Strengste zu bestrafen, weil die widerstrebenden Elemente sich nur auf dem Pfade geistiger Entwickelung auszugleichen hätten. Die allerdings schwere Aufgabe wäre: ein Maximum der Freiheit und Ordnung zu finden, das breiteste Gemeindeleben zu organisiren, dabei jedoch der zentralen Macht, so weit sie unumgänglich vonnöthen, die Mittel und Vehikel der raschesten Thätigkeit an die Hand zu geben. Die Aufgabe ist so schwer, daß sie vielleicht Manchem unausführbar erscheinen dürfte. Sie ist es nicht; es käme wohl nur auf die vortretende Thätigkeit von etwa zehn Jahren und eine wohldurchdachte Verfassung an.

Aber auch ein anders System stände der östreichischen Macht zu Gebote; wir nennen es ein aktives, weil es ein kühnes und gewaltiges Auftreten nach aussen voraussetzt, während jenes vielmehr bedingt, daß Östreich sich in sich selbst zurückziehe und seine ganze Aufmerksamkeit den inneren Reformen schenke. Es müßte nämlich sich zum Träger des Westslawenthums machen, dabei wohl ins Auge fassend, daß auch die wallachische Race eine slawische Wurzel habe; es müßte der deutschen Bestandtheile sich rasch entäußern und mit Deutschland, insbesondere mit Preußen ein befriedigendes Arrangement treffen, die übertriebenen Ansprüche der Magyaren in ihre gehörige Grenzen zurückweisen, übrigens die verrottete ungarische Konstitution in den gemeinsamen Schmelztiegel werfen, hauptsächlich aber Polen restauriren und Konstantinopel für sich in Beschlag nehmen, ein Beginnen, wobei es einer genügenden Transakzion mit Frankreich gewärtig sein könnte, und der westslawische Staat stände fertig da, vorausgesetzt, daß der unvermeidliche Kampf mit Rußland glücklich ende, was jedenfalls die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat, als das dem gesammten gebildeten Europa widerwärtige Gegentheil.

Diese Hilfsmittel hat die Vorsehung in Östreichs Hände gelegt.

Ob es von ihm gebraucht werden wird? Es bedarf keines Worts darüber, daß großes Genie zu dessen Handhabung erforderlich ist. Gewiß, die zur rechten Zeit erflehen, sind die kostbarsten Geschenke des unergründlichen Geschicks.

So Viel aber dürfen wir jetzt schon mit Bestimmtheit aussprechen, daß der westslawische Genius mit größerem oder geringerem Bewußtsein nach diesem Ziele hintreibt. Wir werden Gelegenheit nehmen, darauf noch ausführlicher zurückzukommen. Es komme der geeignete Moment, es zeige sich der geeignete Mann, und es wird Ausserordentliches verrichtet werden. Schöpfungen werden entstehen, von denen zur Stunde noch Niemand eine Ahnung haben kann. Östreich wäre eine vortreffliche Wiege für einen slawischen Herkules; allein, ob er die Schlange, ob die Schlange ihn erdrücken wird, ob der Regenerator des Slawenthums zuerst russische Luft zu athmen bestimmt ist: wer vermöchte hierüber nur ein Wort gegründeter Vermuthung zu sagen? Weil das Slawenthum einer so problematischen, geheimnißschwangeren Zukunft entgegen geht, ist ihm die Religiosität, die Sammlung des Geistes und Gemüthes, die Weihe ein desto wesentlicheres Bedürfniß. Es schöpft Trost aus dieser Quelle und Kraft für die Zukunft.

Eine neue Fase der kirchlichen Bewegung in Königsberg.

Seitdem die Abhandlung über diesen Gegenstand in einem der frühern Bände der „Gegenwart" geschrieben, hat die kirchliche Bewegung zu Königsberg ein neues bedeutungsvolles Stadium ihrer Geschichte durchgemacht. Die französisch reformirte Gemeinde, unter der ruhigen und kräftigen Leitung ihres Predigers Detroit, hat einen zweiten Kampf mit dem Ministerium würdevoll bestanden. Detroit ward, nachdem seine Lossagung von den Symbolen geschehen war, um sich zu rechtfertigen, zu einem Kolloquium nach Berlin berufen, von dem er unverrichteter Sache um Ostern zurückkehrte. Nach Pfingsten erhielt er vom Ministerium den Bescheid, er solle unverzüglich sich wieder zum apostolischen Symbol bekennen — dessen er sich nicht mehr bei der Taufformel bedient — widrigenfalls er strenge Maßregeln zu gewärtigen haben werde. Indessen ließ Detroit sich dadurch nicht einschüchtern, den einmal betretenen Weg zu verlassen. Obgleich von Seiten der orthodoxen Partei mit den gehässigsten Anklagen und den nichtswürdigsten Angriffen (die besonders seine gar nicht hierher gehörige litterarische Thätigkeit verdächtigen sollten) überhäuft, behielt er klar das Ziel im Auge, das er sich und der Gemeinde gesteckt hatte, und erklärte, daß er die Lossagung vom apostolischen Symbol, das einmal alle dogmatische Bedeutung für ihn verloren habe, nun und nimmermehr widerrufen werde. Ganz im Einverständniß mit ihm, einen erfreulichen Beweis

für die Achtung liefernd, die sich Detroit in der Gemeinde zu erwerben, für die Eintracht, die er zwischen dem Prediger und den Gemeindemitgliedern zu erhalten gewußt, gab seine Gemeinde zu gleicher Zeit die Erklärung an das Konsistorium ab, daß sie ebenfalls für immer von dem apostolischen Symbol sich losgesagt habe, und dann, wenn die Regierung sich Schritte der Gewalt erlauben würde, sie nicht mehr die Kirche besuchen werde. Das Konsistorium sah sich durch diese energische Erklärung veranlaßt, dem Prediger Detroit einstweilen zu gestatten die Kanzel auch fernerhin zu besteigen, bis die höhere Entscheidung erfolgt sein würde. Diese ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

Leider hat Dr. Rupp sich nicht in dieser besonnenen, entschiedenen Weise benommen, und daher auch die Fortentwicklung der freien Gemeinde vielfach gehemmt. Nachdem Dr. Rupp längere Zeit zur Zufriedenheit der Gemeinde seine Predigten vor ihr gehalten hatte, setzte er dieselbe vor den Pfingstfeiertagen durch seine unerwartet abgegebene Erklärung in das höchste Erstaunen, er würde in den nächsten sechs Wochen nicht predigen, da er sich veranlaßt gefühlt habe, sich dem Konsistorium bis zur Entscheidung seines Prozesses, den er von Neuem aufgenommen habe, zu unterwerfen, und dieses ihm jede Amtshandlung vorläufig bei Strafe der Kassazion untersagt habe. Wie? Dr. Rupp, der zwei Broschüren gegen das Konsistorium geschrieben, in denen er dieses eben nicht fein behandelt und mit Vorwürfen über Ungerechtigkeit und Willkür überhäuft, unterwirft sich eben diesem ungerechten, willkürlichen und jetzt noch durch ihn beleidigten Konsistorium! Wo hat er denn mit einmal das Vertrauen zu der Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit dieses ungerechten und willkürlichen Konsistoriums herbekommen? Dr. Rupp, der Prediger der freien Gemeinde, die ihm treu und tapfer zur Seite stand, als er von Ungerechtigkeit und Willkür verfolgt ward, verläßt diese ohne Weitres, ohne mit ihr über den beabsichtigten Schritt Rücksprache zu nehmen, um den Befehlen einer

Behörde zu gehorchen, von der die Gemeinde sich für immer losgesagt hat? Dr. Rupp, der Prediger der freien Gemeinde, fürchtet die Kassazion einer Behörde, mit der er in gar keinen Beziehungen mehr steht? Unerklärliche Widersprüche. — —

Und doch nur zu wahr. Der bei dieser Gelegenheit bekannt werdende Umstand, daß Dr. Rupp noch immer hinsichtlich seines früheren Gehaltes in sonderbaren Geldverhältnissen zu den Behörden stand, und daß er von dem Augenblick der Unterwerfung unter das Konsistorium, mit dessen Bewilligung den bereits aufgegebenen Divisionsprediger-Titel wieder annahm, warf auf dieselben ein seltsam eigenthümliches Streiflicht. Ist Dr. Rupp ein karakterloser Mann, oder spielt er ein scheinbar wunderliches, aber vielleicht tief angelegtes Spiel, in das er nur Niemanden hinein schauen läßt? Dies waren die beiden einzigen Fragen, die den ruhig Urtheilenden nur noch nöthig schienen zu erörtern und zu beantworten. Denn welche Gründe, — und warum verschwieg er solche, — konnten Rupp zu einem so sonderbaren, so vielen Mißverständnissen ausgesetzten Benehmen bestimmen? Ein Schlaukopf hatte einem hohen Beamten, dem die freie Gemeinde viel Sorge machte, gerathen, Rupp durch alle zu Gebote stehenden Mittel von der Gemeinde zu trennen, dann würde diese von selbst zerfallen. Sollten hier derartige Intriguen gespielt worden, sollte Rupp in die plumpe Falle gegangen sein? Kaum glaublich, Rupp war ja seit Jahren Geistlicher. — — Endlich läßt Rupp sich herab, durch seine Verehrer den Grund bekannt zu machen, dem er gefolgt sei. „Im Interesse der ganzen Kirche sei es wünschenswerth, daß die Regierung sich über das Urtheil des Konsistoriums gegen ihn ausspreche; dies könne nur geschehn, wenn er Rekurs gegen dasselbe ergreife; diesen könne er nur ergreifen, wenn er das Konsistorium als seine Behörde anerkenne, daher" u. s. w. Wie auffallend! bei der Stiftung der Gemeinde war dies kein Grund, der Dr. Rupp bestimmte, unter dem Konsistorium zu bleiben, vielmehr gab er den Rekurs als unnöthig auf; jetzt nach Mo-

naten, da ihm mit Kassation gedroht wird, hält er es für nothwendig den Rekurs zu ergreifen und unter das Konsistorium, von dem er sich bereits losgesagt, zurückzukehren! Er will der Regierung dadurch Gelegenheit geben sich über ihre Grundsätze auszusprechen. Wozu das? welcher nicht ganz unklar Schauende ist denn noch über ihre Grundsätze und Absichten in Zweifel, zumal sie dieselben jeder Zeit offen ausspricht, und dazu gar nicht für nöthig hält, auf Rupps Rekurse zu warten? Er handelt im Interesse der ganzen Kirche so; also auch Dr. Rupp gehört zu jenen schwächlichen Phantasten — an denen Deutschland reicher als irgend ein andres Land ist — die sich mit ihren Absichten und Bestrebungen immer gleich ins Blaue verlieren, und wegen der ungeheuren Ueberschwenglichkeit der beabsichtigten That nie zum Handeln kommen; die zuerst an die Giebelverzierungen des Gebäudes denken, ehe sie das Fundament sicher gegründet. Wie wahr sagt Goethe: wer allgemein sein will, wird nichts! Leider werden wir hier den Beleg für diesen Ausspruch erhalten. Das Interesse der ganzen Kirche hatte Dr. Rupp am besten Gelegenheit in der freien Gemeinde wahrzunehmen; gelang es ihm diese zu einem erwünschten Ziele hinzuführen, so hatte er unendlich viel für die Kirche gethan, indem er ihr ein nacheifernswürdiges Beispiel hinstellte. Anders kann er als einfacher Geistlicher, dessen ganze Macht in dem Beifall der Öffentlichkeit liegt, nie sich schmeicheln auf die ganze Kirche einzuwirken. Die freie Gemeinde war jener feste Punkt des Archimedes, von dem aus er hätte die Welt bewegen können; gab er diesen Punkt auf, so mußte er auch seine Weltverbesserungsideen aufgeben. Sollte Dr. Rupp dies nicht im Stande sein einzusehn? Unmöglich. Aber noch mehr, sah denn Dr. Rupp nicht ein, daß die freie Gemeinde bereits ein Anrecht an ihn sich erworben, daß er Verpflichtungen gegen sie hatte, die ihm so vielfache Beweise ihres aufrichtigen und aufopfernden Wohlwollens und Entgegenkommens gegeben hatte? Davon schien der Mann, der nur die „ganze Kirche" im Auge hatte, nichts zu

empfinden; daß er viele Herzen sich entfremdete, schien ihm gleichgültig zu sein. Indessen, er ließ die Gemeinde nicht ohne Trost, er eröffnete ihr die frohe Aussicht einer möglichen Rückkehr. Er ließ ihr verkünden — denn er selbst besuchte jetzt weder die Versammlungen des Presbyteriums noch der Gemeinde, so gehorsam war der widerspenstige kühne Mann plötzlich geworden! — er habe der Behörde erklärt, daß er so lange, wie die Generalsynode in Berlin daure, auf ihr Endurtheil in seiner Streitsache mit dem Konsistorium warten, erfolge es dann nicht oder anders als er es wünsche, zu der freien Gemeinde zurückkehren werde. Ob Dr. Rupp wirklich die mit seinem jetzigen Benehmen so wenig in Einklang stehende Keckheit gehabt hat, Dies der Behörde zu erklären, ist weiter nicht bekannt geworden; ob er selber aber glaubt, daß die Behörde auf eine solche trotzige Erklärung des eben reuig und voll Gehorsam sich ihrem Urtheil Unterwerfenden auch nur die mindeste Rücksicht nehmen werde, da kann man nur mit Horaz sagen: Credat Judaeus Apella. Und nun gar die Generalsynode hinein zu ziehen! Was hat diese Synode mit Rupps Prozeß zu thun? wie kann sie auch nur den geringsten Einfluß auf ihn äußern? Kehrt nun aber Dr. Rupp vor dem Bescheid zu der Gemeinde zurück, falls nämlich die Synode eher aufhört, als der Bescheid ankommt, was hat dann der, im Interesse der „ganzen Kirche" ergriffene Rekurs, um dessen willen er die Gemeinde verlassen, bewirkt? Welche Widersprüche versteht Dr. Rupp in das enge Band eines einzigen Satzes zusammen zu schlingen! Es ist kaum anzunehmen, daß es ihm mit dieser an die Gemeinde abgegebenen Erklärung wirklich Ernst sei. So Viel aber ist gewiß, daß viele Gemeindemitglieder sie mit der Würde der Gemeinde unverträglich fanden, da sie mit dürren Worten diese als letzten Nothbehelf des Dr. Rupp darstellten, wenn etwa alle seine sonstigen Pläne gescheitert wären. Während Dr. Rupp die Gemeinde durch seinen Rücktritt in die größte Verlegenheit setzte, da sie sich an den Sonntagen mit dem Vorlesen gedruckter Predigten und, als Dieses nicht

mehr ausreichte, mit den unreifen Tiraden eines jungen Kandidaten begnügen mußte, wandte er seine ganze Sorge einem engern Ausschuß zu, den er als seine eigentliche Jüngerschaft zu betrachten scheint, und brachte in demselben mit einem verderblichen, über seine Absichten viel Licht verbreitenden Eigensinn jenes berüchtigte, für die freie Gemeinde so verhängnißvoll gewordene „Du" glücklich zur Ausführung. Dieser Umstand vermehrte die bereits vorhandene Misstimmung gegen ihn um ein Bedeutendes; die Stifter der Gemeinde, die Rupp mit einer gewissen Verblendung auf irgend ein chimärisches Ziel hinarbeiten sahen, fanden daher das einzige Heil der Gemeinde nur noch in der Trennung von Dr. Rupp. So widerfuhr dem Dr. Rupp das Schlimmste, was einem Geistlichen begegnen kann; es wurde in der Gemeindeversammlung darüber verhandelt, ob man sich von Rupp lossagen solle oder nicht. Bei dieser Gelegenheit stellte sich deutlich heraus, was lange schon kein Geheimniß mehr war, daß die Gemeinde aus zwei verschiedenen Parteien besteht, die eigentlich nur zufällig ein Ganzes bilden. Die eine bilden alle Diejenigen, die, durch eine höhere Idee, die Idee der Freiheit, in die Gemeinde geführt, mit vollem Bewußtsein sich von dem Kirchenregiment des Staates losgesagt haben, die andere alle die persönlichen Anhänger und unbedingten Verehrer Rupps, die jeden seiner Schritte im Voraus gut hießen und eigentlich nur darauf ausgingen, für ihn eine Gemeinde zu stiften. So lange Rupp im Geiste der erstern Partei handelte, konnten beide Parteien, über ihre verschiedenen Zwecke noch im Unklaren, sich recht gut als ein harmonisches Ganzes betrachten; als er aber seine letzten Schritte that, mußte der Zwiespalt offenkundig hervorbrechen. So geschah es. Die Stifter der Gemeinde sahen sich genöthigt, in jener Versammlung an der Geschichte der Gemeinde zu zeigen, daß Rupp nicht zu ihrem Gedeihen beigetragen habe und wahrscheinlich in einem ganz andern Geiste und mit ganz andern Absichten ihr beigetreten sei, als sie erwartet habe. Schon durch sein erstes Auftreten

in derselben mit dem „Du" habe er viele Gemüther ihr entfremdet, durch sein fortwährend schwankendes und unklares Benehmen ihr nicht genützt, durch sein Widerstreben gegen jede vom Geist der Zeit und der Gemeinde geforderte Reform sie vielfach gehemmt. Endlich sein letzter Schritt müsse geradezu als ein Abfall von den Grundsätzen der freien Gemeinde angesehen werden, da er, als Prediger einer an der strengsten Presbyterialverfassung haltenden Gemeinde, sich dem Kirchenregiment des Staates und seinem Konsistorium unterworfen habe. Möchten Rupp noch so kräftige Gründe dazu bestimmt haben, so sei sein Schritt doch immer ein Abfall; nachdem er sich einmal zu der freien Gemeinde bekannt habe, hätte er als Mann von Karakter wissen müssen, daß es keine Gründe für ihn geben könne und dürfe, ihren Grundsätzen untreu zu werden. Was die in Aussicht gestellte Rückkehr zur Gemeinde betreffe, so wisse man in der That nicht, was man dazu sagen solle. Also nach einiger Zeit werde Rupp wieder die Grundsätze annehmen, die er so eben aufgegeben? Und wann sei die Zeit? wie lange solle die Gemeinde auf ihn warten? Rupp setze seine Rückkehr in die Zeit des Endes der Generalsynode: wenn aber bis dahin, wie vorauszusehen, sein Endurtheil nicht gesprochen und er kehre doch zurück, so wäre sein jetziger Austritt völlig unnütz: werde er verurtheilt bis dahin, so sei sein Rücktritt durchaus nicht wünschenswerth, da sein Beitritt zur Gemeinde alsdann als ein erzwungener erscheine, während er jetzt ein freier gewesen. Überdies leiste sein etwaniger Rücktritt bei dem vielfachen bisher bewiesenen Schwanken Rupps keine Gewähr, daß er ein dauernder bleiben werde; zumal es bekannt sei, daß er noch immer auf die Anstellung bei der deutsch-reformirten Gemeinde hoffe; sie müßten daher ihrer innigsten Ueberzeugung gemäß die Gemeinde auffordern, sich von Rupp loszusagen.

Auf diese gewichtige Anklage antworteten Rupps Vertheidiger mit Betheuerungen, Beschwörungen und Ausrufungen, und in der That ließ sich auch darauf nichts Andres antworten; die Ueberzeu-

gung der Gründe war auf Seiten der Gegner. Es kam zur Abstimmung, und mit einer Majorität von zehn Stimmen entschied sich die äußerst spärlich besuchte Versammlung — denn so sehr ist das einst begeisterte Interesse der Gemeinde, wir wollen nicht fragen durch wessen Schuld, geschwunden — für die Beibehaltung Rupps. Die blinden Anhänger des Dr. Rupp bildeten also die Mehrzahl.

In der siebenten Woche nach seinem Austritt erhielt Rupp den Bescheid, daß auf sein Perhorreszenzgesuch gegen den Minister Eichhorn nicht einzugehen sei; er erklärte darauf, daß er nun den Rekurs fallen lasse und wieder der Gemeinde beitrete. Den Tag nach dieser Erklärung schied eine große Anzahl von Männern aus der Gemeinde, die das Bleiben in derselben nicht mehr mit ihrer Ehre verträglich fanden. Sie schieden mit dem aufrichtigen Bedauern, ein Unternehmen aufgeben zu müssen, das unter den jetzigen Verhältnissen von der größten Wichtigkeit hätte werden können, wenn es nicht durch die Schuld eines Mannes eine schiefe und leider unverbesserliche Richtung bekommen hätte. Man behauptet, daß Rupp mit diesem Ausscheiden sehr zufrieden sei, da er jetzt ohne allen Widerspruch freie Hand haben wird, aus der Gemeinde zu machen, was er will. Dies scheint allerdings vom Anfang an sein Bestreben gewesen zu sein. Es ist wahrscheinlich, daß die Gemeinde, wenn auch in sehr verkleinertem Maßstabe, fortbestehn wird, obwohl sehr zu bezweifeln ist, daß der jetzt theilweise erkünstelte Enthusiasmus der Anbeter Rupps von langer Dauer sein wird. Jedenfalls aber wird die Geschichte nicht mehr von einer freien Gemeinde, sondern von einem frommen Konventikel, wie schon unzählige dagewesen sind, zu berichten haben. Die Hoffnungen, die das protestantische Deutschland vielleicht auf diese Gemeinde gebaut hat, werden unerfüllt bleiben.

Was Rupp — um noch einmal auf seine Persönlichkeit zurückzukommen — betrifft, so dürfte nach monatelanger Beobachtung, zu der er Gelegenheit und Veranlassung genug gegeben, folgendes

Urtheil über ihn zu fällen sein. Rupp ist eine für das Gute durchweg begeisterte, aber unklare, mystische Natur; er ist ein idealistischer Fantast, der die Zeit und die Menschen nicht kennt, die er durch eine gewisse hartnäckige Trotzköpfigkeit dahin zu treiben gedenkt, wo er sie haben will. Aber in dieser Trotzköpfigkeit konzentrirt sich auch seine ganze Thatkraft, denn er ist eine passive Natur, deren Energie mehr im Dulden, im Widerstehen, als im Handeln liegt. Darum fehlt ihm alle Entschiedenheit im Handeln, darum ist er nicht im Stande, sich entschieden für eine Partei zu erklären, obwohl er in den Kampf der Parteien getreten ist; vielmehr sucht er zu vermitteln und mit keiner Partei es ganz zu verderben. Die Geschichte sollte ihn lehren, daß durch solche Handlungsweise noch nie etwas Tüchtiges in der Menschheit gefördert ist. Trotz der reformatorischen Ideen, die vielleicht, aber auch nur vielleicht ihn bewegen, kennt Rupp das Wesen der That nicht, er weiß nicht, daß die That allein die Menschheit begeistert und die Welt errettet. Rupp ist nur — um nicht zu sagen ein Fasenmann — ein Mann der Rede; ein solcher ist unter Umständen viel werth und von großem Einfluß, aber auch unter Umständen, wie namentlich die Verhältnisse der freien Gemeinde sie herbeiführen, er verschwindet ohne alle Bedeutung neben dem Manne der That. Rupp als Führer einer reformatorischen Bewegung tritt daher — um einen nahe liegenden Vergleich zu machen — gegen Ronge ganz in den Hintergrund, obgleich er diesem vielleicht an Geist, entschieden mit dem Worte unendlich überlegen ist. Aber, während er nicht einmal mit einer kleinen, zu dem kühnsten Vorschreiten erbötigen Gemeinde fertig werden kann, reformirt Ronge halb Deutschland, und, während Ronge, seine ganze Thatkraft nach außen wendend, die Gemeindeangelegenheiten Denen überläßt, die sie zu leiten sich berufen fühlen, versenkt Rupp sich grade in diese und streitet mit kleinlichem Eigensinn um ein Stückchen Herrschaft über einen Liliputenstaat. Ganz besonders aber irren sich Diejenigen in ihm, die Rupp für einen durchaus freisinni-

gen Geistlichen, ja für einen Repräsentanten der freisinnigen Richtung unsrer Zeit halten. Auf diese schaut er im Gegentheil mit jener vornehmen Selbstüberhebung herab, die an gewissen Leuten, die mit Achselzucken von „seichtem Razionalismus und vulgärem Liberalismus" zu sprechen pflegen, hinlänglich bekannt ist. Er verwirft die Symbole, weil sie ihm unbequeme Schranken sind, keineswegs um ihres Inhalts willen. Denn er hält an den Stichwörtern der alten Theologie fest und hat öfters eine dogmatische Befangenheit kundgegeben, die viele Mitglieder der freien Gemeinde in unangenehmes Erstaunen setzte. Hierin ist auch der eigentliche und letzte Grund des Zwiespalts in der Gemeinde zu suchen; die sich jetzt von ihr losgesagt haben, sind Diejenigen, die sich in Rupp als Dogmatiker getäuscht sehen.

Rupps Eigenschaften sind ganz der Art, daß sie ihn zu einem trefflichen Geistlichen für jede in kirchlichem Frieden lebende Gemeinde machen. Darum wäre ihm zu rathen, daß er wieder mit der Kirche Frieden schlösse; denn sicher wäre es eine große Selbstverkennung, hielte er sich für das Werkzeug, das die Vorsehung zum Reformator unsrer Zeit auserwählt hat.

Zur Karakteristik der zweiten Kammer und des Ministeriums in Baden.

Sine ira et studio.

In keinem deutschen Staate ist das konstituzionelle Leben so ausgebildet und hat im Bewußtsein des ganzen Volkes schon so feste Wurzel geschlagen, wie im Großherzogthum Baden. Die Verfassung desselben, im Jahr 1819 von einem dem Tode nahen Fürsten in seiner letzten Stunde beinahe noch unterzeichnet, war aus der politischen Nothwendigkeit hervorgegangen. Es galt, ein Fürstenhaus, dessen Ansprüche von einzelnen auswärtigen Staaten, besonders Baiern (das gern einen Theil Badens seinem Rheinkreise zugefügt hätte) auf mannigfache Weise angefochten wurden, durch das Vertrauen des eigenen Volkes zu kräftigen.

Hierzu konnte man natürlich kein geeigneteres Mittel wählen, als die Verleihung einer Verfassung, die nach ihren Prinzipien und besonders dem ausgedehnten Wahlrecht, das dem ärmsten Bürger das Recht zur Urwahl giebt, entschieden die vorzüglichste und freisinnigste in ganz Deutschland ist. Daß man sich hierin nicht getäuscht, beweisen die Ergebnisse seit jener Zeit, — der Thron der Zähringer steht so fest wie der irgend eines anderen deutschen Fürstenhauses. Und dennoch sind in jenen 27 Jahren gar viele und schwere Misgriffe von Seiten der Regierung geschehen, die wohl dazu geeignet gewesen wären, das Vertrauen des Volkes zu derselben zu erschüttern. Es gab und giebt noch eine mächtige Partei,

die es nicht verschmerzen kann, daß durch die Verfassung auch das Volk ein Recht erlangt hat, daß sie nicht allein mehr nach freier Lust und Willkür ungestraft mit demselben schalten und walten kann, es gab Minister, die ihrem Ehrgeize gern das Glück eines Landes zum Opfer brachten und auf alle Weise Das zu verkümmern strebten, was die Verfassungsurkunde auf so klare Weise geheiligt hatte. Dazu fehlte es nicht an Einflüsterungen und Intriguen aller Art von Seiten derjenigen deutschen und europäischen Staaten, denen jede gesetzmäßige konstituzionelle Freiheit ein Gräuel ist und die lieber ein Volk von rohen, ungebildeten Sklaven, als von freien, gebildeten Bürgern, die sich ihres Menschenwerthes bewußt sind, zu Unterthanen haben wollen. Diese sehen fortwährend mit unwilligen Augen die politische Entwicklung des kleinen, aber durch seine Intelligenz einflußreichen Badens und fürchten, sein Beispiel möchte nachtheilig auf die eigenen Völker wirken. Sie ziehen ein Prinzip, welches die Erhebung des Bauernstandes zur menschlichen Würde verhindert und dessen Folgen im Jahre 1846 so blutige Greuelthaten hervorgerufen, wie man sie im 19. Jahrhundert in einem europäischen Staate nicht mehr hätte für möglich halten sollen, dem Prinzipe vor, nach welchem in Baden die Zehntablösung auf friedlichem, für alle Theile nützlichem Wege zu Stande gebracht worden ist. So hatte und hat jetzt noch der badische Liberalismus fortwährend Neckereien und Bedrückungen, nicht allein von den Gegnern innerhalb der Grenzen des eigenen Landes, sondern von mächtigen auswärtigen Feinden zu bestehen, welche die großherzogl. Regierung unausgesetzt mit Einflüsterungen bestürmen. Drohte man doch sogar 1832 von Seiten des Bundes mit Exekuzionstruppen, wenn die zur unendlichen Freude des Volkes ein halbes Jahr vorher von der Regierung gegebene Preßfreiheit nicht wieder vernichtet würde.

Aber, wie das Samenkorn edler Art sich auch durch das, seine Entwickelung hemmen wollende todte Gestein muthig den Weg bahnt und, zwar langsam, aber durch den Kampf fortwährend ge-

stärkt, endlich dennoch zum herrlichen, weit in die blauen Lüfte emporsteigenden Baum hervorwächst und dann kräftiger den Stürmen von außen und dem sein inneres Mark mit Vernichtung bedrohenden Wurm Widerstand zu leisten vermag, als die schwache Treibhauspflanze, so auch der badische Liberalismus. Freilich ist durch den beständigen Kampf wohl hier und da die äußere Rinde etwas rauh geworden, und die erlittenen Verwundungen haben Auswüchse gebildet, welche den oberflächlichen Beobachter vielleicht zu ungerechten Urtheilen verleiten könnten. Aber der weise, gründlich schauende versteht den gesunden inneren Kern zu würdigen, indem er wohl weiß, daß die Zeit die Rauhheiten und Auswüchse der Rinde, nachdem die übeln Säfte durch sie abgeflossen sind, glätten und der edle Baum noch grünen und reiche Blüthen und Früchte tragen wird, wenn das künstliche Erzeugniß des Treibhauses schon lange aus Mangel an innerer Kraft verdorrt oder vom Sturm zerknickt ist. Luft und Licht für die Pflanze der badischen Freiheit ist aber die vorgeschrittene geistige Bildung des ganzen Volkes, welches hierin hinter keinem einzigen Stamme Deutschlands zurücksteht, ja vielleicht die Mehrzahl derselben übertrifft, so wie die große Lebendigkeit und Empfänglichkeit desselben für alle Eindrücke. Hierin kommt der Badenser, von allen deutschen Volksstämmen, seinem Nachbar, dem Franzosen, entschieden am Nächsten, er ist von einer inneren geistigen Regsamkeit, wie man sie sonst in wenigen andern deutschen Ländern, — Rheinbaiern und Rheinpreußen etwa ausgenommen — finden wird.

So waren denn die badischen Landtage fast stets ein Kampfplatz, wo die Partei des Fortschrittes und der Freiheit mit den äußeren und inneren Feinden derselben zusammenstieß. Nur in den Jahren 1831 und 32 hatte sich die Regierung so freisinnig gezeigt, und ihre Maßregeln hatten so allgemeinen Anklang im ganzen Volke gefunden, daß es keine Oppositionspartei in der Kammer mehr gab und diese das schöne, leider so seltene Bild der vollkommensten Ein-

tracht und des höchsten Vertrauens zwischen den Dienern der Krone und den Vertretern des Volkes zeigte. Leider währte dieser Zustand nur kurze Zeit. Fremde, gehässige Einflüsterungen gewannen wieder Boden, und seit jenen schönen Tagen ist kein Landtag vergangen, wo sich nicht nothgedrungen eine Oppositzion bilden mußte, wo nicht die heftigsten Kämpfe — oft nicht einmal für den Fortschritt, sondern nur gegen den Rückschritt — stattfanden. Die Art und Weise, wie sich das kleine badische Volk gegen diese Feinde seiner Freiheit und politischen Entwickelung benimmt, die Konsequenz, womit es, trotz allen Gegenbemühungen und einzelnen glücklichen Erfolgen Jener, Schritt vor Schritt auf der einmal begonnenen Bahn vorwärts schreitet und namentlich stets wieder die schon oft erprobten Kämpfer in die Kammer bringt, hat die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland auf sich gezogen und manchen vortheilhaften Einfluß auf die übrigen deutschen Länder geäußert.

Auch die Opposizion fand in den langen, sich stets wiederholenden Kämpfen vielfache Gelegenheit, ihre Talente auszubilden, und, da die freie badische Wahlverfassung vorzugsweise unter allen übrigen konstituzionellen deutschen Staaten gestattet, daß Männer von besonderer Intelligenz zu Deputirten gewählt werden können, indem die Wählbarkeit nicht, wie z. B. in Baiern, an Stände und Bezirke gebunden ist, so brachte sie es dahin, daß sie mit Recht für die freisinnigste, bestorganisirte und an tüchtigen Köpfen reichste in ganz Deutschland gehalten wird. Die Namen Welcker, v. Itzstein, v. Rotteck, Sander, Buhl und in letzter Zeit Hecker, Mathy sind weit über die Grenzen Badens bekannt und geehrt.

Der Landtag des J. 1843 hatte den Rücktritt des Ministers v. Blittersdorf, eines zwar höchst fähigen Mannes, aber auch entschiedenen Feindes des Fortschrittes, bewirkt. Es war Dies eine Konzession, die man der immer größer werdenden Unzufriedenheit des Volkes zu bringen sich genöthigt sah. Blittersdorf ging als Bundestagsgesandter nach Frankfurt a. M., um von dort, aus

größter Nähe und in so wichtiger Stelle, den von ihm vertretenen Prinzipien nach wie vor mit allen seinen Kräften und mit weniger äußerer Verantwortlichkeit Vorschub zu leisten. Hatte nun auch das Ministerium seinen Namen gewechselt und hierin wenigstens der öffentlichen Meinung ein Zugeständniß ihrer Macht eingeräumt, so blieb doch das Prinzip desselben, auf jede Weise den Fortschritt zu hindern, unverändert. Ja selbst jene Neigung zum offenbaren Rückschritt, die in jüngster Zeit gleich einem bösen Dämon durch viele deutsche Regierungen hindurch wandelt, allenthalben ihre verderblichen Spuren zurücklassend, blieb auch von Baden nicht ganz fern.

So ließ sich denn mit ziemlicher Gewißheit voraussehen, daß der gegen das Ende des vorigen Jahres versammelte Landtag an stürmischen Sitzungen reicher noch, als seine Vorgänger, werden würde. Und man täuschte sich nicht. Entschiedener, denn je, erhob sich auf demselben die Opposizion, die aber leider in letzter Zeit einige ihrer fähigsten Führer, besonders Sander, einen Mann, dessen große, vielseitige Fähigkeiten wohl sehr schwer ersetzt werden können, durch den Tod verloren hatte. Man begnügte sich nicht mehr mit bloßen Versprechungen, man drang auf deren Erfüllung, man bat die Regierung nicht mehr, sondern man forderte in sehr bestimmtem Tone Das, worauf man mit Recht einen Anspruch zu machen glaubte. Zu der politischen Aufregung war in den letzten Jahren in Baden noch eine religiöse gekommen. Wie es bei einem so intelligenten und denkenden Volke nicht anders möglich sein konnte, hatte der Deutschkatholizismus bedeutende Fortschritte daselbst gemacht. Besonders die mehr aufgeklärte Bevölkerung der Städte, namentlich von Mannheim, Heidelberg und Konstanz hatte sich der neuen Lehre mit Begeisterung hingegeben, und auch auf dem flachen Lande fand sie theilweise einen fruchtbaren Boden und dehnte sich zwar langsam aber sicher daselbst aus. Die großherzogl. Regierung wollte, wie die meisten deutschen Regierungen, der neuen Lehre nicht sonderlich wohl; man fürchtete, sie sei mit kommunistischen

Umtrieben verknüpft, und, wenn man sie auch nicht grade zu untersagen wagte, so legte man ihr doch Hindernisse und Beschwerungen aller Art in den Weg. Da trat ein würdiger Mann, der in politischer Hinsicht zwar freisinnige, aber nach badischen Begriffen sehr gemäßigte evangelische Pfarrer Zittel auf und begründete mit feurigen, aus der festen inneren Ueberzeugung des Rechtes hervorgehenden Worten, bei Vorlegung einer Petizion, das gleiche Recht der Deutschkatholiken mit den übrigen geistlichen Konfessionen im Großherzogthume. Einen freudigen Anklang fanden seine Worte nicht allein in Baden, sondern in den fernsten Gauen unseres gemeinsamen Vaterlandes, denn sie hatten nur Ausdruck dem Gefühle geliehen, welches in der Brust vieler Tausende lebte, dem Gefühle, daß den Deutschkatholiken Unrecht, schreiendes Unrecht geschehen sei. Aber die ultramontane Partei, deren Posten weit in Baden vorgeschoben waren und die sich besonders in manchen südlichen Theilen, namentlich in und um Freiburg, großer Macht erfreute, gerieth dieser Adresse wegen, die doch nur ganz einfach Gerechtigkeit forderte, in den heftigsten Zorn. Man legte in den klaren Sinn der Worte Zittels eine Bedeutung, die ihrem Urheber durchaus fremd war, und suchte auf alle mögliche Weise, selbst mit Benutzung der Kanzel und anderer heiligen Orte, dem noch nicht genugsam aufgeklärten Theil der Bevölkerung die lächerliche Furcht einzujagen, es sei auf gänzliche Ausrottung der katholischen Religion abgesehen. Aber auch bis in die höchsten und einflußreichsten Kreise wußte diese Partei schlau und mit Benutzung aller Umstände im Geheimen ihre vielverschlungenen Fäden zu ziehen und Personen von Gewicht und Ansehn für ihre Zwecke in Bewegung zu setzen. So kam denn eine Unzahl von Petizionen, künstlich aus den verschiedenen Theilen des Landes zusammengebracht und mit Unterschriften versehen, an die Regierung, worin sie um Schutz der heiligen Interessen der katholischen Religion, oft wirklich in komisch naiver Weise, ersucht wurde. Jetzt entstand nun in Baden ein seltsamer, noch zu keiner Zeit dage-

wesener Bund der Bureaukratie mit dem Ultramontanismus. Diese beiden, sich ihrer Natur nach sonst schroff gegenüberstehend und sich gegenseitig auf alle mögliche Weise bekämpfend, schlossen ein Schutz- und Trutzbündniß, wenigstens für eine Zeit, (denn langer Friede kann unmöglich zwischen ihnen bestehen,) um mit vereinten Kräften gegen jeglichen Fortschritt, sei es in politischer oder religiöser Hinsicht, zu Felde zu ziehen. Man wollte vorerst jede freiere Regung der Vernunft im Volke unterdrücken, um dann wieder nach altgewohnter Weise um die Herrschaft über dasselbe mit Waffen aller Art kämpfen zu können. Hierzu war der erste Schritt die Auflösung der Kammer, welche, Allen unerwartet, wie ein Donnerschlag aus heiterer Luft, am 9. Februar d. J. geschah. Wer die eigentliche Triebfeder zu dieser Handlung gewesen ist und den ersten Gedanken gegeben hat, darüber ruht, aller Muthmaßungen und Gerüchte ungeachtet, noch ein dichter Schleier, der auch wohl in nächster Zeit noch nicht ganz gelüftet werden wird. Wahrscheinlich hatten einige Herren aus dem unmittelbaren Hofgefolge des Großherzogs großen Einfluß dabei und wußten es, trotz der Gegenvorstellungen vieler Vernünftigen, durchzusetzen. Man hoffte, die Aufregung, welche sich in den Petizionen kundgab, zu benutzen, um mit Hülfe des Klerus eine den beiden Verbündeten ergebene Majorität in die zweite Kammer zu bringen und die Opposizion zu zersprengen. Es ist nicht zu leugnen, daß einzelne Mitglieder derselben hier und da in ihren Forderungen und besonders in der Art und Weise, wie sie dieselben vorbrachten, zu weit gegangen waren und Anträge gestellt hatten, deren Erfüllung sie bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge, und wenn nicht alle Verhältnisse radikal geändert werden sollten, selbst unmöglich erwarten konnten.

Dennoch war die Auflösung der Kammer — die schon einmal im J. 1842, bei Gelegenheit der Urlaubsfrage, geschehen war — diesmal, gelinde ausgedrückt, eine sehr unvorsichtige Handlung, die dem Lande leicht sehr üble Folgen hätte bringen können. Wahrhaftig, der

ärgste Feind der Regierung hätte ihr nichts Schlimmeres rathen können, und wir sind fest überzeugt, daß die Urheber jener Maßregel ihre Handlung bitter bereuen, wenn sie Dies auch natürlich niemals offen eingestehen werden. In den gehofften Ergebnissen der neuen Wahlen hatte man sich, — Dies wurde gleich beim Anfang derselben vollkommen klar — ganz entschieden getäuscht. Man hielt den Klerus für bedeutend stärker und einflußreicher, als er (einzelne wenige Distrikte abgerechnet) es in Wirklichkeit ist. Es zeigte sich bald, daß die Aufregung der Petizionen viel größer auf dem Papier, als in der Wirklichkeit, sich ausnahm, und daß oft nur eine momentane Verblendung einzelne, von religiösem Fanatismus weit entfernte Bürger bewogen hatte, ihre Unterschriften darunter zu setzen. Uebrigens hatte man auch von Seiten der Geistlichkeit Schulkinder, alte Frauen in den Stiften, kurz geistig ganz unzurechnungsfähige Individuen mit unterzeichnen lassen, blos damit die Zahl der Namensunterschriften möglichst groß würde und man auf diese Weise den Leuten Sand in die Augen streuen könnte. Wiederholt kamen Beispiele vor, daß Ortschaften, aus denen ultramontane Petizionen abgegangen waren und auf die man also ganz unbedingt zählen zu können glaubte, entschieden liberale Abgeordnete, welche aus ihrer Gesinnung auch in religiösen Dingen gar kein Hehl machten, in die neue Kammer wählten.

Das badische Wahlsystem ist, wie vorhin bemerkt, entschieden das freisinnigste und sich am Meisten auf das eigentliche Volk stützende in ganz Deutschland. Jeder badische Bürger — und, Dies zu werden ist sehr leicht — hat das Recht, mit zu wählen, und, besitzt er ein steuerbares Vermögen von 10,000 Gulden oder einen Gehalt von 1500 Gulden, so kann er auch als Abgeordneter gewählt werden. Daß man in dem Wahlbezirk selbst wohnen oder einem bestimmten Stande angehören müsse, wie es z. B. in Baiern der Fall ist, davon ist keine Rede. Kann man nun auch nicht leugnen, daß dies freisinnige Wahlsystem unendliche Vorzüge hat und

daß es im Grunde nicht mehr als recht und billig ist, dem Volke selbst, welches die Lasten des Staates zu tragen hat, auch das Recht zu geben, seine Abgeordneten zu wählen, so hat diese große Ausdehnung doch auch bei gegenwärtigen Verhältnissen wieder manche Schattenseiten. Ein großer Theil unserer unteren, ärmeren Stände, nicht allein in Baden, sondern in der ganzen Welt, befindet sich leider noch in so großer materieller Noth und daraus hervorgegangener geistiger Stumpfheit, daß er an den wichtigen ihn selbst betreffenden Fragen unserer Zeit sehr geringen oder eigentlich gar keinen Antheil nimmt. Er ist daher bei den Abgeordnetenwahlen nur das Werkzeug, das, von fremder Hand gelenkt, seine Stimme abgiebt, unbekümmert, was weiter daraus entsteht. Mittel aller Art werden nun angewandt, diese Wähler für irgend eine Partei zu gewinnen. Versprechungen, Drohungen, Bestechungen mit kleinen Geldsummen, Freihalten mit Bier und Wein, andrerseits Auffündigung geliehener Kapitale, Entziehung von Arbeit, kurz alle nur mögliche Einwirkungen werden angewandt, um die unteren Stände zu bearbeiten. Die Zeit der Wahlen ist in Baden immer eine sehr aufgeregte, von Leidenschaften, die bisweilen sehr schmutziger Natur sind, bewegte und gewiß nicht ohne nachtheiligen Einfluß auf die Moralität des Volks. Daher kommt auch das, besonders im Auslande, wo man mit den näheren Verhältnissen weniger bekannt ist, auffallende Schauspiel, daß derselbe Wahldistrikt, der z. B. bei dem einen Landtag H. v. Itzstein zum Abgeordneten gewählt hat, bei dem nächstfolgenden einen entschieden ministeriell gesinnten Mann erkiest, und so umgekehrt. Nur einzelne Wahlbezirke giebt es, die nach dem Parteiausdruck „ganz sicher sind," so z. B. Mannheim, Konstanz und einige Landbezirke, besonders im Schwarzwalde, für die liberale, Freiburg und einige Bezirke im Odenwalde für die ministerielle Seite, die übrigen schwanken immer hin und her und wählen bald für die eine, bald für die andere Seite. Natürlich hat bei diesen Wahlumtrieben die Regierung ein großes Ueberge-

wicht, da ihr mehr Versprechungen und Drohungen aller Art zu Gebote stehen und sie über eine Menge von Beamten als bereitwillige Werkzeuge verfügen kann. Daß aber dennoch diesmal die liberale Seite in der Kammer eine Majorität, wenn auch oft nur aus einigen Stimmen bestehend, besitzt, ist ein sicherer Beweis, wie sehr ihre Bemühungen schon feste Wurzel im ganzen Volke gefaßt haben, und welche Macht sie schon geworden ist.

Kommen nun schon vor jedem neuen Landtag solche Bestrebungen der Parteien, sich möglichst viele Wahlbezirke zu sichern, vor, so geschah es in diesem Jahre nach Auflösung der Kammer in erhöhtem Grade. Es war ein furchtbares Ringen zwischen der Opposizion und der ministeriellen oder vielmehr bureaukratisch-ultramontanen Partei, denn es galt jetzt eine Lebensfrage für beide. Wer dabei siegte, Dem konnte man auch den Sieg für eine geraume Zeit versprechen, wer geschlagen wurde, war es für lange. Unterlag die Opposizion, so zeigte es sich, daß ihre Bestrebungen noch nicht so feste Wurzeln im Volke geschlagen hatten, um nicht beim ersten Sturm, der sich gegen sie erhob, ausgerissen zu werden; siegte sie, so stand sie fester und gesicherter, denn je, und konnte zeigen, daß selbst Geistlichkeit, Adel und Beamte vereint sie nicht zu stürzen vermöchten. Ebenso umgekehrt: ging jener Bund als Sieger hervor, so war die Absicht bei Auflösung der Kammern gelungen und die Opposizion für lange Zeiten gesprengt — wo nicht, so war jener Umstand von unendlichem Schaden für ihre Urheber. Beide Parteien strebten, mit Anwendung aller ihnen nur irgendwie zu Gebote stehenden Mittel, sich die Ueberzahl zu sichern. Beamte, vornehm und gering, Geistliche aller Art — denn auch ein Theil der protestantischen war auf Seiten der Ministeriellen, obgleich sie sich im Allgemeinen sehr ruhig benahmen, — andererseits liberale Deputirte oder deren Freunde und Werber durchzogen die verschiedenen Wahlbezirke, um die alten Anhänger aufs Neue zu befestigen und sich neue zu erwerben. Reden aller Art, gute und schlechte, lange und

kurze, aber fast alle mit vollen Backen alle mögliche Dinge verspre-chend, wurden in Unmasse gehalten, um die Gemüther zu gewin-nen, und, wo Dies noch nicht genug wirkte, mußte das Weinfaß das Feuer schüren helfen. Brochüren und Flugschriften, im Sinne jeder Partei geschrieben und fast immer mit möglichst grellen, oft wirklich widerlichen Farben Lob oder Tadel dem einzelnen Wahlkan-didaten in überreichlichem Maße spendend, wurden auf alle Weise verbreitet. Die Parteiblätter der Tagespresse, an denen das Land ziemlich reich ist, ließen es natürlich nicht fehlen, das Ihrige bei diesem Wahlkampfe redlich zu thun, und griffen mitunter zu Mit-teln, die — wenigstens nach unserer Ansicht — keineswegs zu den rühmlichen und offenen gehören. So vergingen die Monate März und April unter diesen Kämpfen, jeder einzelne Sieg wurde gewiß in den Blättern der einen Seite mit so pomphaftem Geschrei verkün-det, als hinge das Heil des ganzen Deutschlands, ja Europas davon ab, die eigenen Niederlagen wurden klüglich verschwiegen, die des Gegners aber mit Spott und Hohn aller Art in reichem Maße überschüttet. An lautem Geschrei und bis ins Unendliche wiederholten Redensarten und Betheurungen gaben, offen gestan-den, sich beide Theile der Presse nicht das Mindeste nach, sondern suchten sich auch hierin den Sieg streitig zu machen. Rühmen muß man aber von dem größten Theil der liberalen Seite (denn auch hier gab es Ausnahmen), daß sie wenigstens offener zu Werke ging und nicht so viel heimliche und hämische Mittel der Verdächtigung ge-brauchte, als ihre Gegner. Allmälig ward indeß das Siegesgeschrei der ultramontan-bureaukratischen Seite immer schwächer, das der andern aber lauter und jubelnder, denn immer klarer stellte sich heraus, daß die Opposizion in vermehrter Zahl den neuen Landtag betreten würde. Namentlich hatten sich Diejenigen, welche Viel auf den Einfluß der Ultramontanen gerechnet, ganz bedeutend geirrt, denn es zeigte sich recht klar und überzeugend, wie verhältnißmäßig unbedeutend derselbe, bis jetzt wenigstens, noch in dem bei Weitem

größten Theil von Baden ist. Viel Mehr hatten die Beamten gewirkt, und ihrem Einflusse und den vielen Mitteln, die sie in Händen hatten, ist es zuzuschreiben, daß nahe an 20 entschieden ministerielle, ja theilweise viel schroffer, als das jetzige badische Ministerium selbst, gesinnte Deputirte in der neuen Kammer sitzen. So waren die gehofften Folgen der Kammerauflösung für die Urheber doppelt schlecht ausgefallen und dieselben in ihren eigenen Schlingen gefangen. Sie hatten einen auf keine Weise zu rechtfertigenden Schritt gethan, dem Lande viel unnöthige Aufregung und unnütze Kosten verursacht, sich selbst aber so recht in ihrer ganzen Schwäche gezeigt. Die vorige Kammer hatte keinen Beschluß gefaßt, der eine Auflösung nur im Mindesten hätte rechtfertigen können. Einzelne Mitglieder der Opposizion waren wohl bisweilen in ihren Reden und namentlich in dem Tone derselben zu weit gegangen, aber Dies berechtigte doch nicht, um der Uebereilungen Einzelner willen, die man auf andere Weise hätte rügen können, die ganze Kammer gleich aufzulösen und so die Gesammtheit derselben, ja das ganze Volk dafür büßen zu lassen.

Nach Beendigung aller Wahlen ergab sich, daß von den 63 Mitgliedern, welche die zweite Kammer zählt, 30 bis 31 der entschiedenen Opposizion, 9 bis 10 der unabhängigen Mitte, der Rest der ministeriellen Seite angehörten. Die Führer der beiden Parteien waren dieselben geblieben, einzelne Mitglieder zweiten Ranges hatten ihre Stellen verloren und waren durch neuen Zuwachs ersetzt worden. Die Mitte, früher weit schwächer, als diesmal, hatte einen wichtigen, sehr einflußreichen Zuwachs an dem Geheimrath Mittermaier aus Heidelberg und dem Regierungsrath Schmidt aus Mannheim erhalten und zählte außerdem noch einige sehr tüchtige, sich allgemeiner Achtung erfreuende Männer. Hätte sie an den Wahlen thätigern Antheil genommen, so wäre sie wahrscheinlich noch stärker geworden. Dem Stande nach sind unter den Mitgliedern der zweiten Kammer 13 höhere Staats-

beamte, den Ministerien, Regierungen oder Obergerichten angehörig, 4 Professoren in Aktivität und ein pensionirter (Welcker), 5 pensionirte Beamte, 9 Advokaten, 12 Burgemeister, 3 Gutsbesitzer und Oekonomen, 5 Fabrikanten, 3 Buchhändler, 1 protestantischer Pfarrer, 4 Kaufleute und 1 Apotheker. Man sieht also, daß von den Fakultätswissenschaften besonders die Jurisprudenz sehr reichlich, die Theologie, der Quantität nach, dürftig vertreten ist, die Medizin aber ganz fehlt. (Diese Erscheinung des Fehlens von Medizinern wird man auffallender Weise in den meisten deutschen Kammern finden, wie z. B. in Baiern auf dem diesjährigen Landtage auch kein einziger Arzt war. Die Aerzte haben doch grade vorzugsweise Gelegenheit, mit allen verschiedenen Ständen in vielfach nähere Berührung zu kommen und sich Vertrauen zu erwerben.)

Man sah nun, wie nicht anders möglich, im ganzen Großherzogthum der Eröffnung des Landtages, die am 1. Mai auf feierliche Weise erfolgte, mit der gespanntesten Erwartung entgegen. Man fürchtete und hoffte Viel, je nachdem die Gesinnungen verschieden waren. Die leidenschaftlichen Anhänger der Oppositzion hatten die übertriebensten, wirklich oft lächerlichen Meinungen und glaubten: Baden könne jetzt, wo diese in der Majorität sei, urplötzlich ein irdisches Paradies werden, und alle Misbräuche würden auf einen einzigen Schlag, durch einen bloßen Beschluß der Kammer, aufgehoben werden; ihre Feinde hingegen sahen in ebenso lächerlicher Furcht einer völligen Verhöhnung jeder gesetzlichen Autorität, die nothwendiger Weise zur wilden Anarchie führen würde, entgegen. Haben wir doch, zwar außerhalb der Grenzen Badens, aber in einem ganz gebildeten Kreise, die vielverbreitete Meinung gehört, die gegenwärtige Majorität der zweiten Kammer werde es dahin bringen, daß die badische Regierung sich nur durch Hülfe fremder Bundestruppen erhalten könne. Ein allen Grundes entbehrendes und doch vielfach geglaubtes Gerücht. Hatte man doch von Seiten

der ultramontan-bureaukratischen Partei bei den Wahlen das Gerücht verbreitet, es sei von auswärtigen Staaten beschlossen worden, daß, wenn die Opposizion mit Majorität in die Kammer komme, und namentlich wenn einige besonders heftige Mitglieder derselben wieder gewählt würden, nicht nur der Besuch der badischen Universitäten allen Ausländern untersagt werden, sondern auch 10,000 Mann Oestreicher und Preußen ins Großherzogthum einrücken sollten. Die Bürger müßten dann alle Exekuzionskosten zahlen, und sie sollten also, um Dies zu vermeiden, ja nicht ihre Stimmen liberalen Abgeordneten geben.

Inzwischen war in letzter Zeit durch irgend eine Veranlassung, deren Grund man im Publikum nicht sicher kennt, wahrscheinlich durch ein nicht grade mit den Begriffen der Hofetikette übereinstimmendes Benehmen gegen den Großherzog selbst und durch Intriguen aller Art, wie sie mehr oder minder fast bei allen Höfen vorkommen, der, früher ziemlich einflußreiche Minister von Böckh pensionirt worden. Dadurch ward der schon vorher wirksame, hernach eine Zeit lang pensionirte, im Frühjahr 1845 aber wieder mit dem Ministerium des Innern betraute Minister Nebenius an die Spitze des badischen Ministeriums gestellt. Diesem zur Unterstützung zu dienen und besonders das Ministerium in allgemeinen Fragen, der Oppositzion gegenüber, in der zweiten Kammer zu vertreten, wählte man den Geheimrath Beck, so daß, obgleich derselbe kein eigenes Portefeuille erhielt, man im Lande vielfach von dem Ministerium Beck-Nebenius spricht. Diese Wahl ist eine in jeder Beziehung glückliche zu nennen, und, wenn vielleicht auch die schroffe bureaukratische Seite damit nicht ganz einverstanden ist, so erregte sie doch bei dem vernünftigen, nicht ganz blindlings irgend einer Partei ergebenen Theil des badischen Volkes allgemeine Freude. Beck, früher schon langjähriges Mitglied der Kammer und mit allgemeinem Beifall eine Zeit lang Präsident derselben, genießt im ganzen Lande einer hohen und verdienten Anerkennung. Entschieden

freisinnig in seinen Ansichten*), gründlich in seinen Kenntnissen und redlich in seinen Mitteln, trat er von jeher mit großer Bestimmtheit allen Uebergriffen irgend einer Seite, mochte es nun die bureaukratisch-ultramontane oder radikale sein, entgegen und wußte sich dadurch bei allen eine verdiente Autorität zu verschaffen. Wenn jetzt eine größere Annährung der Opposizion zu der Regierung stattfindet, so ist es der Klang dieser beiden Namen, der wesentlich dazu beiträgt. Würden auch diese auf die frühere schroffe Weise angegriffen, würde man auch sie auf gleiche Art wie den Minister v. Blittersdorf stürzen, dann würde entschieden auch der Landtag zum zweiten Male wieder aufgelöst werden — Dies war die allgemeine Meinung von dem Beginn desselben an. Ob aber dann die radikale Seite wieder in solcher Stärke in die Kammer treten würde, bezweifeln nicht allein sie selbst, sondern alle Verständigen, und so sah man mit Freude einer gemäßigteren Haltung derselben entgegen. Beck wie Nebenius sind zwei hohe Staatsbeamte wie sie vielleicht nicht freisinniger und dem Fortschritt mehr ergeben in ganz Deutschland gefunden werden können. In manchen anderen deutschen Staaten, z. B. Baiern, würden sie mit ihren Gesinnungen entschieden zur Opposizion gegen das Ministerium gehören, und, wäre dort ein Ministerium gleicher Farbe, so wäre auch keine Opposizion daselbst möglich. Aber leider sind Beide in Baden auch nicht ganz in der Stellung, daß sie so unbedingt ihren Ansichten nachgeben dürfen. Der Minister Nebenius, ein Mann von tiefen Kenntnissen, besonders im nazionalökonomischen Fach, dem Baden, ja ganz Deutschland unendlich Viel verdankt, denn er hat wesentlich mit zur Begründung des Zollvereines beigetragen, ein Schriftsteller, dessen Werke stets einen ehrenvollen Rang einnehmen werden, hat bei allen sonstigen Vortrefflichkeiten oft einen Mangel an entschiedener Thatkräftigkeit. Er vermag nicht so bestimmt aufzutreten, wie ein den Ständen gegenüber verantwortlicher Minister es in einer so aufgeregten Zeit

*) Entschieden freisinnig? Anm. d. Herausg.

thun müßte. Nun arbeiten aber die Hofpartei und Alle, welchen überhaupt ein konstituzionelles Leben nur eine vom Augenblick aufgenöthigte Last ist, die man auf alle mögliche Weise zu verringern, ja, wenn es nur ginge, ganz abzuschütteln versuchen muß — wobei, wie vorhin berührt, auch mannigfache äußere Einflüsterungen thätig sind — ihm auf jegliche Weise entgegen. Er ist ihnen als Minister viel zu sehr dem ruhigen, gesetzmäßigen Fortschritt ergeben, als daß in Kreisen, wo man nur Rückschritte liebt, seine Ansichten angenehm sein könnten. Aber auch die mittlere und untere Bureaukratie, dies Heer von Beamten aller Art, steht sich in Baden durch das Volksbewußtsein immer mehr in dem Uebermaaß ihrer Rechte beschränkt und kämpft daher, von einer Art Instinkt getrieben, auf jegliche Weise gegen dasselbe. So hat Nebenius weder von oben noch unten Unterstützung seiner Thätigkeit, sondern statt Dessen viel feindliche, dieselbe möglichst wieder vernichtende Elemente um sich. Gegen diese mit Bestimmtheit und Entschiedenheit aufzutreten, fehlt ihm aber die Thatkraft, ja er giebt ihren Einflüssen wohl bisweilen nach, neigt sich dann in einzelnen Dingen mehr zum Stillstand, als zum Fortschritt, und läßt sich große Inkonsequenzen zu Schulden kommen, die den Ständen gegenüber zu vertreten, dann oft sehr schwer, ja unmöglich ist. So ist etwas Schwankendes, Unzuverlässiges in dem Benehmen des jetzigen badischen Ministeriums. Man möchte sich wohl dem ruhigen, gesetzmäßigen Fortschritt ganz ergeben, man erkennt in der Kammer z. B. die Wohlthätigkeit der Preßfreiheit, der Unabsetzbarkeit des Richterstandes u. s. w. an, aber, wenn es zum Handeln kommen soll, wissen feindlich wirkende Kräfte wieder so dagegen zu arbeiten, daß die Thaten nicht in Vergleich mit den Worten stehen. Dabei hegen wir aber die feste Ueberzeugung, daß das Ministerium Nebenius-Beck nicht, wie manche andere Minister es thun, diese Versprechungen gleich in der Absicht giebt, sie nicht zu halten, sondern nur damit, wie mit einer Kinderklapper, das ungeduldig werdende Kind zu beschwichtigen. Nein,

dazu halten wir das Ministerium Nebenius-Beck für viel zu ehrenwerth, als daß es zu solchen Lug- und Trugmitteln seine Zuflucht nehmen sollte. Es fehlt nur die Kraft, um Das, was man im Grunde der Seele selbst gern möchte, mit Entschiedenheit durchzusetzen.

Fester und entschiedener, als der Präsident Nebenius, ist jedenfalls der Geheimrath Beck, sowohl der radikalen Oppositzion in der Kammer als auch der Rückschrittspartei außerhalb derselben gegenüber. Da er aber nicht Vorstand irgend eines Ministeriums ist, und man ihm gewiß nur aus dringender Nothwendigkeit einigen Einfluß zugestanden hat, so ist dieser Einfluß auch nicht groß genug, um überall das Richtige durchsetzen zu können. Brauchte man beide Männer bei gegenwärtigen Verhältnissen nicht so dringend nothwendig, da man selbst einsieht, daß schon ihr Name unendlich Viel zur Beruhigung des Landes beiträgt, man würde sie nicht in ihrer Stellung lassen. Gäbe es heute keine schroffe Opposizion in Baden mehr, so gäbe es auch morgen kein Ministerium Beck-Nebenius, sondern vielleicht v. Blittersdorf-Rettig, oder wie sonst sein Name sein mag. Der Großherzog, der es überhaupt nicht sehr liebt, sich spezieller um das konstituzionelle Leben des Landes zu bekümmern, würde dem Andringen der Kamarilla und seines Hofadels nachgeben und andere Minister, die mehr den Ansichten derselben entsprächen, wählen. Jetzt wagt man Dies aber nicht zu thun, da man dann, und wohl mit Recht, eine noch größere Aufregung, als jetzt schon im Lande herrscht, befürchtet und es doch nicht bis zum Aeußersten kommen lassen mag. So hält die radikale Opposizion das jetzige Ministerium, obgleich sie es bisweilen scharf und oft ungerecht genug angreift und ihm Dinge zur Last legt, die so augenblicklich, wie Manche es wünschen, kein badischer Minister abzuändern vermag. Daß aber das jetzige Ministerium besteht, halten wir trotz seiner Schwächen für ein großes Glück für das Land und somit für ein Verdienst der Opposizion. Dies fühlt dieselbe im Ge-

heimen auch recht gut, obgleich sie bisweilen, wenn ihre Leidenschaften zu sehr erwacht sind, öffentlich Nichts davon wissen will und sich das Ansehen giebt, als sei Baden das schlechtregierteste Land in ganz Deutschland. Würde das jetzige Ministerium durch die Opposizion gestürzt, so wäre Dies in seinen Folgen unendlich nachtheilig für diese, denn ein großer Theil des Vertrauens des Landes würde ihr selbst damit verloren gehen. Es giebt viele Bürger, die gar nicht unbedingt die Ansichten der radikalen Seite theilen, sie aber doch gern mit Majorität in der Kammer haben mögen, indem sie klar einsehen, daß, wenn Dem nicht so wäre und dieselbe nicht so ungestüm aufträte, die Partei des Rückschritts oder Stillstandes (was am Ende dasselbe ist) ihr Haupt nur noch kühner erheben würde. Auch einzelne Mitglieder der Opposizion selbst wissen Dies recht gut, treten weit schroffer auf und stellen weit höhere Forderungen, als sie selbst zu erreichen wünschen (wohin z. B. der Antrag gehört, daß ein Beamter, der Mitglied der zweiten Kammer gewesen, in den ersten 10 Jahren nachher nicht befördert werden darf) und so noch mehrere ähnliche. Für die gegenwärtigen Zustände von Baden mag solch verstecktes Spiel vielleicht das passendste sein, obgleich wir es nicht lieben; dem übrigen Deutschland bringt es aber in mancher Hinsicht Schaden. Wenn wir es mit Dank anerkennen, daß das freisinnige Baden manchen vortheilhaften Einfluß auf die Erweckung einer regeren politischen Bildung ausgeübt hat und noch ausübt, so ist auch wieder nicht zu verkennen, daß das Benehmen eines Theils der badischen Opposizion dem konstituzionellen Leben im übrigen Deutschland manche einflußreiche Feinde gemacht hat und zur Verzögerung desselben in einigen Staaten Viel mit beiträgt. Liest man in den Zeitungen, wie selbst ein freisinniges Ministerium, wie das jetzige, oft so heftigen, selbst bisweilen die Schranken des Anstandes verletzenden Angriffen preisgegeben ist, so schließt man aus solchen einzelnen verderblichen Auswüchsen leicht auf das Untaugliche des Ganzen und scheut sich, ein solches System anzuneh-

men. Wir selbst, obgleich gewiß ein warmer Freund der Freiheit und des Fortschrittes, haben Sitzungen in der badischen zweiten Kammer beigewohnt, wo wir solche blinde Parteileidenschaft, solch gehässige Angriffsweise, kurz ein solches Treiben von Einzelnen sahen, daß wir gerechten Unwillen darüber empfanden. Doch darum ist das Ganze dennoch gesund und kräftig und wohl der Nachahmung werth. Eine unbedingte Vollkommenheit giebt es leider bei allen menschlichen Einrichtungen nicht. Bedenken muß man auch dabei, daß die Natur des Badensers überhaupt lebhafter und erregter ist, als die der meisten übrigen Deutschen, und daß man daher nicht jedes einzelne Wort desselben so genau auf die Wagschaale legen muß. Hier setzen sich die Minister ziemlich leicht über dergleichen, bisweilen zu heftige Angriffe hinweg, und sowohl sie, wie auch der verständige Theil des Volkes, wissen recht gut, welches Gewicht darauf zu legen ist.

Die ersten Sitzungen der neuen Kammer, unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Kern, boten gerade kein erfreuliches Schauspiel dar. Mit beiden Händen wurde in den Schlamm der Wahlumtriebe gegriffen, und sowohl die rechte wie die linke Seite sorgten nach besten Kräften dafür, ihre Gegner so viel als möglich damit zu beschmutzen. Hier war so recht ein Feld, wo sich Parteileidenschaft herumtummeln konnte, und man ließ es wahrhaftig nicht daran fehlen. Es geht, wie vorher bemerkt, bei manchen Wahlen wohl oft etwas bunt zu, und dies Jahr war Solches vorzüglich der Fall, aber, wenn man nur ein Viertheil von Alledem für wahr hielte, was jede Partei so gern der andern aufbürden wollte, man bekäme in der That einen sehr geringen Begriff von der Moralität und Einsicht des badischen Volkes. Zwei Wahlen, die des Professors Buß aus Freiburg und des Bürgermeisters Martin aus Staufen, Beide der schroffen rechten Seite angehörig und namentlich Erstrer als Vertreter der ultramontanen Richtung bekannt, glückte es der Opposizion umzustoßen. Bestechungen und Ungesetzmäßigkeiten, die dabei vor-

gekommen sein sollten, gaben den Grund dazu. Beide schieden aus, um sich aufs Neue wieder wählen zu lassen, und es ergab sich später ganz überzeugend, daß die angebliche Bestechung einzelner Wahlmänner mit 2 bis 3 Louisdors, welcher sich der Abgeordnete Buß sollte schuldig gemacht haben, ein bloßer Scherz eines einzelnen Wahlmannes gewesen war. Nachdem diese Sache abgemacht war, schritt die Kammer zur wichtigen Präsidentenwahl. Hier gab schon die Mitte ihr Ansehn kund, denn unter den drei zum Vorschlag gebrachten Kandidaten hatte der Professor Mittermaier aus Heidelberg, welcher keiner schroffen Farbe angehört, die meisten Stimmen und ward auch zum Präsidenten vom Großherzog, dem die Auswahl zusteht, erwählt. Neben ihm hatte die Opposizion von Itzstein und Welcker, ihre zwei Hauptführer, vorgeschlagen. Daß eine Kammer mit einem von diesen beiden Herren als Präsidenten bei jetzigen Verhältnissen nicht lange bestehen könnte, davon war die ganze Opposizion selbst vollkommen überzeugt, und es war ihr auch im Ernste niemals eingefallen, den Gedanken zu hegen, daß dieselben dazu erwählt werden würden. Auch wäre Dies ihr gewiß in vieler Weise unangenehm gewesen, da der Sitz auf dem Präsidentenstuhle vielfach hindert an der Diskussion Theil zu nehmen, und beide Genannte, Welcker als Vielsprechender Redner, v. Itzstein aber wegen seiner großen Fähigkeit, populair zu reden und das Ganze der vorhergegangenen Debatten kurz zu resumiren, ihr bei der Debatte von größerem Nutzen sind. Wäre Einer von diesen Beiden Präsident geworden, so hätte wahrscheinlich fortwährend ein solcher Zwiespalt geherrscht, daß gar Nichts erreicht worden wäre und man die Kammer nothgedrungen zum zweiten Male hätte auflösen müssen. Dies wäre aber aus vielfachen Gründen selbst der Opposizion nicht lieb gewesen, wie auch die Zeit der Wahlen für viele Mitglieder wahrlich keine angenehme ist, der sie sich nicht gern wiederholt aussetzen mögen. So erhielt Mittermaier viele Stimmen von der Opposizion, wie sämmtliche

der Mitte und viele von der ministeriellen Seite. Die Opposizion könnte, unserer Ansicht nach, gar keinen für sie angenehmeren Präsidenten erhalten, als den Geheimrath Mittermaier. Dem Motto unter seinem Bilde „Nulli me mancipavi“ (Keinem habe ich mich hingegeben) getreu, gehört er zu keiner schroffen Partei, sondern strebt mit allen Kräften danach, mit jeder gut zu stehen, was er, auch — Dank sei es seiner sehr gewandten Politik — vollkommen, wenigstens äußerlich, erreicht hat. Dabei läßt er in der Kammer jedem einzelnen Redner so viel Redefreiheit, als nur irgend angeht; ja er schließt oft absichtlich die Ohren, um Dinge nicht zu hören, die er als Präsident kaum hören dürfte. Sehr gut weiß der Präsident das Amt der Vermittelung zu übernehmen und die heftig aufgeregten Gemüther auf geschickte Weise wieder so weit zu versöhnen, wie es für die Verhandlungen der Kammer erforderlich ist — eine Fähigkeit, die für den Präsidenten der zweiten badischen Kammer oft sehr bedeutenden Werth hat. Dazu kommt noch eine große Uebung, den Debatten zu folgen und die oft übermäßig ausgedehnten Diskussionen nicht alles Maaß und Ziel überschreiten zu lassen. Endlich fällt auch schon der Name Mittermaier ins Gewicht, der allgemein in und außerhalb Deutschlands bekannt ist und der Kammer ein gewisses Ansehen verleiht. Alles Dies sind Vorzüge, welche die Opposizion mit richtigem Takte zu würdigen verstand. Wir wüßten auch in der ganzen zweiten Kammer kein einziges Mitglied, welches wir nur im Entferntesten gleich geeignet für den Präsidentenstuhl hielten und welches einen so heilsamen Einfluß auf das Ganze ausüben könnte. Sogleich die Antrittsrede des neuen Präsidenten, worin er besonders die Redefreiheit in der Kammer hervorhob und aussprach: wie man nicht an jedem einzelnen Worte eines Redners deuten und mäkeln oder denselben darüber zur Verantwortung ziehen solle, bewies Dies und war besonders für die Opposizion von großem Werthe, denn manchen Rednern von dieser entschlüpfen wohl mitunter im Eifer des Vortrages einzelne Worte,

die einer verschiedenen Auslegung sehr zugänglich sind und oft zu unangenehmen Erörterungen Anlaß geben. Daß hier Mittermaier mit dem Ansehen seiner Stelle in der Kammer und seines Namens außerhalb derselben entschuldigend und vermittelnd auftritt und keine zu strenge Beurtheilung dabei angewandt wissen will, ist daher von großer Wichtigkeit. Auch was er sonst noch über den Geist der Versöhnlichkeit und darüber, daß es Pflicht der badischen Kammer sei, durch ihre Haltung dem konstituzionellen Leben in Deutschland immer mehr Freunde und Anhänger zu gewinnen, sagte, enthielt manches goldene Korn und hat seine Wirkung gewiß nicht verfehlt.

Zu den zwei Vizepräsidentenstellen wählte die Opposizion zwei ihrer entschiedenen Anhänger, die beiden Advokaten Rindeschwender und Weller; eben so zu den Sekretairstellen. Sie mußte Dies thun, um der Kammer wie dem Volke zu zeigen, daß sie fast Alles, was sie wünschte, durchzusetzen vermöchte. Uebrigens sind bei Anwesenheit des Präsidenten und sobald dieser nicht seinen Stuhl verläßt, um an der Diskussion selbst Antheil zu nehmen, die Vizepräsidentenstellen in der badischen Kammer von sehr geringem Einfluß. Die rechte Seite und ein Theil der Mitte gab ihre Stimmen den Abgeordneten Bader und Treffurth, wovon Ersterer, der Mitte angehörig, viele Jahre hindurch erster Vizepräsident gewesen war.

Was man im ganzen Lande fast allgemein erwartete uud hoffte, daß die radikale Opposizion weniger schroff und verletzend auftreten und sich mehr zu einer Verständigung mit den Gegnern hinneigen würde, hat sich zur Freude aller Vernünftigen bis jetzt vielfach bestätigt. Die Opposizion, obgleich beharrlich die Bahn des Fortschrittes und der gänzlichen Ausrottung aller Misbräuche verfolgend, tritt doch mit viel mehr Mäßigung auf, als sie es früher und namentlich auf dem letzten Landtage gethan hat. Dies ist aber unter den jetzigen Verhältnissen, wo sie offenbar in der Majorität ist, dop-

pelt erfreulich und zeigt hinlänglich, daß wenigstens ein sehr bedeutender Theil derselben wirklich des Landes wahres Wohl und Bestes, und nicht etwa fortwährende Aufregung oder gar völlige Anarchie (wie einzelne Gegner ihr Dies schuld geben) zu erreichen strebt. Diese Mäßigung zeigte sich vorzüglich in der Frage über die Einreichung einer Adresse, worin das Land seine Klagen und Wünsche offen ausspräche, an den Großherzog, selbst wenn dieser nicht in eigener Person den Landtag eröffnet hätte. Wie bekannt, führte die heftige Debatte, die auf dem vorigen Landtag bei dieser Frage entstand, zur Auflösung der Kammer. Daher war man natürlich in hohem Grade gespannt, welche Wendung die Sache diesmal nehmen würde. Der Abgeordnete Welcker stellte die Mozion: „die Kammer möge die Wahrung ihres ferneren Rechtes zur Erlassung einer solchen Adresse zu Protokoll geben, für diesmal aber darauf verzichten, da man noch nicht hinlänglich über das Ministerium Beck-Nebenius urtheilen könne und das Vertrauen hege, es werde seine Pflichten vollkommen gegen das Land erfüllen.“ Dieser Antrag, der nach vorheriger langer Berathung von der Oppositzion ausging, wurde nach einigen Debatten oder vielmehr Erläuterungen und Zusätzen von der gesammten Kammer angenommen. Es war Dies ein ungemein wichtiger Schritt von der Oppositzion, denn sie gab dadurch dem gesammten Lande kund, daß sie zur Versöhnung mit der Regierung bereit sei, und es daher nur an der Letzteren liege, wenn Diese nicht in Wirklichkeit erfolge. Die lange Rede des Abg. Welcker enthielt freilich manche bittere Worte und scharfe Angriffe, die mit der versöhnenden Haltung des Ganzen nicht recht harmonirten und Erörterungen von Seiten der Angegriffenen veranlaßten, — doch, wie gesagt, mit einzelnen Worten darf man es bei einem badischen Deputirten nicht gar zu genau nehmen; ihr Eifer für die Sache ist zu groß, als daß sie darauf achten könnten.

Auch bei ferneren Anträgen hat bisher die Oppositzion in ihrer Gesammtheit immer eine ruhige Mäßigung bewahrt, und es ist uns

kein einziger vorgekommen, dem wir nicht aus vollem Herzen ein glückliches Gelingen, nicht allein für Baden, sondern für ganz Deutschland gewünscht hätten. Die Mehrzahl derselben wurde nicht allein von dem Zentrum, sondern sogar von der rechten Seite unterstützt, gewiß ein sicheres Zeichen, daß sie gemäßigt, wenn auch freisinnig waren. So glauben wir, daß dieser Landtag dem ganzen Großherzogthum schöne Früchte bringen und als einer der werthvollsten in der Geschichte desselben prangen wird. Freilich, Alles, was man gerechter Weise wohl zu erreichen hoffen dürfte, wird diesmal auch noch nicht erreicht werden, Manches davon aber gewiß, und zu dem Anderen wird der Weg immer mehr und mehr angebahnt. Mischt sich nur nicht von aussen, besonders von Frankfurt a. M. aus, ein feindlicher, die guten Keime mit Zerstörung bedrohender Einfluß dazwischen, oder ist die großherzogl. Regierung nur nicht schwach genug, demselben Folge zu leisten, dann wird das Band des Vertrauens zwischen ihr und dem Volke, welches in den letzten Jahren so sehr gelockert war, sich gewiß wieder auf eine für beide Theile heilsame Weise befestigen. Eine Reakzion ist in Baden schlechterdings unmöglich, ein Fortschritt muß daselbst stattfinden; es hängt nur allein von der Regierung ab, sich an die Spitze desselben zu stellen und ihm die rechte Bahn anzuweisen. Das jetzige Ministerium scheint wenigstens den guten Willen dazu zu hegen; möge es ihn auch durch die That beweisen und zeigen, daß es ihm wirklich Ernst damit ist und es auch Kraft hat, denselben trotz der entgegenwirkenden Elemente durchzusetzen. Das ganze badische Volk wird ihm dann eine treue Stütze sein. Aber Thaten will man, nicht blos schöne Versprechungen. Daß eine zweite Kammer, deren Majorität sich unbedingt jedem Ministerium zur Verfügung stellt, jemals wieder in Baden gewählt werden könne, ist nach den letzten Wahlen ganz unmöglich, und Jeder, der die Bildung des hiesigen Volkes nur etwas kennt, wird hiervon überzeugt sein. Aber auch solche Oppositionsmacher, welche, wo möglich, alle

Verhältnisse in einer einzigen Kammersitzung über den Haufen werfen möchten, welche ihre Ansichten für die allein unfehlbaren halten und auf despotische Weise Jeden verdammen, der sie nicht unbedingt theilt, welche lange Reden mit abgestandnen Frasen halten und so die kostbare Zeit auf ganz unnütze Weise vergeuden, dabei die größten Egoisten der Welt sind und zwar von allen Andren Opfer fordern, selbst aber nicht das kleinste Opfer bringen wollen, welche so den Namen des Fortschrittes und der wahren Freiheit misbrauchen und blos eine Rolle spielen wollen, sich aber um die Folgen ihres Thuns nicht bekümmern, solche werden ebenfalls immer seltner in der badischen Kammer werden. Die Partei der ruhigen Bürger, die jeglicher Bedrückung wie Unordnung und blinder Parteiwuth gleich abhold sind und sich nicht zu Werkzeugen, für wen oder zu welchem Zwecke es auch sei, benutzen lassen, wird von Landtag zu Landtag stärker in quantitativer wie qualitativer Hinsicht. Dies halten wir aber für ein großes Glück für das Land, wohl werth der Opfer, die es gekostet hat.

Ist nun auch das ganze badische Volk, im höheren Sinne genommen, mit der bisherigen Haltung der Opposizion vollkommen einverstanden, so sind es doch einzelne Unbesonnene oder gern im Trüben Fischende nicht. Es fehlt bisweilen in einigen der schlechteren sogenannten liberalen Blätter Badens nicht an Spöttereien über die ruhige, besonnene Haltung derselben, die man als Schwäche bezeichnet und doppelt tadelt, da doch die numerische Zahl sie stark und fähig mache, ihren Willen durchzusetzen. Freilich, es mangelt nun für diese Blätter an Skandal, wie sie ihn so sehr lieben und um den es ihnen mehr, als um alles Uebrige, zu thun ist. Aber auch mehreren Organen der Rückschrittspartei, wahren Giftpflanzen in jeder Weise, kommt dies Benehmen der Kammer, welches ihrer Sache mehr schadet, als ein wildes ins Blaue hinein Opponiren, sehr ungelegen, und sie entblöden sich nicht, zu versuchen, ihre Gegner durch unwürdige Mittel mehr aufzustacheln. Glücklicher Weise

hat solch verderbliches Treiben von Feinden wie von sogenannten Freunden bisher nicht die mindeste Wirkung gehabt; die Opposizion ist in ihrem ruhigen und leidenschaftslosen, dabei aber festen und entschiedenen Auftreten sich treu geblieben und wird es hoffentlich auch für den ganzen übrigen Landtag bleiben.

Nach dieser allgemeinen Darstellung der Verhältnisse der jetzigen zweiten Kammer des Großherz. Baden wollen wir nun zur spezielleren Karakteristik der hervorragendsten oder wenigstens einflußreichsten (denn Beides ist nicht immer mit einander verbunden) Mitglieder derselben übergehen. Wir wollen hier den Eindruck zu schildern versuchen, den uns die verschiedenen Redner selbst gemacht haben, ganz abgesehen davon, welcher Farbe sie in ihrer politischen Ansicht angehören. Dabei werden wir weder die Häupter der Opposizion mit so übertrieben glänzenden Farben schmücken, wie es manche Organe ihrer Partei absichtlich und oft gegen die eigene Ueberzeugung thun; wir werden aber auch nicht geflissentlich ihre guten moralischen und geistigen Eigenschaften verkennen oder zu schmälern suchen, wie Dies von der anderen Seite geschieht. Auf gleiche Weise werden wir auch mit den Herren der ministeriellen Seite und des Ministertisches selbst verfahren, ganz davon abgesehen, ob wir ihre Meinungen theilen oder nicht, wenn nur die Waffen, mit welchen sie dieselben vertheidigen, von Rechtlichkeit und geistiger Höhe zeugen. Wahre Freiheit darf nie einseitig sein; sie kann den Gegner wohl bekämpfen, aber sie muß ihn achten, wenn er Achtung verdient, muß seine guten Eigenschaften schätzen, wenn er solche besitzt. Wenn daher die nachfolgenden Schilderungen unrichtig sein sollten, so ist Dies aus Irrthum, nicht aus Absicht geschehen.

Wie in der französischen Kammer, mit welcher in ihrer ganzen Geschäftsordnung die badische überhaupt sehr viel Aehnlichkeit hat, so wählen sich auch hier die Abgeordneten ihre Plätze nach Belieben und zeichnen durch ihren Sitz schon von vornherein ihre politische Farbe. Die linke Seite des Saales wird von der Opposizion eingenommen,

die hier vereint sitzt, daher sie in Baden auch kurzweg nur die „Linke" genannt wird. Obgleich man Dieselbe wieder in zwei verschiedene Unterabtheilungen bringen könnte, nämlich in die „bürgerliche Oppositzion" wie man wohl im Lande sagt, d. h. die, welche, größtentheils aus Bürgermeistern, Landwirthen und Fabrikanten bestehend, gemäßigter in ihrem Auftreten und ruhiger in ihren Forderungen ist, und in die sogenannte „radikale," die in Mannheim ihren Hauptsitz hat und aus Advokaten, pensionirten Beamten und Professoren zusammengesetzt ist, so findet zwischen diesen beiden Abtheilungen doch kein Unterschied des Platzes statt, und sie sitzen bunt durch einander. Die Mitte des halb ovalen Saales wird von denjenigen Männern eingenommen, die zu keiner Fahne der Partei geschworen haben, sondern, unabhängig und für sich allein dastehend, in jedem einzelnen Falle so sprechen oder stimmen, wie es ihrer Ueberzeugung gemäß ist, unbekümmert darum, von welcher Seite der Antrag herrührt. Dies geschieht zwar bisweilen auch von den anderen beiden Frakzionen, und es kommt wohl vor, daß ein Antrag, von welcher Seite er auch stamme, einstimmig unterstützt und angenommen wird. Aber im Allgemeinen handeln die beiden Seiten doch vereint nach festem Plane und halten vorher lange Berathungen, worin die Operazionen von den Führern entworfen und die Rollen vertheilt werden. Natürlich geschieht Dies nur bei wichtigen Parteifragen, z. B. bei der Welckerschen Adresse, deren Abfassung vorher lange von der Opposizion besprochen und überlegt worden war. An allen solchen Voroperazionen nimmt die Mitte nie Antheil, wie man auch selten wissen kann, wohin ihre Stimmen fallen werden.

Will man in ganz genaue Schattirungen eingehen, so kann man von einer linken und rechten Mitte sprechen, je nach welcher Seite sich einzelne Mitglieder vorzugsweise neigen, doch würde solche Unterscheidung wohl im Ganzen zu weit führen.

Diese Mitte hat zur versöhnenden Haltung des jetzigen Land-

tages wesentlich beigetragen und sich dadurch sehr große Verdienste um das ganze Land erworben, wie wir denn überhaupt glauben, daß sie von Landtag zu Landtag an Stärke und Einfluß gewinnen wird. Ist jetzt die Mitte auch nur noch schwach an Zahl, (und Dies ist natürlich, da ihre Mitglieder am Wenigsten am Wahlkampfe theilgenommen haben,) so ist sie doch mächtig an Intelligenz und wahrer Bildung und kann es hierin sicher mit den übrigen, ihr an Zahl noch so überlegenen Seiten aufnehmen. Dies wird nicht allein in der Kammer, sondern im ganzen Lande vollkommen anerkannt, daher die hohe Achtung, welche sie genießt. Freilich, einige der radikalen Blätter spotten oft über dieselbe, nennen ihre Mitglieder die „Halben" oder die „Untüchtigen" u. dgl. m.

Die Abgeordneten, welche auf der rechten Seite sitzen, sind größtentheils höhere Beamte und unbedingt dem Ministerium ergeben, obgleich das jetzige Manchen derselben noch viel zu liberal ist, und nur die Furcht sie abhält, dasselbe zu stürzen. Hier sitzen einzelne Männer, vor deren Regierung der Himmel jedes Land beschüzzen möge, deren höchstes Ideal entweder eine möglichst streng ausgebildete, jede freie Regung des Volkes erstickende Bureaukratie, oder eine auf möglichste Verdummung hinarbeitende Priesterherrschaft ist. Daß diese schroffe rechte Seite jemals in Baden wieder eine Majorität in der Kammer erlangen könne, halten wir, wie gesagt, zum Heil des Landes für ganz unmöglich. Einfluß hat sie leider noch gar viel, und es wird noch manchen Kampf kosten, um sie ganz zu verdrängen.

Wir kommen nun zur Schilderung einzelner Persönlichkeiten und beginnen natürlich mit dem Präsidenten, Geheimrath und Professor Mittermaier aus Heidelberg. Dieser mit 49 von 60 Stimmen zum ersten Präsidenten erwählt, gehört seiner politischen Farbe nach zur Mitte der Kammer. Wir haben schon vorhin sein Benehmen als Präsident zu karakterisiren versucht und können uns deshalb jetzt kürzer bei demselben aufhalten, als sonst sowohl seine Stellung wie

sein Name erfordern möchte. Die äußere Persönlichkeit Mittermaiers auf dem Präsidentenstuhle ist eine sehr vortheilhafte und könnte kaum glücklicher gewählt sein. Eine hohe, kräftig gebaute Gestalt, ein regelmäßig geformtes Gesicht, welches in seiner Jugend gewiß schön war und noch jetzt, umgeben von einem grauen Backenbart und eben solchem etwas in die Höhe stehendem Kopfhaar etwas Ehrwürdiges hat, dabei eine große Leichtigkeit und Sicherheit der Bewegungen, die von langjährigem Auftreten in den verschiedensten Kreisen der Gesellschaft zeugt, endlich etwas sehr Zuvorkommendes und Artiges in seinem ganzen Benehmen machen seine Erscheinung eben so angenehm als imposant. Selbst wenn er zur Ruhe auffordert oder Verweise ertheilt, — welches Letztere er gewiß höchst ungern thut, — geschieht es in einem zwar festen, aber milden, artigen, fast bittenden Tone. Als Redner, hat sein, sonst lautes und vernehmbares Organ etwas Affektirtes; bald erhebt es sich zu einer unnatürlichen Höhe, bald läßt er einen uns nicht ganz ungesucht scheinenden Dialekt durchschimmern, vielleicht in der Absicht, sich den Tribünen verständlicher und angenehmer zu machen. Sein äußerer Vortrag ist leicht, gefällig, fließend, seine Sprache gewandt, ohne sonst grade sehr blühend zu sein. Der Gehalt seiner Reden ist stets nach Kräften vermittelnd und wohlerwogen, um keine Partei zu verletzen; er verräth Verstand, große Erfahrung und vielseitige Kenntnisse, weniger Ideenreichthum. Die Kürze seiner Reden, durch welche er sich vortheilhaft vor den meisten seiner akademischen Kollegen in deutschen Kammern auszeichnet (die sich Etwas zu vergeben glauben, wenn sie nicht ihre Kollegienstunde mit Sprechen ausfüllen), ist sehr zu loben und Andern zur Nachahmung zu empfehlen. Mittermaier ist für die badische Kammer entschieden von großem Werthe, und dankbar muß anerkannt werden, daß er seine zahlreich besuchten Vorlesungen opfert, um die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen und der Kammer seine ganze Thätigkeit zu widmen. Daß ein rascher, fördernder Geschäftsgang in der Kam-

mer herrscht, ist gewiß seiner Rührigkeit und Lebendigkeit hauptsächlich zu verdanken.

Rindeschwender, Obergerichtsadvokat aus Rastadt, erster Vizepräsident, der entschiedenen Oppositzion angehörig. Seinen gewöhnlich nicht sehr langen, aber ziemlich entschiedenen Reden ist Verstand, gesunde Logik und Klarheit der Gründe wie auch eine gewisse Gewandtheit, wie sie der Advokat sich leicht erwirbt, nicht abzusprechen, obgleich ihnen tiefere Ideen und geistreiche Gedanken fehlen. Sie sind, wie man zu sagen pflegt, für den gewöhnlichen Hausgebrauch eingerichtet und verfehlen daher gewiß ihre Wirkung nicht, gehen auch, was zu loben ist, nie zu einer übertriebenen Leidenschaftlichkeit über. Sein Vortrag ist langsam, ohne jedoch zu stocken, seine Stimme kräftig und verständlich, aber nicht angenehm. Rindeschwender ist von untersetzter, breiter Statur, festem, sehr entschiedenem Ausdruck in seinen etwas derb geschnittenen Gesichtszügen; er hat braunes, krauses, schon etwas dünn werdendes Haar, eben solchen Backenbart und blaue Augen. Dem Anschein nach steht er im Anfang der 50ziger Jahre.

Weller, Obergerichtsadvokat aus Mannheim, zweiter Vizepräsident, von gleicher politischer Farbe wie der Vorige, aber etwas rücksichtsvoller in seinem Auftreten. Als Redner kommt sein äußerer Vortrag dem inneren Gehalt seiner Reden, der von Geist, viel Geschäftskenntniß, richtigem Urtheil, weniger von bedeutender allgemeiner Bildung zeugt, nicht gleich. Er stockt sehr oft in seiner Rede, wiederholt sich dann und bringt die angefangene Konstrukzion der einzelnen Sätze oft nicht zu Ende. Trotz dieser äußeren Mängel haben seine Reden auf uns dennoch immer einen höchst wohlthuenden Eindruck gemacht, denn sie verrathen warme Begeisterung, die wirklich aus innerer Brust kommt, große Rechtlichkeit und Milde, die sich nicht in einseitigen, Alles blind verdammenden Urtheilen und übertriebener Selbstüberschätzung gefällt und dabei stets die Form und den Anstand zu ehren weiß. Weller ist ein wahrer An-

hänger der Freiheit und des Fortschrittes, wie wir derselben recht viele wünschen, kein bloßer leidenschaftlicher Parteikämpfer. Dem Aeußern nach ist er ein großer, breitschultriger Mann, im kräftigsten Mannesalter, mit schwarzen, hier und da schon etwas grau gesprengelten, glatt anliegenden Haaren, regelmäßigem, ovalem Gesicht von etwas bleicher Farbe, kleinem, dunklem Backenbart und braunen Augen mit dem Ausdruck von Wohlwollen und Milde. Seine ganze Persönlichkeit hat viel Vertrauenerweckendes und Einnehmendes, obgleich sein äußeres Auftreten von einer gewissen Verlegenheit und Befangenheit zeugt.

Blanckenhorn, erster Sekretair der Kammer, Bürgermeister in Mühlheim, zur Opposizion gehörig, ist als Redner in keiner Weise von Bedeutung und tritt als solcher auch nur selten auf. Er ist mittler Größe, von offenem, freiem Gesicht, dunklem, krausem Haar, und steht ebenfalls im kräftigsten Mannesalter.

Mez, Fabrikant von Freiburg, zweiter Sekretair, gehört gleichfalls zur Opposizion, ist als Redner gerade nicht von besonderer Bedeutung, obgleich er ziemlich oft als solcher auftritt. Gewöhnlich sagt er Wahrheiten, die Niemand im ganzen Saale bezweifelt, Sachen, die Jedermann schon weiß, Fraseu, die man zehntausendmal gehört hat. Doch seine Reden mögen für gewisse Kreise des Volkes, welche sie durch die Landtagszeitung erfahren, von Werth sein. Uebrigens haben wir, wenn es sich um Gegenstände handelte, die im Bereich des gewöhnlichen Lebens lagen, oft ganz gesunde Ansichten von Mez gehört; ein Unglück ist nur, daß er nicht dabei stehen bleibt und auch über Sachen spricht, deren Studium er wohl nicht hat so eifrig betreiben können, z. B. über den Kommunismus, der bei einer Gelegenheit von ihm in Schutz genommen wurde, obgleich es sich später zeigte (was er auch selbst eingestand), daß er etwas ganz Anderes darunter gemeint hatte, als man allgemein darunter versteht. Mez ist ein noch jugendlich aussehender, schlanker Mann, mit blondem, krausem Haar, kleinem Schnurrbart, schar-

fen Zügen und rother Gesichtsfarbe. Seine Stimme ist sehr verständlich.

Mathy, Buchhändler und Litterat aus Mannheim, ist entschieden einer der bedeutendsten Führer der badischen radikalen Opposizion und einer der besten, ja, wenn man die Schärfe des Verstandes allein berücksichtigt, unbedingt der beste Redner der ganzen Kammer. Seine Reden sind so klar, daß sie Jeder verstehen wird, ohne daß sie im Geringsten sich in Gemeinplätzen oder Trivialitäten bewegen, dabei hält er sich immer an den Gegenstand und erlaubt sich nur dann Abschweifungen, wenn es von Nutzen für die Sache zu sein scheint. Alle seine Worte sind berechnet und stehen an ihrem rechten Platze, ohne daß eins zu viel oder zu wenig wäre; auch sind sie mit großer Geschicklichkeit gewöhnlich so gewählt, daß man ihnen immer noch einen zweiten Sinn geben kann, den offen auszusprechen der Redner nicht wagen durfte, so daß er, wenn er etwa darüber zur Verantwortung gezogen wird, wie schon öfters geschehen, immer einen schützenden Ausweg sich offen hält. Seine Sprache ist gewählt, ohne grade blühend zu sein, reich an passenden Wendungen und treffenden Vergleichen, ohne doch zu überladene Ausschmückung zu haben. Ein ganz besonderes, wirklich oft bewundernswürdiges Talent besitzt Mathy darin, am Ende einer Diskussion alle während derselben gehaltenen Reden kurz die Musterung passiren zu lassen, das Treffende in den Reden seiner Partei hervorzuheben, die Blößen seiner Gegner aber mit scharfem, höhnendem Spott, den er, ohne die mindeste Leidenschaftlichkeit zu verrathen, in reichlicher Menge vertheilt, zu geißeln. Er ist deshalb der gefürchtetste Redner der Opposizion, der ihr unendlichen Nutzen bringt, zumal da ihm auch tüchtige Kenntnisse, besonders im nazionalökonomischen Fache, zu Gebote stehen. Wir haben ihn stets mit vielem Vergnügen gehört und es allemal bedauert, wenn er seine Reden schloß, allein — wir müssen es offen bekennen — erwärmt oder hingerissen haben uns dieselben niemals, dazu sind sie zu kalt,

zu berechnet, zu sehr den Eindruck machend, als wäre ihr Ursprung nicht die warme innere Begeisterung des Redners, sondern bloße nüchterne Berechnung. Trotz ihrer bedeutenden Vorzüge, haben sie einen großen Mangel: sie wirken gar nicht auf das Gemüth, ja sie verletzen dasselbe bisweilen. Mathys äußerer Vortrag ist fließend, sehr ruhig und im höchsten Grade gewandt, seine Stimme verständlich, die kleinsten Sylben rein und richtig betonend, sonst aber keiner Modulazion fähig, von metallosem und kaltem, ja selbst eisigem Ton, so daß sie keinen angenehmen Eindruck macht. Mathy steht dem Anscheine nach in der Mitte der dreißiger Jahre, ist von mittler Größe, schlanker Gestalt, hat regelmäßige, gut geformte Gesichtszüge, gesunde Gesichtsfarbe, braunes, schlicht anliegendes Haar, welches die hohe Stirn recht hervortreten läßt, und große blaue Augen, die zwar viel Geist und Leben verrathen, in denen aber ein spöttischer, kalter Ausdruck liegt.

von Itzstein, pensionirter Hofgerichtsrath, der gefeiertste Name der badischen Opposizion, durch alle deutsche Gauen als der muthigste und unerschütterlichste Kämpfer der Freiheit gekannt, in Baden vielfach mit dem schönen Beinamen „Vater des Volkes" geschmückt. Derselbe ist wohl das werthvollste, am Schwersten zu ersetzende Mitglied der ganzen linken Seite, denn er hat, wenn auch vielleicht nicht den tiefsten Geist, doch die größte Klugheit, die meiste Gewandtheit und die reifste Erfahrung unter allen Anhängern derselben. Durch diese Eigenschaften und besonders durch einen Takt, der das Richtige herauszufinden, die Umstände zu beurtheilen und die Menschen je nach ihrer verschiedenen Bildung oder Individualität auch verschieden zu behandeln weiß, steht er wirklich ganz einzig da. Herr von Itzstein wird an Gewandtheit der Unterhandlung dem geschicktesten Diplomaten den Sieg nicht einräumen, er wird aber auch auf die natürlichste, treuherzigste Weise, und ohne daß die mindeste Gezwungenheit durchblickt, sich mit dem schlichten Landmann in geeignetem Tone unterhalten und ganz in

dessen Wünsche und Ansichten eingehen können, dabei aber stets eine gewisse Art von Superiorität bewahren. Diesen Eigenschaften verdankt er den bedeutenden Einfluß, den er auf das Volk ausübt, die große Popularität, die er genießt und die vielleicht in dieser Weise nirgends mehr in ganz Deutschland gefunden wird. Aber er wacht auch darüber, sie zu erhalten, und wird nicht leicht einen Antrag unterstützen, selbst wenn er ihn in seinem Innern vollkommen billigen sollte, wenn er glaubt, daß derselbe in größeren Kreisen nicht den rechten Anklang findet. So hat z. B. von Itzstein sich noch nie der Emanzipazion der Juden mit Wärme angenommen, weil er glaubt, Dies würde ihm bei den, hier und da aus blindem Vorurtheil dagegen eingenommenen unteren Klassen schaden. Er ist der sicherste Thermometer des Volkswillens in Baden, denn Keiner weiß so wie er denselben mit unendlich richtigem Takte zu erkennen. Als Redner tritt er nicht häufig auf, sondern begnügt sich, mehr im Stillen die Operazionen seiner Partei zu lenken. Seine Reden sind einfach, mit wenigen Worten oft Viel ausdrückend, ohne den mindesten rhetorischen Schmuck. Sie enthalten zwar wenig tiefe, geistreiche Gedanken, aber treffen stets den Nagel auf den Kopf und heben hervor was grade hervorzuheben am Wichtigsten ist. Gewöhnlich tritt er am Ende der Debatte auf und stellt dann in wenigen Worten das Wichtigste der Reden seiner Partei noch einmal auf klare, verständliche Weise zusammen. Sein Vortrag ist fließend, sehr lebendig, ohne dabei leidenschaftlich zu werden, und macht durch seine Bestimmtheit, die aber nie in Selbstüberschätzung ausartet, große Wirkung. Sein Organ ist sehr verständlich und großer Modulazion fähig. Seine Figur ist klein und hager, seine Bewegungen sind lebhaft, sein ganzes Auftreten entschieden. Schneeweiße, schon sehr spärliche Haare, welche, nebst den Runzeln und Falten des Gesichts, allein die 72 Jahre des Veteranen verkündigen, umgeben den regelmäßig geformten Kopf und lassen die hohe Stirn frei heraustreten. Große blaue Augen, in deren Ausdruck Viel verborgen liegt, geben

auf den ersten Blick die geistige Bedeutung des Mannes zu erkennen, und das Feuer, das aus ihnen glänzt, verkündet, wie die geistige Regsamkeit desselben seines hohen Alters spottet. Wir haben wenig Greise gesehen, welche geistig wie körperlich noch so frisch und thatkräftig waren, welche in jeder Beziehung noch solche Anstrengungen mit der Leichtigkeit des Jünglings ertragen konnten. Möge ein günstiges Geschick ihm selbst wie dem ganzen Lande diese kostbaren Vorzüge noch lange ungeschwächt erhalten! Denn, obgleich wir nicht alle Ansichten des Herrn von Itzstein unbedingt theilen und seine Mittel nicht immer billigen, sprechen wir doch mit voller Ueberzeugung aus: Baden hat demselben unendlich Viel zu verdanken, und stets wird sein Name einen ehrenvollen Rang in dessen Geschichte einnehmen.

Hecker, Obergerichtsadvokat aus Mannheim, der Freund und Berliner Leidensgefährte des Vorigen, ebenfalls einer der besten, jedenfalls der gewandteste und durchgebildetste Redner der Opposizion. Keinem in der ganzen Kammer steht ein solcher Reichthum von Gedanken zu Gebote; Keiner weiß seine Reden so auszuschmücken und neben dem Verstande auch so auf das Gemüth zu wirken. Dabei hat Hecker eine große Belesenheit, besonders im geschichtlichen Fach, und die Neigung, Dies auch dem Publikum durch Anführung zahlreicher Beispiele aus allen Ländern und Zeiten, die aber oft etwas subjektiv aufgefaßt sind, mitzutheilen. Diese stark subjektive Auffassung tritt überhaupt in den Reden des Abgeordneten Hecker oft bedeutend hervor und giebt denselben bisweilen etwas Anmaßendes, Uebermüthiges, ja selbst Abstoßendes, was ihren sonstigen Werth sehr beeinträchtigt. Dabei sind sie oft zu leidenschaftlich, fast wild, und verrathen eine persönliche Gereiztheit, die nicht gut wirkt. Daher kommt es auch, daß der Redner sich bisweilen Blößen giebt, die er sonst bei seinen Talenten leicht vermeiden könnte, daß er sich namentlich oft hinreißen läßt, Dinge als geschehen darzustellen, von deren Wahrheit er sich selbst noch nicht un-

bedingt überzeugt hat, und daß er dadurch in die unangenehme Nothwendigkeit geräth, seine eigenen Behauptungen widerrufen zu müssen. Anerkennen muß man übrigens, daß er Dies dann auch stets mit offenem Freimuth thut, wie z. B. seine Behauptung wegen der Mannheimer Schlägerei, wovon er nachher Vieles wieder zurücknahm, beweist. *)

Das Auftreten Heckers hat einen gewissen Anflug von Burschikosität und erinnert hier und da an den Senior einer Verbindung, welcher die Rechte derselben zu vertheidigen bemüht ist. Seine Sprache ist in hohem Grade fließend, sein Vortrag, obgleich der süddeutsche Dialekt sich sehr bemerklich macht, verständlich und, die Heftigkeit abgerechnet, ganz angenehm, seine Stimme klangvoll und der Modulazion fähig. Hecker ist von hoher, kräftiger, gut gewachsener Gestalt, hat ein offenes, freies Gesicht voll Ausdruck, langes, braunes, etwas lockiges Haar, große, lebendige Augen, eine gebogene Römernase und einen langen, in verschiedenen Farben spielenden Bart um Kinn und Mund. Seine Erscheinung, welche übrigens eine gewisse Selbstschätzung durchblicken läßt, hat fast etwas Ritterliches.

---

*) Bei dieser Gelegenheit zeigte sich überhaupt die Parteileidenschaft der Opposizion grade nicht in vortheilhaftem Lichte. Eine Sache, die noch gar nicht konstatirt und, wie sich später klar herausstellte, eine bloße Wirthshausschlägerei war, bei welcher beide Parteien gleiche Schuld hatten, wurde dazu benutzt, um lange Reden voll nicht begründeter Anschuldigungen zu halten. „Wie man sagt" und „es soll so sein" und „dem Gerüchte nach" und „ohne uns dafür verbürgen zu wollen" und ähnliche solche Redensarten mehr spielten dabei eine Hauptrolle. Dies darf aber in keiner Kammer vorkommen, denn sie muß nicht zu einem Wirthshauszimmer, wo gehaltloses Raisonniren an seinem Platze sein mag, herabsinken, und, wenn ein Deputirter eine Thatsache, um eine Anklage darauf zu begründen, anführt, so muß er sagen „es ist so" und nicht „es soll dem Vernehmen nach so sein." Die Tribüne durch pikante Reden zu unterhalten, ist nicht der Zweck der Kammer, und es war in diesem Fall Schwäche des ersten Präsidenten, daß er nicht nach der Erklärung des Ministers Nebenius: die Sache solle streng untersucht werden, womit man sich vorläufig bis zur weiteren Aufklärung von beiden Seiten begnügen mußte, dem einzelnen Gerede ein Ende machte und noch ein halb Dutzend Redner sprechen ließ.

Welcker, pensionirter Professor, jetzt in Heidelberg wohnhaft, rühmlich bekannt als ein vieljähriges und eines der regsamsten Mitglieder der badischen Opposizion, wie durch sein schriftstellerisches Wirken für die Sache des Fortschritts. Er ist der am Meisten sprechende Abgeordnete der Kammer. Seine Reden sind reich an schönen Gedanken und treffenden Stellen und verrathen vielseitige, auch in Leben und Blut übergegangene Kenntnisse, besonders im staatswissenschaftlichen und historischen Felde, nur sind sie oft etwas zu weitschweifig, zu reich an allgemeinen Frasen, und leiden an einer Breite, die ihren sonstigen Werth ungemein verringert. Derselbe Gedanke wird oft, nur in etwas verschiedenen Worten, durch eine lange Reihe von Sätzen durchgeführt und kehrt immer wieder, wenn man ihn längst hinreichend erörtert glaubt. Diese Weitschweifigkeit fällt aber in der badischen Kammer besonders auf, da dort sonst durchgängig die Redner sich einer lobenswerthen Kürze befleißigen und Zeit und Geduld der Hörer nicht ungebührlich in Anspruch nehmen. Der Vortrag Welckers ist anfänglich ruhig; allmälig merkt man aber, wie der Redner selbst immer mehr in Eifer geräth, so daß dann wohl hier und da Etwas unterläuft, was eben nur in dieser Erregung des Sprechers seine Erklärung findet. Seine Stimme ist, so lange der Redner ruhig bleibt, sehr verständlich, nur bei der heftigeren Aufregung, wo er die Sätze rasch hervorstößt, wird sie oft ganz unvernehmbar, so daß man kaum der Rede folgen kann. Wie der ganze Körper des Redners und besonders Hände und Arme dann in fortwährender heftiger Bewegung sind, so auch der Kopf, der oft ganz niedergesenkt fast auf der Brust ruht, wodurch die Stimme noch undeutlicher wird. Herr Welcker ist ein Mann von mittler Größe, rother Gesichtsfarbe, etwas breiten Backenknochen, hat blaue, sehr lebhafte Augen und schon stark ins Grau übergehendes Haar. Dem Anschein nach steht er im Anfang der Sechzig. Welcker hat entschieden sehr Viel zur Bildung der jetzigen Opposizion beigetragen und ist eines der thätigsten, lebendigsten und anregendsten

Mitglieder derselben, daher auch für sie von großer Wichtigkeit. Ebenso werden seine wissenschaftlichen Schriften, besonders auch sein Staatslexikon, ihm immer einen ehrenvollen Rang unter den deutschen Gelehrten sichern*).

Bassermann, Buchhändler aus Mannheim, eines der eifrigsten und entschiedensten Oppositionsmitglieder und ein tüchtiger, gewandter Redner. Seine Reden sind lebhaft, anregend, dabei bestimmt und sich streng an den Gegenstand haltend; sie verrathen scharfen Verstand und gute Logik. Der äußere Vortrag des Redners ist angenehm und sehr verständlich, seine Haltung ruhig und doch sehr entschieden, sein Organ von sonorem Klang. Bassermann ist von ziemlich großem, schlankem Wuchs, hat scharfe Gesichtszüge, eine sehr hervorstehende Stirn, lebendige Augen und glattes, schwarzes, etwas spärliches Haar. Dem Anschein nach ist er in den dreißiger Jahren. Er hat viel Einfluß auf die Opposition und ist einer der hauptsächlichsten Gegner des Ministeriums, obgleich er frei genug denkt, den jetzigen Leitern desselben vielfache Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen.

Kapp, Professor aus Heidelberg, vielleicht der eifrigste Mann der Opposition, aber entschieden einer ihrer schlechtesten Redner. Verworrenheit, Unklarheit der Gedanken wie der Sprache, unnöthiges Ereifern über Dinge, die gar nicht des Ereiferns werth sind, Abspringen von einem Gegenstand zu anderen, oft ganz ungehörigen, und eine Sucht nach Effekten sind in hohem Grade seinen Reden eigen. Professor Kapp kann mit der Zeit noch vielleicht ein guter Redner werden, denn Verstand und Kenntnisse besitzt er ja wohl, guten Willen scheint er ebenfalls zu haben, und an Uebung fehlt es

---

*) Wir hätten wohl gewünscht, der Herr Verf. dieser Karakteristik wäre auf Welckers Verdienste als politischer Parteiführer und parlamentarischer Redner etwas tiefer eingegangen. Leider hatte derselbe, als er Dies schrieb, die neusten Reden Welckers über den deutschen Bund und über Preßfreiheit, diese Meisterstücke parlamentarischer Beredsamkeit, noch nicht gehört, sonst wäre er wohl in seiner Schilderung Welckers als Redner minder karg gewesen. Anm. d. Herausg.

ihm auch nicht, da er sich fast in jeder Sitzung zu längeren Vorträgen erhebt. Zur Zeit ist er aber, gelinde ausgedrückt, noch ein ziemlich mittelmäßiger Redner, der zu glauben scheint, das Hervorsprudeln einer Flut oft übertriebener und nicht hinlänglich begründeter Vorwürfe, untermischt mit einigen Frasen und filosofischen Sentenzen, sei das Haupterforderniß eines Sprechers der Oppositzion. Der äußere Vortrag Kapps ist übertrieben leidenschaftlich, seine Stimme oft sehr unverständlich, indem er einzelne Wörter viel zu schnell hervorstößt, andere, ganz unbedeutende, aber mit einem tiefen Pathos deklamirt. Kapp ist von mittler Größe, hat gut geformte Gesichtszüge, bleiche Farbe, dunkle Augen, schwarzes, glattes Haar und einen kleinen schwarzen Schnurrbart. Dem Anschein nach ist er ungefähr 40 Jahr alt.

Brentano, Obergerichtsadvokat in Rastadt, ist ein klarer, durchdachter und dabei entschiedener Redner, dem man anmerkt, daß er viel an Gerichtshöfen zu sprechen gewohnt ist. Bisweilen, aber nur selten, macht sich eine Neigung zu etwas unnöthiger Breite bei ihm bemerkbar. Begeistern, hinreißen oder den Gegner vollständig überzeugen werden seine Reden wohl nicht, gewiß aber Viel zur Aufklärung eines Gegenstandes beitragen. Seine Sprache ist einfach und kunstlos, sein äußerer Vortrag sehr ruhig, ja fast langsam, jedes einzelne Wort deutlich betonend; seine Stimme verständlich. Er ist von etwas mehr als Mittelgröße und hagerer Statur, hat ein schmales, spitzes Gesicht mit einer hervorstehenden Nase, rothe Gesichtsfarbe, dunkles, schon etwas dünn werdendes Haar, und zählt etwa 40 Jahre.

Buhl, Fabrikant und Kaufmann in Ettlingen. Sein Name hat im badischen Volk einen guten Klang, da schon der Vater des jetzigen Deputirten ein von Freund und Gegner geachteter Kämpfer für den Fortschritt war. Als Redner tritt Buhl verhältnißmäßig wenig auf und spricht dann, außer bei Zoll- und Industrieverhandlungen, gewöhnlich nur kurz, aber nicht werthlos. Seine Re-

den sind einfach, klar, sich an den Gegenstand haltend, von freisinniger, aber gemäßigter Haltung. Seine Ausdrucksweise ist schmucklos, aber richtig, sein Vortrag grade nicht ganz fließend, aber auch nicht stockend, seine Stimme von angenehmem Klang und sehr verständlich. Buhl ist von großer, breitschultriger Statur, hat ein offenes, männliches Gesicht, klare Augen, schwarzes, etwas dünnes Haar, und einen vollen, dunklen Backen- und Kinnbart. Er gehört mit zu denjenigen Mitgliedern der Oppositzion, welche außerhalb der Kammer am Meisten mit den Anhängern aller Farben auf unbefangene Weise verkehren und die Differenzen in der politischen Ansicht nicht auf das gesellige Leben übertragen.

von Soiron, Obergerichtsadvokat aus Mannheim, stets sehr entschieden in der Opposizion auftretend, ist als Redner weder besonders zu loben noch auch zu tadeln. Die Gedanken, die er vorträgt, sind richtig, logisch begründet und klar auseinandergesetzt, aber weder besonders geistreich, noch neu oder anregend. Der äußere Vortrag Soirons ist nicht gerade fließend, doch auch nicht stockend, sondern hält zwischen Beiden die Mitte. Das Organ ist laut, hat einen tiefen Klang und ist sehr verständlich, besonders da er jedes einzelne Wort langsam ausspricht. Herr von Soiron ist ein großer, stark gewachsener Mann, der sich etwas zur Korpulenz hinneigt, hat ein rundes, volles Gesicht, lebhafte dunkle Augen, schwarzes Haar, welches die Stirn sehr hervortreten läßt, und einen starken, dunkeln Bart, der das ganze Gesicht einschließt.

Peter, Obervogt, ein werthvoller Förderer der Freiheit und des Fortschrittes, der sich auf diesem Landtag besonders durch eine sehr beredte, gründliche und dabei gemäßigt gehaltene Petizion für die Preßfreiheit verdiente Anerkennung erworben hat. Innere Wärme, die jedoch nie in blinde Leidenschaftlichkeit übergeht, gründliche Vorbereitung und klarer Verstand sind bei allen seinen Reden unverkennbar und verleihen denselben einen gediegenen Werth. Bisweilen verfällt er wohl zu sehr in einen erörternden, etwas pedantischen Ton,

was für den Zuhörer nicht anziehend ist. Peter spricht langsam, selbst etwas schleppend, doch verständlich. Er ist von mittler Größe, hat ein Gesicht von eigenthümlicher Form, eine breite, hervortretende Stirn, spärliches dunkles Haar und kleine, tief liegende, lebhafte Augen.

Gottschalck, Fabrikant aus dem Schwarzwald, für die Opposizion, der er fast unbedingt ergeben ist, dadurch von großem Werthe, daß er seiner Redlichkeit und Biederkeit wegen in seiner Umgebung große Achtung genießt. Als Redner hingegen ist er von geringem Werthe. Manche Stellen seiner Reden zwar, wenn sie Dinge berühren, welche dem Lebenskreise eines schlichten Bürgers nicht zu fern liegen, enthalten gesunde praktische Ansichten, und, wollte der Redner sich damit begnügen, so würden seine Worte mannigfachen Werth haben. Leider geschieht Dies aber nicht, sondern er hält es für seine Pflicht, bei jeder Gelegenheit und über alle Gegenstände — mag auch noch so viel allgemeine Bildung, ja spezielles Studium dazu gehören — ziemlich lange Reden zu halten. Diese enthalten denn freilich oft leere Frasen, die, bunt durch einander geworfen, gleichviel ob sie passen oder nicht, oft ein sehr unklares Ganzes bilden. Gottschalcks Vortrag ist keineswegs angenehm, leidenschaftlich, bisweilen ans Ungebildete streifend, seine Sprache viel zu rasch, so daß die Hälfte der Sylben verschluckt wird. Die Konstrukzion der Sätze ist fast immer fehlerhaft und nie richtig durchgeführt, der Dialekt ganz alemannisch. Gottschalck ist ein großer, breitschultriger Mann, hat ein breites, vielgefurchtes Gesicht, dunkle, lebhafte Augen, schwarzes, struppiges Haar und einen kleinen schwarzen Schnurrbart. Dem Anscheine nach mag er ein Funfziger sein.

Dies sind die Hauptredner der Opposizion; alle Mitglieder derselben zu schildern, dürfte wohl zu weit führen. Wir wollen jetzt zum Zentrum übergehen.

Pfarrer Zittel aus Bahlingen, in politischer Hinsicht ge-

wöhnlich der Mitte angehörig und auch dort seinen Sitz einnehmend, in religiösen Fragen aber stets ein Vorkämpfer der Opposizion. Seine meisterhafte Rede beim vorigen Landtag über die Gleichstellung der Deutschkatholiken hat ihm einen wohlverdienten Namen nicht allein in Baden, sondern in ganz Deutschland verschafft. Die Beredsamkeit des Pfarrers Zittel ist eine edle, aus voller Brust kommende und daher auch in die Herzen dringende. Seine Sprache ist klar, feurig und gut gewählt, seine Gedanken sind reiflich erwogen und logisch durchgeführt, sein Vortrag ist leidenschaftlos, aber doch begeistrungsvoll. Die Gewohnheit, viel auf der Kanzel zu sprechen, ist in seiner Rede unverkennbar, beeinträchtigt jedoch den Eindruck derselben nicht im Mindesten. Sein Organ ist ungemein verständlich und von angenehmem Klang, wie wir auch hinsichtlich der äußeren Rednergaben dem Genannten mit den ersten Rang unter den Rednern der badischen Kammer anweisen. Zittel ist von großer, schlanker Statur, hat ein offenes, regelmäßiges Gesicht von sehr angenehmem Ausdruck, eine schön gebaute Stirn und glattes, schwarzes Haar, das Feuer seiner Augen wird leider durch eine Brille verdeckt. Dem Anscheine nach steht er im Anfang der Vierzig.

Regierungsrath Schmidt aus Mannheim, ein rechtschaffener, aufgeklärter Beamter, wie wir sowohl der Regierung als dem Volke recht viele wünschen. Freimüthigkeit, Wohlwollen und gesunde Vernunft leuchten aus seinen Reden hervor. Sein Vortrag ist ruhig, bisweilen wohl etwas monoton, seine Stimme verständlich, aber von etwas schleppendem Klang. Schmidt ist von großer Statur, hat ein offenes, Zutrauen erweckendes Gesicht, blaue Augen und dunkelblondes Haar.

Geh. Referend. Christ aus Karlsruhe, einer der freisinnigsten, dem wahren Fortschritt ergebensten höheren Beamten der badischen Regierung, seiner gemeinnützigen Bestrebungen wegen von allen Parteien wahrhaft geachtet. Er sucht die Stützen der Regierung in dem Vertrauen ihres Volkes, wenn er auch durch seine Stellung

bisweilen genöthigt ist, manchen Anforderungen der Opposizion entgegen zu treten, so sucht er doch nach Kräften den wahren Fortschritt in den vom Gesetze geheiligten Bahnen zu fördern. Besonders zeigt Christ den regsten Eifer für die Erstarkung des deutschen Nazionalgefühles, für eine engere Vereinigung Deutschlands in allen Beziehungen, und seine Reden für Einführung eines allgemeinen deutschen Handels- und Wechselrechtes, für die weitere Fortbildung des Zollvereines und die Regulirung der Auswanderung haben Anspruch auf allgemeine Anerkennung in ganz Deutschland. Verstand, gründliche und vielumfassende Kenntnisse und wahrer Eifer für das Gute karakterisiren den Abg. Christ. Seine Sprache ist gewandt und fließend, aber schmucklos, sein Vortrag im Anfang ruhig, zuletzt aber sehr lebendig, seine Stimme leider, namentlich beim schnellen Sprechen, etwas undeutlich, so daß man nur mit Mühe ihm folgen kann, was der Wirkung seiner Reden beim Hören sehr schadet. Christ ist ein nicht sehr großer, hagerer Mann, mit schmalem, blassem Gesicht, dem nur die lebendigen, ausdrucksvollen Augen eine Bedeutung verleihen, und dichtem braunem Haar. Er ist dem Anscheine nach ein Vierziger.

Dr. Bader, Gutsbesitzer aus Konstanz, früher langjähriger, sehr geachteter Vizepräsident, hat sich bis jetzt als Redner so wenig aktiv gezeigt, daß wir ihn zu karakterisiren nicht wohl versuchen können. Er ist ein großer, schon bejahrter Mann, mit runzelvollem Gesicht, lebendigen Augen, die aber durch eine Brille versteckt werden, und schwarzgrauem, struppigem Haar. Freisinnigkeit, Verstand und große Rechtlichkeit werden allgemein an ihm gerühmt.

Dies sind, nebst dem Geheimrath Mittermaier, den wir bereits oben schilderten, die bedeutendsten Mitglieder der Mitte.

Die rechte Seite zählt wenig bedeutende Rednertalente, und es wird von ihr verhältnißmäßig auch nur selten und dann nur kurz gesprochen. Das beste Rednertalent besitzt noch unstreitig der Hofrath und Professor Buß aus Freiburg, der Vertreter der ultramon-

tanen Partei. Da die Kammer seine Wahl anfänglich wegen dabei angeblich vorgefallnen Bestechungen und Unregelmäßigkeiten für so lange ungültig erklärte, bis eine Untersuchung darüber das Nähere ergeben haben würde, so ist er erst seit kurzer Zeit wieder eingetreten, hat aber schon mehrmals gesprochen. Bis jetzt war der Gegenstand seiner Reden nicht der Art, daß seine ultramontane Richtung dabei ins Spiel kommen konnte, und so zeigte er uns sehr vielseitige Kenntnisse, scharfe Logik, klaren Verstand und anerkennenswerthe Humanität, und konnte wohl auf Den, der seine Gesinnungen nicht näher durchschaute, einen angenehmen Eindruck hervorbringen. Wer aber die Brochüre desselben „Ueber das Rongethum in Baden u. s. w." gelesen hatte und von dem Wirken und Treiben dieses Mannes näher unterrichtet war, mußte unwillkürlich an den „Wolf im Schaafskleide" denken. Der finsterste Fanatismus, der heftigste Haß gegen jeden anders Denkenden oder Glaubenden, der sogar in pöbelhaften Rohheiten sich Luft macht, verbunden mit Verdrehungen und Entstellungen aller Thatsachen, Unterlegung der schmählichsten Motive, kurz vollkommener Anwendung der jesuitischen Regel, daß der Zweck das Mittel heilige, blicken fast aus jeder Zeile dieses Machwerkes — denn so kann man es mit Recht nennen, obgleich große Gewandtheit darin nicht zu verkennen ist — hervor. Daß gegen solche Gegner, wie der Hofrath Buß einer ist, große Parteileidenschaft sich kund giebt, können wir, wenn auch nicht ganz billigen, doch entschuldigen, denn, wer mit solchen Waffen kämpft, wie Buß sie in der erwähnten Brochüre angewandt hat, kann auf Achtung und Schonung von den Gegnern keinen Anspruch mehr machen.

Der äußere Vortrag von Buß ist nicht gerade schlecht, aber ganz eigenthümlich, die Konstrukzion der Sätze ist auffallend kurz und abgerissen, und die Wörter „nämlich" „ich sage," kommen in jeder Periode oft mehrmals vor. Dies abgerechnet, ist sein Vortrag sehr fließend, seine Stimme laut und verständlich, die Betonung langsam, feierlich und pathetisch; auffallend ist die Gestikulazion der

Arme, die weit in die Lüfte greifen. Hofrath Buß ist von mittler Größe, hat ein wohlgeformtes Gesicht, dessen stubenbleiches Ansehen den Gelehrten verräth, lebhafte, dunkle Augen, an denen ein Zucken, als könnten sie das Licht nicht mehr vertragen, sichtbar ist, und schwarzes, dichtes Haar. Dem Anscheine nach steht er in der Mitte der vierziger Jahre.

Regierungsdirektor Schaaf aus Mannheim, der Urheber des bekannten Mannheimer Vorfalles im November vorigen Jahres, wo die Versammlung des Gemeinderathes durch Militär auseinander getrieben wurde, durch und durch ein Anhänger der Bureaukratie, ein Feind jeder freien Volksentwickelung. Als Redner tritt er nicht sehr häufig auf, aber dann jedesmal ganz bestimmt der Opposizion entgegen, daher er auch oft scharf von derselben angegriffen wird. Sein Vortrag ist langsam, bedächtig, sein Organ verständlich. Er ist von mittler Größe, hagerer Statur, hat ein rothes, mageres Gesicht, graublaue Augen und graue, etwas in die Höhe stehende Haare. Dem Anscheine nach ist er ein mittler Funfziger.

Knapp, Fabrikant von Appenweier, früher zur Opposizion gehörig, jetzt aber auf die rechte Seite übergegangen, raubt der Kammer häufig die Zeit durch seine Reden. Triviale Vergleiche und plumpe Späße bilden den Hauptinhalt derselben und dienen nur dazu, das Gelächter des ganzen Saales zu erregen. Er ist ein kleiner, untersetzter Mann mit rothem, stets lachendem Gesicht und braunem Haar. Seine Stimme ist fast ganz unverständlich, sein Vortrag viel zu schnell und doch oft stockend. Knapp ist ein schon bejahrter Mann, der im bürgerlichen Leben mit Recht viel Achtung genießen soll.

Junghanns I., Geheimer Referendar in Karlsruhe, ein schroffer Beamter, bei dem der Widerwille gegen die Opposizion aus jedem Worte hervordringt. Er tritt als Redner gewöhnlich mit am Entschiedensten gegen dieselbe auf und sucht sie zu bekämpfen, so oft er nur kann. Seine Reden zeugen von Verstand und juristischen

Kenntnissen, haben aber etwas Starres und machen den Eindruck, als gelte die Form dem Redner mehr, als der Geist. Sein Vortrag ist nicht gewandt und hat etwas Schleppendes, seine Sprache ist einfach und ohne Schmuck, sein Organ verständlich, aber von einem auffallend dumpfen Klang. Er ist von mittler Größe, schlankem Wuchs, hat eine sehr hervorstehende Stirn, dunkle, tiefliegende Augen, schwarzes, glattes Haar und einen finsteren, nicht grade Vertrauen erweckenden Ausdruck im Gesicht.

Vogelmann, Ministerialrath von Karlsruhe, als Redner wenig auftretend, daher es uns schwer fällt, ihn als solchen zu karakterisiren. Was wir von ihm gehört haben, war nicht ohne Scharfsinn und dabei in Gesinnung und Ausdruck gemäßigt. Sein Vortrag ist ruhig und gemessen, seine Stimme deutlich. Er ist von kleiner Statur, hat schwarzes Haar und rothe Gesichtsfarbe.

Hägelin, Obergerichtsadvokat von Freiburg, spricht ohne sonderlich viel Geist, ist aber bisweilen in seinen Reden ganz praktisch. Sein Vortrag ist nicht angenehm, sondern etwas schleppend, seine Stimme monoton, aber ziemlich verständlich, sein Dialekt stark süddeutsch. Er ist ein großer, starker Mann, mit dickem, rothem Gesicht, blauen Augen, grauem Haar.

Dahmen, Geheimrath von Heidelberg, ein bejahrter, in Form und Gesinnung noch der alten Schule angehöriger Mann. Seine, nicht langen Reden zeugen von sehr aristokratischer Denkweise und verrathen viel innerlichen Widerwillen gegen die Fortschrittsrichtung, haben aber dem Inhalt wie der Form nach etwas Ruhiges, fast Zierliches und verletzen in keiner Weise den parlamentarischen Anstand. Seine Stimme ist verständlich und angenehm. Geheimrath Dahmen ist von mittler Größe, schlankem Wuchs, gut geformtem Gesicht mit einem angenehmen, gewinnenden Ausdruck, und weißem Haar. Die ganze Erscheinung zeigt einen Mann, der viel in höherer Gesellschaft sich bewegt hat. Sein Alter ist vielleicht 60 Jahr.

Rettig, Ministerialdirektor aus Karlsruhe, der entschiedenste Träger der Bureaukratie in der vollen Bedeutung des Wortes, ein Mann nicht ohne geistige Fähigkeiten, der sich besonders auch durch Eifer und Thätigkeit in der eigentlichen Verwaltung auszeichnen soll. Als Redner in der Kammer ist er für die Partei, der er seine Kräfte gewidmet hat, nicht ganz ohne Werth, da er in seinen Vorträgen Scharfsinn, Sachkenntniß und kluge Gewandtheit zeigt, obgleich er sonst grade kein Redner ersten Ranges ist. Sein äußerer Vortrag ist langsam und etwas schleppend, seine Stimme verständlich, aber von nicht angenehmem Ton. Er ist ein kleiner, hagerer Mann mit einem gefurchten Gesicht, welches zeigt, daß er viel hinter dem Schreibtisch gesessen hat, kleinen, Leben verrathenden Augen, schon fast weißen Haaren und einem etwas höhnischen Zug um den Mund.

Hiermit hätten wir nun auch die Hauptredner der rechten Seite karakterisirt; wir wollen jetzt zum Schluß noch kurz den Ministertisch zu schildern versuchen.

Der Präsident des Ministeriums, Geheimrath Nebenius, war, nachdem er schon in den Ruhestand zurückgetreten, im vorigen Frühjahr wieder zu diesem wichtigen Posten berufen worden. Er ist mehr Gelehrter, als Staatsmann, ein besserer Schriftsteller, als Redner. Verstand, gründliche, vielseitige Kenntnisse, große persönliche Rechtlichkeit, viel Wohlwollen und Humanität gegen Alle, die mit ihm in Berührung kommen, sind ihm gewiß nicht abzusprechen, wohl aber feste Konsequenz, durchgängige Beurtheilung der Zustände des Landes, staatsmännische Gewandtheit und vorzüglich beharrliche Festigkeit gegen fremde Einwirkungen. Als Redner zeigt er keine außerordentliche Gewandtheit, ohne jedoch gerade Blößen zu geben. Er spricht ruhig, logisch und klar, aber weder besonders geistreich noch anregend. Die oft sehr heftigen und leidenschaftlichen Angriffe einzelner Mitglieder der Oppositzion auf ihn beantwortet er gewöhnlich mit Mäßigung und Würde, und nur in einzelnen Momenten blickt eine gewisse Gereiztheit durch und zeigt,

daß er sich persönlich durch dieselben verletzt fühlt. Doch weiß er dieses leicht verzeihliche Gefühl schnell wieder zu bemeistern und zur Ruhe, ja selbst zur Sanftmuth zurückzukehren. Der äußere Vortrag des Ministers ist langsam und bisweilen, doch nur selten, etwas stockend, seine Stimme — nicht sehr verständlich. Nebenius ist von mittler Größe und sich etwas zur Korpulenz neigender Statur, hat ein rundes, volles Gesicht von sehr wohlwollendem Ausdruck, dunkelbraunes, dichtes Haar, gesunde Gesichtsfarbe und kleine, dunkle Augen.

Geheimrath Bekk, der Hauptvertreter des badischen Ministeriums und sowohl innerhalb wie außerhalb der Kammer eine wichtige Stütze desselben. Mit Entschiedenheit antwortet er den Angriffen der radikalen Opposizion, ohne jedoch dabei in einen übermüthigen oder verletzenden Ton zu verfallen. Man merkt es ihm deutlich an, daß er, als früheres langjähriges Mitglied der Kammer, mit den Debatten daselbst vollkommen vertraut ist und sich durch einzelne heftige Reden nicht im Mindesten einschüchtern oder persönlich verletzen läßt. Wenn mitunter, wie es wohl geschieht, in den Angriffen seiner Gegner viel allgemeine Frasen und leidenschaftliche Worte enthalten sind, verrathen seine Entgegnungen einen tiefen Ausdruck von Spott, der gewiß von bedeutender Wirksamkeit ist und mehr wirkt, als lange Reden. Mit diesen giebt Geheimrath Bekk sich überhaupt nur selten ab und liebt, besonders auch in der Konstrukzion seiner einzelnen Sätze, eine große, oft auffallende Kürze und Abgerissenheit. Uebrigens kommt er auch oft der Oppositzion entgegen, wie denn sowohl er, als sein Kollege Nebenius, von entschiedener persönlicher Freisinnigkeit sind und in jedem andern deutschen Staate, als Baden, sicherlich zur Oppositzion gehören würden. Seiner Rechtlichkeit, Freisinnigkeit und Geschäftstüchtigkeit wegen ist er im ganzen Lande allgemein geachtet, und viele Hoffnungen haben sich an seinen Eintritt in das Ministerium geknüpft. Möchten dieselben nur erfüllt werden! Bekk ist von großer, schlanker Gestalt, hat ein hageres Gesicht mit angenehmem, geistvollem Aus-

druck, eine sehr hohe, hervorstehende Stirn, eine große Platte, so daß nur an den Seiten ein dünner Kranz von Haaren stehen geblieben ist, und kluge, lebhafte Augen. Sein Organ ist angenehm und verständlich.

von Dusch, Minister des Auswärtigen, hat bisher in der Kammer noch zu wenig gesprochen, als daß wir ihn zu beurtheilen vermöchten. Die allgemeine Stimme bezeichnet ihn gerade nicht als Freund des Fortschrittes. Er ist ein kleiner, dürrer, ziemlich ältlicher Mann, mit kleinem, gelblichem Gesichte, grauem Haupt- und Backenhaar und einer Brille. Seine Stimme ist sehr unverständlich.

Jolly, Vorstand des Justizministeriums, ist jedenfalls die am Meisten zur Opposizion herausfordernde Persönlichkeit des Ministeriums. Er giebt sich nicht einmal die Mühe, seinen Widerwillen gegen den Fortschritt äußerlich zu verbergen, sondern behandelt die Anhänger desselben so schnöde, ja selbst grob, daß wir bisweilen kaum haben begreifen können, wie diese es noch so geduldig ertrugen und nicht seine Entfernung aus der Kammer auf jede Weise verlangten. Sonst zeichnet sich Jolly als Redner nur durch seine lakonische Kürze aus; er liebt es nicht, Gründe gegen Gründe zu stellen, sondern begnügt sich mit einfachen Verneinungen und kategorischen Behauptungen. Wie man einen in jeder Weise so ungeeigneten Vertreter der Regierung, der offenbar die Gegner nur reizen und erbittern muß, in die Kammer senden kann, begreifen wir nicht. Seine Stimme ist verständlich, aber von scharfem, unangenehmem Klang. Er selbst ist von kleiner, gedrungener Statur, mit rundem, rothem Gesicht, in dem ein bitterer, höhnischer Ausdruck liegt. Dem Anscheine nach ist Jolly ein Vierziger.

Regenauer, Vorstand des Finanzfaches, einer der besten, jedenfalls der eleganteste Redner der Kammer. Seine, wohl etwas zu breit ausgedehnten und zu sehr ins Detail eingehenden Reden haben stets etwas Fließendes, Gefälliges in ihrer ganzen innern wie äußern Konstrukzion. Die einzelnen Ausdrücke sind stets sehr gewählt, die

Sätze abgerundet und gut konstruirt, die Uebergänge gewandt, dabei ist große Klarheit, wenn auch nicht grade besondere Tiefe der Gedanken, und eine richtige Logik darin zu finden. Der äußere Vortrag Regenauers ist fließend und hat etwas Konversazionsmäßiges, was einen gewinnenden Eindruck macht; sein Organ ist sehr biegsam, verständlich und von angenehmem Klang. Regenauer, früher Professor der Mathematik, soll gerade nicht sehr dem Fortschritt zugethan sein, versteht aber dann wenigstens seine eigentlichen Gesinnungen in der Kammer zu verbergen und gute Miene zum bösen Spiel zu machen, denn er tritt dort ziemlich freisinnig und offen auf, etwaigen Uebergriffen jeder Seite bestimmt entgegen, und hat als Redner auf uns stets einen angenehmen Eindruck gemacht. Er ist von großer, gut gewachsener Gestalt, regelmäßigem, rundem Gesicht, hat braunes, krauses Haar, sehr leichte und sichere Bewegungen auf der Rednerbühne, und noch ein ziemlich jugendliches Ansehn, als wenn er am Ende der dreißiger oder am Anfang der vierziger Jahre stände.

Dies sind die hervorragendsten Erscheinungen der ganzen zweiten badischen Kammer. Man sieht: dieselbe zählt im Verhältniß zu ihrer nicht großen Mitgliederzahl ziemlich bedeutende Persönlichkeiten und kann darin einen Vergleich mit jeder anderen deutschen Kammer bestehen. Das freie Wahlsystem, welches jedem tüchtigen Talente leicht Eintritt in die Kammer gewährt, und die längere Uebung während des schon 27jährigen Bestandes der Verfassung haben Dies vorzüglich bewirkt. Im Allgemeinen wird in der badischen Kammer kurz, rasch und lebendig, ja vielleicht bisweilen zu lebendig gesprochen; lange, ausgearbeitete Reden kommen dort viel seltener, als anderswo vor. Es hat oft mehr das Ansehen eines gewöhnlichen Gespräches, da die Redner sich öfters unterbrechen, einzelne Einwendungen während der Rede selbst machen und sich auch nicht so streng an den Gegenstand der Tagesordnung halten, sondern bisweilen ihren augenblicklichen Eingebungen folgen. Daher hat der Präsident denn auch häufig nöthig, Erinnerungen und zwar

oft wiederholte zu machen und muß bisweilen seine ganze Autorität aufbieten, damit man nicht gar zu sehr von dem eigentlichen Gegenstand der Debatte abschweife. Daß Baden nur ein kleiner Staat ist und daß die meisten Deputirten daher auch außer den Kammersitzungen viel mit einander verkehren, merkt man den Verhandlungen an. Sehr vortheilhaft fällt die größere Leichtigkeit und Sicherheit auf, welche die meisten badischen Deputirten im augenblicklichen, nicht erst zu Hause lange vorbereiteten Sprechen haben, was man sonst leider nicht sehr häufig in Deutschland findet und was doch so dringend nöthig ist. Hierin nimmt unserer Ansicht nach die badische zweite Kammer in ihrer Gesammtheit den ersten Rang in Deutschland ein.

Wir schließen unsere Arbeit mit dem aufrichtigen Wunsche, daß der jetzige Landtag in gleich versöhnender Weise, wie er angefangen, auch enden möge, daß Regierung und Kammer Hand in Hand die Wohlfahrt des badischen Volkes fördern, jede leidenschaftliche Aufregung aber verhindern mögen. Dem wahren Fortschritt würde dadurch nicht allein in Baden, sondern in ganz Deutschland sehr viel genützt werden, und, wahrlich! eine solche Förderung thut uns Allen in unserer Zeit dringend noth.

Karlsruhe, zu Anfang des Juli 1846.

Zur politischen Entwicklungsgeschichte Preußens.

David Hansemanns Denkschrift.

Die Denkschrift Hansemanns, die wir im Nachstehenden ihrem wesentlichen Inhalte nach wiedergeben, ward uns von einem unsrer Mitarbeiter in Preußen mit folgender Vorbemerkung zum Abdruck eingesandt:

„Wie in dem ersten Bande der „Gegenwart" zur Karakteristik der rheinischen Feudalaristokratie die Verhandlungen des letzten Landtages über das Jagdrecht mitgetheilt worden sind und an der Frage der Oeffentlichkeit der Landtagssitzungen ein richtiger Thermometer für die Gesinnungstüchtigkeit und die politische Bildung der Majorität der Ständemitglieder gefunden ward, so mag jetzt zur Vervollständigung jener Skizzen auch ein Blick auf die Absichten und Wünsche gestattet sein, welche der sogenannte dritte Stand unserer Landtagsabgeordneten in politischer Beziehung hegt. Da sich diese Absichten und Wünsche am Schärfsten in einer Denkschrift ausgesprochen finden, welche schon im Jahre 1830 David Hansemann dem Könige überreichte und welche auf dem letzten Landtage, als Manuskript gedruckt, unter die Mitglieder der Versammlung vertheilt wurde, so mag der Abdruck hier um so eher gestattet sein, als aus dem schon etwas alten Datum dieser Arbeit der thatsächliche Beweis geliefert wird, daß unser gegenwärtiger Liberalismus nicht wie ein Deus ex

machina aus der Huldigungsrede des Jahres 1840 hervorgegangen, sondern nur die allmälige Frucht derjenigen Saaten ist, welche während der politischen Dürre der zwanziger und dreißiger Jahre von einzelnen freisinnigen Männern in das sterile Erdreich des Beamtenstaates eingestreuet wurden.

Indem uns Hansemans Denkschrift einen willkommenen Beitrag zur Geschichte unserer politischen Entwicklung liefert, dient sie gleichzeitig zur Widerlegung der Behauptung der „guten Presse," daß unsre gegenwärtigen liberalen Elemente nur destruktiver Natur wären und jeder praktisch schaffenden Kraft entbehrten."

— Wir unsrerseits halten ebenfalls das Aktenstück für wichtig und interessant genug, um es durch einen Abdruck in der „Gegenwart" einem größern Publikum bekannt und zugänglich zu machen. Doch haben wir Manches darin, was sich lediglich auf die Zeitverhältnisse von 1830, namentlich in Betreff der allgemeinen europäischen Zustände, bezog und seine Geltung seitdem mehr oder weniger verloren hatte, hinweggelassen, da es für den vorliegenden Zweck keine Bedeutung hatte, obschon wir nicht leugnen, daß die Vergleichung Dessen, was damals zum Theil noch als Profezeiung ausgesprochen ward, mit dem seitdem in die Wirklichkeit Eingetretenen, ein nicht geringes, jedoch mehr historisches, als politisches Interesse bietet. Dagegen haben wir uns nicht versagen können, in Betreff der innern politischen Zustände Preußens vergleichende Blicke auf den damaligen und den gegenwärtigen Stand der Dinge, auf das seit jener Zeit (also in 15 Jahren) zur Abhülfe dort gerügter Uebelstände oder Mängel Geschehene oder auch nicht Geschehene, in Randbemerkungen beizufügen. Zu ähnlichen Randbemerkungen hat uns hier und da die in manchen Beziehungen von der unsern abweichende Anschauungsweise des Verfassers der Denkschrift veranlaßt. Wir hoffen, daß die Leser unser Verfahren in der einen und der andern Hinsicht nicht misbilligen werden und lassen nunmehr Hansemann sprechen:

— Während ein durch Europas gemeinschaftliche Anstrengungen wieder errichteter und als festbegründet erachteter Thron in wenigen Tagen umgestürzt wird; während ein Monarch, der sein Volk liebt, nur für dessen Glück arbeitet und es auf einen hohen Grad von Wohlfahrt geführt hat, von diesem nämlichen Volke, welches sich in Aufruhr erhebt, verhöhnt wird; während zugleich die Bande, durch welche es an ein anderes Volk geknüpft war, (allem Anscheine nach) unwiderruflich gelöset werden; während die westliche wie die südliche europäische Halbinsel nur mühsam durch Militärmacht oder Einfluß der Geistlichkeit bis jetzt vor erneuerten politischen Konvulsionen bewahrt geblieben sind; während selbst in deutschen Staaten die Tugend der Unterwürfigkeit hie und da schwankt und sogar ein deutscher Fürst mit seinem Volk ein Gegenstück zur Pariser Revoluzion liefert: — blickt der Preuße mit Stolz auf seinen König und dessen Volk, welche, im Bande der Liebe und Treue geeinigt, durch politische Unruhen in so bewegter Zeit bis jetzt nicht betrübt wurden *).

Doch deshalb an keine Gefahr für Thron und Vaterland denken, oder glauben, daß die Umgestaltung der politischen Verhältnisse Europas ohne Einfluß auf Preußens Macht, wie diese durch die Verhältnisse im Innern und durch die zum Auslande bedingt ist, vor sich gehen könne, wäre gefährliches Einwiegen in Täuschungen, welchen der Staatsmann sich unmöglich hingeben kann.

So bietet denn die ernste Zeit die wichtigsten Fragen dem Nachdenken Derer, die das Ruder des Staates führen, dar; Fragen,

---

*) Dieser „preußische Stolz," der damals weit verbreitet war und selbst viele angeblich sehr freisinnige, ja radikale preußische Politiker (man denke an Ruges Jahrbücher noch im J. 1840.) in dem erhabnen Bewußtsein, Angehörige des „Staats der Intelligenz" oder des „intelligenten Beamtenstaats" zu sein, vornehm auf das Verfassungswesen in den kleinen deutschen Staaten herabblicken ließ, hat seitdem eine sehr heil- und wirksame Lekzion bekommen und ist dadurch zur Selbsterkenntniß seiner vollständigen Unberechtigtheit und Nichtigkeit gelangt. Bei Hansemann ist noch etwas Andres im Spiele: ein gewisser sentimentaler Royalitätskultus, dem wir auch weiterhin noch öfters begegnen werden. Anm. des Herausg.

deren richtige Auffassung und Lösung Preußens Wohl oder Wehe nicht nur für die nahe Zukunft, sondern auch überhaupt Preußens Rang in der Weltgeschichte bestimmen möchten.

Diese hochwichtigen Fragen sind im Wesentlichen:

Welches sind die Gefahren, die den Staat bedrohen? welches die Mittel, sie abzuwenden, welches ist der sicherste Weg zu Preußens fernerem Wachsthum in Macht und Prosperität?

Die erste Gefahr ist Aufstand der geringern Volksklasse. Unverkennbar ist diese jetzt vielfach von einem Geiste der Aufregung gegen gesetzliche Ordnung ergriffen, der seinen Ursprung theils in dem Hange zu einer bessern, nicht mit dem Verdienste im Verhältniß stehenden Lebensweise, theils in dem Umstande haben mag, daß durch die Fortschritte der Industrie die Theilung der Arbeit zunimmt und eben hierdurch die Industrie immer mehr Ausdehnung erhält; Beides Verhältnisse, durch welche die Zahl derjenigen Menschen vermehrt wird, deren Broderwerb nur auf den Verdienst des Tages angewiesen ist. Ein fernerer Grund zu jenem schlimmen Geiste liegt in den hohen, die meisten Lebensbedürfnisse so sehr vertheuernden Steuern. Denn es darf nicht verschwiegen werden: die Steuern sind hoch. Fünfzehn Friedensjahre sind verflossen, und die Abgaben scheinen noch um beinahe Nichts niedriger, als am Schlusse des Krieges*). In der That aber sind sie beträchtlich höher, als damals, weil jetzt fast alle Lebensbedürfnisse um wenigstens ein Drittel wohlfeiler sind, als vor fünfzehn bis zwanzig Jahren. Da also, die Gesammtheit dieser Bedürfnisse durchschnittlich gerechnet, von denselben jetzt für zwei Thaler Silber so Viel zu kaufen ist, als früher für drei Thaler, so ist jetzt eine Geldsteuer von drei Thalern

---

*) Sie sind es auch jetzt, nach abermals 15 Jahren, noch nicht, denn, außer dem Erlasse von 1½ Mill. Thlr. an der Salzsteuer im J. 1841, wovon damals so viel Aufhebens gemacht wurde, ist uns keine andere Erleichterung der Steuerpflichtigen in Preußen bekannt. Anm. des Herausg.

wirklich um die Hälfte Mehr, als eine solche in der frühern Periode; während doch der Verdienst, nach Geld geschätzt, fast für alle Produkzionen in dem nämlichen Verhältnisse kleiner sich herausstellt, als in welchem der Geldpreis der Lebensbedürfnisse gefallen ist.

Endlich wird jener gefährliche Geist der geringeren Volksklassen genährt durch eine, zwar der Menschlichkeit zur Ehre gereichende, aber in ihren Folgen höchst verderbliche Anwendung der Filanthropie auf Staatswirthschaft. Man will durchaus, daß es keine Nothleidende gebe. Da wird denn ein Institut nach dem andern errichtet, um die Armen zu speisen, zu kleiden, die jüngern von ihnen zu erziehen, die alten zu verpflegen, den armen Kindbetterinnen zu helfen u. s. w.; und fast alle Armen, welchen auf diese Weise Unterstützung angedeiht, gelangen durch dieselbe, während kürzerer oder längerer Zeit, oder gar lebenslang, in eine weit bessere Lage als die Personen, welche nothdürftig, mit kleinem eignen Verdienste oder demjenigen ihrer Angehörigen, durch unglückliche Lebensverhältnisse sich durchwinden. Hierin liegt die direkteste, wirksamste Aufforderung zur Verschwendung und zur Faulheit, — Beides die Laster, welche am Schnellsten die für die öffentliche Sicherheit gefährlichen Subjekte der niedern Volksklasse ausbilden. Und, damit ja Nichts fehle, was bei diesen Klassen den Glauben erwecke, daß pflichtmäßig schönstens für sie gesorgt werden müsse, sobald sie in einiger Hülfsbedürftigkeit sind, werden die Gaben der christlichen Mildthätigkeit vielfach in jährlich wachsende Armensteuern verwandelt *).

Allerdings haben die Ereignisse in fremden Ländern dazu beigetragen, die Gefahr, welche der öffentlichen Sicherheit seitens der

---

*) Der Verfasser hat sich wohl hier schroffer ausgedrückt, als er es meinte. Wir mögen nicht glauben, daß er den Nothleidenden jede Unterstützung oder doch jede regelmäßige Unterstützung abschneiden wolle, sondern daß er nur diejenige Art von Unterstützungen tadelt, welche den Unterstützten in Sicherheit und Trägheit wiegen, und in dieser Beschränkung können wir wohl seiner Ansicht beiflichten. Uebrigens haben wir über diese Frage uns ausgesprochen in unserm Art. über den Sozialismus im 1., 2. und diesem Bande der „Gegenwart." Anm. d. Herausg.

geringern Volksklassen droht, zu vergrößern. Aber ist die Gefahr deshalb jetzt verschwunden? Zeigen nicht die Unruhen, welche in so manchen Städten Deutschlands vorfielen, aufs Deutlichste das Dasein der Gefahr bei irgend einer Veranlassung? Ist denn irgend eine Regierung im Stande, zu verbürgen, daß nicht einmal eine solche Veranlassung eintrete? Nein, wahrlich, die Gefahr besteht; sie ist um so schrecklicher, da Pöbelherrschaft die schauderhafteste aller Gewalten ist.

Eine andere Gefahr ist politischer Aufstand.

Wie, wird vielleicht eingewendet werden, so Etwas wäre in Preußen zu fürchten, unter dem Szepter eines so gerechten Königs und unter seiner so weisen und väterlichen Regierung? Bewahre mich der Himmel, ein solches Ereigniß als wahrscheinlich zu erachten; nein, ich hoffe, es sei unmöglich, gerade weil die Regierung des Königs weise ist und weil dessen Weisheit, so wie in den entscheidenden Jahren 1812 und 1813, das beste Mittel zur Abwendung der Möglichkeit einer Revoluzion finden wird. Aber, daß diese Möglichkeit, unter gegebenen Umständen, besteht, muß ich, auf mein Gewissen befragt, zugeben. Ich werde darauf später zurückkommen und mache hier nur auf ein paar Umstände aufmerksam.

Die belgische Revoluzion hat mit nichts Anderm, als einem Pöbelauflauf, angefangen, und neun Zehntel der Brüsseler Bürger, die sich bewaffneten, um ihn zu stillen, dachten an Nichts weniger, als an eine politische Revoluzion, deren Stattfinden heute von den meisten Belgiern, die Etwas zu verlieren haben, bedauert wird*), ohne daß sie auch nur im Geringsten im Stande wären, geschehene Dinge ungeschehen zu machen oder deren Folgen zu hindern und den frühern Zustand herzustellen.

Und wer vermag die Folgen zu bestimmen, welche der Pöbelauflauf in Aachen hätte nach sich ziehen können, wenn nicht Aachens

*) Ob auch noch heut? wir zweifeln. Anm. des Herausg.

Bürger mit der Treue auch Entschlossenheit vereinigt und dem Unfuge schnell Einhalt gethan hätten? Giebt es, dem Himmel sei Dank, in den Rheinlanden im Allgemeinen auch keine schlechte, eine Revoluzion nährende Elemente, so giebt es doch überall Intriganten und Leute, die durch den Umsturz der gesetzlichen Ordnung auf schnelles Emporkommen hoffen. Und ein Aufstand, ist er einmal nicht schnell gedämpft, wälzt sich fort, wie eine Lawine, gerade weil der Widerstand der rechtlichen Bewohner, ohne eine angemessene Organisazion desselben, nicht gegen die Schnellkraft eines fortschreitenden Aufstandes Stich hält.

Möchte man auch die Gefahr einer Revoluzion für höchst unwahrscheinlich erachten, so verdient doch der allerkleinste Grad einer solchen Gefahr die ernsteste Betrachtung; denn es bedarf bei jedem rechtlichen Preußen keiner Anführung, daß ihm in jedem Falle eine konvulsivische Bewegung des Staates oder eines Theiles desselben ein Greuel ist. Nicht zu gedenken der Gefahr für den Thron, auch nicht des Elendes, was dadurch über das Land fast allemal gebracht wird, sind selbst in dem Falle einer schnellen Ausgleichung (so wie der in Sachsen und Hessen) sehr traurige Folgen an irgend einen Aufstand, der nur halbwege einen politischen Karakter trägt, geknüpft; nämlich: die Bewegung des Fortschreitens, welche ein Staat durch einen wohl geregelten Organismus stets erhalten soll, erfolgt ungeregelt von unten herauf und schwächt auf diese Weise die der Regierung nöthige Stärke, vermehrt die Anmaßung der untern Volksklassen und führt leicht zu Erörterungen über königliche Gewalt und Volksrechte, Erörterungen, die zur Schwächung der erstern ohne Gewinn für Volksglück beitragen können, während im regelmäßigen Gange durch eine Vermehrung des Volksglückes die Macht des Staates und somit des Monarchen allezeit vergrößert werden muß*).

*) Insoweit die hier bezeichneten „traurigen Folgen" auch auf die Ereignisse in Sachsen im J. 1830 und auf deren Ausgleichung durch das Verfassungswerk

Die Zeitereignisse mahnen uns an die vom Auslande drohende Gefahr. Wenden wir unsere Blicke nach Osten oder Westen, so gewahren wir eine gefährliche Nachbarschaft. Ich werde im Verfolge Gelegenheit finden, diese Gefahr näher darzustellen.

Endlich fragt sich, ob bei den Umwälzungen, welche Europa erfahren hat, nicht Gefahr vorhanden sei, daß Preußens Macht abnehme. Auch dieser Punkt wird bei der weitern Erörterung in das Licht gestellt werden.

Ueber das Vorhandensein der Uebel oder vielmehr der Gefahren und über die Schwierigkeit des Augenblicks wird im Allgemeinen kein Zweifel obwalten; aber welchen Weg unter diesen Verhältnissen einschlagen?

Meine Antwort auf diese Frage weiß ich nicht so zu geben, daß ich jeder besondern Gefahr oder Schwierigkeit auch ein besonderes Mittel entgegenstellen könnte. Es handelt sich mit einzelnen Ausnahmen um die Wahl eines ganzen in einander greifenden Regierungssystems. Nur dadurch, daß das richtige gewählt wird, dürfen wir hoffen, glücklich alle Gefahren zu bestehen.

Es lassen sich die jetzt in Europa herrschenden Regierungssysteme in drei Hauptklassen abtheilen. Wenn auch zwei Länder nicht gerade ganz eins dieser Systeme befolgen, vielmehr Nüancirungen des einen zum andern fast überall stattfinden, so hat doch jede Regierungsweise ihre karakteristischen Kennzeichen, welche sie als zu einem oder zum andern der Hauptsysteme gehörig bezeichnen.

---

im J. 1831 bezogen werden sollen, müssen wir Dem entschieden widersprechen. Die „Anregung des Fortschreitens" ist in Sachsen erst in Folge jener Ereignisse eingetreten, und, was der Verf. „Schwächung der königlichen Gewalt" nennt, was aber in der Wirklichkeit blos Schwächung der absoluten Machtvollkommenheit, des autokratischen Beliebens des Monarchen ist, Das hat, nach den bei uns und allerwärts gemachten Erfahrungen, gar wohl einen, und zwar einen sehr reellen und soliden „Gewinn für das Volksglück" gehabt. In Kurhessen sind leider „traurige Folgen" eingetreten, aber nur erst, seitdem man die Verfassung von 1831, des edlen Jordan treffliches Werk, auf jede Weise wieder zu paralysiren und bei Seite zu schieben angefangen hat. Anm. des Herausg.

Das erste jener Systeme ist das eiserne Festhalten des Bestehenden und insbesondere des unbeschränktesten Despotismus. Aengstlich werden die Grenzen bewacht, damit kein gedrucktes Wort in das Land komme, welches die Menschen über die Nachtheile ihres Zustandes aufklären könne. Selbst die Kenntnisse, welche zum materiellen Wohlsein der Menschen dienen, werden nur so weit zu verbreiten gestattet, als damit nicht irgend eine Gefahr politischer Aufklärung verbunden erachtet wird.

Das zweite System ist dasjenige der aufrichtig konstitutionellen Staaten, wo es wirkliche Repräsentanten der Nazion giebt, denen ein Antheil an der Gesetzgebung und ein wesentlicher Einfluß auf die Regierungsprinzipien eingeräumt ist; ohne Freiheit der Presse, als legalen Organs, der öffentlichen Meinung ist dies System nicht vollständig.

Das dritte System ist die Mitte zwischen den zwei andern; Verbreitung der Aufklärung, Gerechtigkeit, Milde; aber keine eigentliche, politische Freiheit.

Das erste System hindert das Aufblühen jeglicher Industrie und bringt die Staaten an den Abgrund. Es bedarf keiner Exemplifikazion zum Beweise; die Finanzminister wissen es am Besten. Deshalb neigen sich auch diese, selbst in den Staaten, wo das genannte System in möglicher Reinheit herrscht, stets von allen Ministern am Meisten zu einiger Aufklärung oder — wenn man es so nennen will — Liberalität hin.

Da nun kein Staat zu Grunde gehen oder ohnmächtig werden will, so wird allmälig, dem eigentlichen Systeme, zu welchem die Regierung sich hinneigt, zum Trotze, die Aufklärung verbreitet. Diese führt mit der Zeit zur Erkennung politischer Rechte. Ist diese Erkennung einmal in die Majorität des Volkes eingedrungen, so wird der Staat entweder in seiner Regierungsweise an diese Majorität sich anschließen; oder er wird eine Zeit lang ein schwankendes und folglich schwaches System haben, durch welches man die Majorität

zufrieden stellen will, ohne bei der Minorität den Anschein zu verlieren, in ihrem Geiste zu verfahren; oder es wird ein Krieg gegen die Erkennung und Verbreitung der Volksrechte angefangen, der in allen Fällen ganz dem Zweck entgegen endigt, denn man siegt nur, indem die Ideen der Majorität noch weiter verbreitet werden, und, besiegt, ergiebt sich die Sache von selbst aus Noth; oder, wenn alle Mittel, das Anschließen an eine stets wachsende Majorität aufzuschieben, erschöpft sind und man dennoch dabei verharret, mit der Minorität zu regieren, so erfolgt endlich naturgemäß eine Revoluzion.

In dem Vorgesagten liegt auch der Gang bezeichnet, den die Ausbildung eines Staates natürlich nimmt, der das dritte der bezeichneten Systeme befolgt.

Selbst in einem Staate, welcher, den Formen nach, das zweite der angeführten Systeme befolgt, kann eine Revoluzion ausbrechen, wenn in Folge der Veränderungen, welche in den Sitten, der Denkungsart und der Vertheilung des Eigenthums im Volke während kürzerer oder längerer Frist vorgegangen sind, die Nazionalrepräsentazion nicht mehr die wahre Majorität des Volkes darstellt, insofern in einem solchen Falle nicht zur rechten Zeit die Konstituzion in jener Beziehung zweckmäßig geändert wird.

Eine Revoluzion kann sehr leicht in dem Falle ausbrechen, wenn ein Volk einem andern unterworfen ist, welchem es durch Nazionalantipathie, durch gänzliche Verschiedenheit des Nazionalkarakters und ähnliche Verhältnisse entfremdet bleibt. Dies ist die schwache Seite der östreichischen Herrschaft in Italien, welche einzig durch fortwährende militärische, dem Staate kostspielige Unterjochung und durch den indolenten Karakter der Italiäner aufrecht erhalten werden kann, und welche gleichwohl bei der ersten Veranlassung höchst wahrscheinlich aufhören wird, wenn Oestreich nicht die Mittel findet, die Gefahr durch eine abgesonderte nazionale Verwaltung abzuwenden.

Glücklich für Preußen, bestehen in unserem Staate solche

Uebelstände fast gar nicht, da wir von Polen nur einen kleinen Theil besitzen*).

Eine Revoluzion kann auch dadurch entstehen, wenn die Masse des Volkes unter dem Drucke der härtesten Feudalrechte seufzt; wo dann die Masse, sobald sie durch kühne Revoluzionäre nur vom Drucke entfesselt wird, sich wie aufrührerische Sklaven über ihre Herren, über Diejenigen, welche Macht und Vermögen haben, herstürzt und das gesellschaftliche Gebäude total, unter Herbeiführung der furchtbarsten Anarchie, über den Haufen wirft.

Weise hat Preußen seit länger als 20 Jahren begonnen, eine solche Veranlassung (wo sie etwa bestand) zu der schrecklichsten aller Revoluzionen durch allmälige Abschaffung des schlimmsten Feudaldruckes wegzuräumen.

Die Kunst, das dem Regentenhause und dem Volke nützlichste und überhaupt zweckmäßigste Regierungssystem zu wählen, besteht nach dem bisher Gesagten in solchen Staaten, die sich nicht mehr in dem oben bezeichneten Zustand befinden, sondern vielmehr in Kultur und Zivilisazion bereits sehr vorgeschritten sind, vorzüglich darin, sich auf die Majorität zu stützen.

Unter Majorität ist aber niemals gerade diejenige nach der Kopfzahl zu verstehen, sondern die eigentliche Kraft der Nazion, welche zugleich kein anderes Interesse, als dasjenige auch der Majorität der Kopfzahl, haben soll und sich von dieser dadurch wesentlich unterscheidet, daß sie durch größere Bildung, mehr Einsicht und durch Vermögen größeres Interesse für das Bestehen einer festen, kräftigen und guten Staatsregierung hat. Die Aufgabe für diese ist, die vorbezeichnete wahre Majorität zu finden und zweckmäßig zu benutzen.

Preußen hat seit 1807 vollständig begriffen, daß die Stärke

) Diese Zeilen wurden drei Tage vor dem Bekanntwerden des polnischen Aufstandes geschrieben) Anm. des Verf.

*) Und jetzt hat Preußen erfahren, wie auch dieser „kleine Theil" ihm große Verlegenheiten bereiten kann. Anm. des Herausg.

des Staates nicht mehr auf der Basis der Feudaleinrichtungen, der Militärherrschaft und des unumschränkten monarchischen Systems beruhen könne. Den Städten wurde eine freiere und zweckmäßigere Verfassung gegeben; das Gesetz über die gutsherrlichen Verhältnisse hat bereits in mehreren Provinzen die wirksamsten Folgen gehabt. Die Freiheit der Gewerbe ist gesetzlich ausgesprochen; eine reichsständische Verfassung ist im Jahre 1815 vom König zugesagt*) worden; bei der Besitznahme der rheinischen Provinzen wurde den Unterthanen verkündet, daß sie bei der Bewilligung neuer Steuern partizipiren sollten; Provinzialstände sind seit mehreren Jahren in der ganzen Monarchie eingeführt.

So wurde also von Preußen auf das Unzweideutigste anerkannt, daß unser Zeitalter eine Periode des Ueberganges von der alten zur neuen Zeit, und daß wesentliches Fortschreiten nothwendig sei. Die wohlthätigen Wirkungen der praktischen Anerkennung dieses Grundsatzes haben sich bereits so ersprießlich für die Entwickelung der Staatskräfte erwiesen, daß kein Zweifel darüber obwalten kann, ob Preußen beabsichtige, auf der betretenen Bahn fortzuwandeln; Zweifel, die übrigens schon deshalb in keines Preußen Brust aufkeimen können, weil es Frevel wäre, auch nur im Geringsten die Aufrichtigkeit der Zusagen des gerechtesten der Könige zu bezweifeln **).

---

*) Zugesagt! Aber diese Zusage ist vom vorigen Könige nicht erfüllt, vom jetzigen für unverbindlich erklärt worden. Anm. des Herausg.

**) Darüber denkt man höhern Orts anders. Man lese den bekannten Landtagsabschied an die preußischen Stände beim Huldigungslandtage 1840! Dort heißt es:

„Was nun aber die Bitte um künftige Erweiterung der ständischen Verfassung, in Bezugnahme auf die Verordnung vom 22. Mai 1815, betrifft, so finden Wir uns durch diese Bezugnahme bewogen, zur Hebung jedes künftigen Zweifels und Misverständnisses, Uns über diesen Gegenstand mit dem ganzen offenen Vertrauen auszusprechen, welches das Verhältniß deutscher Fürsten, ihren deutschen Ständen gegenüber, von Alters her bezeichnet hat. Die Ergebnisse, welche Unser in Gott ruhender Herr Vater bald nach Erlaß der Verordnung vom 22. Mai 1815 in andern Ländern wahrnahm, bewogen Ihn, wie wir davon auf das Unzweifel-

Bis jetzt — es läßt sich nicht leugnen — gehört demnach Preußen zu den Monarchien, welche das dritte der oben bezeichneten Regierungssysteme befolgen. Indessen kann nicht verkannt werden, daß bis jetzt auch dieses System wahrscheinlich für den Staat am heilsamsten gewesen ist. Denn es darf nicht anders, denn als eine Uebergangsperiode zu dem aufrichtig konstituzionellen System, nach des Königs Zusagen, betrachtet werden *), welches viel zweckmäßiger eingeführt werden kann, nachdem die Elemente beseitigt worden sind, die demselben entgegenstanden, nämlich die Erbtheile der Feudalzeit, welche nicht zu der nothwendigen Ausbildung der zivilisirten Staaten neuerer Zeit passen.

Welches ist nun in Beziehung auf Preußen die nothwendige, naturgemäße, unabwendbare Ausbildung? Diese Frage dringt sich hier natürlich auf.

Die Beantwortung liegt zwar zum größern Theile in den Gesetzen des Königs, welche Aufhebung des Feudalsystems und des Zunftzwanges und die Einführung der konstituzionellen, repräsentativen Verfassungsform bezwecken; aber dennoch führe ich die Ansicht an, auf welcher, meiner Meinung nach, jene Gesetze beruht haben.

Von dem Augenblicke an, wo der Adel in Folge der durch die Erfindung des Schießpulvers neugeschaffenen Kriegskunst nicht mehr ausschließlich kriegerisch war, wo die Einfachheit der frühern Lebens-

---

hafteste unterrichtet sind, die Deutung, welche mit Seinen königlichen Worten verbunden wurde, in reifliche Ueberlegung zu ziehen. In Erwägung der heiligen Pflichten Seines von Gott ihm verliehenen königlichen Berufes, beschloß Er, Sein Wort zu erfüllen, indem Er, von den herrschenden Begriffen sogenannter Volksvertretung, um des wahren Heiles seines ihm anvertrauten Volkes willen, Sich fern haltend, mit ganzem Ernst und mit innerster Ueberzeugung den naturgemäßen, auf geschichtlicher Entwicklung beruhenden und der deutschen Volksthümlichkeit entsprechenden Weg einschlug. Das Ergebniß Seiner weisen Fürsorge ist die, allen Theilen der Monarchie verliehene, provinzial- und kreisständische Verfassung. Sie hat eine auf deutschem Boden wurzelnde, geschichtliche Grundlage, die Grundlage ständischer Gliederung, wie diese durch die überall berücksichtigten Veränderungen der Zeit gestaltet worden." Anm. des Herausg.

*) S. die vorige Bemerkung. Anm. des Herausg.

weise dem Sinn für Genüsse Platz machte, die durch die Ausdehnung des Handels sich darboten, hörte er auf, eine wahre politische Macht zu sein. Die Unbeschränktheit der königlichen Gewalt, die direkte Heranziehung der Leibeigenen des Adels zu Staatslasten, besonders zum Militärdienste, vernichtete jene Macht vollends. Die natürliche Folge dieser Veränderungen muß sein, daß die Leibeigenen so freie Unterthanen des Königs werden, wie die andern, und daß die früher privilegirten Adeligen im nämlichen Verhältnisse ihres Vermögens zu den Staatslasten beitragen, wie andere Unterthanen.

Durch ähnliche Ursachen haben die Privilegien der Städte, als besonderer politischen Korporazionen, sowie die Privilegien einiger Städtebewohner gegen andere (Bürger und Schutzgenossen) aufhören müssen. Nämlich die Privilegirten wie die Nichtprivilegirten sind in gleichem Maße direkt zu den Staatslasten herangezogen. Außerdem mußten die Privilegien in Folge der ausgesprochenen Gewerbefreiheit von selbst in den Städten wegfallen.

Leicht begreiflich müssen die Folgen dieses Zustandes sein: Gleichheit vor dem Gesetze; Gleichheit der Unterthanen in der Verpflichtung zur Tragung der Staatslasten; in politischer Hinsicht aber, außer dem Bestehen der königlichen Gewalt, eine Art von vollständiger Nichtigkeit, insofern nicht bereits ein Wiederaufbau, auf andere Elemente gegründet, gemacht worden ist.

Doch weshalb sind diese Folgen *nothwendig*? weshalb haben die Feudalrechte aufgehoben und hat die Gewerbefreiheit eingeführt werden *müssen*?

1. Weil jedes Zeitalter den Staaten einen gewissen eigenthümlichen Karakter der Bildung aufdrückt, dem sie sich nicht entziehen können, und weil (wie Jeder, welcher sehen will, leicht erkennt) der Karakter der verflossenen und der gegenwärtigen Periode eigenthümlich darin besteht, die Instituzionen des Mittelalters, auf welche früher das Leben der Staaten gestützt war, zu untergraben und andere Lebenskräfte an ihre Stelle zu setzen.

2. Weil die Ausbildung der neueren Kriegskunst seit Erfindung des Schießpulvers viel höhere Staatslasten nothwendig gemacht hat. Diese wären unter den früheren Verhältnissen unerschwinglich gewesen.
3. Weil die königliche Gewalt die Privilegien des Adels und der Städte, sobald dadurch nicht mehr eigentliche Landesinteressen repräsentirt wurden, im natürlichen Lauf der Dinge unterdrücken mußte.
4. Weil das erste Prinzip der Staaten das Leben und das Wachsen an Kraft ist (Beides nicht anders, als fast gleichbedeutend zu denken, da es nach Naturgesetzen keinen Stillstand, sondern nur Wachsthum oder Abnahme giebt), und weil die königliche Gewalt, in welcher die ganze Kraft des Staates nach dem vorhin Gesagten konzentrirt war, jenes Prinzip nicht anders erfüllen konnte, als durch Wegwerfung der Theile, die dessen Ausführung hinderten.
5. Weil die Ausbreitung der Kenntnisse oder der Aufklärung endlich zur Abschaffung der den veränderten Verhältnissen nicht mehr angemessenen Instituzionen führt.

So hat denn die königliche Gewalt die einzige Hauptkraft des Staates werden müssen, und, da diese stets nur durch Delegirte wirken kann, so sind fast alle Interessen des Landes durch Behörden vertreten, die von der königlichen Gewalt oder meistens von Delegirten derselben ernannt sind. Da nun weiter die königliche Gewalt — in so weisen, kräftigen und thätigen Händen sich dieselbe auch befindet — unmöglich das große Detail der Staatsverwaltung zu übersehen vermag, so ist diese letztere natürlicher Weise in den meisten Beziehungen Beamtenherrschaft.

Da jede Herrschaft von Natur einige Neigung hat, sich zur ausschließlichen zu erheben oder doch sich für die einzig unterrichtete und beste zu halten, so hat die ganze Administrazion nach und nach den Typus des Beamtenwesens annehmen müssen. Alles muß da admi=

nistrirt werden; Alles muß auf Aktenheften beruhen; das lebendige Wort und die rasche Handlung weichen den schriftlichen weitläufigen Formen, so daß in dem vielen Schreiben die Kraft des Denkens und Handelns wesentlich geschwächt wird; eine Masse Gelehrsamkeit wird erworben und angewendet, um über einfache Gegenstände zu diskutiren und zu bescheiden, die der schlichte Menschenverstand, verbunden mit einiger Erfahrung, schnell begreift und zu ordnen versteht; die Bündigkeit und Gedrungenheit in der Abfassung der Bescheide und Verordnungen macht der Weitschweifigkeit und Kasuistik, folglich der Undeutlichkeit und Unbestimmtheit Platz; die Oeffentlichkeit der Verhandlungen über Gegenstände des Gemeinwesens, wodurch Kenntnisse über dasselbe und die Theilnahme daran sich auch außer der Beamtensfäre verbreitet, wird verhindert; die Zahl der Kandidaten zu dem privilegirten Beamtenstande, in welchem allein nur zu Ehre und Ansehen im Staatsdienste zu gelangen ist, nimmt in großem Maße jährlich zu, und ungeachtet der großen Beamtenzahl kann doch eine Menge der Kandidaten nicht untergebracht werden; die ersten Staatsbehörden erhalten ihre Berichte über die mancherlei Interessen der Nazion und über die Stimmung der letzteren nur durch das Organ der Beamten, deren Berichte nothwendig von dem Wunsche, den Vorgesetzten, von deren Zuneigung ja größtentheils Beförderung im Dienste oder Gehaltzulage abhängt, nichts Unangenehmes zu sagen, influenzirt werden.

Fern von mir sei es, durch dies Bild einen Tadel auf den preußischen Beamtenstand werfen zu wollen; ich sage nur, daß die Dinge der Natur der Verhältnisse nach so gehen müssen und daß sie folglich im Allgemeinen auch so gehen. Aber ich erkenne an, daß der preußische Beamtenstand durch seine Bildung, seine Gerechtigkeit und Humanität sich auszeichnet, und daß die preußische Administrazion eine ganz vorzügliche in mehrfacher Hinsicht ist. Dies ist eine Folge der Tugenden, welche den Thron zieren, deren Einfluß auf den ganzen Beamtenstand zurückwirkt.

Indessen ist längst erkannt worden, daß Beamtenherrschaft kein eigentliches Lebensprinzip des Staates sein kann; daß der Thron, sobald nur irgend schwierige Verhältnisse eintreten, sich auf die Nazion stützen muß, und daß der Beamtenstand unmöglich dieselbe repräsentiren kann.

Jene Herrschaft war ein geeignetes Mittel zur Beseitigung der unpassend gewordenen Verhältnisse früherer Zeit, würde aber nach Erfüllung des Zwecks, wenn sie eine geraume Zeit allein als Stützpunkt des Thrones stände, das Land nothwendig in Erschlaffung bringen müssen. Zweifel hierüber werden durch das Andenken an den Zustand von 1806 gehoben. Denn schon damals waren die Städte wie der Adel nicht mehr politische Instituzionen von Kraft; folglich stand von Instituzionen der Beamtenstand allein als Stütze des Thrones.

Sind aber weder die Städte als Korporazionen noch der Adel mehr als Lebensprinzipien des Staates zu betrachten, und kann auch der Beamtenstand die Lücke nicht ersetzen, wo ist denn die eigentliche Kraft der Nazion, die als Element eines neuen Lebensprinzips benutzt werden kann? Vorzüglich in dem Vermögen, der Fähigkeit und der Erfahrung der Staatsbürger, ohne Rücksicht darauf, worin das Vermögen besteht oder auf welche Weise die Fähigkeit oder die Erfahrung erworben ist.

Nach dem Naturgesetze, daß es keine Zerstörung ohne eine ersetzende Schöpfung giebt, hat die Vorsehung im Staatenleben unmöglich nur zerstören wollen, ohne wieder das neue Lebenselement zu schaffen; aber sie überläßt dem menschlichen Verstande die beste Benutzung der neu geschaffenen Elemente; sie straft dabei Misgriffe oder Nichtbenutzung an den Staaten herbe, mitunter sogar am Leben derselben.

Die Feudalinstituzionen und die Korporazionen des Mittelalters wurden durch die allgemeine Verbreitung der Aufklärung,

wozu die Buchdruckerpresse vorzüglich das Mittel ward, zerstört; aber ein neues Lebensprinzip der Staaten ward an der Stelle des zerstörten durch das nämliche Mittel geschaffen, die öffentliche Meinung.

Zerstört wurden jene Instituzionen auch durch die Ausdehnung des Handels und der Industrie, aber eine neue Kraft des Staates ward geschaffen, indem Vermögen oder Kenntnisse oder Beides vereint nicht mehr privilegirtes Eigenthum einiger Wenigen, sondern Gemeingut einer Menge von Staatsbürgern ward und fortwährend werden kann.

Die vollständige Emanzipazion der vorstehend angeführten neuen Lebensprinzipien der Staaten, an der Stelle zerstörter Instituzionen, ist eigentlich der Kampf der Zeit, welcher in Wort und Schrift, leider auch oft blutig, geführt wird. Es ist großer Irrthum, zuweilen auch absichtliche Täuschung, jene Kräfte, einmal ausgebildet, als gefährlich für den Thron zu schildern. Nein, sie sind dessen sicherste und kräftigste Stütze, wenn er sie nur kühn benutzt.

Während die Gestalt der Dinge durch jene Kräfte verändert ward, hat jeder denselben nicht geradezu entgegenarbeitende nazionale Thron, und insbesondere der preußische, an Kraft gewonnen.

Dadurch ist vollends erwiesen, daß in allen beträchtlichen europäischen Staaten der Thron das erste Lebensprinzip des Staates ist, welchem allein nur dadurch Gefahr drohen kann, wenn es isolirt oder gar den neuen Kräften feindlich gegenüberstände. Gerade das Gegentheil ist, wie ich früher gezeigt habe, die Tendenz des preußischen Thrones, der nicht nur durch Tugend, sondern auch durch Weisheit geziert ist*).

Wer über jene Tendenz Preußens noch den mindesten Zweifel hegen möchte, Der bedenke nur: der Staatsregierung anhaltende

---

*) S. unsre Bemerkung auf S. 108. Anm. des Herausg.

und erfolgreiche Bemühung, Wissenschaft und Kenntnisse mehr und mehr unter der ganzen Nazion zu verbreiten, so wie die Bildung eines nazionalen Heeres oder die Volksbewaffnung; das Erste ein sicheres, nothwendiges Mittel, um auf die Dauer den neuen Kräften den vollständigsten Sieg zu verschaffen; das Andere eine Maßregel, die nimmer von einer Regierung ergriffen werden würde, welche nicht im klaren Bewußtsein des wohl überdachten, festen Willens wäre, jenen Kräften auf die Dauer den Sieg zu verschaffen und auf sie gestützt das Staatsruder zu führen.

Da nun nicht nur der naturgesetzliche Lauf des Staatenlebens zur Erreichung dieses Zweckes hinführt, sondern auch derselbe die klar ausgesprochene Absicht des Thrones ist, so erscheint zweckmäßig, zu untersuchen:

ob nicht etwa einige Maßnahmen der Staatsregierung dem Zweck entgegen wirken und für den Staat, insbesondere den Thron, nachtheilig sind.

Dem ausgesprochenen Zwecke gemäß hat die Staatsregierung ein Interesse, die öffentliche Meinung zu kennen, wie sie wirklich ist. Kann aber die Zensur dazu führen, selbst wenn die Zensoren die Weisung haben, gelind zu verfahren? Wahrlich nicht! Jede präventive Maßregel, die einen andern Zweck hat, als, dem Staate die Garantie zu verschaffen, daß die Presse nur unter einer angemessenen und durch die Gesetze erreichbaren Verantwortlichkeit, die im Falle des Misbrauchs Strafe über den Schuldigen verhängt, benutzt werden könne, bringt die Autoren unter die Launen, die Misgriffe und die Unfähigkeit der Zensoren. In rein wissenschaftlichen Gegenständen möchte die Zensur wohl nicht schaden, aber sie ist, weil es da selten etwas Sonderliches zu streichen giebt, eine zwecklose Maßregel, und jedes zwecklose Wirken der Staatsbehörden ist als solches schädlich. Der größte Nachtheil der Zensur ist ihre Einwirkung auf die periodische Presse. Dieser Nachtheile führe ich einige an:

A. Verhinderung der Ausbildung der Volksthümlichkeit und des Gemeinwesens.

Die inländischen Blätter enthalten in Folge der Zensur keine Ansichten oder Debatten über irgend großartige politische Interessen des Staates. Prediger- und Schullehrerwahlen, Theaterangelegenheiten, Pferderennen, Einiges über Gemeindehaushalt, auch über Nazionalökonomie, Steuern und Justiz, doch mit großer Vorsicht in der Berührung von Fragen, welche sich auf den Gang der Staatsverwaltung beziehen, Beschwerden über subalterne Beamten, — Das ist so ungefähr, worüber Einiges diskutirt wird, jedoch manchmal so, daß die Zensur den eigentlichen Gang der Diskussion und somit das Endurtheil der Leser hindert; Nichts dagegen über große Staatsinteressen*).

Wird dadurch nicht die (irrige) Ansicht befördert, die Staatsregierung wolle absichtlich das Nachdenken über große Staatsinteressen, so wie die Theilnahme an denselben verhindern. Das ist aber keineswegs der Fall. Die Zeitungen geben fast vollständig die französischen und englischen raisonnirenden Zeitungsartikel und parlamentarischen Verhandlungen. Ich sehe die am Besten redigirte preußische Zeitung, die Staatszeitung, nach, und finde die schönsten Reden und Aufsätze über die wichtigsten Fragen der Politik und der Staatsverwaltung — in Beziehung auf Frankreich, England, die Niederlande. Es ist, wenn man jene oder irgend eine andere preußische Zeitung liest, als gäbe es kein preußisches Vaterland, wenn nicht die Anzeigen dieser oder jener Beamtenbeförderung, irgend eine Reise eines Mitgliedes des königlichen Hauses, oder ein Bericht über das Wetter, den Feldbau ꝛc. beiläufig zeigte, daß es auch ein Preußen giebt, von welchem aber nach der Zeitung nicht geahnt werden kann, daß es 13 Millionen Menschen zählt, und daß die

*) Dies war im J. 1840 anders geworden; jetzt hat man aber so ziemlich wieder den Zustand, welchen der Verf. hier schildert, zurückgeführt.
Anm. des Herausg.

Preußen eins der zivilisirtesten Völker Europas sind, welches eine halbe Million streitbarer Krieger in das Feld stellen und einen mächtigen Ausschlag in der Waage der europäischen Politik geben kann. Doch, ich irre mich, mitunter ist Dies in der Zeitung aus den Reden der Ausländer zu ersehen. Auf solche Weise wird wahrlich keine Nazionalität geweckt, vielmehr wird die Aufmerksamkeit der Gemüther nach dem Auslande hingezogen. Dies geht so weit, daß viele Preußen vollkommen wissen, wie die Minister in England und Frankreich heißen und welche von ihnen die geschicktesten uud einflußreichsten sind, dagegen aber über die Namen der preußischen Minister sehr unvollständig unterrichtet sind. Ja, ich möchte glauben, daß, mit Ausnahme der Berliner und der Beamten, unter den Zeitungslesern — das heißt, der Masse aller einigermaßen Gebildeten — die Zahl Derer größer ist, welche in dem vorbezeichneten Falle sich befinden, als die Zahl Derer, welche die Namen und Eigenschaften der preußischen Minister besser kennen, als jene der englischen oder französischen.

So wird die Ausbildung der wahren Volksthümlichkeit, welche darin besteht, sich vor allen Dingen lebhaft für die Angelegenheiten des Vaterlandes zu interessiren und diejenigen des Auslandes stets nur in Beziehung auf jenes zu betrachten, verabsäumt, ohne daß deshalb nicht weniger alle die wichtigen Fragen der Politik und der Regierungssysteme, über welche die Meinungen verschieden und die Gemüther aufgeregt sind, öffentlich erörtert werden.

B. Das Hinsterben des öffentlichen Lebens.

Dies folgt aus dem unter A. Bemerkten und ist mit dem daselbst bezeichneten Uebel nahe verwandt. Sogar über die Verhandlungen der Provinziallandtage haben die Tagesblätter nicht diskutirt, gerade als wenn Niemand für vaterländische Angelegenheiten ein reges Interesse haben sollte.

C. Das Mistrauen des Publikums in die Vollständigkeit und Richtigkeit der Zeitungsnachrichten.

Ich weiß sehr wohl, daß ohne Zensur wenigstens eben so viele irrige Nachrichten in den Tagesblättern enthalten sein werden, als mit der Zensur jetzt sich darin vorfinden. Doch dann ist die Kontroverse eröffnet, und die Berichtigung erfolgt dadurch oder durch amtliche Blätter. Das Schlimme jenes Mistrauens besteht aber darin, daß es nicht auf die Redaktoren der Blätter, sondern auf die Regierung mit Recht oder Unrecht fällt, und daß diese auf solche Weise in einen Verdacht geräth, der dem Ansehen und der Achtung Eintrag thut, welche so sehr nothwendig zur Erreichung eines guten und kräftigen Regimentes sind.

D. Der für die Regierung entstehende Mangel einer gehörigen Kenntniß der öffentlichen Meinung.

Dieser Nachtheil ist oben bereits angeführt, und ich werde noch Veranlassung finden, darauf zurückzukommen.

E. Das bei sehr vielen Unterthanen entstehende Vorurtheil gegen die Staatsregierung, als wäre sie der Ausbildung der öffentlichen Meinung abhold und als fühle sie sich zu schwach, um bei freier Aeußerung der letztern das Ruder des Staates führen zu können.

Wie sehr eine solche Meinung, je allgemeiner sie wird, dazu beiträgt, die Staatsregierung zu schwächen, liegt am Tage; denn die Kraft liegt zu einem großen Theile darin, allgemein für kräftig gehalten zu werden.

Es ist viel darüber gestritten worden, ob die freie Presse nützlich oder schädlich sei. Die Vertheidiger derselben haben ihr viel Gutes, die Gegner aber alles mögliche Schlimme nachgesagt. Die Ersten mögen mitunter das Lob übertrieben und darin Unrecht haben, wenn sie die Freiheit der Presse in jedem Lande wollen; die Andern sind gewiß wenigstens eben so oft im Irrthum gewesen. England hat die Diskussion mit völligem Siege der freien Presse längst geendet; sonder Zweifel ist es vorzüglich ihr Verdienst, wenn die Macht

der öffentlichen Meinung in England so stark war und noch ist, daß, trotz der fehlerhaftesten Instituzionen und mancher groben Misbräuche, das Land zu großer Macht gelangte und Hoffnung hat, ohne politische Revoluzion allmälig jene Uebelstände zu beseitigen.

In Beziehung auf Preußen kann eigentlich nicht wohl eine ernste Diskussion über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit der Preßfreiheit stattfinden; dürfte dieselbe, als schädlich, nicht in einem so zivilisirten Lande, wie Preußen, eingeführt werden, so sind alle Erfahrungen der Nützlichkeit jener Freiheit entweder reine Täuschung, oder es müssen alle Länder, in welchen die Preßfreiheit noch nicht herrscht, diejenigen, wo sie besteht, bekriegen, bis sie vollständig vertilgt ist; denn keine irdische Macht ist im Stande, die Verbreitung der Preßfreiheit, wenn diese noch in nahe gelegenen Staaten besteht, als Folge der Zivilisazion, auf die Dauer zu verhindern.

Das Vorstehende ist so leicht begreiflich und so bekannt, daß bei dem Streite in Preußen um die Einführung der Preßfreiheit auch Niemand im Ernste behauptet, sie dürfe nie im Lande bestehen. Es handelt sich nur um einen Aufschub. Die Ueberbleibsel der Feudalinstituzionen haben den natürlichen und verzeihlichen Wunsch, so lange wie möglich, wenn auch siech und kraftlos, zu leben; die Beamteninstituzion wünscht, was ich ebenfalls natürlich und verzeihlich finde, so lange es nur angeht, außer dem Thron keine Kraft formell ausgebildet zu sehen.

Sehr zu bedauern ist jedoch bei diesen Wünschen, daß die wünschenden Parteien aus Irrthum und zuweilen auch absichtlich, fast allezeit zu verbergen trachten, daß es sich nur um ihr Interesse handelt, und sich alle Mühe geben, zu beweisen, daß vorzüglich dasjenige des Thrones auf dem Spiele stehe — des Thrones, der gerade erst recht in verjüngter Kraft glänzen wird, wenn die neuen Lebensprinzipien des Staates wirkend ausgebildet sind.

Ich muß hier, obgleich ich theilweise mich wiederhole, Dreierlei ausdrücklich bevorworten:

Erstlich: daß ich unter Preßfreiheit stets nur eine dem Gesetze untergeordnete verstehe, wie natürlich jede Freiheit nur verstanden werden kann.

Zweitens: daß ich unter Instituzion, Herrschaft oder Administrazion der Beamten stets nur den Geist im Allgemeinen bezeichnen will, welcher denselben naturgemäß inne wohnen muß, daß ich nicht damit einen persönlichen Tadel einzelner Beamten bezwecke, und daß ich vielmehr die Einsicht und den Patriotismus mancher preußischen Beamten bewundere, welche sich über die natürliche Influenz ihrer Stellung, als Mitglieder des Beamtenkorps, erheben und die daraus für den Staat hervorgehenden Mängel einsehen. Diese Bemerkung gilt auch für die Justizadministrazion, wenn ich später insbesondere von derselben zu reden Veranlassung finde.

Drittens: daß ganz auf gleiche Weise Das zu verstehen ist, was ich über den Adel, über diesen oder jenen Stand oder Korporazion sage. Mein ganzer Zweck ist nur, die Grundsätze klar zu machen, ohne irgend die geringste Beziehung auf die Personen, welche zu einem Stande, einer Korporazion, einem Institute oder einer Administrazion gehören.

Die Staatsregierung scheint ihrem Zwecke (wie ich denselben früher darstellte) entgegen gehandelt zu haben, indem sie noch bei einigen Feudaleinrichtungen den Schatten von Dingen bestehen ließ, die ihre Wichtigkeit verloren haben. Ich führe deren einige an:

A. Patrimonialgerichtsbarkeit. Ein Nutzen derselben für das Land ist nicht zu erweisen, ihre Schädlichkeit ist allgemein gefühlt, selbst von vielen Gerichtsherren. Zudem ist jene Gerichtsbarkeit ganz dem guten altgermanischen Grundsatze entgegen, daß alle Justiz vom Könige ausgeht *).

B. Die Unterlassung der Einführung einer völli-

*) In dieser Beziehung ist unter dem jetzigen Könige sogar ein Rückschritt eingetreten, indem derselbe die Erhaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit ausdrücklich als seine Staatsmaxime ausgesprochen hat. Anm. des Herausg.

gen Gleichstellung der Abgabenpflichtigkeit, indem in mehren Provinzen die Rittergüter in der Grundsteuer wesentlich bevorrechtet sind *).

C. Das Erhalten der Lehnsformen. Dahin gehört z. B., daß Diejenigen, welche ein Rittergut erben oder kaufen, einen Huldigungseid zu schwören haben.

D. Die noch immer nicht vollständig erfolgte Aufhebung der Lehnsverhältnisse in Beziehung auf die Freiheit des Besitzes mancher Güter.

E. Die Bemühung, das System der Fideikommißgüter selbst da, wo es gar nicht mehr bestand, wieder einzuführen **).

F. Der Versuch, durch Gesetze eine Ständegliederung hervorzubringen, die durch den Karakter der Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft bereits zerstört ist oder nothwendig zerstört werden wird, so wie insbesondere der Versuch, eine, meistens bereits vergessene, politische Wichtigkeit für Erdschollen von geringer Bedeutung aufleben zu lassen. Es wird davon bei Gelegenheit der Provinzialstände weiter die Rede sein.

G. Die Zögerung, eine völlige Aufhebung der noch in mehren Provinzen bestehenden Zunftverhältnisse auszusprechen ***).

H. Die in der Gesetzgebung noch nicht aufgehobene Ansicht, in den Städten eine Art Bürgerthum

---

*) Auch dafür ist noch Nichts geschehen. Man lese die Aufsätze des Verfassers obiger Denkschrift in der Aachener Zeitung von 1845. Anm. des Herausg.

**) Dies ist auch von dem neuen Könige bei seiner Thronbesteigung geschehen. Anm. des Herausg.

***) Zwar sind die Bannrechte durch die Gewerbeordnung von 1844 vollends aufgehoben worden, dagegen hat man durch eben dieses Gesetz wieder in mancher Beziehung einen Zunftverband herzustellen versucht. Anm. des Herausg.

nach dem Sinne des Mittelalters zu erhalten oder zu schaffen.

Es giebt noch in den Städten Bürger und Schutzgenossen; man sucht noch immer in politischer Beziehung einen schroffen Unterschied zwischen Stadt und Land aufrecht zu erhalten, als wenn noch die Zeit halb und halb bestände, wo die Städte zu ihrer Schutzwehr gegen die Barone mit Mauern und Gräben umgeben waren, und als wenn nicht die Gewerbefreiheit alle jene verschollenen Verhältnisse begraben müsse*).

Während auf der einen Seite die Staatsregierung auf das Unzweideutigste zu erkennen giebt, daß sie vollkommen den Gang der Ausbildung der Staatskräfte versteht, erwecken auf der andern Seite Maßregeln und Grundsätze, wie die so eben angeführten, bei sehr vielen Unterthanen die, obschon ohne allen Zweifel ungegründete Meinung, daß es nicht eigentlich Ernst damit sei, die neuen kräftigen Lebensprinzipien des Staates zur vollen Ausbildung kommen zu lassen. Dies ist für die Kraft der Staatsregierung, sowohl in ihren Beziehungen zum Inlande als zum Auslande, höchst nachtheilig, denn diese Kraft steigt oder fällt in dem Maße, in welchem sich die öffentliche Meinung für oder wider das System der Staatsregierung ausspricht.

Ein anderer Nachtheil der angeführten Maßregeln besteht darin, daß die Bemühung, Etwas zu schaffen, was der Natur der Dinge widerstreitet, vergeblich, also unnütz und schadenbringend ist. Der Schade in dem angegebenen Falle ist für den Staat nicht nur die zwecklose Verwendung von Kraftanstrengung, sondern auch das künstliche Aufhalten der nothwendigen und naturgemäßen Ausbildung. Diese geht nichtsdestoweniger ihren Gang, aber statt des sichern und geregelten, den sie, unterstützt von der Leitung der

*) Diese Ansicht lag dem Entwurf der rhein. Gemeindeordnung von 1844 zu Grunde, welcher deshalb auch von den rhein. Ständen abgelehnt ward.
Anm. des Herausg.

Staatsregierung, genommen haben würde, wird derselbe sehr leicht ungeregelt. Führt Dies auch nicht allemal zu konvulsivischen Bewegungen des Staats, so führt es doch sicher zu Verlegenheiten der Staatsregierung bei irgend einer außerordentlichen Veranlassung, die eine große Kraftäußerung erheischt. Dann wird klar, daß materielle Interessen und politische Meinungen sich fortwährend, den künstlichen Hemmschuhen zum Trotz, ausgebildet haben, und daß alle Einrichtungen, die nicht mit dem fortgeschrittenen Zustande der bürgerlichen Gesellschaft harmoniren, Hindernisse zur Ausführung großartiger Staatszwecke sind.

Es ist häufig bemerkt worden: die neuen Instituzionen des Staates müßten und sollten von unten herauf ausgebildet werden.

Ich will gar nicht behaupten, daß dieser Grundsatz, in ruhigen Friedensjahren ausgeführt, übel wäre. Doch haben die verflossenen fünfzehn Friedensjahre noch nicht zur Bildung des nach diesem Grundsatze zu legenden Fundaments einer allgemeinen Gemeindeverfassung für Stadt und Land hingereicht. Dagegen ist ein Bau zwischen dem Fundament und der Spitze errichtet worden: Provinzialstände wurden in das Leben gerufen und traten in Wirksamkeit. Nach dem Gesetze über ihre künftige Bildung sollen sie als Grundlage für die künftige Einrichtung der Reichsstände dienen.

Mit Ehrfurcht erkenne ich die aufrichtige Absicht des Thrones an, vermittelst der Errichtung der Provinzialstände eine heilsame Instituzion schaffen zu wollen, durch welche derselbe einen Stützpunkt auf eine andere Kraft, als nur Beamtenherrschaft, in der Nazion sich zu schaffen und an diese letztere fester anzuschließen beabsichtigte.

Weit entfernt, in Abrede stellen zu wollen, daß die Provinzialstände Gutes befördert haben, führe ich doch nur etwas sehr Bekanntes an, indem ich bemerke, daß die oben bezeichnete Absicht keineswegs erreicht worden ist, und daß die Provinzialstände noch nicht ein in das nazionale Leben eingreifendes Institut geworden sind.

Ich gebe die Hauptursachen dieser Erscheinung an.

A. Mangel an Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stände *). Ohne Oeffentlichkeit keine rege Theilnahme der Nazion für solche Verhandlungen. Nur indem die Kritik der darin geäußerten Ansichten vermittelst der Presse gestattet ist, wird jene Theilnahme nazional; nur auf diese Weise wird verhindert, daß Unkenntniß, Privatinteressen und Mittelmäßigkeit manchmal in Ständeversammlungen, zum großen Nachtheile ihres Ansehens und zum Schaden des Landes, vorherrschen.

B. Das Erscheinen der Landtagsabschiede erst nachdem der Landtag lange vorüber ist.

Das Wenige, was, gleichsam verstohlener Weise, von den Anträgen des Landtages bekannt wird, verliert vollends eine lebhafte Theilnahme, wenn die Bescheidungen der Staatsregierung nicht gleichzeitig oder nicht wenigstens bald nachher bekannt werden.

C. Die Berathungen der Provinzialstände über allgemeine Landesgesetze müssen nothwendig, gerade weil es Provinzial- und nicht Reichsstände sind, den Karakter des Provinzialismus haben und der

---

*) Hierin ist bekanntlich ein kleiner Fortschritt im J. 1841 eingetreten, indem die Verhandlungen der Stände seit jenem Jahre ziemlich ausführlich durch die öffentlichen Blätter, unter Aufsicht einer von den Ständen selbst aus ihrer Mitte gewählten Redakzion, dem Volke mitgetheilt werden dürfen. Allein diese Oeffentlichkeit ist immer nur eine halbe und unzureichende, denn 1) ist bei dem Mangel einer Oeffentlichkeit der Sitzungen durchaus keine Kontrole vorhanden, daß die ständischen Verhandlungen vollständig und getreu mitgetheilt werden; 2) ist diese Mittheilung beschränkt durch die Zensur, welche der königl. Landtagskommissar darüber ausübt — man denke an die Verhandlungen des letzten westfälischen Landtags über Reichsstände, welche in den offiziellen Mittheilungen bis heute noch nicht erschienen sind *); 3) fehlt bei der gewährten Oeffentlichkeit ein sehr wichtiges Moment, die Namhaftmachung der einzelnen Redner und Antragsteller, welche der König, trotz wiederholter Ansuchen mehrer der Landtage, beharrlich verweigert hat. Anm. d. Herausg.

*) Wir haben dieselben veröffentlicht im ersten Bande der „Gegenwart.“
Anm. d. Herausg.

Auffassung vom Standpunkte des allgemeinen Staatsinteresses aus entbehren.

Alle Staatsbeamten, welchen die Bearbeitung der Gutachten der verschiedenen Provinzialstände des Reichs über einen Gesetzentwurf anheimgefallen ist, werden die vorstehende Wahrnehmung gemacht haben; es wird ihnen zugleich nicht entgangen sein, wie schwer es ist, aus den verschiedenen Gutachten ein Gesetz nach einem Gusse zu bilden. Und am Ende geschieht Dies doch in der Regel nicht, sondern das Gesetz wird nach der Ansicht der Beamten, welchen die Ausarbeitung desselben obliegt, des Staatsministeriums und des Staatsrathes, erlassen.

Dazu kommt noch der Umstand, daß, um gründliche Gutachten über allgemeine Landesgesetze zu erhalten, die Fähigsten des Landes vereint sein müssen. Dies kann schon aus dem Grunde nicht in dem Maße wie bei den Reichsständen der Fall sein, weil die Zahl der sämmtlichen Mitglieder der Provinzialstände des Reichs zwei bis dreimal so groß sein dürfte, als diejenige der künftig einzuführenden Reichsstände. Abgesehen hiervon, wird aber auch durch mehrere Fehlgriffe in den Wahlformen der Eintritt in die Provinzialstände manchen der geeignetsten und fähigsten Männer versagt, wie sich aus dem weiter Folgenden ergiebt.

D. Die Zergliederung der Stände in den ersten, zweiten, dritten und vierten Stand, oder in Fürsten, Ritter, Bürger und Bauern. Nicht nur daß das Staatsinteresse in provinzielles zertheilt wird, es wird dieses noch einmal zerstückelt — zu welchem irgend der Provinz nützlichen Zwecke? ist schwer einzusehen und meines Wissens noch von Niemand mit Erfolg einleuchtend dargestellt worden. Wenn es weise ist, die Reichsstände aus zwei Kammern bestehen zu lassen, von denen die eine die mediatisirten Fürsten und die größten Gutsbesitzer als erbliche Mitglieder enthält, so ist eine ähnliche Einrichtung, geschweige denn eine Gliederung in vier Stände, von welchen jeder für sich besondere

Anträge machen kann, bei Provinzialständen ohne Nutzen, weil bei diesen keineswegs die höhern Rücksichten obwalten, wie bei Reichsständen. Vollends schädlich wird die Zergliederung dadurch, daß dieselbe (zwar gewiß nicht absichtlich, denn Das konnte der Gesetzgeber nicht wollen, aber doch unabsichtlich) die Zusammensetzung einer künstlichen Majorität befördert, welche nicht das eigentliche Interesse der Provinz repräsentirt.

Beispiele zeigen Dies am Auffallendsten. Bei den rheinischen Ständen hat die Stadt Köln zwei, Aachen einen Deputirten. Der Ritterstand hat deren 25. Derselbe besteht, jede Familie zu dem hohen Durchschnitt von 20 Individuen angenommen, aus 6520 Seelen. Köln und Aachen zählen zusammen 94,027. Die Mitglieder des Ritterstandes bezahlen zusammen ungefähr 77,390 Thlr., Köln und Aachen zusammen 309,580 Thlr. direkte Staatssteuern, respektive Schlacht- und Mahlsteuer, welche als Aequivalent der Klassensteuer angerechnet werden muß. Wäre möglich, genau den Beitrag zu allen indirekten Steuern zu ermitteln, so würde das Verhältniß noch überwiegender, als bei den direkten Steuern, auf Seiten der zwei Städte seyn.

Das Verhältniß der Repräsentazion stellt sich in Beziehung auf jene Steuern (durch welche sich auf den Umfang des Vermögens der Steuerbaren schließen läßt) und auf die Seelenzahl wie folgt:

Ein Deputirter der Städte Köln und Aachen repräsentirt 31,342 Seelen und ein Vermögen, das durch 103,193 Thlr. Staatssteuern dargestellt wird; ein Deputirter des Ritterstandes aber auf gleiche Weise nur 261 Seelen und 3095 Thlr. Steuern. Es ist also den zwei ersten Städten der Rheinprovinz an politischer Wichtigkeit beigelegt: hinsichtlich der Bevölkerung der 120ste Theil, und hinsichtlich der Steuern der 34ste Theil der Wichtigkeit der Ritter.

Aehnliche Misverhältnisse der Repräsentazion bestehen ebenfalls bei den Ständen der andern Provinzen; die ganze Repräsentazion

ist auf Misverhältnisse und keineswegs auf den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft gegründet.

Statt daß der Staatsregierung sehr daran gelegen sein muß, daß die Stände nur das Interesse der Provinz und des Staates vor Augen haben, wird durch die Zergliederung ein gewisser Kastengeist erregt, Zwiespalt eines Standes mit dem andern veranlaßt, und die Sorge eines Standes vorzugsweise auf seine Privilegien gelenkt, — alles Interessen, deren Förderung dem Throne, dem Staate und der Provinz eher schadet, als nützt.

E. Die Wahlformen, nach welchen die Abgeordneten erwählt werden.

Was die Zergliederung etwa erst theilweise an dem Institute verdirbt, wird durch die Unzweckmäßigkeit der Wahlart noch weiter gefördert.

Nur den Rittern ist die direkte Wahl ihrer Deputirten gestattet; die Bürger und Bauern haben aber zwei Wahlgrade.

Der Zweck hat schwerlich ein anderer sein können, als, die Wahl vermittelst der Theilnahme vieler Wähler recht populär zu machen, während auf der andern Seite die Betrachtung, daß alsdann der Wahlzensus sehr niedrig gestellt werden müsse, und dadurch Elemente, die nicht zu guten Wahlen führen möchten, in das Wahlkollegium gebracht würden, den Gesetzgeber veranlaßte, jene Gefahr durch einen zweiten, auf einen höhern Zensus gegründeten Wahlgrad zu beseitigen. Für diesen Zweck ist indessen die Einrichtung nicht als geeignet zu betrachten; denn, wenn die Wähler nicht als direkt Erwählende den Deputirten gut zu wählen verstehen, so werden sie auch eben so wenig die tüchtigsten Wahlmänner des zweiten Wahlgrades zu treffen wissen.

Außerdem ist aber eine sehr schlimme Seite dieser Wahlform, daß sie in der That so wenig populär ist, daß man sich um die Wahl der Wahlmänner sehr wenig bekümmert. Dies ist eine so natürliche Folge der Einrichtung, daß auch dann, wenn die Provinzialstände

überhaupt ein wahrhaft volksthümliches Institut wären, die Theilnahme an den Wahlen des ersten Grades nur klein sein müßte, insofern nicht etwa ein hoher Grad politischen Verstandes durch die Masse des ganzen Volks gedrungen wäre. Auch selbst in diesem Fall bleibt der Uebelstand, daß die Wähler der Wahlmänner nie die Absicht der Wahl eines bestimmten Abgeordneten, den die Majorität eigentlich verlangt, auszuführen vermögen, wodurch stets Apathie veranlaßt werden muß.

Sodann taugen die Wahlen durch eine Versammlung weniger Leute (die Vereinigung der Wahlmänner) auch um deshalb nicht, weil sie nicht das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen, welches in ganz anderm Maße der Fall ist, wenn aus der Wahlurne einer zahlreichen Versammlung und in Gegenwart derselben der Erkorne mit absoluter Stimmenmehrheit hervorgeht.

Dagegen scheint, als hätte durch die Wahlen mit relativer Stimmenmehrheit vollends — ganz der wirklichen Absicht entgegen — bewerkstelligt werden sollen, daß nirgends die eigentliche Majorität sich klar ausspreche. Denn, endlich nach Beendigung der weitläufigen Wahlarbeiten, wobei eine Menge Leute konkurrirt haben, kann ein Deputirter mit — 3 Stimmen gewählt werden.

So trägt die ganze Wahlform dazu bei, daß nicht die eigentliche politische Kraft der Nazion die Wahlen diktire.

F. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Wählbarkeit und über die Requisiten des Wählers.

Diese Bestimmungen wirken gerade dem Zwecke des Throns, sich auf die wahre Kraft der Nazion zu stützen, entgegen. Einige Beispiele genügen, um die irrige Richtung jener Bestimmungen zu bezeichnen.

Um zum Ritterstande zu gehören, genügt nicht, einen gewissen Grundsteuersatz dem Staate zu bezahlen. Nein, dieser Satz muß von einer bestimmten Scholle bezahlt werden, sonst ist man Bauer, wie groß auch die Grundsteuer, die man bezahlt, immerhin sein

mag. Doch ich irre, man ist deshalb noch nicht einmal Bauer; um Das zu sein, will das Gesetz, daß man selbst bewirthschafte.

Der Gesetzgeber hat, von der im schroffsten Widerspruche mit dem Gang der Ausbildung der Staatskräfte stehenden Einrichtung zurückgeschreckt, das Land mit einer Menge unverkäuflicher Majorate anzufüllen, gestattet durch den Ankauf von Rittergütern das Ritterthum käuflich zu erwerben. Man wird also Ritter, kauft man ein solches Gut für 20,000 Thlr., und man wird ein Bauer oder gar Nichts, kauft man andere Güter für 100,000 Thlr.

In den Städten ist man (in Beziehung auf politische Rechte bei der Theilnahme an der Bildung der Provinzialstände) ebenfalls Nichts, wenn man nicht Gewerbe- und Grundsteuer bezahlt, wobei jedoch nachgegeben ist, daß die Steuer von selbstbewirthschafteten, in der städtischen Gemeinde belegenen Grundstücken in jener Rücksicht als Gewerbesteuer betrachtet werden solle. Demgemäß hat ein Städter, welcher die größte Industrie betreibt, gar keine Wahlrechte, wenn er nicht auch Grundsteuer in der städtischen Gemeinde bezahlt, selbst wenn er außerhalb derselben bedeutenden Grundbesitz hätte.

Zum Abgeordneten kann Niemand gewählt werden, der nicht wenigstens alle Requisiten der Wähler besitzt; außerdem ist aber noch zehnjähriger Besitz des Grundeigenthums, von welchem die Steuer die Wählbarkeit bedingt, erforderlich. Es kann demnach Jemand gewählt werden, der einen Grundbesitz von 3000 Thlrn. hat, während ein Anderer, welcher, nachdem er in der Industrie Vermögen erwarb, für 100,000 Thlr. Grundbesitz erkaufte, jedoch diesen noch nicht zehn Jahre hat, nicht wählbar ist. Es kann zwar die Staatsregierung von dieser Einschränkung dispensiren; der Grundsatz ist aber nicht weniger zweckwidrig.

So sehen wir bei der Einrichtung der Provinzialstände einen großen Wahllurus und eine Menge komplizirter Bestimmungen, ohne daß dadurch der wahre Zweck: das Aussprechen der Ansicht

der eigentlichen Kraft der Nazion, befördert würde; vielmehr wird dieser Zweck auf allerlei künstliche Weise gehindert.

Wenn nun dennoch die Majorität in den Provinzialständen sich manchmal über den Privilegien- und Absonderungsgeist, der durch die Art ihrer Zusammensetzung erweckt wird, hinwegsetzt; wenn die Ritter Gleichheit vor dem Gesetze, das Aufheben von Fideikommissen, Patrimonialgerichtsbarkeit und andern dem Landesinteresse zuwiderlaufenden Privilegien verlangen und die Entwickelung der öffentlichen Meinung wünschen; wenn die Bürger nicht die Zünfte oder besondere Privilegien zu Gunsten der Städte und zum Nachtheil des platten Landes verlangen; wenn die Bauern nicht auf gleiche Weise die Städte beeinträchtigen wollen, — so ist Dies ein Beweis, daß die politische Bildung weiter vorgerückt ist, als Mancher denkt, und daß selbst dann, wenn auf die künstlichste Weise der natürliche Gang der Ausbildung verrückt wird, das Naturgesetz über dieselbe dennoch nicht unterdrückt werden kann.

Ehre den Abgeordneten der Provinziallandtage, welche die Zeit begriffen und nur das Wohl des Landes vor Augen hatten, ohne irgend eine Rücksicht auf Privilegien ihres Standes!

Es scheint, daß wenig Einsicht und Erfahrung nöthig sei, um die Ueberzeugung zu erlangen, daß Provinzialstände in einem wohlorganisirten monarchischen Staate auf die Dauer nicht die geeignetsten Behörden zur Beurtheilung allgemeiner Gesetze sind, daß vielmehr die eigentliche Sfäre der Provinzialstände nur die sein kann: Steuern für Provinzialeinrichtungen zu bewilligen, über die Zweckmäßigkeit der letztern zu bestimmen, die verwaltenden Provinzialbehörden zu kontroliren und (vielleicht auch) durch ständische Deputazionen an der Verwaltung einigen Theil zu nehmen.

Gleichsam wie von selbst wird nach und nach die provinzialständische Wirksamkeit auf den vorbezeichneten Kreis beschränkt werden. Deshalb möchte scheinen, daß der Einfluß des Instituts auf die Ausbildung der neuen Lebensprinzipien des Staates nicht erheb-

lich sein könne, und Dies um so weniger, als der neuen Schöpfung bei den ihr anklebenden Mängeln, so lange diese bestehen, ein kräftiges Leben schwerlich erblühen dürfte. Aber es heißt, daß die Grundsätze bei der Errichtung der Provinzialstände auch bei der Bildung der Reichsrepräsentazion in Anwendung zu bringen beabsichtigt werde, und aus diesem Grunde ist sehr wichtig, daß die Staatsregierung wohl einsehe, daß sie durch jene Grundsätze ihren Zweck sicher zum größten Theile verfehlen müsse.

Noch gefährlicher würde der für die Bildung der Provinzialstände eingeschlagene Weg dadurch, wenn aus ihnen die Reichsstände hervorgehen sollten. Dann dürfte die Majorität derselben nicht die eigentliche Kraft des Volkes darstellen, sondern vielmehr eine künstlich gebildete, mit der vorgeschrittenen Ausbildung des Staates im Widerspruch stehende Majorität entstehen, die wahre nazionale Majorität aber in den Reichsständen die Minorität und Oppositzion sein. Dies führt zu jahrelangen Debatten über Grundsätze und Einrichtungen, welche naturgemäß sich von selbst verständen, die aber so lange wie möglich bestritten werden. Während dieser Zeit hat der Staat nicht die Macht, welche er besäße, wenn der Thron sich von vorn herein bei Bildung der Reichsstände auf die wahre Nazionalkraft stützte. Doch ein parlamentarischer Streit ist der glücklichere Fall; der unglücklichere, eben so leicht mögliche Fall ist — eine Revoluzion. So spricht die Erfahrung.

Dieser unglücklichere Fall kann um so leichter in einem Lande eintreten, wo noch nicht die öffentliche Meinung, durch langjährigen Gebrauch der freien Presse gereift, eine allgewaltige Autorität auf die gesetzgebenden Behörden ausübt, und wo die konstituzionelle Regierungsform noch neu ist.

Es werden mitunter Zweifel darüber erhoben, ob der Thron sich mit vollem Vertrauen auf die neuen Lebensprinzipien oder Kräfte des Staates stützen dürfe, oder ob denn diese nothwendig eine so große Einwirkung erlangen müßten, oder es werden meiner Ansicht

ganz entgegengesetzte Meinungen über die formelle Ausbildung jener Prinzipien geäußert, oder die Einwirkung der letztern wird überhaupt gefährlich für den Staat erachtet.

Die vorzüglichsten dieser Zweifel oder Meinungen verdienen eine Erörterung.

Der Monarch wird in seiner Macht beschränkt, Dies ist ein Einwand, der den Königen häufig von Denen gegen die Wirksamkeit der neuen Staatskräfte vorgebracht wird, welche dieser Wirksamkeit aus wohlwollender Ueberzeugung oder aus eignem Interesse abhold sind.

Ich wage es kühn zu sagen: eine völlige Unbeschränktheit der Macht ist eine Täuschung. Kein Sterblicher besitzt eine solche. In je weniger Beziehungen der Mensch zu andern Menschen steht, je unbeschränkter ist derselbe; je vielfacher diese Beziehungen, desto beschränkter. Denn der Wille des Mächtigern wird nicht nur beschränkt durch eine Menge unabwendbarer Verhältnisse, welche in dem Wirkungskreise des ruhigen Privatmannes gar nicht vorkommen, sondern auch dadurch, daß die Ausführung des Willens in den meisten Fällen nicht durch eigne Hand oder durch stets beobachtete Zwischenhand geschehen kann.

Die Macht des Königs kann übrigens gar nicht anders als identisch mit der Wohlfahrt und der Macht des Staates gedacht werden; denn, je größer die letztere, desto größer auch des Königs Macht. Der unbeschränkteste König ist deshalb durch seinen eignen Willen, den Staat zu Wohlfahrt und Macht zu bringen oder darin zu erhalten, beschränkt. Kann der König wollen, sein Land oder einen Theil desselben durch eine falsche Politik zu verlieren, oder die Wohlfahrt und Macht des Staates nicht zu erhöhen, oder unfähige Beamte zur Ausführung seiner Befehle anzustellen, oder unzeitige, unpassende, schädliche Gesetze zu erlassen? Nein! wahrlich, Das will auch der unbeschränkteste König nicht.

Der Begriff der Unbeschränktheit oder Beschränktheit der Macht

bezieht sich — da es keinem nur etwas erfahrnen Mann in den Sinn kommt, daß ein König nicht das Oberhaupt des Staates in der Exekutivgewalt sein sollte — also im Wesentlichen nur auf die Wahl der Mittel zur Ausführung der Machtvollkommenheit. Und in dieser Beziehung möchte die unumschränkt genannte Macht in der Wirklichkeit so beschränkt sein, wie die beschränkt genannte. Zeige ich Dies durch eine Fortsetzung der so eben angeführten Beispiele!

Der König will die beste, sein Land vor Gefahr schützende Politik wählen. Unumschränkt, hört er nur, was seine nächsten Umgebungen und seine ersten Beamten darüber meinen, ohne zu wissen, wie die öffentliche Meinung und die Nazion sich aussprechen; nicht unumschränkt, benutzt er, außer der Meinung seiner Beamten, auch die Ansichten der öffentlichen Meinung und der Nazion. Der König will die fähigsten Beamten in den ersten Staatsämtern anstellen. Unumschränkt, ist seine Wahl auf eine weit kleinere Zahl von Individuen beschränkt, als wenn die neuen Lebensprinzipien des Staaten formell bestehen; denn dann lernt er eine Menge neuer, ihm sonst unbekannt bleibender Talente kennen, und er täuscht sich soviel weniger in seiner Wahl, als die öffentliche Meinung und diejenige der Nazionalrepräsentanten ihm eine heilsame Aufklärung über die beste Anwendung der Talente geben. Und, sollte er sich täuschen, so führt gerade der formelle Bestand der neuen Lebensprinzipien des Staates am Sichersten dazu, daß die Täuschung nicht lange dauere und keine verderbliche Folgen daraus für den Thron entstehen.

Dies Letztere soll vollends bezweckt werden durch die formelle Ausbildung des Grundsatzes: daß der König unverletzlich ist, dessen Minister aber für alle Akte der königlichen Gewalt verantwortlich sind — ein Grundsatz, der von der formellen Ausbildung der neuen Lebensprinzipien nicht getrennt werden darf, der den Monarchen in keine Widersprüche verwickelt, wenn er das System der Regierung zu wechseln veranlaßt wird, (welches ebensowohl bei unbe-

schränkter wie bei beschränkter Macht mitunter nothwendig geschieht); ein Grundsatz, welcher verhindert, daß mit einem solchen Wechsel konvulsivische Bewegungen des Staates oder Gefahr für die Krone verbunden seyn könnten; ein wesentlich monarchischer Grundsatz, indem er die den Thron umschwebenden Gefahren verscheucht und solche einzig auf dessen Rathgeber wälzt.

Es kann mit Recht jeder Minister, der dem unumschränkten Throne, durch dessen immediate Befehle er stets vor jeder gefährlichen Verantwortlichkeit gedeckt war, den aufrichtigen Rath ertheilt, den oben bezeichneten Grundsatz formell auszubilden, ein großer Mann genannt werden, hätte er auch selbst keine weiteren vorzüglichen Ansprüche dazu. Denn es ist Geistesgröße, die Vortheile und Gemächlichkeit der eignen Stellung aus reiner Ueberzeugung dem Throne und dem Staate opfern zu wollen.

Uebrigens versteht sich von selbst, daß diese wenigen Bemerkungen über die Unbeschränktheit oder Beschränktheit der königlichen Macht nur zur Vervollständigung meiner Ansichten dienen sollen. Für die erleuchtete Dynastie, welche den preußischen Thron besitzt, ist die Frage — wie ich an mehrern Stellen dieser Abhandlung gezeigt habe — längst zu Gunsten der Beschränktheit der Macht entschieden, wie Dies noch vollends daraus konstatirt, daß das Votum Preußens über landständische Verfassung auf dem Wiener Kongresse das der Freiheit der Völker günstigste war, und daß dieses Votum die Befugniß der Steuerbewilligung seitens der Landstände als Minimum der den Letztern zu bewilligenden Rechte aussprach *).

Wohlmeinend wollen mehrere zum Theil verdienstvolle Männer den Typus zu einer der neuern Zeit angemessenen Ausbildung der konstituzionellen Regierungsweise in England suchen. Wenige Bemerkungen genügen, den Irrthum jener Männer zu zeigen.

---

*) Das war 1815! Aber jetzt? Man lese die Landtagsabschiede von 1843 und 1845! Anm. des Herausg.

Wo sind die reichen, einflußreichen Gutsbesitzer in Preußen, die eine Aristokratie wie die englische bilden könnten? Sie fehlen durchaus. Der Zustand vieler preußischer Gutsbesitzer, insofern diese nicht eigentliche Rentner sind, welche die Güter besitzen, um Zinsen davon zu erwerben, ist nach Ausweis der Hypothekenbücher nicht erfreulich. Aber, möchte man einwenden, sie können wohl reich und einflußreich durch Instituzionen und Gesetze gemacht werden. Reich können sie nur durch die nämlichen Mittel werden, die überhaupt zur Erlangung von Reichthum führen. Einfluß kann ihnen gewährt werden, doch kein solcher, welcher mit dem Gange der Ausbildung der Staatskräfte im Widerspruch stände, also gewiß kein Einfluß wie in England, wo durch denselben ein großer Theil der Deputirten des Unterhauses ernannt wird*); hieraus würden gewiß die nachtheiligsten Folgen entstehen.

In England hat das außerordentlich aristokratische System nur deshalb so lange sich behauptet, weil dort zugleich ein so hoher Grad von Freiheit, von welchem man in Preußen kaum eine richtige Vorstellung sich machen kann, bestand, wie in keinem andern Lande, und weil dort die Aristokratie sich stets mit der Freiheit vertragen, sie befördert und sich durch die ausgezeichneten Talente des Mittelstandes, die durch das öffentliche Leben der Nazion wie von selbst emporgehoben wurden, fortwährend erfrischt hat.

Sieht nicht jeder aufgeklärte Engländer, welchem nicht durch eigne Betheiligung an gemeinschädlichen Privilegien etwa die Einsicht verschlossen bleibt, auf das Vollständigste ein, daß jene Privilegien zum großen Theile die Ursache der enormen Schuld und der Verlegenheiten sind, unter welchen das Land seufzt, und daß allmälige Modifikazion dieser Privilegien, wozu eine gemäßigte Parlamentsreform der Anfang ist, allein das Land ohne Revoluzion aus seiner Noth führen kann?

---

*) Man erinnere sich, daß der Verf. Dies vor der Reformbill schrieb.
Anm. des Herausg.

Sollte denn Jemand der Evidenz so sehr die Augen verschließen, um nicht aus dem Beispiele Englands zu erkennen, daß die Wahlen, bei welchen die nichtvermögenden Volksklassen konkurriren, die bestechlichsten und am Leichtesten zu influenzirenden, folglich für den Thron, vollends in einem Lande, wo nicht (wie in England) die Herrschaft der öffentlichen Meinung durch langjährige Erfahrung befestigt ist, die gefährlichsten sind? Denn für den Thron kann es stets gefährlich werden, wenn das gesetzmäßige Organ der Nazion nicht die wahre Gesinnung derselben ausdrückt.

Wird denn irgend ein praktischer Mann ernsthaft wünschen, daß in Preußen die Exekutivgewalt der Krone in dem Maße wie in England beschränkt werde, wo das Parlament und die Lokalbehörden eine Menge Handlungen der Administrazion besorgen, welche in Preußen nothwendige Attribute der Regierung bleiben müssen, wenn die Zentralkraft des Staates, durch welche seine Macht vorzüglich bedingt wird, nicht geschwächt werden soll*)?

---

*) Der Verfasser hat sich nicht deutlich genug darüber ausgesprochen, welche „Handlungen der Administrazion" er meint, wenn er von einer „Beschränkung der Exekutivgewalt der Krone" in England misbilligend spricht. Meint er vielleicht den Mangel einer zentralisirten Polizeigewalt? Nun, darüber kann sich England nach unserer Ansicht nur gratuliren. Oder meint er die mancherlei Akte, die das Parlament in Bezug auf Ertheilung von Konzessionen zu Eisenbahnen und andern gewerblichen Unternehmungen, oder in Bezug auf Naturalisazion von Ausländern u. dgl. vorzunehmen hat? Nun, eine ungebürliche oder schädliche Beschränkung der Exekutivgewalt können wir auch darin nicht erblicken, da gerade bei diesen Angelegenheiten, welche so tief in Eigenthums- und Personenverhältnisse eingreifen, eine Konkurrenz der gesetzgebenden Gewalt, nicht blos der administrativen, gewiß nicht von Uebel ist. Im Allgemeinen aber scheint uns der Grundsatz nicht richtig, als ob eine Regierung an Stärke und Macht nach außen (denn davon allein kann doch hier nur die Rede sein) durch eine ausgedehnte Zentralisazion im Innern gewänne oder durch das Gegentheil nothwendig verlöre; Geschichte und Vernunft widerstreiten Dem ganz entschieden; die Stärke einer Regierung beruht (bei dem gegenwärtigen Standpunkte der Zivilisazion) lediglich auf der freiesten Entwicklung aller Nazionalkräfte im Innern und auf der innigen Uebereinstimmung des Volksgeistes mit dem Geiste der Regierung. Jede andre Macht ist eine erkünstelte, die höchstens den täuschenden Schein einer wirklichen Macht um sich verbreiten

Männer, deren Absichten ohne Zweifel rein sind und die zum großen Theil einen Schatz von Gelehrsamkeit besitzen, wollen die Ausbildung eines konstituzionellen Staatenlebens nach dem historischen Prinzip in der Art vorgenommen wissen, daß Elemente, die früher kräftig waren, wieder von ihrem Hinsterben erweckt werden sollen, und daß dabei den neuen Staatskräften, deren Vorhandensein zu evident ist, um ganz und gar ignorirt werden zu können, nur ein kleiner Einfluß eingeräumt werde.

Der größte Theil dieser Abhandlung soll zeigen und (wie ich mir einigermaßen schmeichle) zeigt, daß die Ausführung jener Ansicht ein gefährlicher Irrweg wäre. Ich gehe deshalb hier nicht auf eine besondere Widerlegung ein und beschränke mich auf ein paar Bemerkungen über die Auffassung des historischen Prinzips.

Ich bin auch für dasselbe, gehe aber von einer ganz andern Ansicht, als die oben bezeichnete, aus. Ich sehe nämlich darin, daß eine Instituzion vor ein paar Jahrhunderten bestanden hat, gar keinen Grund, sie wiederherzustellen. Ich sehe z. B. gar nicht ein, warum als Instituzion die scharfe Scheidung eines Ritterstandes, eines Bürgerstandes und eines Bauernstandes wiederherzustellen sei, weil Aehnliches früher blühte. Soll aus dem letztern Grunde das Vergangene hergestellt werden, so wäre aus gleichem Grunde auch zweck-

---

kann, so lange sie noch keine Probe zu bestehen gehabt, die aber ganz gewiß in ihr Nichts versinkt, sobald sie eine solche Probe bestehen soll. Daher ist die unendlich oft wiederholte Behauptung: Preußen könne eine freie Verfassung nicht vertragen, weil seine ganze Macht und Bedeutung als europäischer Staat auf der Zentralisazion seiner Kräfte und der entsprechenden Stärke und Unbeschränktheit seiner Exekutivgewalt beruhe — gelind gesprochen eine hohle, gedankenlos von Einem dem Andern nachgesprochene Frase. Vor 1806 war die Staatsgewalt in Preußen noch weit unbeschränkter, als jetzt — konnte sie den Ruin der Monarchie aufhalten? Und wodurch ward die Monarchie 1813 wieder gerettet? Nicht durch eine zentralisirende Bindung, sondern durch eine Entfesselung aller Volkskräfte, nicht durch die Allgewalt einer büreaukratischen Zentralregierung, sondern durch die Allgewalt des explodirenden freien Volksgeistes, dem man sich vertrauensvoll in die Arme warf. Anm. des Herausg.

mäßig, ein deutsches Wahlkaiserthum herzustellen und dabei das erhabene preußische Regentenhaus einen Vasallen des Kaisers in untergeordneter Stellung sein zu lassen.

Mich dünkt dagegen, daß folgende allgemeine, einfache Auffassung des historischen Prinzips richtiger und nützlicher ist.

Ich sehe in der Geschichte nicht nur die Vergangenheit, sondern auch den Uebergang der letztern zur Gegenwart; die Ursachen, aus welchen sich diese so und nicht anders gestaltet, wie wir sie sehen; den sichern Beweis des Vorschreitens der bürgerlichen Gesellschaften. Ich sehe, daß das Königthum die Tendenz aller nur etwas großen Völker Europas ist, weil bei allen Umwälzungen der letzten 40 Jahre die Völker, wenn auch ganz sich selbst überlassen, mit der entschiedensten Majorität zum Königthum zurückkehren. Ich sehe, daß Preußen, weil es den Geist der Zeit besser, als Oestreich, aufzufassen versteht, bestimmt zu sein scheint, den Einfluß und die Macht Deutschlands vorzugsweise zu heben, während Oestreich durch seine Herrschaft über nicht germanische Völker jener Bestimmung sich mehr entfremdet.

Es möchte vielleicht hier und da noch geglaubt werden, es sei möglich, alle Kenntnisse, die zum Blühen der Industrie erforderlich sind, zu verbreiten, die Leibeigenschaft und die daraus herstammenden Dienstbarkeiten abzuschaffen, Gewerbefreiheit vollständig auszuführen, und dennoch die Verbreitung solcher politischen Ansichten zu hindern, welche, wenn sie einmal in die Masse der Nazion gedrungen sind, nothwendig endlich die formelle, vollständige Anerkennung der neuen Lebensprinzipien des Staates herbeiführen müssen. Das Irrige einer solchen Meinung ist an andern Orten dieser Abhandlung bereits dargestellt; ich füge hier noch Einiges zum weitern Beweise dafür hinzu.

Ohne Handel und Industrie ist keine Macht des Staates denkbar. Darüber ist wohl kein Staatsmann im Zweifel. Aber Handel

und Industrie müssen durchaus in ihrem Interesse den Gang der Ereignisse in andern Ländern kennen, weil darauf viele Handelsunternehmungen beruhen. Diese Ereignisse hängen hinwiederum von dem Gange ab, welchen die politische Ausbildung der Völker nimmt. So kommt die Staatsregierung, wenn sie Handel und Industrie, also Staatsmacht befördern will, in die Nothwendigkeit, das Wesentliche über jene Ausbildung in den Tagesblättern mittheilen zu lassen. Thut sie es nicht, so verschaffen Handel und Industrie sich dennoch diese Mittheilungen, wozu die stets wachsende Leichtigkeit der Kommunikazionen die Mittel darbietet. Auf diese Weise wird im politischen Unterricht des Volks vollendet, was etwa durch die allgemeiner werdenden Kenntnisse, durch die Aufhebung der lästigen Feudaleinrichtungen und durch die Gewerbefreiheit unvollendet bleiben möchte. Die Masse des Volks, und zwar (was doch ja beachtet werden sollte) einschließlich des Heeres, wird durchdrungen von politischen Ansichten, über welche zwar der Einzelne nicht allemal eine genaue Definizion zu geben vermag, welche aber im Wesentlichen nichts Anderes sind, als: Anhänglichkeit an das Königthum und zugleich das Gefühl, daß dieses nicht auf die eigentliche Kraft der Nazion gestützt sei, und daß diese vielmehr in den Instituzionen des Staates verkannt werde.

Man sollte übrigens denken, daß Alles versucht worden ist, was versucht werden kann, um die volle Wirksamkeit der neuen Lebensprinzipien der in der Zivilisazion vorgeschrittenen Staaten zu hindern und das Königthum nicht auf die Nazion, sondern auf Beamtenherrschaft und ein paar tausend Individuen zu stützen, die einen Stand bilden wollen, dessen politische Wichtigkeit am Hinsterben ist, der aber den Fürsten gleichwohl leider manchmal den Glauben beibringen will, nur er sei die eigentliche sichere Stütze des Thrones, nur ihm sei zu vertrauen, nur ihm müsse vorzugsweise ein Einfluß auf den Gang der Staatsregierung eingeräumt, und den andern Theilen der Nazion (also der Majorität) höchstens nur eine kleine

Mitwirkung dabei zugestanden werden, die sie als Gnade anzunehmen und sich höchlich zufrieden damit zu erachten hätten.

Im natürlichen Laufe der Dinge, besonders wenn bei außerordentlichen Verhältnissen die neuen Lebensprinzipien lebhaft das Bedürfniß der Anerkennung äußern, wird die Beamtenherrschaft, ihre Schwäche fühlend, ohne dieselbe einzugestehen, eine emsige politische Polizei und, wenn die Rechtlichkeit des Thrones sich nicht dagegen erhebt, eine geheime Polizei als Gegenmittel wählen. Schwaches, unkräftiges Mittel, wie selbst Napoleon und Fouché erfahren haben, wenn es darauf ankommt, den Geist der Nazion auf großartige Weise aufzufassen! Geheime Polizei ist dann zugleich die für den Thron bedauernswürdigste Maßregel, weil auf diesen das Gehässige derselben von unverständigen Leuten geworfen wird, die nicht durchschauen, daß sie gar nicht von ihm herrührt. Das Ende der Maßregel ist in der Regel: daß schwache Polizeispione von den pfifigen, welche die gewinnziehenden sind, eine Zeitlang hintergangen werden; daß Nichts entdeckt wird, was man nicht ohne alles Spioniren bequem erfahren könnte, und daß manche Leute mit Recht oder Unrecht in den Verdacht gerathen, Polizeispione zu sein, und dadurch vielleicht unverdienter Weise sich Verachtung zuziehen.

Was Menschenkenntniß, Geist und Geschicklichkeit gegen die Emanzipazion der neuen Lebensprinzipien der Staaten beizutragen vermögen, hat Villèle in Frankreich geleistet. Wo ist wohl ein Meister über ihm? Der Versuch mislang; Villèle wollte nicht das Reich der Gefahr einer Revoluzion aussetzen und — zog sich zurück. Was Villèle durch Klugheit ohne Gewalt ausrichten wollte, Das versuchten Polignac und seine Gehülfen, unter welchen sich geschickte und erfahrene Männer befanden, mit einem großen Staatsstreiche. Die öffentliche Meinung sollte nicht mehr ein Lebensprinzip des Staates, die Presse nicht mehr frei sein; die wahre Majorität des Volkes sollte nicht mehr in der Nazionalrepräsentazion sich zeigen, eine künstliche Majorität sollte für dieselbe gebildet werden. Der Erfolg ist

bekannt. Was Polignac versuchte, war im Grunde weiter Nichts, als die Verwirklichung der mehr oder weniger klar erkannten Tendenz aller Derer, welche in den Ländern, deren Kulturzustand dem von Frankreich ziemlich gleicht, entschlafene politische, dem dermaligen Zustande widerstreitende Kräfte wiedererwecken und Alles entfernen wollen, was der Wiedererweckung im Wege stand, also auch besonders den legalen Ausdruck der öffentlichen Meinung*). Deshalb vorzüglich sind auch die Rückwirkungen des verunglückten Unternehmens in Europa so außerordentlich.

Ein Versuch andrer Art ist das Fundamentalgesetz des Königreichs der Niederlande, in welchem ebenfalls (jedoch nach meiner Ueberzeugung ohne irgend tadelnswerthe Absicht und nur aus irriger Auffassung der Verhältnisse) verabsäumt worden ist, die Nazionalrepräsentazion aus der eigentlichen Kraft der Nazion hervorgehen zu lassen. Die belgische Revoluzion ist als Beleg des Irrthums da.

Wie die Ereignisse der neuern Zeit in Deutschland die Vergeblichkeit solcher Versuche ebenfalls zeigen, ist augenscheinlich. Es wird sich ohne Zweifel in der kommenden Zeit durch noch mehr Beispiele, entweder im ruhigen Wege oder in konvulsivischen Bewegungen, bekunden, wie höchst gefährlich das Kämpfen gegen die Natur der Entwicklung der neuen Staatskräfte ist; vorläufig hat es jedoch die Erfahrung schon zur Genüge erwiesen.

Die Weisheit der Staatsmänner Preußens wird (so hoffe ich zu Gott) sich in der richtigen Auffassung von Ursache und Wirkung oder der eigentlichen Erfahrungslehre bekunden, und Preußen vor Versuchen bewahrt bleiben, welche bedauerliche Folgen haben würden.

---

*) Möchten doch Das unsre Machthaber bedenken! Möchten sie bedenken, daß die gleichen Ursachen, auch bei in mancher Hinsicht andern Verhältnissen, doch am Ende die gleichen Wirkungen, wie dort, herbeiführen müssen, wenn sie nicht bei Zeiten noch einen andern Weg einschlagen! Discite moniti!!

Anm. des Herausg.

Es wird vielfach vorgestellt, daß die formelle Ausbildung der neuen Lebensprinzipien der Staaten: legale Preßfreiheit, öffentliches Leben und eine aus der Kraft der Nazion hervorgegangene, auf das System der Regierung wesentlich einwirkende Nazionalrepräsentazion den Thronen gefährlich werden müsse.

Ich habe bereits bemerkt, daß Dies nicht der Fall ist, wenn die Throne nicht unglücklicher Weise durch verkehrten Rath veranlaßt werden, gegen die öffentliche Meinung und mit der Minorität gegen die Majorität regieren zu wollen. Auf diese Weise läßt sich auch ohne Preßfreiheit, ohne öffentliches Leben und ohne wahre Nazionalrepräsentazion auf die Dauer nicht mit Sicherheit in einem nur einigermaßen zivilisirten Staate mehr regieren. Spanien, Sachsen, Hessen, Braunschweig beweisen es; Italien hat schon einmal die Belege geliefert und wird deren wahrscheinlich noch mehrere liefern. Der Unterschied ist nur: daß ohne formelle Ausbildung der neuen Lebensprinzipien die Throne am Abgrunde schweben können, ohne die Gefahr nur zu ahnen, daß ihnen mit jener Ausbildung die gehörige Auskunft über die Gefahr ertheilt wird. Schon allein dieser Umstand sollte hinreichen, gerade die Throne zur vollständigen Ausbildung der neuen Lebensprinzipien der Staaten zu veranlassen.

Der Preßfreiheit werden meistens ihre Misbräuche entgegengesetzt: die Leichtigkeit, mit welcher Schriften gegen die guten Sitten und gegen die Gesetze, so wie überhaupt staatsgefährliche Lehren verbreitet werden können, auch die Gefährdung des guten Rufs von Privatpersonen. Dies sind allerdings Uebel, aber bei Weitem keine so schlimmen, wie die Gegner der Preßfreiheit behaupten. Wenn diese letztere einmal Gemeingut des Volkes geworden ist, so verhält es sich damit, wie mit dem Worte; der Mensch hört Gutes und Schlechtes reden, dennoch wird die Mehrzahl der Menschen nicht schlecht, weil bei denselben das gute Wort überwiegt. Dies ist noch weit mehr bei dem Produkte der freien Presse der Fall, weil bei einer

guten Gesetzgebung über dieselbe das gedruckte schlechte Wort viel sicherer der Strafe verfällt, als Dies je bei dem gesprochenen schlechten Worte der Fall sein kann. Auf jede Weise ist in einem zivilisirten Staate für den Thron und die Nazion in Beziehung auf Preßfreiheit die Verhinderung des Gebrauchs (oder die Zensur) ein schlimmeres Uebel, als der Misbrauch. Die Zensur ist eigentlich weiter Nichts, als ein erst seit dem achtzehnten Jahrhundert fein ausgebildetes Mittel, um die Beamtenherrschaft zu befördern und außerdem zu verhüten, daß das Hinscheiden abgestorbener politischer Kräfte nicht allgemein, am Wenigsten aber vom Throne vollständig erkannt werde.

Ehe hundert Jahre vergehen, werden die Menschen darüber, daß zu unserer Zeit die Einführung der Preßfreiheit so hart bekämpft worden ist, sich eben so sehr wundern, als es jetzt Verwunderung erregen würde, wenn das geschriebene Wort, weil etwa eine hochverrätherische oder eine dem guten Namen eines Menschen nachtheilige Korrespondenz geführt werden kann, vor der Mittheilung der Zensur unterworfen werden sollte.

Zur Vervollständigung der öffentlichen Meinung gehört auch öffentliches Leben. Daß dieses, sobald darunter nicht tobende Volksversammlungen und lärmende Klubs*) verstanden werden, für den Thron gefährlich sein solle, ist wirklich gar zu augenfälliger Irrthum, als daß es einer Anführung, geschweige denn einer Widerlegung, bedürfte.

Am Gefährlichsten pflegt dagegen den Thronen die eigentliche Kraft der Nazion geschildert zu werden, zu welcher der sogenannte Mittelstand vorzüglich gehört. Folgendes ist das Hauptsächliche,

---

*) Selbst diese sind einer auf die wahre Majorität der Nazion gegründeten Regierung nicht gefährlich, wie das Beispiel Englands beweist.
Anm. des Herausg.

was gegen die vollständige politische Emanzipazion dieses Standes angeführt wird.

Die Mitglieder des Mittelstandes — wendet man ein — haben zum Theil nicht einmal Grund und Boden, obschon sie bedeutende Geschäfte betreiben und Vermögen besitzen; wie können Leute, die nicht durch Grundbesitz gefesselt sind, wesentlich bei Erhaltung der Ruhe und Ordnung interessirt sein? Selbst mit Grundbesitz ist ihnen in dieser Hinsicht nicht zu trauen, denn sie sind zum großen Theil nicht eigentlich durch selbstbetriebenen Ackerbau an den Grund gefesselt; sie werden ultrademokratische Prinzipien, vielleicht gar republikanische Ideen in Wirksamkeit setzen.

Ich habe bereits an mehrern Stellen dieser Abhandlung gezeigt, daß gerade dadurch, daß die eigentliche Kraft der Nazion nicht emanzipirt war, die Verlegenheiten der Regierungen entstanden sind; hierdurch sind die obigen Einwendungen schon größtentheils widerlegt, weshalb ich hier nur noch wenige Bemerkungen als Entgegnung hinzufüge.

Gerade der Mittelstand, weil dazu die angesehenen Kaufleute und Fabrikanten gehören, bietet dem Throne wenigstens eben so starke Elemente der Stabilität und Ordnung dar, als der eigentliche Stand der Grundbesitzer. Der letztere läuft bei Krieg, bürgerlichen Unruhen und bei dem Wechsel der Regierungen weit weniger Gefahr, als der Kaufmann und Fabrikant. Das Gewerbe der Letztern erleidet alsdann in den meisten Fällen eine empfindliche und häufig lang anhaltende Störung, während Diejenigen, deren Erwerb nur auf dem Grundbesitz beruhet, mit Wahrscheinlichkeit darauf zählen können, daß sie durch eine Veränderung der Regierung keinen Nachtheil erleiden, und daß der ihnen aus Krieg und Unruhe erwachsende Schade durchschnittlich durch die in der Regel mit einem solchen Zustande verbundenen höhern Preise der Produkte des Ackerbaues kompensirt wird.

Das Vorstehende ist so wahr, daß nach meiner innigen Ueber-

zeugung vorzüglich der Einfluß, den das Interesse des Handels und der Industrie auf die Politik der Staaten heutiges Tages nothwendig ausübt, Ursache ist, daß die außerordentlichen Ereignisse des Jahres 1830 noch keinen allgemeinen europäischen Krieg hervorgebracht haben, und daß es ein in der Geschichte unerhörtes und blos jenem Einflusse zuzuschreibendes Ereigniß wäre, wenn die Bewegung der Zeit ohne einen solchen Krieg endete.

Die formelle Anerkennung der öffentlichen Meinung und der eigentlichen Kraft der Nazion bezweckt vorzüglich, dem Thron in seinem eigenen Interesse die zur Beförderung der Wohlfahrt und der Macht des Staates zweckmäßigsten Mittel bekannt zu machen und die zur Ausführung derselben fähigsten Männer zu nähern; gewiß ein Zweck, dessen vollständige Erreichung stets der Wunsch des Thrones ist.

Ich will durchaus nicht behaupten, daß Diejenigen, welche dem Thron die Emanzipazion der neuen Lebenskräfte des Staats als gefährlich schildern, nicht größtentheils aufrichtig es meinten. Aber es ist keine Beleidigung, den Menschen nicht allemal eine Verleugnung der gewöhnlichsten der menschlichen Schwächen — eine dem Verstande manchmal selbst unbewußte Beherzigung des eigenen Interesses — zuzutrauen. Wird dieser Schlüssel zu der Argumentazion angelegt, mit welcher jene Emanzipazion als gefährlich für den Thron dargestellt werden soll, so wird in vielen Fällen eine Widerlegung überflüssig.

Es wäre falsch und unrichtig, behaupten zu wollen, daß Beamte und Personen, die durch ihre Stellung oder ihrer Geburt nach der bisherigen Einrichtung die größte Anwartschaft auf die ersten Staatsämter hatten, das Gefühl eines Mangels an ausgezeichnetem Talent verriethen, wenn sie jene Emanzipazion zu verhindern suchten, welche eine größere Konkurrenz der Talente zur Auswahl für den Thron herbeiführt und zugleich das Talent einer schärfern Prüfung unterwirft. Aber nichtsdestoweniger haben die oben bezeichneten

Beamten und Personen, wenn sie die Entwickelung der öffentlichen Meinung und der eigentlichen Majorität der Nazion nicht scheuen und wenn sie sogar selbst diese Entwickelung dem Throne rathen, die gegründete Voraussetzung eines ausgezeichneten Talentes für sich. Wenigstens beweiset Der, welcher weder Konkurrenz noch freie Untersuchung scheut, ein Bewußtsein eigener Tüchtigkeit.

Früher habe ich im Allgemeinen angegeben, worin die eigentliche Kraft der Nazion, aus welcher ein neues Lebensprinzip des Staates zu bilden ist, besteht. Auf welche Weise diese Kraft in der formellen Ausbildung aufzufassen ist, habe ich noch zu erörtern. Oder, mit andern Worten: Wie sind die politischen Rechte der Nazion zu lebenskräftigen, den Thron und den Staat stützenden Instituzionen zu entwickeln? Ich kann kurz sein, da meine Ansichten hierüber nur Folgerungen der bisherigen Darstellung sind.

A. Die allgemeinen Rechte und die politischen Rechte sind scharf zu unterscheiden.

Die ersten sind Gemeingut aller Staatsbürger. Dahin gehören: gleichmäßige Verpflichtung zu den Staatslasten, Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze, Zulässigkeit aller Staatsbürger zu den Staatsämtern u. s. w. — Rechte, welche die Preußen grundsätzlich bereits besitzen und deren vollständiger, allgemeiner Genuß nur deshalb noch nicht eingetreten ist, weil noch nicht alle entgegenstehende Schwierigkeiten gehoben sind*).

Politische Rechte dagegen sind nothwendig Privilegien eines Theiles der Nazion, besonders in einem großen monarchischen Staate.

Nur, indem die politischen Rechte Privilegien sind, erhalten sie so viel Werth und Wichtigkeit, daß die Staatsbürger die Ausübung und den Genuß jener Rechte als Auszeichnung verlangen, denn es

---

*) Wir verweisen, was die „gleichmäßige Verpflichtung zu den Staatslasten" betrifft, auf das von dem Verf. selbst S. 130 Gesagte und unsre Bemerkung dazu. Anm. des Herausg.

ist damit nicht, wie mit dem Genusse der allgemeinen Rechte, ein unmittelbarer Einfluß auf materielle Interessen verbunden; politische Rechte ziehen im Gegentheil eher Aufopferungen für das allgemeine Beste nach sich. Soll das Letztere nicht der Fall sein und wird vielmehr die Ausübung politischer Rechte ein direktes Gewinnmittel, so müssen Regierung und Volk schlecht werden.

Es ist daher nothwendig, daß die politischen Rechte, wenn dadurch die höchsten Staatszwecke erreicht werden sollen, nur einer im Verhältniß zur Gesammtzahl der Staatsbürger kleinen Anzahl derselben zu Theil werden. Sollten jene Rechte dagegen zu den angegebenen Zwecken von einer sehr großen Anzahl Staatsbürger ausgeübt werden, so ist sowohl der Thron wie auch eine geregelte Freiheit gefährdet, denn dann ist die Gefahr der Apathie wenigstens eben so groß, als diejenige einer außerordentlichen Aufregung, der Gefahr der Bestechlichkeit nicht zu gedenken. Wie wenig das Auskunftsmittel der zwei Wahlgrade taugt, habe ich früher gezeigt. Für Lokalzwecke muß die Anzahl der Theilnehmenden an politischen Rechten verhältnißmäßig vermehrt werden*).

B. Das Privilegium politischer Rechte darf durchaus den allgemeinen Rechten und der Wohlfahrt der Nazion keinen Eintrag thun.

Das größte und ausschließendste Privilegium ist die Erblichkeit des Throns. Aber gerade die von den europäischen Völkern erlangte

---

*) Ueber den Satz: politische Rechte müssen das Privilegium eines Theiles der Nazion sein, ließe sich wohl mit dem Verf. rechten. Indeß würde ein solcher Streit bei der vorliegenden Frage ohne besondern praktischen Nutzen sein, da eine Ertheilung der politischen Rechte, also des Rechtes, zu der Vertretung des Volks zu wählen und gewählt zu werden, an alle Staatsbürger, in Preußen (wie überhaupt in allen Staaten der alten Welt) wohl auf keinen Fall zu erwarten steht, es sich daher nur um die größere oder geringere Ausdehnung des Kreises der politisch Berechtigten, d. h. um die Höhe des Zensus und sonstige Bedingungen der Wählbarkeit und Wahlfähigkeit handeln wird. Anm. des Herausg.

Erfahrung, daß dieses Privilegium am Sichersten ihre Rechte, ihre Wohlfahrt und Macht befördert, ist eine feste Bürgschaft des monarchischen Prinzips, welche allerdings durch das erlangte Recht des Thrones und durch religiöse und geschichtliche Anhänglichkeit an denselben verstärkt wird. Doch hat eine ähnliche Anhänglichkeit die Privilegien des Adels nicht aufrecht zu erhalten vermocht, denen eine Erfahrung entgegengesetzter Art verderblich wurde.

Dem Thron wird ein schlimmer und gefährlicher Rath ertheilt, wenn vorgeschlagen wird, ihn auf der Nazion nachtheilige Privilegien einiger Unterthanen zu stützen; nicht nur aus früher von mir dargestellten Gründen, sondern auch deshalb, weil die Nazion alsdann den Nachtheil jener Privilegien dem Throne theilweise zuschreibt.

C. In der Zeit, als auf dem platten Lande nur der Adel Macht und Einfluß besaß, indem die Bauern die Unterthänigen, und als in den Städten die Zünfte und Innungen mächtig waren, ging mit Recht die Nazionalvertretung vom Adel und von den Zünften aus, denn die Kraft der Nazion liegt in Denen, die den meisten Einfluß ausüben. Jetzt gibt es keine andere Unterthänigkeit (oder es wird nothwendig in einiger Zeit keine andere mehr geben), als die allen Staatsbürgern gemeinsame gegen den König; auch gibt es keinen in sich abgeschlossenen Stand mehr, sondern nur verschiedene Beschäftigungen, die Jeder nach Belieben wechseln oder miteinander verbinden kann. Gutsbesitzer sind zugleich Fabrikanten, diese zugleich Gutsbesitzer. Die Beispiele sind gar nicht selten, daß Jemand innerhalb dreißig Jahren Werkmeister, Fabrikant und Gutsbesitzer ist.

Den größten Einfluß besitzen also natürlich jetzt Diejenigen, welche die größten Beschäftigungen, ohne Unterschied, welcher Art sie sind, entweder selbst betreiben oder durch ihr an Andere geliehenes Vermögen indirekt betreiben lassen.

Indessen ist für jeden nur einigermaßen aufmerksamen Beobachter unverkennbar, daß im Verhältnisse zur Bevölkerung der Einfluß

der Städter heutzutage größer ist, als der Einfluß der Landbewohner. Jede mächtige, einen Staat umwandelnde Bewegung der neuern Zeit ist von den Städten, und besonders den großen, ausgegangen. Die Ursache dieses überwiegenden Einflusses der Städte liegt theils in demjenigen der Industrie und des Handels, theils in der Konzentrazion einer großen Volksmenge, theils darin, daß Kenntnisse und politische Bildung in den Städten weiter, als auf dem Lande, vorgeschritten sind, und daß selbst die reichen Gutsbesitzer wenigstens einen Theil des Jahres in den Städten wohnen. Es müßten also, um konsequent zu sein, eigentlich die Städte einen größern Einfluß in der Nazionalrepräsentazion haben, als das Land. Dies hätte jedoch das Ansehen eines ungerechten Privilegiums und ist deshalb zu vermeiden. Vielmehr ist dahin zu wirken, daß das Interesse der verschiedenen Beschäftigungen (der städtischen und der ländlichen) sich in der formellen Ausbildung ihres Einflusses verschmelze, wie es wirklich eins und untheilbar ist, da der Wohlstand der Städte denjenigen des Landes vermehrt, und so umgekehrt ebenfalls.

D. Die Größe oder der Grad des Einflusses der Beschäftigungen läßt sich, ohne in Willkür zu gerathen, nur an dem Umfange der direkten Staatssteuern ermessen. Die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und eine Vermögens- oder Luxussteuer (die Klassensteuer) geben, nach gerechten Grundsätzen eingerichtet, einen durchaus geeigneten Maßstab. Schon aus diesem Grunde wäre nothwendig, daß diese Steuern gleichmäßig im ganzen Reiche, und insbesondere die Klassensteuer ohne Unterschied zwischen Stadt und Land, eingeführt würden. So lange Dies nicht geschehen ist, können in den Provinzen, wo die Grundsteuer gleichmäßig besteht, nur diese und die Gewerbesteuer als Norm gelten. In den andern Provinzen ist ein analoger Maßstab nach den bestehenden Steuern bis zur Einführung der Gleichmäßigkeit zu ermitteln.

E. Der Einfluß, von welchem die Rede ist, liegt in dem poli-

tischen Rechte, direkter Wähler bei der Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer der Reichsstände, diesem besonders lebenskräftigen Institute, welches die sich stets verjüngende Kraft der Nazion darstellt, zu sein.

Die Gleichmäßigkeit der politischen Rechte macht sie gerecht, obgleich sie Privilegien sind; jene muß daher für das ganze Land, in Beziehung auf das Wahlrecht, eine und die nämliche sein. Jeder, der einen gewissen Steuersatz bezahlt, im vollen Genusse staatsbürgerlicher Rechte sich befindet und wenigstens 25 Jahr alt ist, sei Wähler, ohne Rücksicht darauf, wie lange er den Steuersatz bereits bezahlt. Thöricht wäre, zu glauben, Jemand hätte erst dann Interesse an der Erhaltung der Ordnung, wenn er lange im Besitze des durch den Steuersatz dargestellten Vermögens (oder der Beschäftigung) gewesen ist; im Gegentheil, Diejenigen, welche erst neuerdings ein Vermögen mehr erworben, als ererbt haben, sind für die Erhaltung und Vermehrung desselben gerade am Meisten besorgt.

Der Steuersatz wäre, unter Berücksichtigung der unter A angegebenen Gründe, so zu normiren, daß nach demselben durchschnittlich im ganzen Reiche auf höchstens 250 und mindestens 200 Seelen Ein Wähler käme*). In Wahlbezirken, in welchen nach dem Steuersatze auf 250 nicht Ein Wähler käme, würde dieses Verhältniß aus den unter jenem Satze befindlichen Höchstbesteuerten ergänzt.

So könnte wohl ein Wahlbezirk im Verhältniß zur Seelenzahl mehr Wähler haben, als der andere, und hierin läge nichts Ungerechtes; doch hätte das Gesetz vorgebeugt, daß deren nicht unverhältnißmäßig wenige sein dürften.

---

*) Dieses Verhältniß ist unbedingt viel zu beschränkt, denn danach kämen auf die ganze preußische Monarchie — zu 15,000,000 Seelen angenommen — nur 75,000 oder gar nur 50,000 Wähler. Dies wäre noch Weniger, als selbst in Frankreich, wo doch auf etwa 34,000,000 Seelen 200,000 Wähler kommen. In England kommen auf etwa 24,000,000 Einwohner 900,000 Wähler.

Anm. des Herausg.

Solchergestalt sind die politischen Rechte allerdings Privilegien, aber sie sind Jedem zugänglich, der die Bedingungen des Gesetzes erreicht. Zu dem Verlangen, reich oder wohlhabend zu werden, gesellt sich alsdann noch das edle und dem Vaterlande so nützliche Streben nach der Ausübung eines höchst wichtigen politischen Rechtes. Und darin, daß dieses von jedem Staatsbürger erlangt werden kann, sobald er irgend eine Beschäftigung bis zu einem gewissen Umfange besitzt, oder dieser durch die Vereinigung mehrerer Beschäftigungen erreicht wird; daß jenes Recht sich nicht an eine Beschäftigung mehr, als an eine andere, knüpft; daß auch dieses Recht nicht davon abhängt, ob die Beschäftigung an einer bestimmten Stelle betrieben wird; daß also nicht einer Erdscholle ein höherer politischer Werth beigelegt wird, als einer andern (wie es bei Rittergütern der Fall ist); daß es nicht darauf ankommt, ob (wie im Ritterstande) die Beschäftigung durch einen besondern Stand betrieben wird — liegt die Gerechtigkeit des Privilegiums, so wie die richtige Auffassung zur formellen Ausbildung der eigentlichen Kraft der Nazion, wie diese Kraft durch die Verhältnisse der neuern Zeit erwachsen ist und wie sie in der Wahlkammer der Reichsrepräsentazion als neues Lebensprinzip des Staates richtig dargestellt werden kann.

F. So weise es ist, die Mitglieder der Wahlkammer durch Diejenigen erwählen zu lassen, welche durch die meisten oder ausgedehntesten Beschäftigungen einen gewissen Grad von Einfluß bekunden, so ungerecht würde es sein, nach der Anzahl Derer, welche diesen Grad erreicht haben, das Verhältniß der Anzahl jener Mitglieder ermessen zu wollen. Tragen auch die ärmern Volksklassen weniger, als die vermögenden, zu den Steuern bei, so tragen sie doch wenigstens so stark, wie die letztern, zu der wesentlichsten Staatslast, dem Militärdienste, bei.

Die Seelenzahl ist demnach die richtige Basis, nach welcher die einzelnen Theile des Reichs in der Wahlkammer repräsentirt werden müssen.

Ein sehr angemessenes Verhältniß scheint für Preußen zu sein, wenn durchschnittlich 50,000 Seelen einen Abgeordneten senden.

G. Das Alter der Abgeordneten sei nicht unter 30 Jahr; sie müssen zu den Wählern irgend eines Wahlbezirks des Reichs gehören. Es ist nicht nur überflüssig, sondern schädlich, die Wahl weiter, als durch vorstehende Bestimmungen zu beschränken; z. B. durch die Bestimmung: daß der Abgeordnete einen höhern Steuersatz zu entrichten habe, als die Wähler, oder daß er in dem Wahlbezirke, wo er gewählt wird, einheimisch sein müsse. Ich sehe nicht einmal Gefahr darin, wenn die Wählbarkeit durch gar keinen Wahlzensus beschränkt wäre. Die Garantien für Ordnung und Unbestechlichkeit müssen da festgestellt sein, wo sie allein wirksam zu suchen sind, — bei den Wählern.

Auf diese Weise fällt zugleich der Einwand ganz weg, daß durch mein Wahlsystem eine Vermögensaristokratie, mit Ausschließung der Herrschaft des Talents, geschaffen werde. Die Wahlen werden nach einiger Erfahrung manchen ausgezeichneten Staatsdiener, der bei größerer Beschränkung der Wählbarkeit nicht gewählt werden könnte, treffen, und der Thron dadurch höchst brauchbare, ihm sonst nicht in dem Maße bekannt gewordene Talente zur Benutzung erhalten, die zugleich eine Zierde des Beamtenstandes sind.

Aristokratie in dem Sinne genommen, daß die Vermögenderen und Angeseheneren des Staates den meisten Einfluß haben sollen, ist übrigens ganz mein System. Nur könnte ich das gefährliche Unternehmen, eine bei dem dermaligen Kulturzustande Preußens unmögliche Aristokratie, die gar keinen nazionalen Stützpunkt mehr findet, bilden und damit einige tiefgegriffene demokratische Elemente verbinden zu wollen, und diese heterogene Vereinigung in den Reichsständen alsdann als die Kraft der Nazion gelten zu lassen, nicht ohne innige Trauer über den großen Irrthum sehen, durch welchen Thron und Staat ins Verderben geführt werden können.

H. Außer dem wichtigsten politischen Rechte der Staatsbürger,

unter gegebenen, durch das Gesetz festgestellten Umständen, Wähler für die Wahl der Abgeordneten der Wahlkammer zu sein, sind noch geringere politische Rechte festzustellen, auf welche die Staatsbürger ebenfalls Anspruch haben, nämlich:

a) Wähler zu sein für die Wahl der Abgeordneten zu den Provinziallandtagen, (welche vielleicht zweckmäßig in Departementallandtage umzuändern wären, da der eigentliche Zweck der Provinziallandtage nur in der Verhandlung von Lokalinteressen und in der Kontrole der Verwaltungsbehörden bestehen darf, sobald es Reichsstände gibt).

b) Wähler zu sein für die Wahl der Gemeinderepräsentanten oder Verwalter.

Bei beiden Rechten kommt wieder alles darauf an, durch gesetzliche Bestimmungen die Theilnahme daran Denjenigen zu sichern, welche durch ihren Einfluß die wahre Kraft der Provinz oder der Gemeinde bilden.

Die Grundsätze zur Feststellung jener gesetzlichen Bestimmungen sind im Allgemeinen die nämlichen, wie die für die Nazionalrepräsentazion angegebenen.

Es ist nur davon auszugehen, daß gleichwie bei der letztern der Staat die Einheit ist, für welche gleichmäßige Grundsätze in Anwendung kommen, so bei den geringern politischen Rechten die Provinz und die Gemeinde.

In jeder Provinz gelte für die provinziellen Wähler ein Wahlzensus, der auf den nämlichen Steuern, die für die Feststellung desjenigen der reichsständischen Wähler angerechnet werden, beruhe und nur niedriger gestellt sei.

Auf gleiche Weise werde es mit dem Gemeindewählerrechte gehalten werden. Der Wahlzensus, eben so basirt, werde nach der Bevölkerung einer Gemeinde höher oder niedriger gestellt, wobei einige, durch die Natur des Gewerbewesens auf dem platten Lande gebotene Modifikazionen zu machen sind.

Solchergestalt findet sich durch Anwendung der einfachsten Grundsätze und ohne künstliche oder verwickelte Kombinazionen, sehr leicht die wahre Majorität der Nazion, der Provinz und der Gemeinde dargestellt, und es ist zugleich eine gehörige Gradazion der politischen Rechte der Staatsbürger, ohne irgend dem Kulturzustande widerstrebende Privilegien, begründet.

I. Es bedarf keiner besondern Auseinandersetzung, daß in einem großen Reiche der Thron nicht allein auf eine Wahlkammer sich stützen darf, und daß dies auch für die Nazion gefährlich ist. Eine erste Kammer ist als politische Instituzion unumgänglich nothwendig.

In diese Kammer gehören die mediatisirten Fürsten und die großen und vermögenden Familien des Reichs, und zwar als erbliche Mitglieder nach dem Rechte der Erstgeburt, mit ansehnlichen Majoraten, für welche ein Steuersatz als Minimum festgesetzt wird. Für einen so großen Zweck, als derjenige ist, den die erste Kammer erfüllen soll, kann allein erbliches Privilegium bewilligt und übersehen werden, daß dadurch ein Theil des Grundvermögens dem Verkehre entzogen wird.

Außerdem besteht die erste Kammer aus den Prinzen des königlichen Hauses und aus Mitgliedern, deren Würde nicht erblich ist, falls sie nicht in einer durch das Gesetz zu bestimmenden Frist das erforderliche Majorat stiften. Durch die Ernennung dieser Mitglieder kommen die größten Talente, die sich im Staatsdienste ausgezeichnet haben, in die Kammer, und diese wird dadurch im frischen Leben erhalten; auch kann die Nazion durch Stiftung der erforderlichen Majorate hohes Verdienst um den Staat auf große und würdige Weise lohnen.

Die Ernennungen sowohl der erblichen als der nicht erblichen Mitglieder gehen vom Könige aus:

K. Ohne den Schutz der öffentlichen Meinung können die Reichsstände, am wenigsten die erste Kammer derselben,

nicht als lebenskräftiges, dem Throne zum wahren und festen Stützpunkt dienendes Institut erwachsen.

Also ohne Preßfreiheit, ohne Oeffentlichkeit der Verhandlungen der beiden Kammern keine wahre, keine wirkliche, dem Throne und dem Staate nützliche Reichsvertretung.

Der Weisheit des Thrones ist anheim gegeben, der ersten Kammer durch die Ernennung ihrer Mitglieder Leben zu geben; ohne Talente, ohne Sympathie mit dem wahren Geiste der Nazion kein Leben, ohne Leben keine Kraft, ohne Kraft keine Stütze.

Diese und die unter B angeführten Gründe machen durchaus nothwendig, daß Niemand Mitglied der ersten oder der zweiten Kammer sein darf, der noch einen Theil der Landeshoheitsrechte ausübt, Niemand, in dessen Namen irgend eine Landes- oder Justizverwaltung ausgeübt wird.

Es scheint mir eine seltsame Verwirrung der Ideen zu sein, wenn dem Thron gerathen wird, gerade diejenigen Personen, welche allein einen Theil seiner nothwendigen und unveräußerlichen Rechte noch ausüben, irgend einen Einfluß auf die Staatsregierung, oder gar einen vorherrschenden Einfluß auf dieselbe einzuräumen.

L. Sehr ungegründet würde die Furcht der Großen des Reichs sein, wenn sie besorgten, bei dem von mir dargestellten System würde ihnen die Aussicht auf ausgezeichneten Einfluß benommen. Gerade das Gegentheil sollte Statt finden. Mein System eröffnet ihnen eine neue Bahn des Ruhms; ihre Talente, jetzt durch die Verhältnisse häufig nur verborgen, werden, an den Tag gefördert, Zelebrität erwerben.

Ebenso verhält es sich mit etwa ähnlichen Besorgnissen der Beamten.

M. Mein System, unpartheiisch geprüft, muß wesentlich aristokratisch und monarchisch erscheinen. Es ist meine innige Ueberzeugung, daß für Preußen ein Regierungssystem, welches diese

Eigenschaften besitzt, und damit die Anerkennung der neuen kräftigen, durch den dermaligen Stand der Zivilisazion als nothwendig hervorgerufenen Lebensprinzipien des Staates vereinigt, das beste ist; ja das einzige, welches den Thron und den Staat sicher durch Gefahren zu Größe und Macht führen muß.

Die nämliche Absicht haben auch sonder Zweifel Diejenigen, welche meinem Systeme abhold sind und den Einfluß des monarchischen und aristokratischen Prinzips auf andere Weise als ich herbeiführen wollen. Der Hauptunterschied ihrer Meinung von der meinigen besteht darin:

a) daß sie das monarchische Prinzip auf Beamtenherrschaft, nicht auf die eigentliche Kraft der Nazion stützen wollen;

b) daß der Thron in der Wahl der Werkzeuge zur Ausübung seiner Macht auf Diejenigen beschränkt bleibe, welche durch die Beamtenhierarchie und die Hofverhältnisse als geeignete Werkzeuge sich darstellen;

c) daß Jemand, der einer gewissen Anzahl von Menschen durch sein Vermögen direkt oder indirekt Beschäftigung verschafft, alsdann einen größeren Einfluß haben soll, wenn die Beschäftigung auf einer gewissen Scholle Erde (Rittergut genannt) vorgenommen wird, oder wenn sie gerade Ackerbau und keine andere Beschäftigung ist.

Zu den Anstalten, durch welche im Staate die Kraft der königlichen Gewalt wahrhaft erhöht wird, gehört die Justiz; auch ist es eine erbliche Regententugend der Hohenzollerschen Dynastie, die Justiz hoch zu achten.

Indessen hat auch diese Anstalt sich des Einflusses der Beamtenherrschaft nicht erwehren können. Die große in Preußen noch immer unentschiedene Frage ist in Beziehung auf die Justiz: soll sie ein Institut oder eine Administrazion sein?

Der Geist der Beamtenherrschaft behauptet das letztere, hütet sich aber sehr, diese Behauptung geradezu aufzustellen; sie ist aber

der Schlüssel zu den streitigsten Punkten bei der Verbesserung der preußischen Justiz. Ich führe einige dieser Punkte an:

a) Soll im Zivilprozesse das inquisitorische Verfahren herrschen, oder den Partheien die Betreibung der Prozesse überlassen werden? Der Beamtengeist antwortet: das Letztere darf nicht geschehen, denn wenn wir Beamten uns nicht der Partheien annehmen, so könnten sie ihr eignes Interesse vernachlässigen.

b) Sollen die Urtheile eines obersten Gerichtshofes legale Interpretazion und Vervollständigung der Gesetze sein, oder soll es auch eine ministerielle gültige Interpretazion und Vervollständigung geben? Das letztere ist das Prinzip einer Administrazion, das erstere dasjenige der Justiz als Institut.

c) Soll das Prozeßverfahren mündlich oder schriftlich sein? Wie kann irgend eine Sache von Wichtigkeit blos mündlich mit Gründlichkeit behandelt werden, — antwortet der Beamtengeist.

d) Soll die Justiz öffentlich verhandeln? Behüte der Himmel, sagt der Beamtengeist, was geht die Justiz Andere, als eben die Partheien und die Justizbeamten an.

e) Soll bei Verbrechen der Thatbestand durch Geschworne gefunden werden? Wie können, erwiedert der Beamtengeist, Andere, als studirte Juristen, Thatsachen mit Sicherheit erkennen.

Die vollständige Gleichheit vor dem Gesetze und vor dem Richter findet bei dem Beamtenstande ebenfalls Gnade; aber Diejenigen, welche noch nicht die Trauer über die vergangene Privilegienherrlichkeit geendet haben und diese letztere, wenn gleich in verjüngtem Maßstabe, noch wieder herzustellen denken, erachten jene Gleichheit für verderblich und meinen mitunter sogar, man müsse, um sie zu wollen, revoluzionär, französisch oder gar demagogisch gesinnt sein.

Nichts ist natürlicher, als daß, so lange nicht die höchste Staatsmacht, der König, die streitigen Grundfragen der ganzen Gesetzgebung festgesetzt, und dadurch dem Streite ein Ende gemacht hat, die Arbeiten an der Verbesserung der Gesetzgebung nicht vorschreiten.

Sobald ein tüchtiger filosofischer Jurist eine Bearbeitung der Gesetzgebung vornimmt, erkennt er schnell, daß unmöglich ist, hetero=gene Systeme mit einander zu vereinigen und ein gutes Flickwerk zu machen; er erkennt zugleich die Nothwendigkeit, die Gesetze dem vorgeschrittenen und vorschreitenden politischen Kulturzustande des Staates anzupassen, und kann dies nicht, wenn im Prinzip dieser Zustand noch nicht vollständig anerkannt wird, oder wenn man sich über denselben noch täuscht, oder gar darauf Bedacht nehmen will, ihm eine andere, als die natürliche und nothwendige Richtung durch Gesetze zu geben.

So lange diese Schwierigkeiten nicht gehoben sind, wird eine tüchtige, systematisch in einander greifende Gesetzgebung vergeblich gehofft werden.

Wenn irgend etwas augenfällig ist, so ist es die Wahrnehmung, daß die Diplomaten häufig sich eben so sehr irren, wie nur der poli=tisirende Privatmann sich irren kann.

Eben so augenfällig ist, daß die Stipulazionen, welche 1815 in Wien den Zustand Europas für geraume Zeit feststellen sollten, den beabsichtigten Zweck nicht erreicht haben, denn das damals errichtete Gebäude bricht von allen Seiten zusammen. Es kommt hierbei nicht sehr in Betracht, ob dieses Zusammenbrechen vielleicht nicht erfolgt sein würde, wenn die Regierungen, an der Spitze des politischen Fortschreitens der Völker, als Lenker desselben, sich erhalten hätten, statt sich diesem Fortschreiten entgegen zu stellen, oder dessen natur=gemäße Richtung wesentlich ändern zu wollen. Denn die Diploma=tie war, wenn auch zuweilen nicht über die Mittel, doch darüber ein=verstanden, daß in der vorbezeichneten Weise dem Fortschreiten zur Erhaltung des Friedens und der Ruhe begegnet werden müsse, und hat auch hierin geirrt.

Wie eine lange komprimirte Kraft, ist einmal der Druck weg=genommen, mit verstärkter Macht wirkt, so erscheint jetzt die Bewe=gung der europäischen Völker.

Diese Bewegung für bereits vollendet zu halten, scheint mir Irrthum zu sein. Sie wird entweder im Innern jedes Landes, in welchem die Elemente der Umwandlung reif sind, vor sich gehen, oder zu einem großen europäischen Krieg führen. Das letztere scheint nach der Erfahrung der Geschichte das Wahrscheinlichere. Zwar hat diese nichts Aehnliches aufzuweisen, als was bis jetzt die französische Julirevoluzion ist; dennoch wäre es ein außerordentlicher Triumf der Zivilisazion, wenn ein solcher Krieg nicht erfolgte*).

Ist auch die Sprache der europäischen Mächte friedlich, wünschen auch die meisten Völker die Erhaltung des Friedens, dennoch besteht in den Kabinetten und bei den Völkern kein festes Vertrauen zum Frieden. Dies liegt nicht so sehr in der Stellung der einzelnen Mächte, sondern vielmehr in einem fast allgemein verbreiteten Mistrauen.

Die Völker, vorzüglich die, bei welchen die neuen Lebensprinzipien ziviliſirter Staaten vollſtändig den Sieg erlangt haben, bezweifeln, daß die Regierungen, welche während fünfzehn Jahren**) — durch Kongresse, militärische Expedizionen, Zensuredikte, Mangel an geeigneter Zeit zur Erfüllung früherer Versprechen, Bemühungen zur Bildung künstlicher, die wahre Nazionalkraft nicht darstellender Majoritäten, Vorliebe für die Schatten der Kräfte des mittelalterthümlichen Staatenlebens, — jene Prinzipien bekämpft haben, aufrichtig die vollständige

---

*) Wir lassen hier einige Kapitel der Denkschrift aus, welche eine Schilderung der damaligen Staatenverhältnisse Europas enthalten, da diese Schilderung in vieler Hinsicht jetzt nicht mehr paßt. Dagegen ist der Zustand allgemeiner Spannung, von welchem der Verf. in dem hier zunächst folgenden Abschnitte spricht, noch derselbe, wie damals, ja, wo möglich (wenigstens innerlich, wenn auch vielleicht nicht in der äußern Erscheinung,) noch gesteigert. Anm. des Herausg.

**) Nunmehr während mehr als 30 Jahren. Anm. des Herausg.

Herrschaft derselben anerkennen werden; da doch der einfachste Verstand begreift, daß, wenn dieselbe einmal bei dem lebendigsten und mittheilendsten Volke Europas gesichert ist, sie sich nothwendig weiter verbreiten muß. Die Völker mistrauen daher der Aufrichtigkeit der Anerkennung, halten diese für momentane Schwäche, die durch die Aufregung der Unterthanen jener Regierungen hervorgebracht sei und glauben: diese letztern wollten nur die Aufregung im eignen Lande vorübergehen lassen, die Kräfte sammeln, und alsdann einen neuen Kampf gegen die Prinzipien beginnen.

Die bezeichneten Regierungen dagegen haben durch die fünfzehnjährige Bekämpfung der Prinzipien aufs Mindeste bekundet, daß sie aufrichtig glaubten, daß die Herrschaft der letztern entweder für jetzt oder für immer den Monarchen und Staaten verderblich sei. Nichts ist natürlicher und gerechter, als daß die Regierungen ihrerseits der Herrschaft der angegebenen Prinzipien mistrauen, und daß sie befürchten, die Anarchie, die Eroberungssucht müsse daraus hervorgehen, die französische Revoluzion müsse wieder wie früher im Kriege mit Europa übersprudeln.

In diesem gegenseitigen Mistrauen, in der dadurch veranlaßten Erschwerung des Verständnisses und in den auf diese Weise genährten Hoffnungen Frankreichs und Rußlands, durch Krieg einen Zuwachs an Macht oder Präponderanz zu erhalten, liegt die Wahrscheinlichkeit eines Krieges.

Und hier spreche ich meine Meinung dahin aus, daß es mir unmöglich zu sein scheint, den Krieg auf die Dauer zu vermeiden, wenn nicht Preußen die Emanzi-

pazion der neuen Lebensprinzipien des Staates erlangt *).

Selbsttäuschung ist in der Politik der gefährlichste Irrthum. Erkennen wir daher an, was sich nicht leugnen läßt: Frankreichs Macht hat seit vier Monaten, ohne daß es Krieg geführt hätte, sehr zugenommen, nicht nur durch innere Kraftentwicklung, sondern auch durch den Einfluß, den es auf Nachbarstaaten gewann. Es ist von der höchsten Wichtigkeit für Preußen, den Umfang und den Grund dieses Einflusses ganz zu erkennen; in der klaren und vollständigen Auffassung desselben liegt der in der preußischen Politik einzuschlagende Weg deutlich bezeichnet.

Frankreich hat seit der Julirevoluzion keinem einzigen Nachbarstaate auch nur den geringsten materiellen Vortheil eingeräumt, durch welchen es die gute Meinung für sich hätte gewinnen können. Vielmehr wird das, den Verkehr mit andern Ländern hemmende Prohibitivsystem nach wie vor strenge gehandhabt, und eine neuerliche Berathung der Deputirtenkammer hat gezeigt, daß an eine Veränderung desselben vorerst gar nicht zu denken ist.

Der Einfluß, welchen Frankreich kürzlich erworben hat, ist also durchaus ein moralischer. Es ist Homogenität der Prinzipien; das Gefühl, daß Die, welche in Frankreich siegten, im Wesentlichen und abgesehen von dem Umstande des Regentenwechsels das jetzige Ziel der zivilisirten europäischen Völker ausdrücken; es ist zugleich das Gefühl der Nazionalunabhängigkeit, welches durch die Grundsätze der heiligen Allianz verletzt war, und welches durch die Vorgänge in Frankreich wieder hell in den Völkern auflo-derte, — wodurch jener moralische Einfluß so groß geworden ist.

Von welchem Vortheile dieser Einfluß für Frankreich, im Falle

---

*) Auch hier ist ein kurzer Abschnitt weggelassen, der von „dem Ruhme des (verstorbenen) Königs" handelt, da auch dies ohne Einfluß auf die Gegenwart ist. Anm. des Herausg.

es Krieg beginnt, in Beziehung auf Belgien und die Schweiz ist, habe ich bereits bemerkt.

Die Stimmung der Italiäner ist zu bekannt, um bezweifeln zu dürfen, daß eine französische Armee, die ganz strenge Mannszucht hält und die Menschen nicht durch Kriegskontribuzionen und übermäßige Requisizionen belästigt, mit Hülfe schöner Proklamazionen über die Unabhängigkeit Italiens, die Volksrechte u. s. w. in kurzer Zeit der östreichischen Herrschaft in diesem Lande ein Ende mache.

Sollte wohl ganz sicher darauf zu rechnen sein, daß das gutmüthige, vertrauungsvolle deutsche Volk, dessen politische Leichtgläubigkeit den Regierenden nicht unbekannt ist, mit Enthusiasmus, wie es Noth thun würde, den deutschen Boden gegen die Franzosen vertheidigt, wenn diese etwa Folgendes beim Einmarsche verkündeten: Keine Eroberung, keine Kriegskontribuzion wie zu Napoleon's Zeit; nein, Nazionalunabhängigkeit Deutschlands unter selbst gewählter freier Verfassung; Frankreichs eignes Interesse erheischt, daß Deutschland sich also gestalte.

So weit ich die Stimmung in Deutschland beurtheilen kann, — und ich habe dasselbe in fast allen Richtungen mehrmalen und noch neuerlich durchreiset, — werden Proklamazionen solcher Art Wiederhall finden, wenn die Deutschen an moralischer, den Enthusiasmus bildenden Kraft jenen falschen und verführerischen Worten kein eigentliches öffentliches Leben und nichts entgegen zu setzen haben, als die deutsche Bundesversammlung, die Verfassungen der kleinern deutschen Staaten und Preußens Provinzialstände, und etwa die Städteordnung. Es ist nicht zu übersehen, daß der achtjährige Druck französischer Herrschaft, welcher 1813 den Enthusiasmus steigerte, nach achtzehn Jahren nicht mehr sonderlich wirkt, und daß in dieser Zeit eine neue Generazion herangewachsen ist. Allerdings wird deutsche Treue und Anhänglichkeit an die Regenten zum Widerstande ermuntern, und dies sicherlich besonders in Preußen, wo im Allgemeinen der Unterthan sich wohl befindet.

Aber von der Treue des Soldaten und Landwehrmannes ist es noch weit bis zum hingebenden Enthusiasmus. Der letztere wird nicht durch ruhige Ueberlegung, nicht durch bloße Anhänglichkeit an König und Vaterland geschaffen, am wenigsten bei dem kosmopolitischen Deutschen. Bei ihm kann die Begeisterung nur aus einem vorhergegangenen großen Drucke, oder aus der innigsten Verschmelzung des Königthums mit der Nazion, und aus der öffentlichen Verhandlung großartiger nazionaler Ideen hervorgehen. Daß das Gute in der Stille geschehe, genügt heutiges Tages nicht mehr; insbesondere der stärkste deutsche, der preußische Volksstamm will auch durch ein nazionales öffentliches Leben die hervorragenden Herrschertugenden des Monarchen vermittelst der Organe seiner Macht emporgehoben sehen und verehren*). Welcher Staat darf sich rühmen, einen gerechtern und weisern König, gebildetere und patriotischere Prinzen des königlichen Blutes, einsichtsvollere Staatsbeamte und eine größere Masse von allgemeiner Bildung zu besitzen, als Preußen**)! Und doch sieht der Preuße den Ruhm seines Vaterlandes nicht glänzen; er sieht und hört den Ruhm anderer Nazionen, und seufzend denkt er: ist doch Preußen nicht ärmer an Elementen zum Ruhme und zur Größe, warum muß denn die Nazion ein ruhmloses, verborgenes Dasein leben! In dieser Klage, die bei den meisten Menschen mehr nur Gefühl als klare Erkennung ist, liegt der Mangel an enthusiastischem Patriotismus und zugleich der einzige Grund zu der Veranlassung des Vorwurfs einer französischen Gesinnung, welcher mitunter einigen Deutschen gemacht wird. Es werde die Ursache zur Klage weggenommen, und staunend werden die ängstlichen Staatsmänner, welche eine solche Maßregel für gefährlich erachten, sehen, wie die Nazion sich kraftvoll als Nazion erhebt und, ihren

---

*) Will er nur Dies? Wir glauben, er will Größeres: die Entwicklung der Nazionalkraft durch Freiheit zur Größe. Anm. des Herausg.

**) Man sehe abermals unsre Note auf S. 108. Anm. des Herausg.

Ruhm mit demjenigen der sie beherrschenden edeln Dynastie verschmelzend, diese mächtig und groß macht, wie sie es nie war.

Aber würden die Franzosen mit solchen Waffen kämpfen, wie die vorhin angeführten Hülfsmittel? Hätten sie es selbst nicht zu verstehen gegeben, so wäre es schon daraus abzunehmen, daß sie mit dem sie auszeichnenden politischen Takte ihre neueste Revoluzion fleckenrein zu erhalten und in ihren Verhältnissen mit andern Mächten Gerechtigkeit zu beobachten suchen. Dies ist nicht nur Politik in Beziehung auf die Beruhigung des Inlandes, sondern es ist zugleich eine Vermehrung der Kraft gegen das Ausland, wenn es zum Kampfe mit Letzterm kommt. Kein Zweifel daher, daß die Franzosen beabsichtigen, in jenem Falle eine solche Art von Kraft zu benutzen. Deshalb aber auch nicht der mindeste Zweifel, daß im Falle eines Krieges mit den Franzosen ihnen alsdann ähnliche Mittel entgegen gesetzt werden müssen. In einem so großen Nazionalkampfe wird sich sehr bald zeigen, daß weder mit Beamtenherrschaft, noch mit Provinzialständen, noch mit ein paar tausend Rittern, noch mit der Städteordnung, noch mit der Zensur, noch — und dies ist bei weitem das kräftigste — mit der Anhänglichkeit an den Thron und mit einer trefflichen Armee, noch mit bloßen Proklamazionen auszureichen ist. Alsdann möchten leicht der Thron und die Aristokratie zu Opfern veranlaßt werden, die weder dem Throne noch der Nazion wahrhaft frommen.

Ich bescheide mich freilich, daß die Erfolge auch anders sein können. Doch wenn unpartheiisch, ohne Vorurtheil, die gegenseitigen Kräfte geprüft werden, und wenn die moralischen Kräfte abermals den Einfluß bekunden, welchen sie noch allezeit in mächtigen Kämpfen behauptet haben, so ergibt sich, daß der höchsten Wahrscheinlichkeit nach in der Hauptsache die Erfolge so, wie ich sie oben bezeichnete, sein müßten.

Seltsam genug sind dennoch Diejenigen, welche sich gegen die aufrichtige und vollständige Anerkennung der neuen Lebensprinzipien

des Staates am entschiedensten erklären, am meisten geneigt, einen Krieg mit denselben auf Leben und Tod zu beginnen, da doch das Einzige, was gegen sie geschehen kann, darin besteht, ihre Emanzipazion um einige Zeit durch Temporisiren zu verschieben. Die Erscheinung, daß Jemand gerade das räth, was fast ohne Zweifel das schroffe Gegentheil des beabsichtigten Zweckes herbei führt, wird aber in dem angegebenen Falle dadurch erklärlich, daß man in dem redlichen Irrthum befangen ist: die bürgerliche Gesellschaft sei noch nicht das, was sie wirklich ist, und die durch Verkennung ihres Zustandes hervorgerufene Stimmung rühre nur von einigen Unruhestiftern, überspannten Köpfen und französisch Gesinnten her; es brauche diesen nur Stillschweigen geboten, und für das allgemeine, materielle Wohl der Unterthanen erträglich gut gesorgt zu werden, so sei Alles abgethan. Gelingt nun hie und da eine Maßregel in diesem Sinne — wie es natürlich mitunter der Fall ist — so heißt es: Seht da, nur Kraft, Klugheit und Ausdauer, so werden wir des bösen Geistes Meister. Unterdessen geht aber die bürgerliche Gesellschaft ihren naturgemäßen Bildungsgang fort, der Geist ist nur in äußern Symptomen unterdrückt, und auf einmal bricht er wie ein Blitz wieder los, entweder ungestüm und unbändig, oder gereift an Erfahrung und Kraft. Nur dadurch, daß der Mensch sich von einer lange genährten vorgefaßten irrigen Meinung so schwer loszuwinden vermag, wird erklärlich, daß häufig die würdigsten, einsichtsvollsten und gelehrtesten Männer nicht sehen, was am Tage liegt, und was der unbefangene Verstand eines schlichten, beim Erfolge nicht sonderlich betheiligten Mannes leicht und klar durchschaut. Wäre dies nicht die wahre Erklärung des Irrthums, so müßte der Rath, gegen die neuen Lebensprinzipien des Staates im Innern und gegen Außen kräftig zu Felde zu ziehen, zu der Vermuthung Raum geben, es solle dadurch diesen Prinzipien der Sieg verschafft werden, entstehe daraus, was da wolle.

Preußen hat das größte Interesse, daß Frankreich nicht in Ita-

lien herrsche, denn hierdurch würde Deutschland von der Südseite in dieselbe bedrohte Stellung gerathen, in welcher es sich an der Westseite leider befindet. Also auch in Beziehung auf das Verhältniß Frankreichs zu Italien bedarf Preußen einer Stärkung seiner moralischen Kraft.

Der deutsche Bund ist kein lebenskräftiger Föderativstaat, wofür er auch schwerlich von einem Staatsmann gehalten wird. Die Schwäche des Bandes, durch welches der Bund formell besteht, liegt so sehr am Tage, daß es deshalb keines Beweises bedarf. Ein noch irgend möglicher Zweifel hierüber ist gewiß vollends durch die Beziehungen zu dem Großherzogthum Luxemburg kürzlich gehoben worden. Soll aber Deutschland deshalb verwaiset sein? Wahrlich nicht! Aber es ist Preußens erhabener Beruf und zugleich sein klar vorliegendes Interesse, die Macht und Wohlfahrt Deutschlands kräftig zu befördern und deshalb die deutschen Staaten in einen gemeinsamen, durch wahre Interessen fest geknüpften Bund zu vereinigen.

Einen solchen Bund, mehr als 30 Millionen Menschen enthaltend, unter welchen ein ganz freier Verkehr herrscht, kann ich mir als ausführbar denken, freilich nicht auf die Weise, wie der dermalige deutsche Bund organisirt ist.

Die Einleitung ist durch die abgeschlossenen Zollvereinsverträge bereits gemacht. Diese sind die größte Maßregel, welche Preußen seit zehn Jahren ausgeführt hat.

Wie das Band enger zu schließen ist, gebe ich unten in den Grundzügen an. Eine vollständige Darstellung über die Art und Weise, wie diese Idee verwirklicht werden könnte, überschreitet den Zweck dieser Abhandlung, in welcher vorzüglich nur das dringende Bedürfniß des Augenblicks, unter Hinweisung auf Preußens Zukunft, dargestellt werden soll. Unverkennbar ist aber die Ausführung der Idee, Deutschland zu einem lebenskräftigen Föderativbunde zu vereinigen, des größten Staatsmannes würdig. Dann hätte der Deutsche keine Nazion um Etwas zu beneiden; Deutschland würde

nicht mehr der Tummelplatz aller großen europäischen Kriege sein; es würde nicht mehr, wie früherhin so oft zu seinem Unheil geschah, nichtdeutsche Interessen zu vertreten haben; es könnte allein mit Ruhe einen Angriff Rußlands oder Frankreichs abwarten, ohne bei dem einen die Franzosen, bei dem andern die Russen als Hülfstruppen herbeirufen zu müssen.

Die Idee ist indessen von vorn herein unausführbar, wenn nicht Nazionalehre, nicht Enthusiasmus für die Unabhängigkeit des Bundes allgemein herrscht; dies ist ebenfalls unmöglich, wenn nicht Preußen den Impuls gibt. So komme ich auch in dieser wichtigen Frage zu dem Schlusse, daß Preußen in politischer Ausbildung einer der ersten Staaten Europas sein muß, wenn es seine Unabhängigkeit und Ehre, den Großmächten gegenüber, befestigen und stärken will. Ohne vollständige Ausbildung der neuen Lebensprinzipien des Staates entbehrt es der erforderlichen moralischen Kraft zur Verwirklichung eines wahren deutschen Bundes.

Ein höchst glückliches Ereigniß für Preußen wäre, wenn Polen nicht mehr unter russischer Herrschaft stände. Nicht nur Rußlands drohende Stellung würde dadurch geschwächt werden, sondern es wäre dies auch ein wesentlicher Gewinn für die preußischen Handels- und Industrieinteressen.

Nachdem Belgien von Holland definitiv getrennt sein wird, hat das Erstere das nämliche Interesse, wie Preußen, im gegenseitigen freien oder sehr erleichterten Handelsverkehr zu stehen. Produziren die vier Millionen Belgier auch manche Fabrikate in Konkurrenz mit Preußen, so sind sie dagegen sehr wohlhabende und starke Konsumenten vieler preußischen Fabrikate und Produkte. Zugleich wäre es ein wesentlicher Vortheil für Preußen, Antwerpen wie einen inländischen Hafen benutzen zu können*).

---

*) Diese Hoffnung des Verfassers ist seitdem wenigstens zum Theil in Erfüllung gegangen. Anm. des Herausg.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß bei dem Prinzip nazionaler Heere, wie es jetzt besteht und nothwendig bestehen muß (da unmöglich das Geld aufzubringen ist, um die großen Massen Soldaten, die jetzt bei einem Kriege erforderlich sind, als Miethlinge zu besolden) in einem Staate, dessen meisten Bewohner bereits zu einiger Einsicht ihrer Interessen gekommen sind, antipopuläre Kriege unmöglich sind oder doch wahrscheinlich unglücklich ausfallen; sogar dann, wenn der Staat zwar ein nazionales Heer, aber keine legale und formelle Aeußerung der Ansichten der Nazion besitzt.

Die Folge hiervon ist, daß Staaten, deren Bewohner nicht durch vorherrschenden kriegerischen Geist zu Eroberungskriegen geneigt werden, vorzüglich nur Defensivkriege zu führen haben. In diesem Falle ist Preußen und Deutschland. Die ganze Einrichtung des Kriegswesens muß daher, wie jede Staatseinrichtung auf die eigentliche Natur der Dinge zu stützen ist, in Preußen und Deutschland vorzüglich den Karakter des Defensivsystems an sich tragen.

Preußens Militäreinrichtungen tragen auch in der That diesen Karakter. Derselbe kann jedoch noch mehr ausgebildet und dadurch eine Verminderung der Staatsausgaben herbeigeführt werden, wenn Preußen ganz die neuen Lebensprinzipien des Staates emanzipirt. Auf diese Weise wird die Staatsregierung, auf die Majorität der Nazion und ihren Geist gestützt, in den Stand gesetzt, das stehende Heer in ruhiger Friedenszeit auf die Zahl zu beschränken, welche nur zum Festungsdienste, zur Erhöhung des Glanzes des Hofes und zur Erhaltung einer guten Artillerie und Kavallerie erforderlich ist. Dann kann durch Verschmelzung des zweiten Aufgebots der Landwehr mit dem Landsturme eine vorzüglich aus ansässigen Männern bestehende, auf den ersten Ruf bereit seiende Landwehr gebildet werden, die vollkommen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit bei irgend außergewöhnlichen Veranlassungen hinreicht und die vermöge der Organisazion sich reichlich so gut, wie das der-

malige zweite Aufgebot der Landwehr, an das System der Landesvertheidigung anreiht.

In Beziehung auf die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit hat eine solche bürgerliche Landwehr einen großen Vorzug vor dem stehenden Heere. Der eigentliche Soldat hat mehr auf Das, was Soldatenehre genannt wird, zu sehen und kann deshalb thätlichen oder mündlichen Beschimpfungen in der Regel nicht wohl etwas Anderes, als Gewalt entgegensetzen, während der Ruhm einer bürgerlichen Landwehr darin besteht, die Ordnung ohne Anwendung der Gewalt zu erhalten. Selbst dann, wenn diese Letztere gebraucht werden muß, geschieht es weit zweckmäßiger durch eine bürgerliche Landwehr, als durch Militär. Die Erstere vertheidigt ihr Eigenthum, und, wenn dabei auch mitunter etwas rauh verfahren werden sollte, so wirft Dieses kein nachtheiliges Licht auf die Staatsgewalt. Dies ist um so mehr bei Anwendung der Militärgewalt der Fall, als nicht zu verkennen ist, daß allgemein der Geist des Verdachtes, daß durch Militär Mehr, als die Vollziehung der Gesetze bezweckt werde, in den untern Volksklassen Raum faßt. Glücklich ist daher die Stellung der Staatsregierung, wenn sie die Mittel besitzt, wirksamer und kräftiger die Handhabung der Gesetze sichern zu können und dabei die moralische Kraft unversehrt zu behaupten, ohne welche heutiges Tages keine Regierung eines zivilisirten Landes mit Würde das Staatsruder zu führen vermag. Alsdann tritt nicht mehr der Fall ein, daß ganze Armeekorps aus einer Provinz in die andere gesandt werden müssen, um die innere Ordnung zu erhalten, und daß auf diese Weise die beobachtenden Nachbarstaaten zu der Meinung veranlaßt werden, Preußen leide an innerer Schwäche.

Preußens eigentliches, naturgemäßes Militärsystem ist demnach das defensive, an die Maßregeln zur Erhaltung innerer Ordnung sich anschließend. Es kann nicht mehr als vorzugsweiser Militärstaat mächtig sein, seitdem auch andere große Staaten sich auf nazionale Armeen stützen. Die Bezeichnung Preußens als Militärstaat

ist durch die seit Friedrichs des Großen Zeit ganz umgewandelten Verhältnisse durchaus unpassend geworden, richtiger könnte es ein Industriestaat genannt werden. Sollte nun einmal Preußen in die Alternative versetzt werden, in einem großen unvermeidlichen Kriege die Neutralität nicht behaupten zu können und für eine der beiden kriegführenden Parteien sich erklären zu müssen, so hat es die stärkste Aussicht auf Erfolg an der Seite, wohin das wahre Staatsinteresse ruft; dahin neigt sich fast ohne Ausnahme auch immer die Kraft der Nazion und die öffentliche Meinung, wenn beide sich legal äußern können und wenn die Aeußerung nicht durch künstliche Mittel verfälscht wird.

Der Erfolg in der Politik hängt zum großen Theile davon ab, daß klar erkannt werde, welches der endliche Zweck ist, den der Staat verfolgt. Preußen kann keinen andern endlichen Zweck haben, als den, selbstständig durch seine Stellung und innere Kraft zu sein, nicht, die Selbstständigkeit den gegenseitigen Verhältnissen der Großmächte theilweise danken zu müssen. Ich hoffe, daß jeder preußische Staatsmann diesen Zweck als richtig anerkennen wird.

Preußen mit seinem jetzigen Regierungssysteme, wie gut dieses gemeint sei, wird von Frankreich und von den dasselbe begrenzenden Staaten, in welchen die homogenen Prinzipien herrschen, als Vormauer Rußlands und als dessen stiller Bundesgenosse betrachtet. Die Diplomaten mögen darüber sich so viele Friedensversicherungen geben, wie sie wollen, — so lange Preußen in jenem Systeme beharrt, wird das Schisma bestehen und ein Krieg die endliche Folge sein.

Wenn nicht Jemand einen solchen Krieg als der höchsten Wahrscheinlichkeit nach glücklich für Preußen erweisen kann, so muß er als ein unglücklicher betrachtet werden. Ich behaupte, daß Niemand vor ganz unparteiischen, vorurtheilsfreien Beurtheilenden jene Wahrscheinlichkeit auch nur im Geringsten darzuthun vermag. Die kriegs-

lustigen Politiker sind nicht einmal im Stande, im Falle des Sieges wesentliche Vortheile für Preußen als wahrscheinlich zu erweisen.

Die Frage ist nun gar nicht: welches ist das beste Regierungssystem? oder welches ist das bequemste? sondern: welches ist das nothwendige System im Innern und nach außen? Denn die Welt gestaltet sich um, sie hat sich bereits theilweise umgestaltet; Preußen muß in Zeiten einen bestimmten Plan ergreifen, sonst wird es wider Willen in den Strudel der Ereignisse gezogen werden, aus Noth des Augenblicks handeln müssen, den endlichen Zweck seiner Politik nicht festen und kräftigen Schrittes verfolgen können und vielleicht gar am Ende der großen Bewegung weit von diesem Zweck entfernt werden.

Wohlan, ich habe beweisen wollen und schmeichle mir bewiesen zu haben: daß das nothwendige Regierungssystem Preußens jetzt sein müsse, mit klarem Bewußtsein kräftig, aber nicht mit überspannten demokratischen Ideen, die wahre Nazionalkraft, wie dieselbe durch den vorgeschrittenen und vorschreitenden Kulturzustand des Volkes sich gestaltet hat, formell und vollständig auszubilden, die legale Aeußerung der öffentlichen Meinung und deren wohlthätigen Einfluß zu sichern, das Band der deutschen Volksstämme zur Vermehrung der gemeinsamen deutschen Macht enger zu befestigen, die Unabhängigkeit der übrigen kleinern mitteleuropäischen Staaten zu schützen, und auf diese Weise einen von der Konvenienz der europäischen Großmächte unabhängigen höhern Grad von Selbstständigkeit zu behaupten.

Die Vorsehung scheint die deutlichsten Fingerzeige zur Annahme des vorbezeichneten Regierungssystems gegeben zu haben. Ich deute sie an.

So mächtig der über die Völker wehende Geist auch im Allgemeinen eindringt, nirgends ist in Preußen dem gerechtesten der Könige

Etwas abgetrotzt worden. Es soll Ihm der Ruhm rein und ungetrübt bleiben, aus freier Ueberzeugung zum Heil des Volkes einen Theil der im Laufe der Zeiten erworbenen Unumschränktheit der Macht zu opfern, den Thron dadurch um so mehr zu kräftigen und zu erheben, und den Namen Friedrich Wilhelms des Dritten, als des wahren Begründers preußischer und deutscher Freiheit und Größe, bei den spätesten Nachkommen unsterblich glänzen und dankbar ehren zu lassen.

Die Rheinprovinzen, diese ächt germanischen Gauen, welchen niemals eine drückende Leibeigenschaft, wie in den meisten östlichen Provinzen, aufgedrungen wurde, so daß die frühere französische Revoluzion hier weniger Feudallasten, als in den meisten Theilen Frankreichs, zu vertilgen fand, sind nicht an Preußen überkommen, um experimentalisch zu versuchen, wie weit sich die Ueberbleibsel der Feudalzeit wohl mit dem neuern Kulturzustande vertrügen; sondern um zu zeigen, welches dieser Letztere in den östlichen Provinzen sein werde, sobald dort einmal die Gewerbefreiheit und die bürgerliche Freiheit der Personen ganz Wurzel gefaßt haben, und zu beweisen, daß sich mit der Justiz als Institut, mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit derselben, mit der Gleichheit vor dem Richter und dem Gesetze gar gut regieren lasse.

Preußen hat nicht lange Glieder des Staatskörpers erhalten, um Amputazionen zu erleiden — diese würden nur die Folgen des Strauchelns im Dunkeln oder im Zwielicht sein —, sondern um so viel sicherer Deutschlands Grenzen zu wahren, eine ganz germanische Macht zu sein, und um im weiten Ausstrecken der Glieder so viel weiter den Einfluß der moralischen Kraft zu verbreiten oder um so viel mehr zur Vereinigung germanischer Interessen beitragen zu können.

Oestreichs Entfremdung von Deutschland läßt die süddeutschen Staaten im deutschen Bunde (ich meine den formell bestehenden) nichts Anderes erblicken, als einen ihnen auferlegten Wachtposten für

Oestreichs Sicherheit. Was auch die Diplomaten über die Hülfeleistung sich versprechen mögen, bei der ersten großen Gefahr würde es gehen, wie weiland im Reiche, wenn nicht ein besseres Band, als der bestehende deutsche Bund, harmonisch die Interessen und Instituzionen der deutschen Staaten verbindet. Preußen, welches schon in Beziehung auf die materiellen Interessen die Bahn der Vereinigung gebrochen hat, ist in der für die ihm angewiesene Stellung glücklichen Mitte zwischen Größe und Unbedeutendheit, um keine gegründeten Besorgnisse für die Unabhängigkeit der kleinern Staaten zu erregen und doch tüchtiger Schutz in vereinigter Kraft ihnen sein zu können. Welcher Fingerzeig der Vorsehung für Preußen, sein Hauptziel auf die Beförderung germanischer Freiheit zu richten und dadurch zu verhüten, daß die kleinern deutschen Staaten (besonders die südlichen) nicht bei erheblicher Gefahr, ihrem eignen und Preußens Interesse entgegen, durch die Homogenität der Prinzipien oder aus Noth in Frankreichs Schutz sich werfen!

Wie glücklich ist es für Preußen, daß Frankreichs Zollsystem die Interessen der Nachbarstaaten von sich entfremdet! Auf diese Weise wird Belgiens Unabhängigkeit recht eigentlich auf Preußens Schutz verwiesen. Dieses braucht nur sein inneres Regierungssystem in dem von mir bezeichneten Sinne zu ändern, so kann durch die Annäherung der belgischen und preußischen industriellen Interessen binnen kurzer Zeit der französische Einfluß in Belgien verschwinden und dieses Land eine kräftige Vormauer Deutschlands gegen französische Anmaßungen bilden.

Ueberall kann Preußen durch die Annahme des wahrhaft konstituzionellen Systems nur gewinnen. Insbesondere wird es dadurch auch der gefährlichen Stellung entrückt, als besonders intimer Alliirter Rußlands zu gelten. Welche Weisung, auf diese Art sich und Deutschland zu kräftigen und den Weltfrieden zu sichern!

Ich resumire meine Ansichten über die Maßregeln, welche Preu-

ßen durch drohende Gefahren zum Ruhme und zu erhöhter Macht führen werden.

1. Wiederergreifung des Systems der Abschaffung der aus dem Mittelalter noch übrigen Privilegien, welche die Ausübung der königlichen Hoheitsrechte oder die allgemeine Wohlfahrt der Unterthanen beeinträchtigen.

2. Bildung einer aufrichtig konstituzionellen Regierung und der legalen Aeußerung der öffentlichen Meinung in dem von mir angegebenen Sinne. Die Verfassungsurkunde ist einer, durch Wahl hervorgegangenen, die wahre Kraft der Nazion repräsentirenden Versammlung vorzulegen und auf diese Weise vertragsmäßig abzuschließen. So wird die Idee einer oktroyirten Verfassung vermieden und die verderbliche Theorie der Volkssouveränität kann nicht Veranlassung zu unheilbringenden Diskussionen werden.

3. Bildung eines kräftigen deutschen Vereins oder die Ausbildung des deutschen Bundes und Ergreifung der zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten Maßregeln. Die Basis des Bundes wäre:

a) Betheiligung der blos germanischen Staaten in der Art, daß die zum Bunde gehörigen deutschen Staaten nie eine mit nichtdeutschen Staaten verbundene Regierung und Verwaltung haben könnten*).

b) Freier Verkehr im Innern des ganzen Bundes.

c) Selbstständigkeit der einzelnen Bundesstaaten, nur in der Beschränkung, daß durch diesen Grundsatz die Prinzipien, durch

---

*) Also z. B. gänzliche Trennung der Finanzen, des Kriegswesens ꝛc. der dänisch-deutschen Herzogthümer von Dänemark, Luxemburgs von Niederland. Anm. des Herausg.

welche der Bund Einheit und Kraft erhält, nicht untergraben werden*).

d) Der Bund ein einiger Föderativstaat, in der Art, daß nicht nur die Bundesstaaten unter sich keinen Krieg führen können, sondern daß auch kein einzelner Bundesstaat mit einer nicht zum Bunde gehörigen Macht Krieg führen oder Verträge abschließen kann.

e) Eine von den Ständen der Bundesstaaten zu ernennende Bundesversammlung, welche die zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit des Bundes erforderlichen allgemeinen Lasten desselben bewilligt.

f) Ein Exekutivrath zur Ausführung des unter e angegebenen Zweckes. Dieser Rath würde von den Regierungen der Bundesstaaten ernannt, jedoch würde die Regierung jedes der drei größten Staaten zur Ernennung eines Mitgliedes berechtigt sein müssen.

Die vorstehenden Grundzüge sollen nur zeigen, daß ein solcher Bund nicht nur für Preußen, sondern auch für die übrigen deutschen Staaten vortheilhaft und zugleich dem ganzen europäischen Interesse zusagend ist; denn dieses Letztere erheischt in Wahrheit eine festere Konsolidirung des Herzens von Europa.

4. Die Verkettung des Interesses von Belgien, Dänemark und der Schweiz vermittelst angemessener, den Verkehr erleichternder

---

*) Diese Prinzipien wären wohl etwas näher zu bezeichnen. Nach der jetzigen Bundesverfassung wird die Selbstständigkeit der einzelnen Bundesstaaten auch im angeblichen Interesse der „Einheit und Kraft" des Bundes vielfach beschränkt, nämlich so, daß man von Bundeswegen eine polizeiliche Uniformität in dem ganzen Bundesgebiete herzustellen sucht und zu diesem Zwecke die Territorialgesetzgebung der einzelnen Staaten durch die Bundesgesetzgebung ungenirt abändert, wogegen man überall da, wo es gälte, allgemeine Rechte und Freiheiten des Volks gegen beengende Maßregeln einzelner Regierungen zu wahren, sich hinter der „Selbstständigkeit" dieser Letztern versteckt. Das freilich dürfte nicht so bleiben, wenn der Bund wirklich ein „kräftiger deutscher Verein" werden sollte. Anm. des Herausg.

Handelsverträge, mit dem Interesse eines also gestalteten deutschen Bundes.

5. Holland in diesem europäischen Staatensysteme wäre als ein großer Freihafen für Mitteleuropa zu betrachten, oder würde durch Handelsvertrag sich ebenfalls an die Interessen des deutschen Bundes anschließen.

Daß Preußen einen entscheidenden Entschluß über seine innere und äußere Politik fasse, erachte ich als dringend nothwendig.

Niemals haben in der Weltgeschichte große Ereignisse sich schneller entwickelt, als in unserm Zeitalter; niemals haben die herrschenden Ideen der Völker schneller zur That geführt oder die Ereignisse vorbereitet. Die Geschichte wird Wehe über die Staaten rufen, welche die Zeit verkannten und die entscheidenden Augenblicke nicht aufzufassen verstanden.

Zum Schlusse berühre ich noch einige Einwendungen, die vielleicht dem von mir angerathenen Systeme gemacht werden.

A. Die Verletzung der Rechte privilegirter preußischer Unterthanen. — Durch das Gesetz über Gewerbefreiheit sind viel mehr und im Ganzen einträglichere Privilegien zerstört worden, als diejenigen, welche noch aufzuheben sind. Wenn der König einen Theil der gesetzgebenden Macht dem Erhalten des Staates opfern will, so können einige Unterthanen füglich demselben Zwecke die patrimonielle Gerichtsherrlichkeit, die Befreiung von der Grundsteuer und dergleichen mit den höhern Staatsinteressen und den neuen Lebensprinzipien des Staates unvereinbaren Privilegien opfern. Wo den Standesherren oder sonst vertragsmäßig die Steuerfreiheit zugesichert ist, wird die Nazion, der nothwendigen Gleichheit wegen, gern eine billige Entschädigung darbieten.

So Viel ist gewiß, daß wegen Aufhebung der bezeichneten Privilegien weder der Staat noch der Thron irgend eine Gefahr von Seiten der Betheiligten läuft. Mit einigen Klagen über die schöne vergangene Zeit ist es abgemacht; dergleichen gab es noch mehr, als

die Zünfte aufgehoben wurden. Nur konnten die Klagen darüber den Thron nicht so behelligen, wie diejenigen der Privilegirten der höhern Stände.

B. Rußlands Widerspruch. Wie mächtig hat die Vorsehung für Preußen gesorgt, indem Rußland jetzt in eine Lage versetzt ist, durch welche es verhindert wird, mit Energie der Entwickelung preußischer Kraft entgegen zu treten!

C. Wird Englands Politik für Preußen kein Hinderniß sein? Gerade weil die englische Politik wesentlich friedlich ist und sein muß, wird sie einem System hold sein, welches kräftig zur Befestigung des Friedens durch Konsolidirung der unsichern Verhältnisse Deutschlands beiträgt.

D. Und Frankreich?

Ich kann mir nicht denken, daß dieses Land einen nicht populären Krieg gegen die Ausbildung homogener Prinzipien beginnen werde, zumal durch das von Preußen zu ergreifende System Frankreich gegen Rußlands Uebelwollen gedeckt wird.

E. Aber der deutsche Bund von 1815?

Es wird nur von Preußen abhängen, ihn in eine entgegengesetzte Richtung von der bisher befolgten zu bringen.

Endlich, wenn die freie Presse und das konstituzionelle System die Idee eines einigen Deutschlands als volksthümlich allgemein verbreiteten, wird daraus keine Gefahr für die deutschen Throne entstehen? — Diese Gefahr ist nur zu fürchten, wenn den neuern Lebensprinzipien der Staaten der ihnen gebührende Einfluß versagt wird und die Deutschen durch die Gewöhnung an Unfreiheit zur Tragung fremder Fesseln vorbereitet werden.

Aachen, im Dezember 1830.

Hansemann.

— So weit die Denkschrift Hansemanns. Von dem Könige Friedrich Wilhelm III., dem der Verf. dieselbe damals einreichte, erhielt er folgenden Bescheid darauf:

„Ich habe Ihre Eingabe vom 31. Dezember v. J. nebst dem derselben beigefügten Manuskript dem Minister des Innern und der Polizei zur Beurtheilung, ob und inwiefern von Ihren Bemerkungen und Vorschlägen ein praktischer Gebrauch für die Verwaltung der innern Politik gemacht werden könne, zugefertigt, und, unerachtet mancher Abweichungen Ihrer Ansichten und Vorschläge von den Grundsätzen, welche die Verwaltung nach reiflicher Prüfung derselben in Anwendung bringt, habe ich doch gern Ihre löbliche Absicht und Ihre guten Gesinnungen erkannt."

Berlin, den 8. Februar 1831.

Friedrich Wilhelm.

Nachwort des Herausgebers.

Funfzehn Jahre, und mehr, sind seitdem abermals verflossen, und für die Verwirklichung der Reformideen, welche der Verfasser der Denkschrift schon damals als „dringend" bezeichnete, ist in diesem ganzen langen Zeitraume Nichts geschehen. Die großen Mahnungen des Jahres 1830 haben sich seitdem noch einmal, obwohl in anderer Gestalt und in schwächerem Grade, im Jahre 1840 wiederholt. Damals fühlte man auch gar wohl die Nothwendigkeit, dem kriegerischen Enthusiasmus der Franzosen und den verlockenden Stimmen, die von dorther abermals aufs rechte Rheinufer herüber klangen, „etwas Anderes entgegenzusetzen, als die deutsche Bundesversammlung, die Verfassungen der kleinern deutschen Staaten und Preußens Provinzialstände"; man fühlte die Nothwendigkeit, den deutschen Völkern das Gefühl oder wenigstens die Ahnung eines wahren Nazionallebens in Einheit und Freiheit zu verschaffen, um sie für ihr deutsches Vaterland zu begeistern und den ausländischen Sirenenstimmen ihr Ohr zu verschließen. Damals ging Preußen wieder voran in hoffnungerweckenden Verheißungen und selbst in einzelnen Thaten, die eine „lebendigere Zeit" an-

zukündigen schienen. Aber auf diesen kurzen, schönen Traum folgte bald die bitterste Enttäuschung. Statt den großen Moment wahrzunehmen, wo Preußen, an die Spitze der neuerwachten nazionalen und liberalen Bewegung in Deutschland tretend, auf dem friedlichsten Wege eine Machtvergrößerung erlangen konnte, wie sie kein Krieg ihm zu bringen vermag, wo es Das nachholen konnte, was es 1815 versäumt, statt Dessen machte sich die preußische Politik nach einer kurzen freisinnigen Anwandlung abermals zur Nachtreterin der östreichischen und russischen, ließ sich von dem altersschwachen Leiter des Wiener Kabinets einschüchtern und kokettirte nebenbei mit der verbrauchten Romantik mittelalterlicher Herrlichkeit, mit dem körperlosen Nebelbilde des „christlich-germanischen Staats."

Aber mit Wöllnerschen Edikten oder mit autokratischen Machtsprüchen nach der Art Ludwigs XIV. oder Karls XII. läßt sich heutzutage ein Volk, wie das preußische, auf die Länge nicht regieren, läßt sich am Allerwenigsten die große weltgeschichtliche Aufgabe Preußens erfüllen, die Zuneigung der übrigen deutschen Stämme gewinnen und die Leitung der deutschen Geschicke in die Hand nehmen. Diese Aufgabe Preußens ist wahrhaftig gegenwärtig eine so leichte, so angebahnte; sie erfordert zu ihrer Lösung weder die Kühnheit eines Stein, noch die diplomatische Feinheit eines Hardenberg; sie verlangt Nichts, als ein Herz für die offenkundigen Wünsche und Bedürfnisse des Volks, Vertrauen zu dem gesunden Sinne des Volks, und den ehrlichen, guten Willen, mit diesem Volke Hand in Hand zu gehen. Nur büreaukratischer Hochmuth und Infallibilitätsdünkel oder souveräne Selbstüberschätzung kann sich über den Weg täuschen, welcher der preußischen Politik durch die Verhältnisse vorgezeichnet ist. Zu klar liegt es vor Augen und wird durch zahlreiche Thatsachen bestätigt, daß das in allen deutschen Völkern und auch im preußischen erwachte Freiheits- und Einheitsstreben nicht mehr zu unterdrücken ist, daß es, trotz aller Hemmungen, sich immer neue und weitere Bahnen bricht, und daß es am Ende auf

eine oder die andere Weise durchdringen muß. Ein weltgeschichtliches Gesetz läßt sich nicht aufheben durch ohnmächtige Machtsprüche und kleinliche Polizeianstalten; ein solches Gesetz aber ist das Streben aller gebildeten, geistig reifen und gewerbthätigen Völker nach freien Staatseinrichtungen, nach Theilnahme an ihren öffentlichen Angelegenheiten; ein solches ist ferner die Herausbildung naziona-ler Stammverwandtschaften aus dem Partikularismus der durch dynastische Sonderinteressen und eine willkürlich schaltende Diplomatie geschaffenen Trennungen; ein solches endlich ist das Hinstreben dieser zum Einheits- und Kraftbewußtsein in sich erstarkten Nazionalitäten zu äußerer politischer Geltung und Berechtigung. Dieses dreifache weltgeschichtliche Gesetz macht die eingebildete Weisheit der Büreaukraten und aller Derer zu Schanden, welche zwar fortwährend die Worte: „historische Entwicklung" im Munde führen, aber keine Ahnung haben von dem wahren Sinne dieser Worte. Wären diese Leute nicht blind für die deutlichsten Fingerzeige der Geschichte, oder wollten sie nicht absichtlich sich darüber täuschen, um sich in ihrem Schlendrian und Allweisheitsdünkel nicht stören zu lassen, so müßten sie einsehen, welche gewaltige Fortschritte nur in den letzten fünf Jahren, trotz aller ihrer polizeilichen Ueberwachung und Eindämmung, die liberalen Ideen in Preußen gemacht haben; wie sie schon in alle Schichten des Volks gedrungen sind, und nicht etwa blos von Schriftstellern oder jungen Leuten (wie man gern sich und dem Volke weiß machen möchte), sondern auch von Solchen getheilt und vertreten werden, die durch Beruf, Stand, Vermögen, Gewerbe oder Alter die vollständigsten Bürgschaften einer besonnenen und von jeder leichtsinnigen Störung der bestehenden Ordnung weit entfernten Denkweise geben, von Beamten, Grundbesitzern, Kaufleuten, Gewerbtreibenden; auch nicht mehr blos von Einzelnen, sondern von ganzen Korporazionen, von den Magistraten und Stadtverordneten der ersten Städte des Reichs und von sämmtlichen Provinziallandtagen. Sie müßten einsehen, daß Dies Mehr ist, als ein augen-

blicklicher Rausch, daß dieser Bewegung ein tiefer Drang des Volks- und Zeitbewußtseins, eine zwingende geschichtliche Nothwendigkeit zu Grunde liegt, eine Nothwendigkeit, die man nicht beseitigt, indem man sie leugnet, die vielmehr den Leitern des Staats nur die eine Wahl noch offen läßt: mit ihr vorwärts zu gehen oder von ihr vorwärts getrieben zu werden auch wider ihren Willen. Einsehen sollten sie ferner, was auf dem Spiele steht, wenn sie die Mahnungen der Zeit nicht bald begreifen und befolgen, wenn sie hartnäckig dem Strome der Bewegung sich entgegenstemmen und die Räder der Staatsmaschine immer nur in den alten, ausgefahrenen Gleisen dahinrollen lassen. Wir wollen hier nicht von den finanziellen Verwicklungen sprechen, die Hansemann ganz übergangen hat, die auch allerdings erst nach der Zeit, wo er die Denkschrift schrieb, offenkundiger geworden sind, Verwicklungen, welche, wir sind davon überzeugt, in gar nicht ferner Zeit (trotz des äußern Scheines von blühenden Finanzen, womit man zu blenden sucht) einen sehr bedenklichen Ausgang nehmen werden, wenn man nicht noch in Zeiten daran denkt, einestheils durch Einführung der Oeffentlichkeit und einer reichsständischen Kontrole beim Staatshaushalte dem Staatskredite neue und dauerhafte Grundlagen zu geben, anderntheils ebendadurch Ersparungen anzubahnen, endlich aber, unter Mitwirkung der Vertreter der Nazion, eine bessere Einrichtung und gerechtere Vertheilung der Abgaben herbeizuführen und so ebensowohl den Staatsfinanzen neue, ergiebige Quellen zu öffnen, als auch die Lasten des Volks, namentlich einzelner Klassen desselben, zu erleichtern. Wir wollen ferner nicht von Dem sprechen, was schon 1830 Hansemann als eine Gefahr für den preußischen Staat, wenigstens in der Ferne zeigte, was aber seitdem in erschreckende Nähe herangerückt ist — von der Möglichkeit eines gewaltsamen Ausbruchs der lange angesammelten und zur gefahrdrohendsten Masse aufgehäuften Gährungsstoffe, von den überall verstreuten Elementen der Unzufriedenheit und den poli-

tischen, religiösen, sozialen Neuerungsideen, die, weil man ihnen jeden gesetzlichen Weg friedlicher Entwicklung verschließt, nothwendig zuletzt explodiren müssen; auch nicht davon wollen wir sprechen, daß, indem man die politische Mündigsprechung der Mittelklassen gewaltsam zurückhält, man dem Kommunismus in die Hände arbeitet, der die untersten Schichten des Volks, die Massen zu bearbeiten und eine allgemeine Umgestaltung der gesammten sozialen Verhältnisse herbeizuführen bemüht ist, eine Umgestaltung, deren gewaltthätige Folgen nur dann vermieden werden können, wenn man der sozialen Reform die politische vorausgehen läßt und durch eine möglichst allgemeine Betheiligung aller Volksklassen an den Angelegenheiten des Staats, so wie durch Verbreitung politischer Bildung unter denselben, sie reif macht, das Richtige und Nothwendige in den sozialistischen Systemen von dem Einseitigen, Unausführbaren und Schädlichen selbst zu unterscheiden, Jenes mit vereinten Kräften und auf friedliche Weise ins Werk zu setzen, Dieses aus eigner Einsicht zurückzuweisen.

So könnten wir noch auf mancherlei bedenkliche Zeichen einer drohenden Auflösung der bestehenden Verhältnisse in Preußen hindeuten, z. B. auf die immer schroffere Trennung des Militärs von den übrigen Ständen und die daraus hervorgehenden Reibungen, auf die wachsende Unzufriedenheit einerseits, und andrerseits die immer merkbarer werdende geistige und sittliche Verkümmerung des Beamtenstandes, des eigentlichen Trägers des gegenwärtigen Systems. Allein alles Dies wollen wir hier nur andeuten, nicht weiter ausführen, obgleich wir meinen sollten, jeder einzelne dieser Punkte müßte schon für sich allein (geschweige denn alle zusammen) die Leiter der preußischen Geschicke zu den ernstesten Betrachtungen über die Lage ihres Staats auffordern und zu der Einsicht führen, daß es so nicht lange mehr fortgehen könne. Aber einen andern Punkt wollen wir berühren, der vielleicht von größerem Gewicht für sie sein dürfte. Hat man doch wenigstens oft genug gehört, wie preußische Staats-

männer die äußere politische Lage und Stellung Preußens zum Vorwande nahmen, um die Unmöglichkeit einer Aenderung in dessen innern Zuständen zu behaupten; wie sollten sie nicht umgekehrt die Nothwendigkeit einer solchen Aenderung einsehen und zugeben müssen, wenn man sie überzeugen könnte, daß gerade die äußere Stellung Preußens es ist, welche einen Umschwung seiner innern Politik dringend erheischt, ja zur Lebensbedingung macht für die Fortdauer und das Wachsthum seines äußeren Ansehens und seiner Geltung als europäischer Staat? Mit Recht hat daher auch Hansemann gerade diese Seite der preußischen Verhältnisse in den Vordergrund gerückt, hat auf die von Frankreich her drohenden Gefahren, auf die Nothwendigkeit, denselben durch Verpflanzung der liberalen Ideen auf den eignen, nazionalen Boden zu begegnen, andrerseits auf die bedenkliche Stellung Preußens zu dem östlichen Nachbar und die Verwicklungen, die ihm aus seinem Besitze polnischer Gebietstheile erwachsen, hingedeutet. Die meisten dieser Hindeutungen hat die neueste Zeit noch mehr bekräftigt, aber auch noch manche neue Momente hinzugefügt. Zwar haben die französischen Sympathien in Deutschland den früheren Einfluß nicht mehr, seitdem das Bewußtsein der Nazionalität stärker erwacht ist und zugleich die liberale Partei, die Mängel und Schattenseiten des französischen Konstituzionalismus einsehend, sich theils mehr dem englischen Vorbilde zugewandt, theils angefangen hat, die allgemeinen Grundsätze politischer Freiheit, frei von sklavischer Nachahmung fremder Muster, nach den eigenthümlichen Verhältnissen Deutschlands zu einem Systeme zu gestalten. Gleichwohl ist die Gefahr noch keineswegs für beseitigt zu erachten, die für Preußen, im Fall eines Kriegs mit Frankreich oder einer neuen Revoluzion in Frankreich, aus den mancherlei Berührungen seiner westlichen Provinzen so wie der kleinen Staaten des südwestlichen Deutschlands mit jenem Lande hervorgeht. Eine andre, vielleicht noch ernstere Gefahr liegt in der Befürchtung eines Einverständnisses Frankreichs mit Rußland, dessen

nächstes Ziel eine Einengung der preußischen und östreichischen Macht, wenn nicht geradezu eine Machtvergrößerung jener beiden ersten Staaten auf Kosten dieser letzten sein dürfte. Jedenfalls geht Rußland jetzt ernstlicher und entschiedener, als je, mit Plänen der verhängnißvollsten Art gegen Deutschland um. Möglich, daß es dabei Preußen in sein Interesse zu ziehen seinen Beistand oder wenigstens seine Neutralität bei seinen Plänen gegen Oestreich zu erkaufen sucht und ihm große Vortheile einer solchen Allianz vorspiegelt. Aber unmöglich können wir die preußischen Staatsmänner für so blind halten, daß sie nicht einsehen sollten, wie täuschend diese Vorspiegelungen sind, und wie Preußen, wenn es Rußland die Hand zur Ausführung seiner Absichten gegen Oestreich bieten wollte, damit zwar vielleicht einen augenblicklichen und scheinbaren Vortheil erreichen, in Wahrheit aber seine eigne und Deutschlands Zukunft an Rußland verkaufen und außerdem sich mit ewiger, unaustilgbarer Schmach bedecken würde. Daß einer der Hauptzielpunkte der russischen Politik die Schwächung und Umgarnung Deutschlands ist, darüber herrscht wohl kein Zweifel; daß Rußland aber gerade im gegenwärtigen Augenblicke diesen Plan mit verdoppelter Energie und mit einer wahrhaft teuflischen Berechnung verfolgt, auch darin glauben wir uns nicht zu täuschen.

Zwei Punkte sind es nach unsrer Ansicht, von denen aus Rußland jetzt hauptsächlich gegen Deutschland operirt. Der eine ist in Polen und den übrigen slawischen Ländern an der Grenze und im Innern Oestreichs zu suchen, der andre in Dänemark und den dänisch-deutschen Herzogthümern. Dort ist die Absicht, Oestreich zu schwächen, wenn nicht gar gänzlich auseinanderzusprengen, und über seine Trümmer hinweg sich einen freien Weg rechts nach Deutschland, links nach der Türkei und den Donauländern zu bahnen. Wir haben uns von Anfang an des Gedankens nicht erwehren können, daß selbst zwischen dem neuesten polnischen Aufstande und jenem von uns angedeuteten Plane Rußlands ein

Kausalnexus stattfinde. Neuere Thatsachen und Entdeckungen scheinen diese Hypothese zu bestätigen, die allerdings kühn erscheinen mag, aber sicherlich nicht kühner ist, als die Politik des russischen Kabinets. Es bedarf aber auch dieser äußersten Annahme noch gar nicht, um die Ansicht zu begründen, daß Rußland mit allen Mitteln dahin strebe, den östreichischen Staatenkompler dadurch zu sprengen, daß es die ihm selbst verwandten slawischen Elemente desselben an sich zu ziehen oder doch von den übrigen zu trennen trachtet. Der Zielpunkt der russischen Politik nach dieser Seite hin würde sein: die Auflösung Oestreichs durch eine allgemeine Erhebung aller slawischen Stämme gegen dasselbe, die Verbindung dieser Stämme mit dem russischen Koloß und die Vorschiebung dieses letztern bis an die mittle Donau, die Moldau und Elbe. Frankreich würde dazu stillschweigen, wenn man ihm das Erbe Oestreichs in Italien überließe, vielleicht auch noch seinen Gelüsten nach der Rheingrenze und Belgien Vorschub leistete. Daß eine französisch-russische Allianz in diesem Sinne schon längst im Werke ist, unterliegt wohl kaum einem Zweifel. Gelänge es nun, auch noch Preußen durch die in Aussicht gestellte Vermehrung seiner Macht in Deutschland, wo es dann die einzige Großmacht wäre, zufriedenzustellen, so hätte Rußland gewonnenes Spiel, denn dann würde England allein schwerlich stark genug sein, um einen solchen Streich abzuwenden.

Daß freilich Preußen, wenn es sich auf solche Weise von Rußland ins Netz locken ließe, nicht allein ein schweres Verbrechen gegen seine heiligsten Pflichten als deutsche Macht und als Bundesstaat, sondern auch (was in der Wagschaale der Diplomatie bekanntlich schwerer wiegt) einen unverzeihlichen Fehler begehen würde, leuchtet ein. Preußens Politik muß vielmehr, im eignen wie im deutschen Interesse, dahin gehen, Rußland nicht allein von einem weitern Vordringen nach Westen abzuhalten, sondern, wo möglich, sogar dessen Einfluß und Macht in den Gebieten der untern Donau zu brechen. Beides kann es nur erreichen entweder im

engsten Bunde mit Oestreich, oder, wenn dies Reich einem unaufhaltsamen Schicksale und der Kurzsichtigkeit seiner Lenker zum Opfer fallen sollte, durch ein ganz festes Zusammenhalten mit dem übrigen Deutschland und durch eine alle nazionale Kräfte zur höchsten Energie anspannende und aufs Innigste verbindende Gestaltung seiner eignen sowie der allgemeinen deutschen Verfassungsverhältnisse. In dem einen wie in dem andern Falle aber giebt es für Preußen nur einen Talisman, durch dessen Kraft es das große Werk der Rettung Deutschlands vom russischen Joche, der Verjüngung und Neubelebung deutscher Nazionalmacht glücklich und siegreich zu vollführen vermag, und dieser Talisman heißt: politische Freiheit, Entfesselung und Beflügelung der Volkskraft durch freie Instituzionen. Oestreichs Verfall, sein Zerbröckeln in einzelne Nazionalitäten, seine Zerfleischung durch russisch-panslawische Intriguen kann nur dann vielleicht noch verhindert werden, wenn die östreichische Regierung sich entschließt, als versöhnenden und bindenden Zauber über die feindlich getrennten, auseinanderstrebenden Stämme das Wort der Freiheit auszusprechen*). Zu diesem Entschlusse das östreichische Kabinet hinzudrängen, muß daher Preußens erste Aufgabe sein, wenn man es in Berlin mit seinen Bundespflichten gegen Oestreich ehrlich meint. Natürlich müßte Preußen selbst mit gutem Beispiele vorangehen, was auch um seiner eignen polnischen Gebietstheile halber gerathen sein möchte, da diese unter einer freiern Verfassung sich weit weniger in ihrer Nazionalität gekränkt und überhaupt weit eher befriedigt fühlen würden, als bei dem jetzigen autokratischen und büreaukratischen Zentralisazionssysteme. Sollte das östreichische Kabinet diesen letzten und einzigen Rettungsweg zu betreten sich beharrlich weigern, sollte in Folge dessen das Schicksal dieses altehrwürdigen Reichs sich erfüllen und es seinem

*) Man vergl. den Aufsatz: „Die slawische Frage und Oestreichs Verhältniß zu ihr," in diesem Bande der „Gegenwart."

Verfalle zueilen, nun, so müßte Preußen wenigstens Alles aufbieten, daß diese erschütternde Katastrofe nicht zu Rußlands, sondern zu Deutschlands Vortheil ausschlüge. Wenn also (was allerdings sehr möglich ist) früher oder später einmal eine große panslawistische Bewegung den östreichischen Staatenkomplex auseinanderrisse, so müßte Preußens Sorge darauf gerichtet sein, daß diese Bewegung nicht eine Verstärkung oder Vergrößerung des russischen Kolosses zur Folge hätte, sondern daß sich daraus vielmehr ein selbstständiges westslawisches Reich mit demokratisch-föderalistischen Institutionen bildete, und daß dieses Reich in freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland träte, mit dem es jedenfalls das Interesse einer Opposizion gegen den Gewaltdruck des ostslawischen Despotismus gemein hätte.

Eine zweite Sorge Preußens in dem supponirten Falle müßte die sein: Deutschland sofort in einer Weise zu reorganisiren, welche für die Einheit und Machtentwicklung der Nazion bessere Bürgschaften böte, als die gegenwärtige Föderativverfassung. Dies würde dann insofern leichter sein, als jetzt, als dann Preußen die einzige Großmacht im deutschen Bunde wäre. Aber auch dazu wäre das erste Erforderniß: ein Vorangehen Preußens in freier, zeitgemäßer Konstituirung seiner innern Staatsverhältnisse, um das Vertrauen und die Sympathien der andern deutschen Völker zu gewinnen und um dem Prinzipe der Freiheit, der Mitwirkung des Volks bei den öffentlichen Angelegenheiten — ohne welches heutzutage kein Staat, am Wenigsten ein Föderativstaat, eine achtunggebietende Rolle im Staatensystem spielen kann — eine allgemeine und gesicherte Geltung in allen deutschen Ländern zu verschaffen.

Daß auch bei den Verwicklungen im Norden Deutschlands vorzugsweise Rußland die Hand im Spiele habe, ist ebensowenig zweifelhaft. Rußland möchte um jeden Preis an der Nordküste Deutschlands Fuß fassen, um uns auch von dort aus, wie

im Süden von den Donaufürstenthümern und im Osten von Polen aus, in die Flanke zu fassen und zu umgarnen. Rußland wünscht, die Herzogthümer von Deutschland abzuziehen und Dänemark zu verstärken — von dessen Botmäßigkeit unter seinen Willen es überzeugt ist —, um durch dasselbe einerseits Schweden, andrerseits Deutschland beständig im Schach zu halten.

Frankreichs Interesse geht mit dem Rußlands hier, wie überall da Hand in Hand, wo es eine Schwächung Deutschlands gilt. England kann zwar nicht wünschen, russischen Einfluß sich in Dänemark festsetzen und von dort aus die Ostsee beherrschen zu sehen; aber ebensowenig mag es dulden, daß das Ländergebiet nördlich bis zur Eider oder gar bis zur Königsau enger, als bisher, mit Deutschland verknüpft, wohl gar dem deutschen Bunde oder dem Zollvereine einverleibt werde, und daß dieser Letzte dadurch in den Besitz trefflicher Häfen an der Nord- und Ostsee und somit in den Stand gelange, die Küstenstaaten, insbesondre Hamburg, zum Anschluß an eine dem britischen Seeinteresse feindliche Schifffahrtsgesetzgebung zu nöthigen.

So sehen wir also hier im Norden das deutsche Interesse von drei Seiten her bedroht und mit scheelen Augen angesehen. Unter diesen Umständen bedarf es einer doppelt energischen Kraftentwicklung des deutschen Bundes und der beiden deutschen Großmächte, um die drohende Gefahr einer Schwächung Deutschlands, einer Abreißung deutscher Gebietstheile von dem Gesammtverbande zu verhindern. Unglücklicherweise sind nun aber jetzt Oestreich und Preußen durch die polnischen Zustände im Schach gehalten und in ihren Bewegungen gehemmt — eine neue Bestätigung für unsre oben ausgesprochene Vermuthung, daß ein wohlberechneter Kalkül bei den neuesten Ereignissen sowohl im Osten als hier im Norden Deutschlands thätig gewesen sei.

Was aber noch mehr ein entschiedenes Auftreten der beiden Großmächte hindert, Das ist die unvolksthümliche, unfreisinnige, engherzige Richtung ihrer innern Politik. Beide

Kabinette — das zu Berlin wie das zu Wien — sehen mit ängstlichen Blicken in und mit der nazionalen Bewegung in den Herzogthümern und im ganzen übrigen Deutschland zugleich eine volksthümliche, eine liberale Bewegung sich entwickeln; sie sehen in Schleswig-Holstein das, in den Augen des deutschen Volks glorreiche und erhebende, aus dem engen Gesichtskreise der Kabinetspolitik dagegen, höchst bedenkliche Beispiel gegeben: wie ein Volk seine Rechte gegen gewaltsame Uebergriffe von obenher zu wahren und bis aufs Äußerste zu vertheidigen Anstalt macht. Ist auch diese Bewegung dort zunächst nur gegen einen Angriff auf die Nazionalität gerichtet, so ist sie doch schon ihrer Form nach, als eine Auflehnung gegen die bestehende Staatsgewalt, den strengen Anhängern des Legitimitätsprinzips verdächtig. Ferner aber, wer bürgt denn dafür, daß nicht das schleswig-holsteinische Volk, wenn es einmal sich erhoben hat, um durch eigne Kraft fremde Angriffe auf seine nazionale Selbstständigkeit abzuwehren, auch weiter gehe und eine staatliche Selbstständigkeit im Innern anstrebe, die den von Berlin und Wien aus diktirten Grundsätzen deutscher Verfassungspolitik widersprechen könnte? Ja! wäre es ein bloßer Erbfolgestreit fürstlicher Häuser — da würden wohl die Herren in Frankfurt sich eher zu einem Einschreiten entschließen, aber so! Unstreitig sind auch schon längst russische Insinuazionen nach Berlin und Wien gelangt: man werde doch nicht einer Bewegung Vorschub leisten, welche offenbar durchaus revoluzionärer Natur sei — und wir fürchten sehr, diese Insinuazionen sind nicht wirkungslos gewesen.

So hält Rußland fortwährend das preußische Kabinet, wie das östreichische, an dem Leitseile des gemeinschaftlichen konservativen oder Legitimitätsprinzips fest, eines Prinzips, welches doch Rußland selbst sofort und ohne das geringste Bedenken aufgiebt, sobald es sein Vortheil erheischt; so benutzt es dieses Prinzip und die Furcht der beiden genannten Kabinette vor dem Geiste der Freiheit, um ihre ganze Thatkraft nach außen zu lähmen, während

es selbst, bei ganz verschiedenen innern Verhältnissen, aus seinem Despotismus im Innern Kraft nach außen schöpft.

Hätte Preußen ein freisinniges System im Innern entwickelt, stützte es sich wahrhaft auf die Kraft und den Willen seines Volks, und stände es dadurch mächtig und geachtet an der Spitze Deutschlands, so brauchte es jene Bewegung in den Herzogthümern nicht als eine seinem System feindliche zu fürchten, sondern hätte dieselbe als eine seinen Absichten und Interessen im höchsten Grade zuträgliche zu begrüßen und zu unterstützen. Dann würde nicht nur die Abwehr dänischer Anmaßungen und der im Hintergrunde lauernden russischen, französischen und englischen Intriguen leicht sein, sondern es würde sogar durch eine so gewaltige Entfaltung deutscher Nazionalkraft, wie sie ein freies System im Innern gestattete, eine Stellung gegenüber Dänemark und seinen Verbündeten eingenommen werden können, welche diesem Staate keine andre Wahl lassen möchte, als: entweder seine Besitzungen auf dem deutschen Festlande und der zimbrischen Halbinsel ganz und für immer an Deutschland verloren zu geben, oder sich mit seinem gesammten Länderkomplexe dem deutschen Staatenbunde anzuschließen.

Kurz, überall, wohin wir blicken, zeigt uns die Gestaltung der äußern Verhältnisse Preußens und Deutschlands die dringende Nothwendigkeit und Unaufschiebbarkeit durchgreifender politischer Reformen im Innern, einer ehrlichen und offenen Anerkennung des freien, volksthümlichen Prinzips, einer Reorganisirung der preußischen Verfassung auf der Basis vollberechtigter Reichsstände, und der deutschen Bundesverfassung in analoger Weise.

Werfen wir endlich noch einen Blick auf die kommerziellen Verhältnisse Preußens, auf die Entwicklung des Zollvereins, so finden wir auch hier Anlaß genug zu demselben dringenden Wunsche. Es ist nicht zu verkennen, daß die Begeisterung und

Sympathie, welche eine Zeit lang dem Zollverein, als dem ersten sichtbaren Zeichen einer engeren innern Vereinigung der Nazional- und Volksinteressen der getrennten deutschen Staaten, von allen Seiten entgegenkam, in der neuern Zeit sich bedeutend vermindert, wenn nicht gar verloren hat; daß die handeltreibende und Gewerbswelt denselben jetzt weit eher mit Mistrauen, als mit Vertrauen betrachtet, und daß auch im Auslande die Achtung oder beziehendlich Furcht, welche das unerwartete kräftige Zusammenhalten der deutschen Staaten, das einmüthige Herausstreben derselben aus ihrer bisherigen Vereinzelung dort erregt hatte, wieder der alten Geringschätzung deutscher Zerstückelung, deutscher Kraft- und Machtlosigkeit Platz zu machen beginnt. Kein Wunder, denn alle Welt sieht nur zu deutlich, wie es diesem Bunde an einem festen Systeme, an innerer Einheit, an volksthümlicher Gestaltung und an Offenheit gegen das Publikum fehlt, wie das unselige büreaukratische Prinzip des Allesalleinwissens und Allesbessermachens auch auf den Zollkongressen die Oberhand gewonnen hat, wie kleinliche fiskalische Interessen und Territorialrivalitäten großartige gemeinsame Entschließungen hemmen und selbst die erste Basis einer jeden solchen Vereinigung, die Gleichheit unter den sämmtlichen Vereinsgliedern, untergraben. Wie soll eine kühne, entschlossene, nach großartigen Maßstäben bemessene, zugleich dem Volksleben selbst und den mannigfachen Interessen gewerblicher Entwicklung sich eng anschließende, der öffentlichen Meinung, dem Rathe der Sachverständigen und den wahren Nazionalbedürfnissen gehörig Rechnung tragende Handelspolitik da aufkommen, wo alle Verhältnisse nur durch die Brille des Büreaukraten betrachtet, alle Maßregeln nur am grünen Tische ausgedacht werden, wo man die Stimme der Sachverständigen und Betheiligten nicht hören will, wo die freie parlamentarische Diskussion und die Aufklärung und Erprobung der öffentlichen Meinung in der Presse und in freien Versammlungen abgeschnitten oder jämmerlich verkümmert ist? Wir sollen mit England

wettkämpfen auf den Weltmärkten und den Weltmeeren, und wir haben keine Spur jener Volksfreiheit, die in England dem Einzelnen die Sicherheit, den Muth und das Geschick für große industrielle Unternehmungen, der Gesammtindustrie den ungeheuern Schwung und die unverwüstliche innere Lebenskraft verleiht; wir athmen preßhaft in der Stickluft des Polizeistaates, in der Zwangsjacke büreaukratischer Bevormundung, ohne ein einziges jener gewaltigen Mittel der Erweckung und Beschwingung der Nazionalkraft, welche freie Männer und damit zugleich thatkräftige, unternehmungslustige, ihrer eignen Kraft vertrauende, selbstdenkende und entschieden handelnde Männer, kurz, Industrielle und Handelsleute wie sie sein müssen, erschafft! Ohne politische Freiheit keine Handelsgröße, keine nachhaltige und großartige Gewerbskraft! Ohne freie politische Instituzionen, ohne eine angemessene Volksvertretung, freie Presse und freies Assoziazionswesen keine nazionale, keine kräftige und achtunggebietende Handelspolitik! Die Hanseaten, diese wahren Kenner und Praktiker des Welthandels, haben neuerdings ausgesprochen: sie würden sich nur dann zu einem Anschlusse an den Zollverein entschließen können, wenn zuvor eine angemessene Vertretung der Nazion bei der Entscheidung aller Handelsfragen hergestellt worden, und haben auf die Nothwendigkeit eines deutschen Parlaments hingedeutet*). Sie wollen nicht ihre großen und blühenden Handelsinteressen, ihre wichtige Weltstellung einer nach preußischem Zuschnitte eingerichteten büreaukratischen Leitung anvertrauen. Und sie haben Recht! Ja, der Zollverein wird nicht weiter vorwärts schreiten, er wird kaum vor dem Zerfallen sicherzustellen sein, wenn er nicht ein freieres, der Oeffentlichkeit und dem Volksbewußtsein mehr zugewendetes Prinzip in seine Organisazion aufnimmt.

---

*) In dem Berichte der Kommission der patriotischen Gesellschaft zu Hamburg über die Räthlichkeit eines Anschlusses an den Zollverein.

So weist Alles und Alles auf die Dringlichkeit einer grundsätzlichen Aenderung des bestehenden Systems in Preußen hin. Möchten doch Die, denen die Leitung der Geschicke Preußens anvertraut ist, diese Dringlichkeit einsehen und in Zeiten eine solche Aenderung selbst herbeiführen, die ihnen sonst früher oder später durch die zwingende Gewalt der Umstände diktirt werden dürfte!

Die Russomanie der Polen, mit besondrer Beziehung auf das Großherzogthum Posen,

erläutert und erklärt

von

Veit Schreiber.

(Fortsetzung des Aufsatzes: „Die Polen im Großherzogthum Posen, im III. Bde. der „Gegenwart".)

Motto:

Gloster. Die Flüch', aus seiner Seele Bitterkeit
Dir da verkündigt, sind auf Dich gefallen,
Und Gott, nicht wir, straft deine blutge That.
Elisabeth. Ja, so gerecht ist Gott zum Schutz der Unschuld.
Hasting. O es war die schnödste That, — — — —
Die unbarmherzigste, die je gehört war!
Rivers. Tyrannen weinten, als man sie erzählte.
Dorset. Kein Mensch war, der nicht Rache prophezeite.

Shakespeares Richard III.
Akt 1, Szene 3.

Die günstige Aufnahme meines Aufsatzes über die Polen ꝛc. im dritten Bande der „Gegenwart" macht mir den Muth, eines der merkwürdigsten historischen Fänomene, nämlich die Russenliebe, welche sich in den letzten Monaten sowohl bei den Polen in Galizien als im Großherzogthum Posen äußerte, näher zu betrachten, die seltsame Erscheinung natürlich zu entwickeln und so zugleich

zu zeigen, daß sich die Sympathie trotz der Exaltazionen, die man von Einigen berichtet, doch nicht über das verwandte Slavenblut ausgedehnt, sich nicht auf den, dem Moscowiter Herrscherstamm aufgepfropften Sprößling der Holstein-Gottorp erstreckt hat. Zwar spricht man viel davon, daß im Bazar, dem polnischen Casino zu Posen, die Gesundheit des Czaaren getrunken sei, der am 25. Dezember 1825 manifestirte: „Polen, die Instituzionen, welche Euch von dem Kaiser Alexander garantirt worden sind, werden aufrecht erhalten werden. Ich schwöre vor Gott und verspreche, daß ich die konstituzionelle Charte in Kraft lassen und keine Mühe sparen werde, um sie zur Vollziehung zu bringen" — daß man bei jeder Versammlung der Polen Nikolaus hoch leben lasse, der, trotz des eben angeführten kaiserlichen Versprechens, bis 1830 trotz Artikel 10 der Konstituzion Jahrelang die Polen zwang, russische Truppen zu unterhalten, trotz Artikel 16 die Preßfreiheit unterdrückte, trotz Artikel 18, 19, 20, 21, 22 die persönliche Freiheit der Polen nicht achtete, trotz Artikel 23 ohne Urtheilspruch der kompetenten Behörde strafte, trotz Artikel 24 die Reisen der Polen hemmte, trotz Artikel 26 das Eigenthum des Bürgers nicht achtete, trotz Artikel 39 ohne Budget regierte und, Artikel 47 und 182 zum Trotz, die Verantwortlichkeit der Minister zu Schanden machte, trotz Artikel 89 die Reichstagsmitglieder während der Dauer desselben verhaften ließ und sich wenig um Artikel 87, der alle zwei Jahre einen Reichstag vorschreibt, bekümmerte, der trotz Artikel 95 die Kammersitzungen nicht öffentlich halten ließ und überhaupt die sogenannte polnische Konstituzion zum Popanz machte, als er einen Konstantin zum Schützer derselben aufstellte; — diesen Czaaren, der so gewaltsam die Quellen öffnete zu den Blutströmen, die 1830 und 1831 auf den Schlachtfeldern Polens flossen, sollen Polen haben hoch leben lassen, vielleicht sogar Verwandte der in Petersburg, Warschau und neuerdings an der Grenze Gehängten oder in den Einöden und Bergwerken Sibiriens zu bloßen Nummermenschen Gewordenen!

Es ist wahr, daß man lebhaft von diesen Vivats gesprochen, ich habe Hunderte darüber reden hören, aber Keiner von all den Erzählern konnte mir den Namen irgend Eines nennen, der auf das Wohl des Kaisers Nikolaus I. von Rußland und Königs von Polen getrunken; es blieb immer ein, „man sagt — man hört" ꝛc. Und doch will ich die Thatsache nicht absprechen, ich glaube auch, daß einige Verzweifelnde den Toast ausgebracht haben, vielleicht mit derselben Lust, mit welcher ein kühner Kommandant die Minen seiner unhaltbaren Festung in dem Augenblick anzündet, wo er den Feind die letzten Mauern ersteigen sieht, — gelungene Rache ist der letzte, höchste Triumf des Unterliegenden.

Aber die persönliche Sympathie für den Kaiser selbst war jedenfalls nur von Wenigen gefaßt. Etwas Anderes ist es um die Hinneigung zu den Russen überhaupt. Diese ist größer geworden und wird sich in demselben Maße mehren, als man deutscherseits das unglückselige Germanisirungssystem verfolgt, denn der Pole fühlt sehr richtig, daß, wenn er einmal auf seine Nazionalität Verzicht leisten soll, er Alles thun muß, um dieselbe wenigstens in das Element zurückzuführen, aus dem sie entstanden. Löst sie sich auf in dem großen Verbande des Slaventhums, so verliert er nur den kleinern Begriff, um den größern zu erhalten; so wie er erst Slave war, ehe er Pole wurde, so kann er jetzt wieder Slave werden in der Gewißheit, daß die intellektuellste der Nazionen, die diesem Völkerbunde angehören, demselben die Weihe und Reife geben wird, eine Völkerhoheit, vor der jeder Einzelverband verschwindet in dem Bewußtsein der Größe des Stammes. Um Slave zu werden, braucht er nichts Weiteres, als den engherzigen Nazionalitätsbegriff fallen zu lassen und das Wesen des Völkerlebens zu erfassen; um aber Deutscher zu werden, müßte er erst durch spanische Schnürstiefel gewöhnt werden, sich auf dem neuen Terrain zu bewegen — er hat die doppelte Eigenschaft des Polen und Slaven abzulegen, ehe er beginnen kann, Deutscher sein zu wollen.

Um die jetzige Stellung der Russen und Polen zu einander näher ins Auge zu fassen, ist es nöthig, daß wir die Entwicklung dieser, einem Urstamme angehörenden Völker, die Zeit ihres ruhigen Nebeneinanderlebens, die Ursachen ihrer Entfremdung, endlich den im Laufe der Zeit entstandenen Haß der beiden Slavennazionen historisch betrachten, um dann, zur Gegenwart gelangt, durch die verschiedenen Zeichen derselben auf die Zukunft der beiden Völker zu kommen und zu erkennen, an wen sich das geschwächte Polen am Sichersten anlehnen kann, um wieder einen eignen, festen Standpunkt in der Geschichte einnehmen zu können. — Wir werden dann sehen, ob im Osten oder Westen die Sonne Polens von Neuem aufgehen, wohin der kranke weiße Adler das schmerzumflorte Auge richten muß, um durch die Glut des neuen Lichtes die durch schwärzesten Undank erkältete Brust wieder zu erwärmen, — wohlverstanden, es ist hier stets von Völkern, nicht von den ihnen vorgesetzten Individuen die Rede, denn, indeß bei letztern die menschliche Schwäche so oft den himmlischen Geist zurückdrängt, bricht der Gottesfunke sich durch das Leben der Völker immer Bahn, und sollte er explodirend den lächerlichen Tand eines ganzen Mittelalters auf einmal abwerfen.

Es ist bekannt, wie die Länderstriche zwischen dem baltischen und dem schwarzen Meere in den ersten Jahrhunderten der Tummelplatz aller der von Asien aus in Europa einfallenden Völker, der Scythen, Hunnen, Sarmaten ꝛc. waren. Nachdem so oftmals die Länder ihre Herren und Namen gewechselt, finden wir um das 8. Jahrhundert den Stamm der Slaven in diesen Landstrichen, und von diesen wohnten die Lechen oder Lechyten in der Umgegend der Weichsel bis zum baltischen Meere, wo man sie Pomorzanie nannte, indeß sie meistens von den Gegenden, die sie bewohnten, Spezialnamen führten, so die Sieradzianier bei Sieradz, die Lenczycanier bei Lenczyc (in der Nähe Posens), die Kujawanier in Kujawien, besonders Kruswicz und Inowroclaw; endlich hatten die um Gnesen bis

Posen wohnenden Lechyten noch den Spezialnamen Polanier. Als die deutschen Kaiser nach Karl dem Großen ihre Eroberungszüge unter der Firma der Heidenbekehrungen bis zur Oder und weiterhin ausdehnten, vereinten sich die vorher genannten, bis dahin völlig isolirt stehenden Slavenstämme unter dem gemeinschaftlichen Namen Polanie oder Polen, sie nahmen die von den Deutschen ihnen bekannt gewordene Allodialverfassung an und wurden unter Miecyslaus 965 römisch-katholisch, um sich so vor der ihnen immer näher rückenden Germanisirungswuth der deutschen Kaiser zu schützen, indem sie ihnen den Grund nahmen, in ihrem Lande, mit Hülfe deutscher Heere, Christenbekehrungen vorzunehmen. Es ward im Jahre 1000 das Bisthum Gnesen errichtet. Um diese Zeit regierte Boleslaw I. 992 — 1025, der den Namen Polen zu Ehren brachte und die deutschen Kaiser nöthigte, ihn als unabhängigen König von Polen anzuerkennen.

Da es nicht meine Absicht ist, eine polnische Geschichte zu schreiben, sondern nur die ersten Spuren der Slaven, so weit sie auf Polen und Rußland Bezug haben, zu verfolgen, so wende ich mich jetzt zu Letzteren.

Um das 9. Jahrhundert von der Stadt Nowgrod herbeigerufen, wanderten die Warräger, ein Volk aus Schweden, nach der Gegend des Ilmensees ein; die Herrschaft, welche sie dort gründeten, erhielt, den Normannen nachgebildet, den Feudalkarakter; später, im 8. und 9. Jahrhundert gingen diese Slaven bis in die Gegend von Kiew, den Dnieper hinunter, und gründeten dort einen zweiten Feudalstaat. Unter den Warrägern war die Familie Rurik besonders angesehen und zahlreich, fast in jedem der Einzelstämme herrschte ein Glied dieser Familie; es ist unbestimmt und im Grunde gleichgültig, ob, wie Einige annehmen, von den Warrägern schon in Skandinavien ein Spezialstamm Russen geheißen und zu diesem die Familie Rurik gehörte, oder ob sich dieser Name, was vielleicht wahrscheinlicher ist, aus dem Worte Rurik (Rusik — Rusi —

Rusini) gebildet hat; gewiß ist es, daß die Slaven um den Dniepr den Namen Russini (Russen) annahmen, und dieser bald den östlichen Slavenstämmen eben so gemeinschaftlich ward, als der Name Polanie für die in der Weichselumgegend gebräuchlich war. Diese Stämme führten bei sich, durch die Nachbarschaft der Byzantiner veranlaßt, die griechische Religion ein.

Wir finden also bei den als Slavenstämme verwandten Völkern der Polanie und Russen um das Jahr 1000 den Unterschied, daß Erstere die Allodial- (lehnsfreie), Letztere die Feudal- (lehnsrechtliche) Verfassung einführten, die Einen römisch-, die Andern griechisch-katholisch sind; ihre Grenzen waren dicht an einander, die russinischen Städte Lublin und Przemisl waren nur 8 Meilen von der polnischen Grenze.

Ehe ich weiter schreibe, muß ich auf eine Anomalie bei Bezeichnung der östlichen Hauptstämme aufmerksam machen, wenn ich die später sich bildenden (siehe unten) des allgemeinen Sprachgebrauchs wegen Russen zu nennen gezwungen bin. Die eigentlichen Russen sind die jetzt erwähnten Russinen, die späteren Rossianie sind von den Polen stets Moskowiter genannt worden, und erst nach dem Tode Augusts III. gelang es 1763 den Intriguen des moskowitischen Gesandten Kayserlink, für Katharina II. zu erlangen, daß die Czaare von Moskau als Kaiser aller Reussen von den Polen anerkannt wurden, wodurch man ihnen gewissermaßen die russinischen Lande um den Dniepr zusprach, die sich dann auch die Czaare 1772 ꝛc. zu holen wußten.

Im 12. Jahrhundert sandten die Russinen eine Kolonie nach Moskau (1147 gegründet), welche später (1157) auch Wlodimir oder Wladimir gründete, sich zwar mit den dort lebenden Völkern vermischte, doch immer noch Nichts von dem Slaventhum verlor, da auch diese Gegenden von den Slaven besetzt waren. — Nazionell traten zwar etliche kleine Veränderungen ein, so z. B., daß sich der zu Wlodimir residirende Fürst den Namen Großfürst als Herrscher

über die vielen kleinen Fürstenthümer beilegte, auch wurden diese Stämme sowohl von den Polen als den Russinen mit den Namen Moskowiter belegt.

Aber im Anfang des 13. Jahrhunderts ging eine bedeutendere Verwandlung mit diesen Slavenstämmen vor, indem nämlich aus Asien einbrechende wilde Völkerschaften, die Mongolen, wie sie von den Deutschen, oder Tartaren, wie sie von den Slaven genannt wurden, diese Lande eroberten. Wlodimir fiel 1327 in ihre Hände. Seit 1051 war zu Kiew eine Metropole der griechischen Kirche gegründet, die Tartaren aber hinderten den christlichen Kultus nicht, wie sie sich überhaupt damit begnügten, die Slavenstämme tributpflichtig zu machen, doch wurde die Vermischung der Moskowiter mit den Tartaren*) eines der Hauptscheidungsmittel der östlichen und westlichen Slaven, denn, wenn sich auch Erstere, die Kriege der Tartaren unter sich benutzend, von dem Joche derselben befreiten, behielten sie doch einen großen Theil ihrer Sitten bei, wie sich selbst die Mischung mit tartarischem Blute in den Gesichtszügen der östlichen Slaven ausdrückte und sie so auch äußerlich den Polen entfremdete. — Die Tartaren hatten, wie gesagt, den griechischen Kultus nicht angetastet, im Gegentheil den Bischof durchaus neben den Großfürsten gestellt. Nach ihrer Befreiung vom Joch der Tartaren, änderten die Moskowiten, die jetzt den Namen Rossianie annahmen, auch den griechischen Kultus nach tartarischer Manier, denselben zu einer Polizeimaßregel, namentlich die Messe nur zu einem Gebete für den Großfürsten oder Czaaren (wie sich jetzt das Oberhaupt der gemischten östlichen Slaven nannte) umbildend. — Dies fand im 15. Jahrhundert statt. Die Entfremdung zwischen Polen und Rossianie mehrte sich, als, bald nach der Befreiung von den Tartaren, Iwan der Grausame Anspruch auf alle diejenigen

*) Selbst die tartarischen Fürstenfamilien der Mirzen und Uhlanen vermischten sich mit den Knesen, den Fürsten der Russini.

slavischen Länder machte, welche der griechischen Religion anhingen, denn dazu gehörte z. B. Smolensk, Minskcz. Wasily nannte sich schon 1505 Großfürst von ganz Rußland, wozu natürlich Weiß- Schwarz- und Roth-Rußland (das jetzige Galizien) gehörten. — Diese Ansprüche der Czaaren sind seitdem nie wieder aufgegeben, oft aber, namentlich von Peter I., wieder von Neuem angeregt, endlich durch die Theilung Polens nur zum Theil realisirt worden — ein nicht unbeachtet zu lassendes historisches Fragezeichen für die Jetzt- und Folgezeit zur Beleuchtung der Bestrebungen des Panslavismus und der, namentlich in Galizien, angeregten Russomanie, wobei nicht unbeachtet zu lassen ist, daß die russische Krone bereits bedeutende Güterkäufe in diesem Lande gemacht und viele Gutsbesitzer durch Darlehen und andre Vergünstigungen in Händen hat. Nimmt man dazu die vereitelte Brautfahrt der Großfürstin, so dürfte man sich leicht ein für die Zukunft Oestreichs schreckhaftes Ganzes daraus kombiniren können.

Eigentliche Feindseligkeiten waren bis dahin zwischen den Slaven um die Weichsel und den östlichen Slaven nur vorübergehend vorgekommen. So zog Boleslaw gegen die Russinen zu Felde, als sich Streitigkeiten unter den Nachfolgern Wladimirs des Großen entspannen; bei dieser Gelegenheit ward Kiew von ihm 1018 erobert. Auch Boleslaw II. (1058—1080) kämpfte glücklich gegen die Russinen. Die Einverleibung Lithauens in Polen brachte Letzteres in einen ernstlichen Konflikt mit dem Czaar Iwan Wasiliewitsch, doch konnte er diese Vergrößerung Polens nicht hindern, obwohl es ihm sogar gelungen war, 1563 Polock zu erobern. Nachdem mit Sigismund das Geschlecht der Jagellonen erloschen und 1573 bis 1575 Heinrich von Valois, dann 1576 bis 1586 Stephan Batory zum Könige erwählt worden war, eroberte Dieser nicht allein 1579 Polock wieder, sondern strafte auch Iwan Wasiliewitsch für die fortwährenden Unruhen welche Derselbe in Liefland unterhielt, so daß dieser stolze Czaar, auf allen Punkten geschlagen, die Polen um Frieden

bitten mußte. — Hierdurch erwuchs der Haß der Moskowiter gegen die Polen, und ein Zufall machte, daß sich derselbe gleich auf die Polen am Sichersten zerstörende Weise bewähren konnte. Da nämlich der heilige Stuhl die Vermittlung des Friedens zwischen den Polen und Moskowiten übernommen hatte, so leitete der Jesuit Possevinus die Verhandlungen, und so geschickt, daß er nicht allein ein günstiges Friedensresultat für Iwan herbeiführte, sondern auch Batory veranlaßte, die Jesuiten unter großen Gnadenbezeugungen in das Land zu ziehen und ihnen die 1579 neuerrichtete Universität Wilna und den ganzen öffentlichen Unterricht anzuvertrauen. — Hatten die Kämpfe mit Iwan und seine Ansprüche die beiden Slavennazionen vollständig entfremdet, (Stephan Batory war im Begriff, einen neuen Krieg gegen die Moskowiter zu unternehmen, als der Tod ihn daran hinderte,) so war durch Einführung der Jesuiten der Keim des Todes in das damals kräftig aufblühende Land (es hatte 17,435 □ M. unter Stephan Batory) gelegt worden. Die beginnenden Religionsstreitigkeiten in dem sonst so toleranten Lande wurden sein Verderben, und wenngleich es sich unter den beiden noch folgenden Königen an Areal vermehrte, nämlich unter Sigismund III. Wasa (1587 bis 1632) 18,512 □ M., unter Wladislaus IV. (1632 bis 1648) sogar 18,532 □ M. zählte, so war doch dessen innere Kraft durch den Einfluß der Jesuiten geschwächt.

Die günstige Gelegenheit zur Vereinigung der östlichen und westlichen Slaven in ein Reich, zum Vergessen der in der letzten Zeit entstandenen Entfremdung der Brüderstämme, ging ebenfalls durch die Machinazionen der Jesuiten verloren, indem sie dort Jahrhunderte lang wuchernden Haß aussäeten, wo Liebe und Einigkeit zu ärnten war. Die Jesuiten hatten nämlich den religiösen Fanatismus in Sigismund so angefacht, daß er die katholische Religion in Schweden einführen wollte, welcher Versuch ihm diese Krone kostete, so wie auch ein Theil Lieflands von den Schweden besetzt ward. —

Aber noch Mehr — bei Gelegenheit der Streitigkeiten nach dem Tode des Demetrius von Moskau, trug der Großfeldherr der polnischen Krone Stanislaus Zolkiewski einen so glänzenden Sieg über die Moskowiter davon (1610), daß man nicht nur den Polen die Thore Moskaus öffnete, sondern den Sohn Sigismunds, Wladislaw, zum Czaaren von Moskau ausrief. So wäre denn eine Vereinigung aller Slaven möglich geworden, die Verschiedenheiten zwischen Polen und Moskowitern würden verschmolzen und die Erinnerung an die Einzelfehden vergessen worden sein, wenn nicht die Jesuiten, aus Furcht, daß die Polen sich zur griechischen Religion hinneigen würden, Sigismund gegen die sonnenklaren Vortheile der Erwerbung des Czaarenthums für sein Haus so einzunehmen gewußt hätten, daß er die moskowitischen Abgesandten ins Gefängniß werfen ließ und die Belagerung von Smolensk fortzusetzen befahl: „da das Ganze kein politischer, sondern ein Religionskrieg sei, der nicht aufhören könne, bis die Moskowiter zur römisch-katholischen Religion übergetreten". So gelang es denn den Jesuiten, dort eine Scheidewand aufzustellen, wo schon alle Hindernisse niedergerissen und die Völker bereits vereinigt waren. Es ist erklärlich, welche furchtbare Rückwirkung die Vereitlung der Vereinigung haben mußte; die erbitterten Moskowiter riefen das Haus Romanoff auf den Thron der Czaaren, nöthigten, trotz der Eroberung von Smolensk, die Polen, Moskau zu räumen, und ließen im Frieden 1619 den Polen von den eroberten Ländern Nichts weiter als Smolensk und Sewerien. Zugleich war aus den früheren Reibungen ein furchtbarer Haß der Moskowiter gegen die Polen entstanden, ein Haß, den zur That zu machen die Jesuiten in Polen hinreichende Gelegenheit gaben, indem sie durch Intoleranz die Naizon in Konföderazionen zerspalteten. Als Karl Gustav von Schweden in Polen eingedrungen war, machten die Moskowiter schon Heereszüge bis tief nach Polen, bis Lemberg hinein, und „obwohl ein Waffenstillstand geschlossen ward, so mußten die Polen schon jetzt die furchtbaren

Folgen von Sigismunds Thorheit empfinden, indem sie, nach wieder ausgebrochenem Kriege, den Moskowiter durch den Traktat von Andruszow (1667), Smolensk, Sewerien, Czerniechow und die Ukräne jenseits des Borysthenes, sowie Kyowo (zwar eigentlich nur auf 2 Jahre, doch erhielten es die Polen nie wieder zurück) abtreten mußten. Da nun im Jahre 1657 auch der Kurfürst von Brandenburg*) im Frieden zu Wehlau unabhängig ward, und um dieselbe Zeit auch die Salinen von Wiliczka den Oestreichern verpfändet wurden, so kommt es wohl vor, daß man die erste Theilung Polens in die Zeit der Regierung Johanns II. Kasimir legt, unter dem Polen 3,512 □ M. an Areal verlor.

Von jetzt an begannen die Moskowiter, ihre Eroberungspläne gegen Polen auf jede mögliche Weise ins Werk zu setzen; zunächst erhielten sie 1686 von Johann Sobieski die Abtretung der durch den Traktat von Andruszow nur einstweilen abgetretenen Provinzen, dann aber setzten sie sich, seit dem Kriege Polens mit Schweden unter Karl XII., als Verbündete der Polen für immer in diesem Lande fest, denn, obgleich die Konföderazion zu Tarnograd durch Vermittlung Peter I. es endlich durchsetzte, daß die Moskowiter Polen räumten, so geschah Dies doch nur auf kurze Zeit, die Truppen standen stets an der Grenze, um bald wieder unter allen möglichen Vorwänden zurückgerufen zu werden. — Als Peter I. den

*) Die Polen vergaßen hierbei des profetischen Ausspruchs ihres großen Königs Wladislaw I. Lokietek (1308 — 1333), der seinen Söhnen noch auf dem Todtenbette folgende Lehre gab: „Wenn ihr einigen Werth auf eure Ehre und auf euren Ruf setzt, so hütet euch, den deutschen Ordensrittern und dem Markgrafen von Brandenburg irgend Etwas abzutreten. Faßt den Entschluß, euch lieber unter den Trümmern eures Thrones zu begraben, als ihnen den Theil eures Erbes, den sie besitzen und für den ihr gegen euer Volk und eure Kinder verantwortlich seid, zu überlassen. Gebt euren Nachfolgern nie ein Beispiel von Feigheit, welches hinreichen würde, alle eure Tugenden und den Glanz der schönsten Regierung in Schatten zu stellen. Züchtigt die Treulosen, seid glücklicher, als euer Vater, und verjagt sie aus einem Königreiche, wo die Frömmigkeit ihnen eine Freistätte darbot; denn sie haben sich mit dem schwärzesten Undanke befleckt.“

Vermittler zwischen dem polnischen Könige und seinem Adel machen konnte, war das Schicksal dieser edlen Nazion schon entschieden. Interessant für die damalige Stellung der Moskowiter zu den Polen ist eine um diese Zeit in Posen angeschlagene Bekanntmachung des Kommandeurs der moskowitischen Truppen, in welcher, sehr naiv, der polnischen Bevölkerung bekannt gemacht wird: daß es fortan den Polen nicht erlaubt sei, die moskowitischen Gemeinen und Offiziere zu mishandeln und zu tödten, und daß die Uebertretung dieses Verbotes schwer geahndet werden würde.

Die folgenden russischen Intriguen, die den Zerfall Polens nach sich führten, habe ich in meinem vorigen Aufsatz so speziell auseinandergesetzt, daß ich hier kaum noch nöthig habe, zu erwähnen, wie auch die Jesuiten ihr Möglichstes zur Desorganisazion der polnischen Lande beitrugen; genug, der Wunsch der moskowitischen Czaaren ward erfüllt, Polen ward durch drei Theilungen ruinirt.

Somit habe ich im Vorigen die historische Stellung Polens zu Rußland erläutert; wir sehen das gemeinschaftliche Slavenvolk sich entfremdet durch die verschiedene Staatsverfassung und Religion, durch die Mischung der Moskowiter mit den Tartaren, durch den Einfluß der Jesuiten in Polen, dadurch, daß Polen Wahlreich ward, so wie Rußland erbliche Despotie blieb, endlich durch den Einfluß dieser Despoten auf ihr Volk und auf die Polen. Aber die Aufhebung des Jesuitenordens 1773 hat eine der Scheidewände zwischen Polen und Russen niedergerissen, indem es Ersteren von Neuem das Andenken an die Toleranz der Jagellonen, unter welchen Polen blühte, zurückrief. Die Menge Polen, die noch der griechischen Kirche anhängen, bilden auf diese Weise ein natürliches Verbindungsglied mit den Russen, die Staatsverfassungen sind längst aus ihren alten Verhältnissen herausgetreten, der Pole (des sogenannten Königreiches) so wie der Russe seufzen unter einem Despoten, und der gemeinsame Druck nähert die Gemüther; die Polen der anderen Länden aber werden stets zu denjenigen ihrer Landsleute hin-

gezogen, die, bei allem Druck, der auf ihnen lastet, wenigstens noch die Einzigen sind, denen der Name Polen geblieben ist; die geistige Verbindung, die unter den Polen herrscht, verfehlt nicht, ihre Sympathie auch auf das Volk auszudehnen, welches mit ihnen Gleiches leidet, zumal sich der Slave erinnert, daß er gleichen Urstammes mit demselben ist.

In dem Großherzogthum Posen traten die Sympathien der Polen für ihre Landsleute immer lebhafter hervor, als in den mehr observirten Landen geschehen konnte; deswegen mußte es auch seine politische Stellung zu Rußland ändern, sobald man den Gedanken festzuhalten gezwungen war, daß man von Preußen für die Nazion Mehr zu fürchten habe, als von Rußland; hatten die Polen die Wahl, sich in den Germanisismus oder Slavismus aufzulösen, so konnte dieselbe kaum schwer sein. — Man hatte von Preußen Viel gehofft, man hoffte sogar wieder, nachdem der Oberpräsident Flottwell das Großherzogthum mit seiner Germanisirungswuth verlassen, — man sprach seine Hoffnung laut aus auf den Landtagen, — man versuchte endlich, mit den Waffen zu demonstriren gegen die Vernichtung des polnischen Elementes; wir haben gesehen, wie unglücklich diese Demonstrazion abgelaufen; — doch, um völlig diese Wendung der Dinge im Großherzogthum zu verstehen, ist es nöthig, daß wir die letzten Ereignisse, die dem vereitelten Verschwörungsversuch folgten, noch näher ins Auge fassen bis zu dem Moment, der endlich den Funken des Slavismus zur hellen Flamme anblies. Ich knüpfe demnach die Erzählung der Ereignisse an S. 346 im dritten Bande der „Gegenwart" an, indem ich mit der Gefangennehmung der Emissaire v. Wotpol und Eßmann beginne. Dieselben hatten sich in dem großen und dichten Wald bei Wiri versteckt. Hier hatten sie sich eine Art Hütte gebaut, welcher durch Betten und Kissen ein gewisses Komfort gegeben war, doch ward ein Förster darauf aufmerksam, als zu wiederholten Malen Lebensmittel in die Tiefe des Waldes getragen wurden; da er bei genauerer

Nachforschung auch Rauch aus dem Walde aufsteigen sah, so ward er bald zur Entdeckung der halb in die Erde eingegrabenen Hütte geleitet. Der am 21. April aus dem Gefängniß der Festung entflohene Schlosser Lipinski, ein sehr thätiger Emissair für die polnischen Interessen, hielt sich zur Zeit in dieser Hütte auf. Als die Meldung von dieser Entdeckung zum 1. Kommandanten nach Posen gelangt war, wurden von demselben 1 Kompagnie und 30 Husaren abgeordnet, um die Flüchtlinge zu fangen. — Die Expedizion, in der Nacht ausrückend, ging mit solcher Vorsicht zu Werke, daß der Wald längs rings umstellt und die Kette der Posten bis zur Hütte zusammengezogen war, ehe die sorglosen Bewohner derselben die Gefahr, in der sie schwebten, merkten; zwar verließen sie dann die Hütte, um zu flüchten, doch, rings umstellt, blieb ihnen Nichts übrig, als sich zu ergeben. — Eßmann, der einen Fluchtversuch machte, ward durch den Arm geschossen und, als er gefallen war, eben so wie die andern Gefangenen von den Soldaten mit roher Freude verhöhnt. — Man beeilte sich, die Gefangenen in den festesten Gefängnissen unterzubringen. Bei dieser Arretirung fiel noch die Anekdote vor, daß, als einer von den Offizieren sich von der Identität Michaels v. Wotpols überzeugen wollte, Derselbe ohne weitere Antwort den Offizer ersuchte, in die Rocktasche des Gefangenen zu greifen, wo der Offizier eine Zeitung fand, in welcher der Steckbrief gegen Wotpol mit der Anzeige von 100 Thlrn. Prämie für die Ergreifung Desselben abgedruckt war — „vergleichen Sie!" — setzte der Gefangene hinzu. — Man konnte nun allerdings nicht mehr zweifelhaft sein, daß sich der seit dem November so eifrig Gesuchte in den Händen seiner Feinde befand. Die Verhaftungen erregten durch die sie begleitenden Nebenumstände großes Aufsehen in Posen, — man überzeugte sich nicht allein davon, daß eine Menge Polen, die man noch nicht als politisch verdächtig ansah, der polnischen Sache thätigen Beistand leisteten, denn sonst hätten unmöglich die so lange Gesuchten unentdeckt bleiben

können, und wäre es auch nur der Nahrungsmittel wegen gewesen, deren sie bedurften, zweitens aber mußte man sich schon bestimmte Rendezvous für den Fall der Flucht ꝛc. gegeben haben, weil sonst sich die Entflohenen nicht so bald zu den Waldbewohnern hätten finden können; endlich kam noch der Fall vor, daß für einen der thätigsten Beschützer der politischen Flüchtlinge so eben ein Paß ausgefertigt bei der Polizeibehörde lag, also diese selbst nicht vollständig im Klaren über alle bei den politischen Unternehmen Betheiligten war. Es war gewissermaßen ein neuer Akt in dem blutigen Drama, denn es ist fast gewiß anzunehmen, daß man noch einen zweiten Befreiungsversuch für die politischen Gefangenen, selbst nach dem verunglückten Märzversuch, beabsichtigte. Man sah oftmals in verschiedenen Waldgegenden Bauern in großen Haufen gelagert, die sich erst bei Annäherung der starken Rekognoszirungspatrouillen zerstreuten. Auch deutet ein anderer Umstand noch darauf hin, daß die Flüchtlinge in dem Walde zu Wiri nicht so ganz unthätig gewesen und daß sie für die Sache ihrer Nazionalität gearbeitet haben. Es stand nämlich unweit der Höhle ein roh zusammengesetztes, großes hölzernes Kreuz, vor dem eine Knieebank aus Rasen aufgeworfen war, — das fast ganz niedergedrückte Gras derselben bewies die häufige Benutzung, und, da die wenigen Hüttenbewohner wohl nicht in der Art das Gras niederdrücken konnten, so ist mit Gewißheit anzunehmen, daß viele Leute der Umgegend dort vor dem Kreuze das Gelübde zu neuen Thaten abgelegt haben; auch eine Menge Schriften, sogar der Schlüssel zu einer Chiffresprache wurde in der Hütte gefunden. — Da sich die wackeren Polen aber in den Händen der preußischen Behörden befinden, so verbietet die Diskrezion für jetzt Mehr zu sagen, — ich führte nur die einzelnen Pinselstriche an, um zu zeigen, daß die polnische Nazion sich nicht von dem erfahrenen Misgeschick niederbeugen läßt, und daß die Hoffnung, ihr Recht einst von Denen, die ihnen so bitteres Unrecht angethan, zurück zu erhalten, nicht schwindet, so lange noch

echtes Polenblut die Nachkommen der Piasten und Jagellonen durchfließt. Die 4 bis 500, die man gefangen hält, sind gewiß längst von dem Direktorium der Fünf ersetzt, man hält wohl zurück mit Revoluzionsentwürfen, weil man die mächtige Hülfe des Slavismus im Osten und des günstigen Fortschritts in Westen erwartet, und hofft, auf diese Weise minder blutig die Schmach von 1773, 92 und 95 zu verwischen.

Eben so skizzenhaft als vorher können wir auch nur, aus gleichen Gründen, von den bis zum Mai erfolgten zahlreichen Verhaftungen sprechen, deren wichtigste die des Lieutenant v. Mackewitz II. (am 12. Mai) ist. — Man behauptet, daß dieser Offizier am 3. März den Haufen der Revoluzionsmänner, die sich auf dem evangelischen Kirchhof gelagert hatten, bei Zeiten davon benachrichtiget habe, daß die ganze Garnison unter den Waffen sei. — Bekanntlich ward bis jetzt noch die Anwesenheit dieses Haufens, den Einige auf 2 bis 300 bewaffnete Männer schätzten, sehr in Frage gestellt, denn, obwohl man ihn gesehen haben wollte, so gewahrte doch die, unmittelbar darauf hingesandte, große Patrouille Nichts, was die Anwesenheit einer so zahlreichen Menge beweisen konnte, als das niedergetretene Gras des Kirchhofes. Jetzt nun erzählte man sich so manche Einzelheiten, die anzuzeigen scheinen, daß der eingezogene Offizier diese Leute gewarnt habe. Namentlich wird es auffallend gefunden, daß sich Derselbe, des Generalmarsches ohnerachtet, nicht bei seiner Kompagnie einfand, gleichwohl aber von einer Patrouille bei dem Garnisonslazareth (in der Nähe des Kirchhofes) betroffen ward und auf den Anruf der Patrouille nicht antwortete, sondern sich schweigend entfernte, was damals weniger auffiel, ihm aber jetzt sehr schwer zur Last gelegt wird. Eben so will man aus seiner Anwesenheit auf Wache an dem Abend des 3. März gegen ihn folgern, zumal er sich dort der genaueren Durchsuchung mehrerer der Inhaftirten dieses Tages, wenn auch nicht widersetzt, so doch dieselbe lächerlich zu machen gesucht haben soll. Er befand sich

nämlich als Gast bei dem ihm befreundeten Offizier auf Wache. Jedenfalls meint man, daß sehr Viel gegen ihn vorgelegen haben müsse, ehe man den bedenklichen Schritt wagte, einen preußischen Offizier zu verhaften. Der junge Mann war übrigens sehr beliebt und wußte durch ein gewisses humanes Wesen den gemeinen Soldaten sehr an sich zu fesseln. Ueberdies ist er ein eben so instruirter als thatkräftiger junger Mann, der durch sein biederes Benehmen sehr für sich einzunehmen wußte. Man sagt sogar, daß dem Verhafteten schon mehrere Tage früher eine Warnung über die Möglichkeit seiner Verhaftung zugekommen, dieselbe aber nicht von ihm benutzt sein soll; die Verhaftung selbst, die durch den die Kompagnie, wo der Offizier stand, befehligenden Kapitain geschah, ward nicht in der Wohnung des Verdächtigen, sondern in der eines seiner Kameraden, zu dem er sich zum Besuch begeben hatte, vorgenommen, woraus denn auch das Gerücht entstanden, als ob zwei Offiziere verhaftet seien. Man spricht davon, daß die Verhaftung selbst in Folge der Geständnisse eines schon länger als politisch verdächtig Verhafteten erfolgt und somit die Schuld des Offiziers fast evident erwiesen sei.

Erbitterten die vielen, oft völlig grundlosen Verhaftungen *)

---

*) Die vielen seitdem wieder freigelassenen Individuen beweisen nur zu sehr diese Behauptung; so wurden erst dieser Tage wieder die Herrn Dr. Gąsiorowski, v. Lipski und Andere, die seit Februar in Fesseln schmachteten, in Freiheit gesetzt. Es liegt auf der Hand, daß man sich seitens der Immediatkommission nicht dazu entschlossen hätte, wenn man nur den geringsten Grund für das fernere Festhalten der armen Opfer der Vorsicht hätte finden können. Wer aber giebt den entlassenen unschuldig Gefangenen die verlorne Zeit, wer die zerrüttete Gesundheit wieder? Ich habe Einen der Befreiten gesehen, und, da ich ihn vor seiner Verhaftung kannte, wendete sich mir das Herz im Leibe um, als ich den frischen, gesunden Körper zu einem krankhaft aufgedunsenen verkehrt, den sonst so rüstigen Mann so schwach sah, daß er kaum stehen konnte, ohne sich alle Augenblicke auf irgend einen Gegenstand zu stützen. Welche Schuld hatte der Unglückliche an der Theilung Polens, durch welche er zu einer fremden Macht kam, die ihn 6 Monate in strenger Haft hielt, weil er vielleicht bei dem Befreiungsversuch des durch Ungerechtigkeit unterdrückten Volkes hätte thätig sein können? Der einzige Verdachtsgrund wird gewesen sein, daß man ihn als einen wackeren Polen kannte; so vermag eine Unbill in der Geschichte das heiligste, erhabenste Gefühl zum Verbrechen zu verkehren.

schon die Gemüther der Polen, so mußte sie der darauf folgende harte Schlag der Kuratelstellung der Landschaft bis aufs Aeußerste treiben, da er ihnen unverholen zeigte, welchen Weg fortan die preußische Regierung gegen sie einzuschlagen beabsichtige, wie sie ihnen auch das letzte ihre Nazionalität noch einigermaßen zusammenhaltende Band nehmen, sie vollständig und baldigst zu germanisiren trachte. — Da diese Maßregel diejenige ist, welche die, den preußischen Beamten so unnatürlich scheinende Russenliebe hervorgerufen hat, so will ich dieselbe möglichst klar beleuchten, um zu zeigen, daß die geäußerte Sympathie der Polen mindestens keine größere Anomalie ist, als die despotische Vertilgung des Nazionalgefühls eines sich noch seiner Würde bewußten Volkes in einem Lande, welches sich so gern frei von allen Anschuldigungen der Despotie sehen möchte und eben deshalb sich nicht erklären kann, wie es möglich sei, daß die Polen die „milde preußische Regierung" mit der strengen russischen in Parallele stellen, ja, sogar der letzteren den Vorzug vor jener, welche ihnen doch so Viel versprochen, geben können. — Es ist wahr, das russische System ist hart, aber man weiß doch, was es will, — es hat ein grausames Gesetz des ewigen Schweigens über polnische Nazionalität verhängt, aber es geht die gerade Straße in seiner Unterdrückungssucht, — die preußische Regierung schwankt fortwährend zwischen gut und böse, sie möchte die polnische Nazionalität zu Tode martern, aber dennoch dem armen Körper, den sie durch allerlei Doppelgesetze so lange reckt, bis er in das preußische Prokrustesbette paßt, nicht wehe thun. Zum Beweise der letzten Behauptung führe ich nur die unglaublich harte Kabinetsordre an, nach welcher fortan nicht nur alle über 20 Bogen erscheinende Bücher in polnischer Sprache ebenfalls müssen zensirt werden, sondern nach der auch die Monatsschriften der Konzessionirung unterliegen. In Rußland wußte man stets durch strenge Zensurvorschriften die Litteratur darniederzuhalten. Wenige wagten zu schreiben, und es konnten demnach auch nur Wenige Weniges verlie-

ren durch Zensurstriche, — in Preußen dagegen wurde trotz der strengen Zensur plötzlich obige Kabinetsordre gegeben, nach welcher eine Menge Monatsschriften durch Verweigerung der Konzession nun nach jahrelangem Bestehen eingehen; jetzt, wo sie endlich die reife Ernte für die jahrelangen Mühen des Beginnens erwarten konnten, wurde den Verlegern und Herausgebern durch ein Wort — „nicht erlaubt" — die Möglichkeit, Das, was sie früher zugesetzt, wieder zu erhalten, entzogen. Von mehreren mir bekannten Fällen will ich nur einen anführen. Dem bereits seit drei Jahren bestehenden Journal „Rock" (das Jahr), einer Monatsschrift, redigirt und verlegt von Hr. v. Moraszewski, dessen Tendenz eine rein wissenschaftliche ist (die Aufsätze sind etwa in der Art, wie in der Beilage zur Augsburger Allgemeinen Zeitung), welches demnach auch kaum die Zensurscheere fühlte, (es sind in den 3 Jahren seines Bestehens etwa 20 Zeilen gestrichen worden, mit Ausnahme eines Artikels über die Gedichte von Mickiewitz, auf den, als im Februar d. J. erschienen, die Zensur besonderen Werth legte und den sie trotz seiner ziemlich unschädlichen Tendenz ganz strich) — diesem wissenschaftlichen Journal ist seit dem 10. Juli das fernere Erscheinen verboten worden. Der Regierung kostet dieses Verbot Nichts, Hr. v. Moraszewski aber verliert 800 Abonnenten, was bei dem Jahrespreise von 6 Thlrn., nach Abzug der zu 1,200 Thlr. anzuschlagenden Kosten, jährlich 3,600 Thlr. macht. — Wer sollte da nicht die russische Maxime besser finden, die, indem sie gar kein Journal aufkommen läßt, auch keinem Privatmann einen so großen jährlichen, unersetzbaren Verlust bereiten kann? — Sollen aber diese Gegenden russisch behandelt werden, so ist es wohl kaum dem Slaven zu verdenken, wenn er sich lieber von seinen Stammverwandten, als von den Deutschen despotisch behandeln läßt.

Doch, kehren wir zur Landschaft zurück! Dieser war durch die Kreditordnung vom 15. Dezember 1821 die Existenz gegeben, rein, wie es in dem Vorwort der landschaftlichen Kreditordnung heißt, zu

dem Zwecke: „der Wiederherstellung des Kredits der Grundbesitzer und der endlichen Befreiung der Landgüter von den auf denselben haftenden Kapitalien ꝛc.“; eine andere Garantie für Nichtunterdrückung der polnischen Nazionalität giebt §. 77 der Kreditordnung, wo es, betreffs der zu Provinziallandschaftsdirektoren zu wählenden Individuen, ausdrücklich heißt: „Sie müssen der polnischen Sprache mächtig sein. Da aber auf Verlangen deutscher Theilnehmer auch Auszüge und Ausfertigungen in deutscher Sprache ertheilt werden sollen, so muß außer dem Direktor und Syndikus jederzeit wenigstens ein Mitglied des Kollegiums diese Sprache verstehen.“ Wie anders dagegen sind jetzt die Bestimmungen für die Posener Landschaft durch die Kabinetsordre vom 28. Mai d. J. geworden! Nicht allein, daß die Landschaft aus der fast ganz selbstständigen Stellung, die sie bis dahin innehatte, (indem nach §. 161 der Kreditordnung der königl. Kommissarius nicht mitstimmen, sondern nur bei Stimmengleichheit den Ausschlag geben durfte) herausgetreten ist, nein, sie ist dem neuen Ministerialkommissarius sklavisch unterworfen. Und wer ist der Kommissarius? Der Regierungsrath Noah, ein Deutscher aus Schlesien, welcher der polnischen Sprache fast gar nicht mächtig ist. Demnach ist es auch kein Wunder, wenn, im Gegensatz zu dem oben angeführten Paragrafen der ehemaligen Kreditordnung, es in der neuen Kabinetsordre heißt (§. 4): „Die Verhandlungen in allen Sitzungen der landschaftlichen Behörde und in den landschaftlichen Kreisversammlungen sind in deutscher Sprache oder, wenn einzelne Mitglieder der Versammlung dieser Sprache nicht mächtig sein sollten, in deutscher und polnischer Sprache zu führen. Ebenso sind die von den landschaftlichen Behörden zu erlassenden Verfügungen und zu ertheilenden Ausfertigungen in deutscher und polnischer Sprache abzufassen, insoweit nicht dafür der alleinige Gebrauch der deutschen Sprache gesetzlich vorgeschrieben ist.“ Ist Das nicht das vollständige Gegentheil der ersten

Bestimmung? Freilich liegen zwischen 1821 und der feierlichen Versprechung von 1815: **„Wahrung der polnischen Nazionalität", gegeben und ausgesprochen von Friedrich Wilhelm III. von Preußen** — nur 6, aber zwischen damals und jetzt 31 Jahre. Obgleich der Ministerialkommissarius vollständig in die Rechte des früheren Provinziallandschaftsdirektors getreten ist*), so giebt er doch nicht dem Institute dieselben Garantien, wie sie der Provinziallandschaftsdirektor geben mußte, denn, erstens, wird er nicht von den Landständen selbst gewählt (§. 74 der Kreditordnung), zweitens ist die Stellung nicht auf den Zeitraum von 6 Jahren beschränkt (§. 75 ebendaselbst), drittens endlich ist er nicht selbst ein vermögender Gutsbesitzer, wie §. 77 der Kreditordnung bestimmte. Der Ministerialkommissarius wird ohne allen Beirath der Gutsbesitzer vom Könige ernannt, er tritt in den Landschaftsverband als ein vollständig demselben fremdes Mitglied, ja, es ist, wie die erste Ernennung zeigt, nicht einmal nöthig, daß er die polnische Sprache verstehe, um einem bis dahin fast ganz polnischen Institute vorzustehen. — Das deshalb dem neuen Chef des Institutes — (denn der Generallandschaftsdirektor so wie der königl. Kommissarius sind trotz ihrer hohen Titel an Einfluß gar nicht mit dem Ministerialkommissarius zu vergleichen) fehlende Vertrauen hat man durch eine diktatorische Gewalt zu ersetzen und so den deutschen Einfluß auf das, immer noch vorherrschende polnische Element des Landschaftsverbandes überwiegend zu machen gesucht. Man hat dem Ministerialkommissarius all die große Gewalt übertragen, welche bei dem Landschaftsdirektor, als einem von der Landschaft selbst gewählten Beamten, nicht so auffällig war. So hat

---

*) Zwar ist es nicht ausdrücklich gesagt, daß fortan kein Provinziallandschaftsdirektor mehr gewählt werden soll, doch ist nicht anzunehmen, daß nach der erfolgten Arretirung des letzten, Herrn v. Jarochowski, ein anderer Beamter zu dieser Funkzion zugelassen werden wird, da, wie die obige Detaillirung beweist, so lange ein Ministerialkommissarius unter den durch die Kabinetsordre angegebenen Verhältnissen besteht, die Stelle eines Provinziallandschaftsdirektors vollständig überflüssig ist.

man die, sonst nach §. 269 der Kreditordnung dem Provinziallandschaftsdirektor zustehende, bedeutende Gewalt, die Exekuzionen gegen die säumigen Schuldner der Landschaft vollstrecken zu lassen, auf ihn allein — gegen §. 277 bis 280 — übertragen, wonach er unfähigen Zahlern, mit Rücksicht auf verschiedene sie entschuldigende Umstände, Prolongazion für ihre Zahlungen gewähren kann, — ferner ist auf den Ministerialkommissarius die Macht übergegangen, nach welcher er die gegen Landschaftsräthe eingehenden Klagen allein in Güte beilegen kann (§. 83 der Kreditordnung), er hat das Dienst- und ökonomische Betragen der Landschaftsräthe zu kontroliren, er hat die Kassen zu revidiren (§. 85 der Kreditordnung), und vor Allem ist er, der Nichtgutsbesitzer, berechtigt, die zur Taxeaufnahme für die Landschaft zusammentretende Abschätzungskommission zu ernennen (§. 203 bis 210 der Kreditordnung). Doch, ich will nicht weiter die großen Rechte verfolgen, die vom Provinziallandschaftsdirektor auf den Ministerialkommissarius übergegangen sind, ich will nur noch von einigen neuen ihm verliehenen Rechten sprechen, die seine Stellung zu einer wirklich diktatorischen und das ganze Dampfgermanisirungsprojekt, welches dieser Ernennung zum Grunde liegt, klar machen. Vorerst will ich noch §. 3 der Kabinetsordre erwähnen, welcher dem königl. Kommissarius (damit er dem Ministerialkommissarius in die Hände arbeite) die Vollmacht giebt, für die Wahlen der Mitglieder des engeren Ausschusses den vorsitzenden Landrath zu ernennen, d. h. also mit klaren Worten: er leitet die Wahlen zur Zusammensetzung dieser wichtigen Behörde, die bisher ein freier Akt des Willens der bei der Landschaft Betheiligten war. Der Ministerialkommissarius hat volles Stimmrecht (§. 1 der Instrukzion), es steht ihm (nach §. 3 ebendaselbst) „über die bei der Provinzialdirekzion angestellten Subalternbeamten die unmittelbare und alleinige Aufsicht und Disziplinargewalt in der Art zu, daß er dieselben ohne Mitwirkung des Provinziallandschaftskollegiums selbstständig

anzustellen, ihre Bestallungen zu vollziehen, sie zu vereiden und ihr dienstliches und außerdienstliches Verhalten zu überwachen hat. Er ist befugt, die definitiv Angestellten erforderlichen Falls vom Amte zu suspendiren und die diätarisch Beschäftigten ihres Dienstes zu entlassen", d. h. doch mit anderen Worten: diese Beamten, deren Existenz er jeden Augenblick in Händen hat, müssen ihm sklavisch untergeben sein, er wird auf diese Weise in kurzer Zeit alle polnischen Beamten — (und bis zur Einführung des Ministerialkommissarius waren nur polnische Beamten angestellt, deren viele selbst die Revoluzion mitgemacht hatten) — vermöge der Bedürfnisse ihres Magens vollständig germanisirt oder, was seiner Anstellung noch mehr entsprechen würde, das Unterpersonal aus Deutschen zusammengesetzt haben; wie auch die übrigen höheren Mitglieder deutsch zu machen seien, werden wir bei genauerer Verfolgung des Germanisirungsprojektes sehen. — Nach §. 5 der Instrukzion leitet*) — das ist wirklich ein sehr passendes und die Stellung der neuen Würde bezeichnendes Wort — also leitet der Ministerialkommissarius die Sitzungen und zwar mit Ausschlag gebender Stimme, d. h. also, er hat bei Stimmengleichheit zwei Stimmen. Die wichtigste Prärogative aber giebt ihm §. 6 der Instrukzion, welcher ihn ermächtigt, der Ausführung jedes Beschlusses Anstand zu geben und die Entscheidung des königl. Kommissarius einzuholen, d. h. eines zweiten preußischen Beamten, der seinem Germanisirungswesen gewiß nicht in den Weg treten wird. Es ist wohl kaum nöthig, zu detailliren, welchen ungeheuren Vorschub dieser Paragraf dem Germanisirungsprojekt bei einem Institute geben muß, in dessen Wesen es liegt, daß ein ganzes Unternehmen durch Verzögerung verhindert oder mindestens doch zum größten Theil erfolglos werden kann. Keiner der übrigen Pa-

*) Die Stelle des bezeichneten Paragrafen lautet: „den Geschäftsgang leitet er in Gemeinschaft mit dem Provinzialdirektor." Jetzt giebt es keinen solchen Beamten mehr, und damals war er fast Weniger, denn eine Null.

ragrafen erinnert so sehr an die in der Flottwell'schen Denkschrift angegebenen Mittel zur Germanisirung „der Provinz.“ Es liegt auf der Hand, daß man diesen Paragrafen als letzte Hülfe gemacht hat, wenn es etwa den „in ihrer politischen Gesinnung nicht zuverlässigen“ polnischen Gutsbesitzern doch gelungen wäre, die endlosen Hindernisse, die ihnen Betreffs neuen Bodenerwerbs entgegengestellt sind, zu überwinden und eine Abschätzung oder wohl gar die Ansprüche auf eine Anleihe von der Landschaft zu erlangen, — dann wird diese Macht zur Anstandgebung vom Ministerialkommissarius benutzt, es muß an den königl. Kommissarius appellirt werden, es wird der engere Ausschuß zur Untersuchung gewählt, unter Leitung des vom königl. Kommissarius bestimmten Landraths, und sollte es selbst den Aspiranten gelingen, die Charybdis aller dieser vielen Schwierigkeiten zu überwinden, es ist unwahrscheinlich, daß er der Szylla, der Verzögerung des Geschäftes, entginge. Der günstige Moment ist unwiederbringlich vorüber, der neue Erwerb ist dem polnischen Edelmanne entzogen und, vielleicht durch Erleichterung des Geschäftsganges, durch günstige Abschätzung der von dem Ministerialkommissarius ernannten Abschätzungskommission, durch ein ihm bereitwillig angebotenes Darlehn *) ꝛc. ꝛc., auf direkte oder indirekte Weise, um die Zahl der intelligenten und zugleich in ihrer politischen Gesinnung zuverlässigen Gutsbesitzer zu vermehren, einem wohlgesinnten Erwerber deutscher Abkunft (s. Flottwells Denkschrift) zugewiesen worden.

§. 7 der Instrukzion giebt dem Ministerialkommissarius in der Generalversammlung Sitz und Stimme, §. 13 bestimmt, daß die Klagen gegen ihn an den königl. Kommissarius gehen. Das würde

*) Diese Erleichterungen der Grunderwerbsfähigkeit für deutsche Gutsbesitzer sind oft genug vorgekommen und kommen noch vor. Ich verweise nur auf Flottwells Denkschrift und die Kabinetsordre vom 15. Mai 1833, wo es ja geradezu heißt, daß die zur Subhastazion gelangenden Grundstücke vom Staate angekauft und an Deutsche (natürlich unter den günstigsten Bedingungen) wieder verkauft werden sollen.

also in vielen Fällen heißen: die rechte Hand bei der linken verklagen, weil sie gemeinschaftlich den polnischen Adler von seinem nazionell historischen Piedestal (weiter ist ihm ja von dem Lande zwischen dem schwarzen und baltischen Meere Nichts geblieben) herunterziehen wollen. Ich übergehe die andern Paragrafen und notire nur noch den §. 9, der da lautet: „Wenn Gesuche um Pfandbriefe eingehen, darf die Aufnahme von Taxen nur mit Zustimmung des Ministerialkommissarius verfügt werden. Die Abschätzungskommissarien, mit Einschluß des Syndikus oder des denselben vertretenden Justizbeamten, werden indeß im Falle §. 203 (der ersten Taxenaufnahme) wie im Falle des §. 210 der Kreditordnung (der zweiten Abschätzung auf Antrag des mit der ersten unzufriedenen Gutsbesitzers) von ihm allein, ohne Theilnahme des Provinzialdirektors (der so also Null wird), ernannt.“ — Welcher Spielraum hier der Willkür oder doch den „guten preußischen Absichten für das Wohl ihrer polnischen Lande“ gegeben ist, leuchtet auf den ersten Blick ein. Ich will zur Beleuchtung der ganzen Kuratelstellung der Landschaft und für Diejenigen, die etwa noch immer die Russomanie so unerklärlich finden, nur noch Einiges aus dem Vorigen hervorheben.

Es ist keine Frage, daß Demjenigen, der anklagen will, sobald er nur der Stärkere ist, immer tausend Mittel zu Gebote stehen, namentlich in diesem Falle, wo der Ministerialkommissarius auch auf das ökonomische Betragen der Landschaftsräthe zu merken hat, zumal es von Polen bekannt ist, daß sie die Untugend haben, ihre Waldungen gern auszuholzen — besonders sind in letzter Zeit, vor der entdeckten Verschwörung, bedeutende Waldverwüstungen vorgekommen; — dennoch kann es dem Kommissarius nicht schwer werden, schon jetzt bald in die gewünschte antipolnische Aktivität nach §. 125 bis 128 der Kreditordnung zu treten, zumal der letztere ausdrücklich sagt: „Genügt der Gutsbesitzer den Anweisungen der (jetzt vom Ministerialkommissarius ernannten) Kommission in den festgestellten Fristen

nicht, so ist, ohne weitere Rückfrage, die Administrazion der Verpachtung einzuleiten, die so lange fortgesetzt wird, bis die Wirthschaft wieder in Stand kommt und der Besitzer hinlängliche Sicherheit für eine bessere Wirhschaftsführung leistet.“ — Wie nun dieser Paragraf zum Zweck des Germanisirungsprojektes ausgebeutet, wie dem unter Administrazion gestellten Gutsbesitzer sein Besitzthum aufs Aeußerste verleidet werden und es so durch die Landschaft in „zuverlässige“ Hände kommen kann, ist wohl kaum noch zu erörtern, so wie dasselbe Gesetz für deutsche Gutsbesitzer, die oft das Gut durch die Ausholzung desselben bezahlen*), sehr gemildert werden kann — denn die Kommission wird vom Ministerialkommissarius ernannt. Wie wichtig die Exekuzionsvollmacht ist, haben wir schon oben gesehen. Das Wichtigste bleibt immer die Geldaufnahme auf Güter, wodurch man gleicherweise den Polen jeden Mehrerwerb unmöglich machen, die Deutschen aber heranlocken, zur Vermehrung ihres Grunderwerbs durch hohe Pfandschaft auf das zu Kaufende verhelfen, und mit der Zeit den polnischen Adel ganz aus der Provinz verdrängen kann. Es wird hoffentlich Niemandem einfallen, mir von der Gerechtigkeitsliebe der preußischen Regierung gegen ihre Unterthanen reden zu wollen, — denn ich will dieselbe im Uebrigen gar nicht bestreiten, nur muß man mir dann die Bemerkung frei lassen, daß dieselbe den polnischen, auf seine Nazionalität haltenden Adel nicht als ihren Unterthanen und das Land als erobertes Land betrachtet. Man nennt dies Verfahren auch nicht Gerechtigkeit, sondern Politik (wenn es auch eine sehr falsche Politik ist) und tröstet sich bei allen Ungerechtigkeiten damit, daß sie zum Besten des Landes, d. h. wohl Preußens, geschehen. —

Man wird mir vielleicht die Ablösung der Bauern als Zeichen,

---

*) Mir ist ein Fall bekannt, wo ein sehr großes Gut von einem Deutschen nicht nur um ein wahres Spottgeld gekauft, sondern es von demselben auch so eingerichtet wurde, daß er durch Holzschlag nicht allein die jährliche Ratenzahlung, sondern noch ein Weiteres abzahlen, endlich dabei recht brillant leben konnte.

wie väterlich die Regierung gesinnt sei, anführen wollen. Einmal aber gab die Regierung dadurch den Bauern nur Das zurück, was sie vor Erwerbung Preußens seit dem 3. Mai 1791 (Aufhebung der Leibeigenschaft) besessen, aber allerdings verloren hatten, seitdem sie südpreußisch geworden waren; zweitens ist auch diese Maßregel vielmehr der Politik, als der Humanität entsprungen, — wir sehen ja, daß neuerdings Oestreich, selbst Rußland sich dazu bequemen müssen; daß also Preußen that, als gäbe es ein besonderes Gnadengeschenk mit Dem, was doch nicht lange so bleiben konnte, war doch nur Politik, und zuletzt gab es denn doch auch nur aus der Tasche eben der Edelleute, die wo möglich ganz aus dem Großherzogthum zu verdrängen, ihm die jetzige Aufgabe der Politik für diese „Provinz" ist. Wem das Gesagte noch nicht genügt, Den erinnere ich an Flottwells Denkschrift vom 15. Mai 1841, in welcher dieser Germane gleich zu Anfang auf die unzweideutigste Art erklärt, „wie er sich bemüht habe, die innige Verbindung dieser Provinz (?) mit dem preußischen Staate dadurch zu fördern und zu befestigen, daß die ihren polnischen Einwohnern eigenthümlichen Richtungen, Gewohnheiten, Neigungen, die einer solchen Verbindung widerstreben, allmälig beseitigt, daß dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr in ihr verbreitet werden, damit endlich die Vereinigung beider Nazionalitäten als Schluß dieser Aufgabe durch entschiedenes Hervortreten deutscher Kultur erlangt werden möge." Wenn auch Hr. Flottwell sich nicht, wie schon oben erwähnt, noch bestimmter über das Verdrängen der polnischen Gutsbesitzer ausgesprochen hätte, man sieht aus diesem Satze allein, daß er anempfiehlt, den Deutschen möglichsten Vorschub zu leisten, die Polen möglichst streng zu nehmen, die beiden Enden der weiten Instrukzionen über Aufnahme von Pfandbriefen, so wie über Klagen, Exekuzionen und Subhastazionen bei der Landschaft politisch zum Frommen des deutschen Elementes anzuwenden. Und man kann

Hrn. Flottwell Ehrenhaftigkeit trotzdem nicht absprechen, deswegen heißt solch Verdrängen der polnischen Gutsbesitzer von ihrem väterlichen Erbe eben auch nicht Ungerechtigkeit, sondern Politik, wenngleich es im schneidendsten Widerspruch zu der nicht oft genug bei dieser Gelegenheit anzuführenden Stelle der Einleitung zur Kreditordnung steht, wo man als Zweck des ganzen Institutes die Wiederherstellung des Kredits der damals fast nur polnischen Grundbesitzer anführt. —

Ich habe mich so lange bei der Kuratelstellung verweilt, weil eben hierin die hauptsächlichste Ursache der Entfremdung von der preußischen Regierung liegt; denn, je stolzer der Pole auf dieses, ihm unter eigenthümlichen nazionellen Einrichtungen übergebene Institut war, um so mehr er bis jetzt gewohnt war, darauf die Hoffnung auf Erfüllung vieler anderen, 1815, 1840 ꝛc. gemachten Verheißungen zu bauen, um so bitterer muß ihn die Zerstörung aller seiner Hoffnungen machen, da er sieht, daß alle die schönen Aussichten, die ihm einstmals Preußen zur Aufrechterhaltung der polnischen Nazionalität machte, auf Nichts, als politische Luftschlösser gerichtet gewesen waren. Noch eines anderen Umstandes muß ich erwähnen, ehe ich von der gegenwärtigen Lage des Großherzogthums zu dessen politischer Stellung gegen Rußland übergehe. Es hat sich nämlich das lebhaft kursirende Gerücht verbreitet, als beabsichtigte man, auch das erzbischöfliche Konsistorium in gleicher Weise unter Kuratel zu stellen, weil man einen gewissen Theil der Geistlichkeit nicht davon frei hält, bei dem letzten Erhebungsversuche thätig mitgewirkt zu haben. Ich bin auch der Meinung, daß die Jesuiten lebhaften Antheil an der Verschwörung genommen, sie wohl auch verrathen haben, als sie sich von dem gesunden Sinne der meisten Polen überzeugten und sahen, wie man ihre Maxime: „der Zweck heiliget die Mittel" gegen die Jünger Loyolas selbst anwandte, als man sich ihrer Hülfe bediente, um das Palladium Polens wieder aus den Trümmern der alten Republik hervorzuholen, welche

eben durch das unabläſſige Miniren dieſes Ordens einſtürzten. — Die Jeſuiten hofften, der Idee, nach welcher die Polen an das innige Feſthalten an der katholiſchen Religion das Wiedererſtehen Polens knüpfen, eine andere, die Begriffe katholiſch und jeſuitiſch identifizirende unterzuſchieben — ſie fanden aber nur zu bald, daß die wahren Polen nicht vergeſſen haben, daß es die Jeſuiten waren, welche dem toleranteſten Staate *) die ihnen Verderben bringende Intoleranz eingeimpft haben, wie die Zöglinge der Jeſuiten die Kirchenexzeſſe von 1574 und 1575 zu Krakau und 1632 zu Wilna begingen, wie die Studenten der Jeſuiten 1614 zu Poſen zwei proteſtantiſche Kirchen und das proteſtantiſche Kirchenhospital zerſtörten, Jeſuiten den Prieſter Chryſoſtomus 1636 in Poſen mishandelten, Jeſuiten die Sozinianer aus Krakau vertrieben und ihre guten Einrichtungen zerſtörten, Jeſuiten Sigismund III. zum Druck der griechiſch-katholiſchen Polen veranlaßten, Jeſuiten das Geſetz von 1658 bewirkten, nach welchem in 2 Jahren die Arrianer das Land verlaſſen mußten, Jeſuiten die ſtrengen Geſetze gegen Mennoniten, Wiedertäufer und Quäker aufbrachten, endlich die Jeſuiten es waren, welche 1724 den lutheriſchen Präſidenten

---

*) Man leſe das Privilegium Sigismund Auguſts von Polen vom 2. Mai, welches er den Proteſtanten zur Erbauung einer Kirche und Schule gab; ich kann nicht umhin, eine auch auf die jetzige Zeit paſſende Stelle zu notiren, es heißt nämlich dort: „Da wir geſehen haben, wie große Unglücksfälle die größten und blühendſten chriſtlichen Reiche und Staaten in dieſen Jahren erlitten haben, weil ihre Könige und Fürſten die verſchiedenartigen Meinungen, die jetzt über die Religion entſtanden ſind, zu unterdrücken ſtrebten; ſo halten wir es bei den großen Gefahren der ganzen Chriſtenheit, welche nicht nur die übrigen Reiche, ſondern vorzüglich Polen wegen der Nachbarſchaft der Barbaren, den Feinden der allgeſammten Chriſtenheit, bedrohen, für unſere Pflicht, für die Ruhe und Sicherheit zu ſorgen und zu verhüten, daß nicht wegen dieſer Religionsſtreitigkeiten, durch Entflammung des Parteigeiſtes, Gelegenheit zu inneren Uneinigkeiten gegeben werde, was Gott verhüten möge; zumal, da wir durch das Beiſpiel anderer Reiche, in welchen beinahe mit ihrem eigenen Untergange ſo viel Chriſtenblut vergebens vergoſſen worden iſt, hinlänglich belehrt worden ſind, daß Strenge dieſer Art nicht nur unnütz, ſondern auch gefährlich ſei ꝛc. ꝛc.“

Rösner und 9 angesehene lutherische Bürger in Thorn auf das Schaffot und so die unseelige Verwirrung nach Polen brachten, welche endlich in der Konföderazion zu Radom 1766 ihre, Polen zerstörende, Macht erreichte. So haben die Jesuiten ihren verderblichen Einfluß auf Polen bis auf den heutigen Tag ausgeübt, denn es ist fast als sicher anzunehmen, daß sie zur Zersprengung des Projekts, welches Polens Nazionalität herstellen sollte, das Möglichste geleistet, als sie sahen, daß man sie nur als Mittel zum Zweck (das Mariengymnasium war früher einem Jesuiten anvertraut) benutzt hatte.

Wenn wir nun aus all dem Vorigen den Schluß für die gegenwärtige politische Stellung des Großherzogthums gegen Rußland ziehen, so müssen wir zunächst erkennen, daß die Polen in demselben Maße ihren östlichen Nachbarn mehr zugethan oder, wir wollen nur sagen, weniger abgeneigt werden müssen, als sie die Sympathien für die westlichen Nachbarn verlieren. Nicht zu selten habe ich den Ausspruch von Polen gehört: „wir wollen lieber zu Tode geknutet oder gehängt, als auf preußische Manier zu Tode gemaßregelt werden.“ — Wenn der Barometer der Sympathien für Rußland oder Preußen in Bezug auf Letzteres fällt, so ist es, seines geografischen Arrangements wegen, ganz natürlich, daß er auf der russischen Seite steigen muß, wenn er auch höchstens die Grenze der Abneigung überschreitet, ohne bis zu dem Felde der Liebe gelangen zu können. Nun aber kommen noch zwei besondere Elemente hinzu, welche die Potenz der Annäherung an Rußland vermehren. Dies sind — das Bewußtsein des gemeinschaftlichen Urstammes im Slavismus und dann die Rache gegen Preußen, die namentlich bei einer so heißblutigen Nazion, wie die polnische, selbst auf Kosten der Klugheit eine bedeutende Rolle spielen muß. — Rußland geht seit 1830 einen geraden Weg, und sei es über Millionen Polenleichen, indeß Preußen seit eben so langer Zeit winkelzügelt; Rußland wirft doch Etwas gegen das Zertreten der polnischen Na-

zionalität in die Wagschaale, die Verachtung der Mit- und Nachwelt, Preußen aber möchte gern sich den guten Namen erhalten und dennoch zu gleichem Zwecke gelangen, wie Rußland, es möchte den polnischen Aar verzehren und doch nicht tödten! — Man muß einräumen, daß auf diese Weise Rußland reeller zu Werke geht, es bezahlt wenigstens offen durch eigne Schändung seine Tödtung der polnischen Nazion, und dann hat Rußland doch wenigstens einmal sein Versprechen gehalten, denn bis 1818 hatten die Polen Ursache, mit Rußland zufrieden zu sein, der Czaar hat wenigstens den Scheinvorwand für sich, daß er den Polen die Konstituzion gegeben, das Volk aber dieselbe schlecht benutzt habe. — Was hat aber Preußen von seinen Versprechungen gehalten? — Nichts! — Es ist im Gegentheil anzunehmen, daß ihm die Konstituzion im Königreiche, wegen der Nachbarschaft des Großherzogthums mit demselben, sehr zuwider gewesen, daß es, eben so wie Oestreich, sein Möglichstes gethan hat, um die Auflösung derselben zu bewirken. Schon, als es die polnischen Lande unter dem Namen Südpreußen inne hatte, that Preußen sein Möglichstes, die Polen zu germanisiren. So ist gewiß, daß es zu der Zeit dem polnischen Adel Darlehn gegen hohe Zinsen anbot in der, nur zu oft erreichten Absicht, daß die durch die vorhergehende Revoluzion finanziell zerrütteten Gutsbesitzer das Darlehn nicht zur Zeit zurückzahlen könnten, worauf dann ihre Güter genommen und an Deutsche gegeben wurden. Es führte deutsche Gesetzgebung und Gerichtsverfassung ein. Die Administrazion erließ ihre Verfügungen in deutscher Sprache, alle Regierungsbeamte waren Deutsche, so wie auch in den Schulen nur Deutsch gelehrt wurde. Zu derselben Zeit suchten die Russen die Polen auf jede Art für sich zu gewinnen. Sie ließen ihnen das bürgerliche und peinliche lithauische Gesetz, die auf den Landtagen erwählten Marschälle erhielten einen gewissen Einfluß in der Verwaltung, Polen wurden zu den höchsten Aemtern zugelassen, und in den meisten öffentlichen Verfügungen für die ehemals polnischen Landestheile wurde die

polnische Sprache beibehalten, ja, ein Ukas des Kaisers Alexander, vom 4. April 1803, stellte die Universität von Wilna auf erweiterten Grundlagen wieder her. Alle diese Wohlthaten mußten um so tiefer in die Herzen der Polen eindringen, als Preußen, mehr noch Oestreich, gerade das Gegentheil davon thaten. So ließ z. B. Letzteres die über 400 Jahre bestehende Universität Krakau*) auflösen. — All diese längst vergangenen Begünstigungen haben sich in dem dankbaren Herzen der Polen ein Andenken bewahrt. — Rußland hat doch irgend einmal Etwas gegeben, warum sollten nicht, unter gewissen Umständen, abermals von ihm Konzessionen zu erwarten sein?

Ferner bindet die Polen an Rußland die Aehnlichkeit der Religionen, sie sind wenigstens katholisch, und wenn auch die russische Kirche eine Art Götzendienst geworden, sie unterscheidet sich doch immer noch bedeutend von der Kirche der, ihnen durch die Gewaltmaßregeln ihrer Regierungen entfremdet gewordenen Niemiek. —

Das Hauptmotiv der Russenliebe aber bildet, wie schon gesagt, die Rache und der Slavismus. Durch Eines das Andere zu erlangen, war die schöpferische Idee der Russomanie. Am Bestimmtesten spricht sich die Idee aus in der Erklärung, die mir ein Pole auf meine Verwunderung über dieses sonderbare politische Fänomen gab:

„Wir wollen uns rächen", sprach er, „wir wollen, untergehend in Rußland, Preußen mindestens das Land entreißen,

---

*) Noch vandalischer zeigte sich die östreichische Regierung, als sie das königl. Schloß zu Krakau, trotz seiner historischen Erinnerungen an Boleslaw, Kasimir, Sigismund, in eine Militairkaserne verwandelte. Dies that der Staat, dem Johann Sobieski am 12. Septbr. 1683 die Türken von den Mauern Wiens vertrieb. — Kann man da die Russomanie in Galizien so wunderbar finden? Rußland ist streng, tyrannisch gegen die Polen gewesen, aber des schwärzesten Undanks können nur die beiden andern bei der Theilung agirenden Mächte angeklagt werden, beide vergessen die humane Behandlung, welche den Deutschen in Polen geworden, nach der es ihnen sogar, trotz deutscher Gesetze und deutscher Gerichtsbarkeit, noch erlaubt war, in zweiter Instanz nach Magdeburg zu appelliren.

zu dessen Einverleibung in seinen Staat es, aller heiligen Versprechungen entgegen, die schmählichsten Mittel nicht gescheut, wir werden es dann zwar auch nicht haben, doch wird unser Untergang in Rußland den Embryo des Slavenkörpers bilden, der in seiner gewaltigen Größe Russen und Polen vereinen und den Untergang des Polenreiches an Denen rächen wird, die ihn einst herbeiführten. — Und übrigens ist Dies auch nur der schlimmste Fall; wer sagt es, daß Rußland nicht seine Maximen ändern wird, sobald es einsieht, daß es Vortheil davon hat? Die Konstituzion hat nicht Rußland — nein Konstantin zerstört, die Revoluzion war die Folge davon, und Rußland hatte, wenn ich nicht als Pole, also vollständig unparteiisch sprechen soll, von dem Gesichtspunkt aus, auf dem es stand, das Recht, zu strafen. Es strafte nicht die durch die äußerste Verzweifelung zur Revoluzion getriebenen Polen, sondern die Revoluzionärs. Es hätte milder strafen, es hätte vergeben können, doch folgert sich die Rohheit seiner Strafe ganz einfach aus der Rohheit seiner übrigen Nazionalität. Seit 1832 stand Rußland dem gegen dasselbe in Opposizion gewesenen Polen als unerbittlich strenger Richter gegenüber. Es strafte den Gedanken an Freiheit, — wer aber nicht an Freiheit dachte, Dem ging es materiell ganz wohl, Rußland verlangte von dem Polen durchaus nicht, daß er sollte Russe sein, es wollte nur, daß er nicht Pole sein sollte, denn es fürchtete die hochherzige Energie der Polen. Wie stand es aber indeß in Preußen und Oestreich? Man tändelte mit den Polen, man spielte mit dem königl. Worte gegen sie, man versprach, vermuthlich schon in der Absicht, die Versprechungen nicht zu halten; man gab Garantien für Aufrechthaltung der polnischen Nazionalität, und während man dieselben niederschrieb, suchte man die Nazionalität durch alle mögliche Mittel zu zerstören, natürlich Anfangs heimlich, man kratzte mit der sanft streicheln-

den Katzenpfote nur dann, wenn der eifersüchtig über seine Nazionalität wachende Pole einen Augenblick ruhte unter dem Schutze des schwarzen Adlers. Endlich änderte man 1830 seine Maximen, man ward strenger, ohne daß hier eine Revoluzion stattgefunden hätte. Im Gegentheil kann ich aus erster Quelle versichern, denn ich befand mich damals in Warschau, daß wir von dort aus die Polen des Großherzogthums beschworen haben, sich bei der polnischen Revoluzion nicht zu betheiligen. Lächerlicher Weise glaubt Preußen noch bis heute, mit seinen paar Regimentern im Großherzogthum und mit seinen geladenen Kanonen auf dem Markte zu Posen den Freiheitsjubel der diesseitigen Polen unterdrückt zu haben. Diese Behauptung ist wirklich so albern, daß es kaum einer Hinweisung darauf bedarf, daß zur Zeit des Aufstandes 160 entschlossene junge Leute den Aufstand in Warschau hervorriefen, trotz der großen Menge Truppen, die damals in jener Stadt standen. Der preußische Pole fühlt nicht minder gewaltig den Freiheitsdrang seiner Nazion, wie der im Königreich lebende, und, ohne von der Gewißheit des Gelingens sprechen zu wollen, es würden unsere Landsleute hier wenigstens den Versuch gemacht haben, Polens Freiheit auszurufen, wenn wir nicht aus Warschau Boten über Boten geschickt hätten, um diesen Wunsch zu unterdrücken. Wir wollten Preußen damals nicht erzürnen, weil wir auf seine Hülfe hofften. Wir haben uns arg getäuscht und bereuen jetzt unter preußischem Druck bitter die gute Meinung, die wir damals von dem Herrscher Preußens gehabt haben. Doch weiter! Preußen trat 1830 offen mit seinem Germanisirungsprojekt hervor. Rußlands Strenge hatte noch einen gewissen Grund, Preußen aber strafte unser Vertrauen zu ihm. — Das ist nicht das Mittel, um Sympathien zu erwecken, darum wandte sich unsere früher gegen Preußen gezeigte Zuneigung ab, wir sahen keinen Grund, bei einer zweiten Re-

voluzion Preußen zu schonen. Die verunglückte Verschwörung und das darauf folgende Benehmen Preußens entfremdete uns immer mehr von demselben, die Einführung eines Ministerial-kommissarius für die Landschaft erweckte den Haß gegen die preußische Regierung in uns. Die Russen sind nicht milder, aber bestimmter gegen uns verfahren, sie fesselten die arme Polonia auf einmal, sie verschmähten das unglückliche Spiel, welches Preußen mit dem gefangenen Riesen treibt, von dem es Glied um Glied abschneidet, bis er endlich in die enge preußische Uniform paßt, in der er sich unter dem Hohn seiner Quäler verblutet. Die Russen wollten, die Polen sollen nicht Polen sein, die preußische Regierung aber will den Polen preußisch machen, hierin liegt das ganze Räthsel der sogenannten Russomanie. Im obigen Ausspruch ist den Polen in Rußland noch nicht benommen, Slaven zu bleiben, Preußen will Slaventhum und polnische Nazionalität in den Polen auf einen Schlag vernichten, es möchte am Liebsten auch die Blätter aus der Geschichte reißen, in welchen davon geredet wird, daß die preußischen Herzöge ihr Land von den polnischen Königen zum Lehn empfingen, und ich will nicht darauf schwören, daß nicht für die Fürstensöhne eine besondere Geschichte existirt, in welcher vielleicht die Polen den Preußen lehnshuldigten, damit sich doch die Theilung besser erklären lasse; — denn sonst ist es mir wenigstens unerklärlich, daß sich noch kein Fürstensohn gefunden hat, der für die unglücklichen Polen ein Wort bei Papa Majestät eingelegt. — Wir lieben das preußische oder, lassen Sie mich lieber sagen, das deutsche Volk eben so, als wir den falschen Romanoff Nikolaus*) aus ganzer Seele haß-

*) Bekanntlich ist Nikolaus I. nur ein auf die Romanoffs gepfropftes Reis der Familie Holstein-Gottorp, indem Elisabeth II., Tochter Peters des Großen, 1742 Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp, (später Peter III.) Sohn ihrer Schwester Anna, zum Nachfolger ernannte; seine Gemahlin war Katha-

sen, aber wir sind doch im Stande, mit ihm gemeinschaftliche Sache gegen Euch Deutsche zu machen, da wir wissen, daß gleiches Interesse den Czaaren nöthigen wird, für uns zu handeln. — Noch Mehr! wir können vielleicht dadurch nicht nur unsere, sondern auch die Freiheit der polnischen Brüder im Königreich erlangen, denn warum sollte nicht Rußland uns eben so gern als Vorposten gegen Deutschland nehmen, wie wir eigentlich von Rechts- und Geschichtswegen die natürliche Vormauer gegen den Barbarismus des Osten sind. Eure Fürsten verschmähen uns und denken uns zu germanisiren, was ist es da so entsetzlich Unerklärliches, daß wir uns mit den Russen vereinen, um gegen Eure Germanisirungswuth anzukämpfen? Sind auch die Russen eine halbe Tartarenrace, sie sind doch immerhin noch halbe Slaven, und die andere Hälfte echten Slaventhums werden sie in der erneuten Vereinigung mit uns empfangen; wir werden vermöge der in uns fortgeschrittenen Kultur über die Russen herrschen, so wie die Griechen geistig die sie materiell unterjochenden Römer beherrschten, wie römische Kultur noch bis heute (z. B. in der Jurisprudenz) auf die sie unterjochenden Germanen influirte, wir werden dann wieder frei sein von dem Ordengeklingel, mit dem Eure Fürsten uns zum Germanismus locken wollen, und dann werden wir auch die Deutschen wieder lieben lernen, wenn wir zu stark sind, als daß man uns unsers Vertrauens wegen des Germanismus verdächtigen könnte. Wir lieben die Russen nur in sofern, als wir den Machiavellismus, der uns deutsch machen will, hassen. — Dies ist es, was Ihr zu einem historischen Fänomen gemacht habt und — wunderbar genug — Russomanie benennt.“

---

rina II. Diese Verwandtschaft mit Holstein-Gottorp ist besonders jetzt für die Vergrößerungsabsichten Rußlands zu beachten.

So weit der greise Pole! Ich habe den verzweifelnden Haß der in ihrem Vertrauen so oft betrogenen Nazion begriffen und nicht ferner gestaunt darüber, daß es eine Zeit geben kann, in welcher der Pole mit dem Russen harmonirt. Hat man doch schon Wasser brennen sehen, wenn es, rings umlodert von wüthenden Flammen, die Hoffnung aufgiebt, das widerstrebende Element zu besiegen und nun gemeinschaftliche Sache macht gegen die Arbeiten der Menschen, seiner Beherrscher und Unterdrücker! Eben so gewiß aber ist es auch, daß die Russenliebe sich nicht auf den Czaren erstreckt, und, wenn man davon spricht, daß ihm Vivats gebracht worden, (obgleich, wie schon Anfangs gesagt, Niemand weiß, wer es gethan) so thaten Dies wohl nur Einzelne, um dem Zorne Worte zu geben, der sie ergriffen hatte gegen Die, welche der polnischen Nazionalität den Unterdrückungskrieg der Umbildung zum Germanismus geschworen haben. Wem fielen hier nicht Schillers schöne Worte ein:

Denn Krieg ist ewig zwischen List und Argwohn,
Nur zwischen Glaube und Vertraun ist Friede.
Wer das Vertraun vergiftet, o Der mordet
Das werdende Geschlecht im Leib der Mutter.

Dieser Satz erklärt die Verbindung zwischen Polen und Rußland gegen den Germanismus, er giebt aber auch zugleich die Garantie, daß von Freundschaft zwischen Polen und dem Czaren, der ihre Brüder nach Sibirien und dem Kaukasus geschickt oder gemordet hat, nicht die Rede sein kann; sie wollen nur des schrecklichen Vertilgers Schritte nach Westen lenken und ihn unterstützen, um den einen Schrei nach Rache zu erfüllen und den Schmerz zu sühnen, der ihnen von Preußen aus durch verrathenes Vertrauen bereitet ward — so **1772, 1793, 1795, 1815, 1830, 1842.** Die letzte, auch gegen Preußen gerichtete Katastrofe war der erste Akt der Rache, und, da sich die Slaven der Weichsel zu schwach fühlen, so streben sie, sich mit den östlichen Slaven zu vereinen, um das wilde Tartarenblut derselben durch den zu bekriegenden Germanismus zu kühlen, damit sie spä-

ter eine große Slavennazion bilden können, von den Warthaufern bis an die Granitfelsen des Ural. — Ich begreife diesen entsetzlichen, zum Extrem treibenden Haß und beklage ihn mit blutendem Herzen, da er mir die Ahnung einer düsteren Zukunft erschließt, einer Zukunft, in welcher die dichten Schwärme der Tartarenslaven gegen unser theures Vaterland heranziehen werden, die Sonne des Fortschrittes vielleicht auf lange Zeit verdunkelnd, wenn sie dieselbe auch nicht zu verlöschen vermögen. Habe ich nun gezeigt, wie die Polen auf dem Punkte sind, sich mit dem Sultan von Petersburg zu vereinen, so ist es wohl kaum nöthig, daran zu erinnern, daß Nikolaus I. die Sympathien der Polen freundlichst entgegennehmen wird. Man darf nur die täglichen Zeitungen lesen, und man wird sich von der Sehnsucht überzeugen, mit welcher der Czar dem Augenblick entgegensieht, in welchem sich die Polen ihm mit dem Vertrauen auf Rache in die mächtigen Arme werfen; er bedarf ja nur eines Vorwandes, um sich die Lande zu nehmen, dessen König er von Gottes Gnaden durch die Schmach der Theilungen ist. — Der russische Aar hat damals den Antheil des Löwen in der Krone Polens erhalten, — er hat nicht umsonst zwei Köpfe, deren einer fortwährend nach Frankreich, der andere nach Sibirien zeigt. Wer hätte nicht an die polnische Königskrone auf dem Haupte des Moskowiterherrschers gedacht, als er im März d. J. die Briefe las, welche Kaiser Nikolaus I. an seinen deutschen Schwager geschrieben! Der Czar hat, wie die Weserzeitung berichtet, seinen Beifall, sein **Lob** und seinen Dank für die Art und Weise, wie Preußen die Verschwörung unterdrückt, zu erkennen gegeben? Ein gekrönter Herrscher lobt den Andern durch eigenhändiges Schreiben, es klingt staunenswerth; minder fremdartig, aber desto bedeutsamer klingt die Frase, wenn wir sagen: der König von Polen lobt den Großherzog des zum Polenreich gehörigen Großherzogthums Posen für seinen Eifer. Dieser einzige Zug, diese schwägerliche Freundlichkeit läßt einen tiefen, für die Zukunft zittern machenden

Blick in das Herz der Autokraten thun. Als Rußland sich von Polen die 8,782 □M. raubte, versparte es sich die Anwartschaft auf den Rest von 4,846 □M. bis zu einem günstigen Zeitpunkt; wie es darüber denkt, hat es hinlänglich gezeigt, als es sich vom Wiener Kongreß das bedeutendste Stück von dem preußischen Polen (Herzogthum Warschau) und den Königstitel geben ließ. Ist dieser Titel nicht das ewige Schreckgespenst für die Besitzer polnischer Landestheile? Es sind in der Geschichte schon viel weniger haltbare Gründe für Eroberungen geltend gemacht worden, und wäre denn Rußland jetzt weniger im Recht, wenn es sich das letzte Drittel aneignete, als damals, wo es zwei Drittel nahm? Könnte es bei einer neuen Revoluzion in Galizien (und man gedenke der Parteigänger in den Karpathen!) nicht eben so gut zu Oestreich sagen: „Du verstehst das Land nicht ruhig zu erhalten, ich muß es dir aus Grenzrücksichten nehmen," wie man damals Polen zertheilte, damit „der Heerd der Anarchie" verschwinde (und sich ein Land ewiger Revoluzionen bilde!)? Der Czar hat den Monarchen Preußens gelobt, folgt daraus nicht, daß er ihn im Nichtunterdrückungsfalle hätte tadeln und (es ist nur regelrechte Folge) im Falle großen Tadels hätte strafen können? — Und wie nun, wenn die Millionen Slaven in Preußen und Oestreich den Czaren rufen? wenn sie sich an ihn, als den König der Polen, wenden, damit er als Herrscher über ein großes Land der Slaven die Unbill räche, die man dem Slaventhume durch das Germanisiren zugefügt? — Sind das alles von dem Czaren herangezogene Unmöglichkeiten oder nur ganz richtige, klare Folgerungen der Politik? — Dies bedenkt, Dies überlegt, Ihr deutschen Herrscher, die Ihr so gut, wie ich und der geringste Eurer Unterthanen, wißt, was Verwandtschaft unter Fürsten zu bedeuten haben, welchen Einfluß die Habsucht auf die Politik und die Gewalt der Waffen selbst auf angestammtes, um wie viel mehr also auf angemaßtes Recht hat, — Das bedenkt, Ihr deutschen Könige! Germanisirt Eure Völker, d. h. führt sie auf die Naturrechte, die sie als Ger-

manen hatten, zurück und enthaltet Euch der gefährlichen Spielerei mit dem Nazionalgefühl eines fremden Volkes! Geht in die Gegenden, wo Eure Wenden seit vielen hundert Jahren von den Germanen umgewandelt sind, — sprecht wendisch, seht die Funken des Stolzes und der Freude in den Augen des Volkes, welches sich nur noch wie im Traume an seine Größe erinnert; sprecht davon und seht, wie Haß und ohnmächtige Wuth sie niederdrücken, und dann beantwortet Euch die Frage, ob Ihr ein zwar auseinandergesprengtes, aber noch in dem vollen Bewußtsein seines historischen Rechtes, Ruhmes und seiner nazionellen Kraft bestehendes Volk jetzt in der Zeit des Fortschrittes germanisiren könnt! — Fürsten, laßt Euch nicht von den Berichten Eurer Minister, von den Lobpreisungen zensirter Zeitungen täuschen und seht selbst, seht mit deutschen Augen, denkt, was Ihr thun würdet, wenn man Euch wollte französisch machen, — auch der Wurm krümmt sich und sticht Den, der ihn zertreten will, sollte er gleich an dem Stiche selbst sterben, ein großes, erhabenes Volk aber, wie die Polen waren und noch sind, läßt sich nicht zertreten, wie ein Wurm, — es kämpft bis zum letzten Athemzuge, und sollten, wie einst in Karthago, die Frauen ihr Haar zu den Seilen geben, welche die Geschosse des Todes gegen die Unterdrücker führen. — Noch ist die Russomanie nicht Mehr, als ein Fantom, welches sich als mahnendes Schreckgespenst auf dem Grabe Polens gezeigt hat, — hütet Euch, daß nicht Eure Blindheit und russische Schlauheit dem Gespenst die Seele des Hasses und der Rache geben! Die Polen haben Beweise gegeben, daß sie die Deutschen mehr lieben, als die Russen; Fürsten, laßt nicht diese edle Nazion sich verblenden, daß sie die Deutschen hassen lernt, weil sie ihre Fürsten zu hassen Ursache hat! Ich kann Euch versichern, die Polen lieben die Deutschen. Ist gleich auch das schöne Bild des Vertrauens durch die Drangsale der letzten Zeit verschleiert, es wird wieder klar und sonnig erstehen, sobald sie Ursache zu neuer Liebe haben. Deutsche Fürsten, denkt an die Barbaren im

Osten und zwingt die Polen nicht, daß sie Eure unversöhnlichen Feinde werden, — noch sind sie es in Wahrheit nicht; — laßt ihnen ihre Nazionalität unangefochten, haltet, was Ihr ihnen versprochen — und, will dann der Barbarismus aus Osten einbrechen, dann könnt Ihr furchtlos auf das Andringen der östlichen Barbaren blicken und, an die von den Nachkommen der Piasten, Jagellonen, des Erretters Sobieski, Kosziuskos und Poniatowkis gebildete Falanx gelehnt, fröhlich sprechen: „Mit ihr fordere ich mein Jahrhundert in die Schranken!“

Die Untersuchung gegen Tissowski und §. 48 der sächsischen Verfassungsurkunde.*)

Bekanntlich wurde bald nachdem die Republik Krakau vor diesem Jahre ihr Ende erreicht, der Diktator derselben, Tissowski, in einem Dresdner Gasthofe polizeilich verhaftet, bei nächtlicher Weile auf die Festung Königstein gebracht, wo er noch zur Zeit, unter möglichster Bewahrung des tiefsten Inkognito seiner Person, gefangen gehalten wird. Wie verlautet, soll die sächsische Regierung den wiederholten Antrag der östreichischen auf Auslieferung des Gefangenen entschieden zurückgewiesen haben.

Jetzt ist nun aber eine Maßregel gegen Denselben ergriffen worden, welche wegen ihrer befremdenden Eigenthümlichkeit die öffentliche Besprechung erheischt.

Tissowski steht nämlich seit Monat Mai dieses Jahres vor einer Untersuchungsbehörde, bestehend aus einem östreichischen höheren Justizbeamten (irren wir nicht, so ist es ein Hof-Kammergerichtsrath), einem Rathe des Dresdener Appellazionsgerichts und einem Aktuar aus dem Justizamte Pirna. Der Erstere führt das Direk-

---

*) Der obenstehende Aufsatz, anfänglich für den Herold bestimmt, ward vom Zensor, nach genommener Rücksprache mit der hiesigen königl. Kreisdirekzion, als unzulässig zurückgewiesen. Da unter solchen Umständen ein Rekurs wirkungslos sein mußte, so zogen wir vor, ihn hier abdrucken zu lassen, da die Veröffentlichung der hier mitgetheilten Thatsache im Interesse der verfassungsmäßig bei uns festgestellten, hier aber als verletzt erscheinenden Gerechtigkeitspflege uns von großer Wichtigkeit erschien. Anmerk. des Herausg.

torium der Akten und inquirirt den Angeschuldigten, während dem Letzteren das Niederschreiben der Protokolle obliegt. Der sächsische Appellazionsrath scheint demnach bei der Sache Nichts zu thun zu haben, als der formlosen Behörde einen scheinbaren äußeren Halt geben zu sollen.

Das von ihr eingeleitete Verfahren steht dem sächsischen Untersuchungsprozeß ähnlich, d. h. es finden die Vernehmungen vor besetzter Gerichtsbank und ganz im Geheimen statt, indem die Mitglieder dieses Gerichts der Drei die Festung während der Dauer des Prozesses nicht verlassen dürfen. Auch ist bei den Akten kein Kopist beschäftigt, sondern es fertigt der Aktuar die nöthigen Protokollabschriften eigenhändig.

Wenn wir trotzdem den Schleier von dieser seltsamen Behörde wegzuziehen uns erlauben, so geschieht es, weil wir uns vergeblich nach einem Gesetze umgesehen haben, auf Grund dessen diese diplomatische Justiz ausgeübt wird.

Es ist dem Ermessen des Justizministeriums allerdings anheimgestellt, ob es gegen Ausländer wegen der außerhalb Sachsens und nicht gegen dieses verübten Verbrechen die Untersuchung einleiten lassen will, (Gesetz v. 28. Jan. 1835. B. 5. §. 10. Nr. 4.), allein das Wie liegt nicht in der freien Hand Desselben. Der 4. Artikel des Kriminalgesetzbuchs bestimmt zwar, daß in einem solchen Falle an das Ministerium Bericht zu erstatten und dessen Anordnung zu erwarten ist; allein wieder heißt es in demselben Artikel, „der Richter habe inmittelst die nöthigen, keinen Verzug leidenden Verfügungen zu treffen.“ Daß aber unter diesem nicht näher bezeichneten Richter der ordentliche Prozeßrichter zu verstehen sein muß, Das liegt wohl auf der Hand, wird aber durch den §. 48. der Verf. Urk. in das hellste Licht gesetzt, nach welchem kein Unterthan seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf, außer in den von den Gesetzen voraus bestimmten Fällen. Daß aber jener Staatsgefangener hier unter den Begriff eines Unterthans fällt, ist wohl außer

allem Zweifel. Denn, obschon er nicht die vollen Rechte eines sächsischen Staatsbürgers genießt, so steht er doch hinsichtlich seiner Pflichten in den Verhältnissen eines Unterthans, sonst könnte ja auch nicht während seines jetztweiligen Aufenthalts in Sachsen die Anwendung der sächsischen strafrechtlichen Bestimmungen auf ihn, den Ausländer, ausgedehnt werden (Art. 3. des Crim. Gesetzbuchs). Theilt er aber mit den sächsischen Unterthanen die Unterwerfung unter das Strafrecht, so muß er natürlich auch mit ihnen demselben Untersuchungsrechte unterliegen.

Soll nun ein Ausländer vor einem inländischen Gericht zur Untersuchung gezogen werden, so kann es das gewöhnliche, d. h. dasjenige, in dessen Bezirk das Verbrechen geschehen, natürlich nicht sein, sobald dasselbe im Auslande allein geschehen ist. Es ist daher auf die Verordnung vom 7. Febr. 1820 zurückzugehen, nach welcher in dem Falle, wenn der Ort der That mit Zuverlässigkeit nicht ausgemittelt werden kann, der Untersuchungsrichter, in dessen Bezirke der Angeschuldigte ergriffen worden, zuständig ist. Freilich gelangt man auch hiermit noch nicht zum Ziele, indem bei dem Vergehen jenes Staatsgefangenen der Ort sehr wohl bekannt ist. Doch ließe sich die Anwendung dieser Bestimmung allenfalls aus der Rechtsanalogie rechtfertigen.

Dagegen läßt es sich nicht rechtfertigen, daß Tissowski der einzig zuständigen Behörde, dem Stadtgerichte oder Justizamte zu Dresden, wo er ergriffen worden, entzogen worden: nicht rechtfertigen, daß das Ministerium die Bildung einer neuen Behörde verfügt hat: nicht rechtfertigen, daß hierzu das Mitglied einer Mittelbehörde delegirt worden, welche bekanntlich in keinem Falle zu untersuchen, sondern nur zu entscheiden hat: nicht rechtfertigen endlich, daß man einen ausländischen Richter selbstständig auf sächsischen Grund und Boden fungiren läßt.

Wir haben uns bei dieser Besprechung nur auf dem Gebiete der Rechtsfrage bewegt und die politische ganz bei Seite liegen

lassen. Doch möge man hierin nicht etwa ein Zugeständniß dafür finden, als ob der östreichischen Regierung die militärische Invasion und Okkupazion Krakaus ein begründetes Recht ertheilt habe, die Justiz in einem selbstständigen Staate auszuüben.

Vielleicht erschien Anfangs der sächsischen Staatsregierung die von Oestreich beanspruchte Ausübung der Rechtspflege über Krakau ebenfalls zweifelhaft, vielleicht auch leiteten dieselbe andre Beweggründe, aber jedenfalls muß, wenn es thatsächlich, daß sie auf Grund ihres guten Rechts die Auslieferung Tissowskis verweigerte, dieser Akt der Humanität rühmend anerkannt werden. Doch eben so tief ist es zu beklagen, daß dieselbe auf halbem Wege stehen geblieben ist und den Gefangenen nicht ganz frei gegeben hat. Es werden ihr aus diesem juste milieu des eingeleiteten Verfahrens mannigfache Unzuträglichkeiten erwachsen, auf welche wir noch aufmerksam machen wollen.

Wird von dem Quasigerichtshofe gegen den Angeschuldigten eine harte oder gar die strengste Entscheidung abgegeben, so wird dann entweder doch noch dessen Auslieferung zu erfolgen, oder man wird ihn diesseits auf freien Fuß zu setzen haben, wenn man die bewiesene Humanität ferner befolgen will. Erfolgt dagegen das Urtheil in milder oder wenigstens milderer Form (eine gänzliche Freisprechung des antimonarchischen Diktators dürfte man zu erwarten wohl keinen Grund haben), und wird nun dann die Auslieferung zur Vollstreckung der Entscheidung gewährt, so hat man dieselbe an eine stillschweigende Bedingung binden und so in den Gang einer (obschon willkürlichen) Justiz eingreifen wollen.

Endlich aber fühlen wir uns zu der Frage gedrungen, wie man den sächsischen Ständekammern gegenüber dieses eigenthümliche Arrestverfahren und dessen Kostspieligkeit zu vertreten gedenkt?

Die russisch-französische Allianz, mit besondrer Beziehung auf die polnische und die schleswig-holsteinische Frage.

Die Stellungen der Mächte in Betreff der hochwichtigen nordischen Frage beginnen sich allmälig zu festigen. Die in der Preuß. Allgem. Zeitung abgegebene Erklärung beruhigt über die Gesinnungen einer Regierung, deren Wurzel eines der ächtesten und bedeutendsten Produkte des deutschen Geistes ist. Auch Bayerns König hat eine bedeutsame Erklärung abgegeben, und man kann sagen, daß jetzt die Aufgabe des Sprechens von den Völkern auf die Fürsten übergegangen sei. Ueber Oestreichs wahre Gesinnung ist man noch nicht recht im Klaren, und doch ist es vom größten Interesse, zu wissen, wie in den Landen dieser Macht, namentlich aber in ihrem Kabinette über diese, vielleicht die Zukunft Deutschlands entscheidende Frage gedacht wird. Was die Oestreicher selbst betrifft, so versteht sich von selbst, daß ihre Ansichten nur getrennte und gespaltene sein könnten. Der deutsche Theil sympathisirt allerdings mit den Schleswig-Holsteinern; es regt sich in ihm der nicht ganz übertäubte und niedergedrückte nazionale Instinkt; allein von Aufschwung, Enthusiasmus und dem Gefühle der Hingebung ist Nichts zu gewahren, nicht bei den Hohen und Gebildeten, nicht bei den Niederen und Gemeinen. Die Gründe dieser unglückseligen Erscheinung sind zu bekannt, als daß sie besondrer Nachweisung bedürften. Was nun die

Nichtdeutschen betrifft, so nehmen wir keinen Anstand, zu erklären, daß in diesem Augenblicke, wo der eigentliche Zusammenhang der Fäden noch nicht klar geworden, ihre Theilnahme sich eher auf die dänische als auf die deutsche Seite werfen dürfte. Das misliche Verhältniß, darein sie sich zum Deutschthum gestellt sehen, erklärt Dies zur Genüge, und, gestehen wir nur offen — denn es nützt wenig, sich auf dem Felde der Politik mit Illusionen zu nähren —, daß bei ihnen vor der Hand eine zu geringe Meinung von der Thatkräftigkeit des deutschen Volks herrscht! Der leidende Pole, der niedergedrückte Czeche, der glücklichere Magyare — sie alle betrachten das deutsche Wesen, wie sie es kennen und schmecken lernten, als ein ihnen entgegengesetztes, wo nicht feindseliges, und wir sind überzeugt, daß jetzt schon mancherlei misgünstige Gefühle sich entwickelten, die freilich unter dem Salomonssiegel der östreichischen Zensur im Zaubertopfe gebannt ruhen, freilich jetzt von keiner Bedeutung sind, aber doch nicht gleichgültig angesehen werden könnten, wenn es je über diese Frage zum ernsten Kampfe käme. Gleichwohl gibt es einen Faden, der das Interesse der Deutschen mit dem dieser Völkerschaften auf das Innigste verknüpft, und, obschon wir fest überzeugt sind, daß die Zukunft auf diese Verknüpfung mit unwiderlegbarer Macht aufmerksam machen muß, so wollten wir doch nicht unterlassen, jetzt schon darauf hinzuweisen, damit je früher je besser das antideutsche Gefühl jener Misgunst sich in einen wohlthuenden Akkord auflöse.

Sprechen wir offen aus, was sich aus den bisher bekannt gewordenen Verhältnissen ergiebt! In der schleswig-holsteinischen Frage steckt der ursprüngliche Keim der russisch-französischen Allianz. Die Annäherung beider Mächte ist eine ausgemachte Thatsache; mit jenem Komplimente, welches Kaiser Nikolaus unmittelbar nach seiner Heimkehr von Wien zum ersten Male an den französischen Geschäftsträger zum größten Erstaunen der feinnäsigen Diplomatie richtete, begann jene Kette von

Aufmerksamkeiten, die jetzt durch die beiderseitige Ernennung von Botschaftern sich vervollständigen wird. Schon vor mehren Wochen war in den Wiener Salons die Rede von innigem Einverständnisse Rußlands und Frankreichs in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Nachträglich erschien der bekannte Artikel, „von der Elbe" in der Augsb. Allgemeinen Zeitung, und la Presse beeilte sich, gleichzeitig ihre Ansicht abzugeben, so daß die guten Deutschen wissen konnten, woher der Wind eigentlich pfiffe, nämlich von Osten und Westen gleichzeitig. Das „Portefeuille" stellte den Satz auf, daß Deutschland sehr Unrecht thäte, sich um seine nazionale Existenz zu wehren, eine Ansicht, die eine Nutzanwendung des bekannten Talleyrandschen Ausspruches zu enthalten scheint, der einem armen Bittsteller auf die offene Erklärung, daß er doch leben müsse: Je n'en vois pas la necessité! zur Antwort gab. Man nennt den Franzosenkönig einen Napoleon des Friedens; es ist aber Dies nicht blos ein Ausdruck leerer Schmeichelei, es liegt derzeit viel Wahrheit darin, und, wollte man die Hyperbel ermäßigen, wollte man sich begnügen, ihn einen Louis quatorze mit friedlichen Neigungen zu heißen, so hätte man eigentlich nur Das gesagt, was ihm gebührt. Wir sehen ein wunderbares Spiel in Italien, zunächst mit dem Vatikan gesponnen; allein es wird und muß zurückwirken auf die Schicksale der gesammten Halbinsel, und, wenn auch in der diplomatischen Säre die gewöhnlichen Leidenschaften der Menschen nicht entscheiden, so mag man es doch mit Recht als einen sonderbaren Griff betrachten, daß gerade nach Rom ein Mann, der einst zur Karbonaria gehörte und auf den die östreichische Regierung hatte fahnden lassen, als französischer Botschafter gesendet wurde. Wir sehen Belgien losgerissen von Holland, dicht gelagert vor Frankreichs Thoren, durch Eisenbahnen und königliche Verwandtschaftsbande mit diesem innig zusammenhängend, voll starker französischer Neigungen, während die vlämischen Tendenzen, die nicht einmal rein deutsche sein wollen und sollen, sich damit keineswegs messen können.

Wir sehen ferner einen merkwürdigen Versuch, den französischen Einfluß in dem auf seine Unabhängigkeit so stolzen Spanien für immer zu befestigen. Wir sehen den Krieg in Algier, die unvergleichlichste aller Kriegsschulen, noch immer nicht beendet, während die Festungswerke von Paris bereits dastehen, und nunmehr sehen wir gar das unmaskirte Bestreben, sich in deutschen Angelegenheiten einen offenen Fleck zu sichern, damit Frankreich, wenn es ihm dereinst belieben sollte, Anlaß finde, sich eben so bei deutscher Geschichte zu betheiligen, wie es Dies bei belgischer, italienischer und spanischer theils schon gethan hat, theils noch zu thun Willens ist.

Werfen wir einen Blick auf das Gebiet der Konjekturalpolitik! Welche Chancen bietet die Zukunft der neugegründeten Dynastie? Wir gewahren eine selbstgenügsame, triumfirende Bourgeoisie, im Vollbesitze aller durch die Revoluzion errungenen Vortheile; ihr gegenüber jedoch den sogenannten peuple, ausgeschlossen vom Genusse vieler politischer Rechte, dessen Beschwerden zu sammeln die humanitäre Partei der Sozialisten sich zur Aufgabe macht. Frankreich ist bekanntlich das Land, wo die Ideen am Schnellsten reifen, wo sie oft noch unreif vom Baume der Erkenntniß gepflückt werden. Wer bürgt dafür, daß nicht, bliebe Alles beim Antritt der Regentschaft durch den eben nicht volksthümlichen Herzog v. Nemours im alten, ausgefahrenen Geleise, die Proletarier über Nacht aus ihrem jetzigen Zustande der Erbärmlichkeit hervortreten würden, um an die komfortablen Wohnhäuser der üppig genährten Bourgeois und an die Thore der wenigen noch übrig stehenden Palläste, nicht als Bettler, sondern als ungestüme Gläubiger zu pochen? Ja, es ist Dieses sogar wahrscheinlicher, als das von den Großen und Reichen der Erde angestrebte Gegentheil. Während sonst Jahrhunderte erforderlich waren, um eine weltbewegende Idee zu zeitigen, genügen jetzt dafür Jahrzehente. Das französische Temperament, zu dieser Wahrheit als Faktor hinzugeschlagen, giebt ein Fazit, worüber selbst die konservativen Zeitgenossen zu erschrecken berechtigt

sind. So Viel aber ist gewiß, daß die neue Dynastie, im Falle die Ansprüche der Massen siegten, wanken und vermuthlich fallen würde. Um sich vor diesem Konflikte sicher zu stellen, giebt es für sie und die mit ihrem Geschicke innig verknüpfte Bourgeoisie nur ein Mittel, ein gefährliches zwar, jedoch ein ausgiebiges — die Auflösung der proletarischen Ansprüche in einem Elemente, dessen Allmacht sich in Frankreich noch niemals verleugnete. Frankreich müßte nicht blos imponirend, sondern erwerbend in Europa, Afrika und wo möglich auch in Asien auftreten. Eine so bestellte Regentschaft könnte dem anarchischen Ausbruch mit größter Zuverlässigkeit, vorbeugen ja sogar die Freiheiten der Nazion suspendiren, weil ja die Geschichte zum Ueberflusse gelehrt hat, welche Opfer der Franzose dem Götzen seiner Eitelkeit darzubringen vermag. Hierbei ist aber nicht blos diese Schwäche im Spiele; es handelt sich auch um materielle Vortheile, und, wenn einerseits die unruhige Masse in einem etwaigen Kriege dezimirt werden sollte, so hätten andrerseits die übrig bleibenden neun Zehntel eine Menge von Auswegen, um sich nach Erwerb haschend zu zerstreuen. Man denke sich Belgien von Frankreich eingenommen, den französischen Einfluß über Spanien und Italien waltend, die sogenannte afrikanische Nordküste von Franzosen besetzt, und dafür das schwer zu behauptende Innere der berberischen Lande preisgegeben, somit den Krieg in ein Handelssystem dort verwandelt; wer zweifelt wohl, daß der nicht minder ungestüme als erwerbslustige Genius der Nazion unendlichen Spielraum gewänne, um sich auszudehnen nach allen Richtungen der Welt? Die Bourgeoisie wäre geborgen, der Thron erhielte sich mit ihr, und selbst Rothschild wäre vielleicht einer so gearteten Unternehmung nicht unbedingt abhold. Was er an fünfprozentigen Metalliques in Wien verlöre, gewänne er vermuthlich dreifach an der dreiprozentigen Rente in Paris zurück.

So hochfliegende Pläne könnte nun Frankreich allerdings nicht allein durchführen. Es kann eine soziale Revoluzion machen und

durch die Rückwirkungen derselben den gesammten Bestand der europäischen Verhältnisse erschüttern. Die Proletarier können nirgends vernichtet werden, sie können auch Nichts verlieren; ja, unterläge selbst Frankreich bei einer sozialen Erhebung, folgte die übrige Welt nicht rasch seinem Beispiele, wie wohl nach dem Verlaufe von fünf bis zehn Jahren zu gewärtigen wäre, so könnte das Spiel doch nur mit Konzessionen und Organisazionen enden, analog der Gewährung der Charte im Jahre 1813, die gewiß nicht gegeben worden wäre, hätte sie nicht das unabweislichste politische Bedürfniß erheischt. Aber einen Kabinetskrieg kann eben dieses Frankreich weder wagen, noch beginnen. Es bedarf dazu einer Allianz und und unwillkürlich richtet sich der Gedanke auf Rußland. Rußland und Frankreich als Verbündete, scheinen auf dem Kontinente allmächtig; glücklicher Weise sind wir im Stande, zu beweisen, daß sie es nicht sind, wofern ein Element in Rechnung gezogen wird, das jetzt nur ein Element der Verlegenheit und die Quelle von Gewissensbissen für alle zunächst betheiligte Mächte bildet, wofern der rechte Augenblick nicht übersehen wird, um es zu pflegen und zu entwickeln, ehe es sich unversehens zur Waffe in der Hand der Gegner verwandelt. Niemand wird die Welt glauben machen wollen, daß Rußland die Türkei liebe, anders nämlich, als die Katze, welche mit der Maus spielt, bevor sie selbe zerreißt. Es ist ausgemacht, daß es in Rußlands höchstem Interesse liegt, die Türkei um jeden Preis zu konserviren, so lange es sie nicht ungefährdet zu absorbiren vermag. Der morsche Bau des Serails wird von Petersburg aus so lange künstlich unterstützt werden, bis keine andere Macht, als Rußland, den endlichen Zusammensturz desselben brauchen kann, um Bausteine zu Schöpfungen neuer Größe von dorther zu beziehen. Rußland mag ruhig warten; denn es hat die Chance eines unbegrenzten Wachsthums vor sich. Seine Stellung ist naturgemäß eine lauernde. Sobald es sich aber einmal entschließt, den Franzosen die Hand zu bieten, so giebt es damit zu verstehen, daß es Lust

habe, aus seiner Passivität herauszutreten und zu handeln. Wir vermögen durchaus keinen Grund ausfindig zu machen, weshalb Frankreich grollen sollte, wenn Konstantinopel in russische Hände fällt, vorausgesetzt, daß ihm russischerseits alle die mehrfach angedeuteten Vortheile gewährleistet werden. Beide Theile könnten sich später ins Unermessene ausdehnen, Rußland in der Richtung nach Asien, Frankreich nach Afrika, und gleichwohl würden sich ihre Interessen schwerlich kreuzen, weil ihre Grenzen sich niemals berührten. Denn es läge in ihrem beiderseitigen Vortheile, eine Art Deutschland als Neutralitätsgebiet zwischen sich bestehen zu lassen. Also, wie gesagt, wir bekennen unsre Schwäche, die Inkompatibilität der russischen und französischen Interessen leuchtet uns keinesfalls ein, und doch müßte diese vorausgesetzt werden, soll nicht der Gang der Diplomatie der zwei deutschen Großmächte uns in vieler Beziehung unbegreiflich, ja verkehrt erscheinen. Doch, da „nur Lumpe bescheiden sind", nehmen wir uns die Freiheit, an Karls X. bekanntes Wort zu erinnern und mit scharfer Bestimmtheit den Satz auszusprechen: „Würde Frankreich genugsam entschädigt am Rhein u. s. w., mag Stambul den Russen verfallen sein!" Dieser ungeschlachte Reim wird schwerlich benutzt werden, um bei einer deutschen Auflage der Wiener Kongreßakte als Motto zu dienen; doch ist er keine taube Nuß, sondern umschließt, als Kern, eine Wahrheit, die man nicht verschmähen sollte, weil ihr Geschmack bitter ist.

Der Haupttrost für die träge, unmännliche Gegenwart und der Hauptgrund gegen die Möglichkeit der russisch-französischen Allianz liegt angeblich in den abweichenden politischen Prinzipien. Wir wollen bei diesem Anlasse nicht die Vergangenheit zu Rathe ziehen; denn, wenn geheime Einverständnisse gedenkbar wären zwischen dem Erbfeinde der Christenheit, dem Großsultan, und dem natürlichen Oberhaupte derselben, dem Papste, wenn Cardinal Richelieu sich entschließen mochte, die Protestanten in Deutschland zu unterstützen, während er sie in Frankreich selbst verfolgte, so ist nicht abzusehen

warum eine ausnehmend gemäßigte Demokratie, die an die Stelle des Geburtsprivilegiums nur das Geldmonopol setzte, mit einer absoluten Regierung, die obendrein für ihr Volk noch ein wahrhaftes Bedürfniß darstellt und in diesem Augenblicke kaum anders gedacht werden kann, nicht ein Bündniß abschließen sollte? Oestreich weicht von England im politischen Prinzip außerordentlich ab; dessenungeachtet halten beide Mächte treu und fest aneinander. Wir räumen ein, daß Rußland sich zurückziehen würde, wenn Frankreich von Neuem der Revoluzion mit propagandistischem Karakter verfiele. Allein nicht umsonst haben wir schon früher zu zeigen gesucht, daß die Frucht der russisch-französischen Allianz eben dafür als Präservativ zu dienen bestimmt ist. Ein rascher, glücklicher Aufschwung nach aussen, und es erspart die innere Bewegung. Die neue Dynastie aber wird tagtäglich legitimer! Wer weiß, ob nicht Ludwig Filipp seinem Nachfolger ein politisches Testament hinterläßt, über dessen wahren Inhalt manches Entsetzen losbrechen wird. Sein höchstes Interesse war stets: die Dynastie zu befestigen und mit dem Schicksale Frankreichs zu verknüpfen, und bei Erwägung des ausserordentlichen Geschicks, womit er diesen Zweck zu erreichen wußte, fühlt man sich zu dem Glauben veranlaßt, daß ein solcher Meister auf dem Instrument der Politik auch auf der Kriegssaite ein eben so vollendetes Konzert zu spielen wissen würde, wie er es derzeit auf der Friedenssaite zum Besten giebt.

Wir haben hier fortwährend den äußersten und entschiedensten Ausdruck gebraucht. Wir haben vom Kriege gesprochen, weil die Möglichkeit, daß alle diese Tendenzen nicht anders als gewaltsam durchgeführt werden könnten, so überaus nahe liegt. Allein wir wissen recht gut, daß der Gedanke der beregten Allianz, ehe er so mächtig ans Licht des Tages hervorträte, früher eine Anzahl von Windungen durchmachen müßte, da der gerade Weg, vielleicht allenthalben der beste, nur in der Diplomatie nicht dafür gilt. Man würde da und dort anzuknüpfen suchen, um seine Absichten hinter einem

gewissen Rechtsscheine zu verbergen. Man würde jedoch vor allen Dingen beflissen sein, sich einen Fleck in Europa offen zu erhalten, gewissermaßen einen Ausgangspunkt für das Weitere, einen Vorwand, um gegen das eingeklemmte Deutschland loszuschlagen, ein treffliches Mittel, um es empfindlich zu schwächen, wenn es feig und ehrlos genug wäre, im Frieden hinzugeben, was nur im blutigsten Kampfe verloren gehen mag. Ein solcher willkommener Punkt ist die schleswig-holsteinische Frage. Sie berührt Deutschland auf das Sensibelste, ihre Lösung kann auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden, und sie bietet Anlaß zur Nährung zahlreicher europäischer Schwierigkeiten.

Diesen Plänen muß und wird sich England auf das Bestimmteste entgegenstellen. Manches Symptom deutet darauf hin, daß Lord Palmerstons feinblickendes Auge die Fäden der Intrigue bereits aufmerksam gezählt habe. Sein energisches Benehmen in Betreff Polens und sein neuerliches, nichts weniger als kordiales Auftreten gegen Frankreich in der Otaheitifrage, seine entschiedene Behandlung der Heirathsangelegenheit des Prinzen von Montpensier beweist, daß er Alles aufbieten würde, um das drohende Bündniß im Keime zu ersticken. Allein wird er es vermögen? Das ist die Frage, die sich durchaus nicht bejahend a priori beantworten läßt. Es wäre vom Ueberflusse, wenn wir beweisen wollten, was bereits alle Sperlinge auf den Dächern singen, daß nämlich ein schroffer Gegensatz zwischen den brittischen und französischen Interessen fast auf sämmtlichen Punkten der Erde, wo sie sich berühren, obwalte. In dem freundschaftlichen Zusammenhalten Frankreichs und Englands seit den Jahren 1830 liegt ausnehmend viel Zwanghaftes, und die Episode des Julivertrags vom Jahre 1840 that bis zur Evidenz dar, daß dieses Verhältniß aufhören würde, sobald Frankreich sich die Anmaßung beikommen ließe, in den Weltangelegenheiten mit selbstständigen Gelüsten und Meinungen hervorzutreten. Großbritannien bedarf des Weltfriedens. Ließ es nach dem Ausbruche der

Julirevoluzion Frankreich von den absoluten Mächten, welche damals die Spannkraft der demokratischen Propaganda fürchteten, angreifen, so war dieser Friede für lange Jahre gebrochen, und welche sterbliche Seele vermochte damals, den endlichen Ausgang zu prognostiziren? Es wählte daher den klügsten Ausweg und bot der neugeschaffenen Dynastie die Hand. Diese mußte, um sich selbst zu erhalten, mit aller Welt in Frieden verharren, ja, sie mußte sich nicht selten Demüthigungen gefallen lassen, woraus die antidynastische Oppositzion bis jetzt ihren Lebensstoff zog. Unaufhörlich arbeitete sie daran, sich das Vertrauen Europas zu erwerben, das Vertrauen auf ihre Dauer. Allein bei dieser Arbeit schwebte vermuthlich Rußland vorzugsweise im Hintergrunde ihrer Gedanken; sie ließ den polnischen Aufstand im Jahre 1831 erfolglos zu Grunde gehen, und, nachdem die unglücklichen Polen sie mit ihrem Schilde gedeckt hatten, fielen sie als ein Opfer der wälschen Perfidie im eminentesten Sinne des Wortes. Es wäre noch zu untersuchen, ob England nicht eine aufrichtige Demonstrazion zur Wiederherstellung des Königreichs Polen unterstützt haben würde, ob Oestreich für klug befunden hätte, sich ganz und gar davon auszuschließen. Doch selbst, wenn Dem so wäre, läßt sich der Vorwurf der Perfidie von Frankreich nimmer hinwegwälzen, weil ihr Wesen so recht eigentlich darin besteht, für einen Theil Sympathien zur Schau zu tragen, während mit dem Gegentheil augenscheinlich gebuhlt wird. Dieser perfide Zug schlingt sich bereits durch die Napoleon'sche Politik hindurch, da selbst dieser ungewöhnliche Mensch, der im Jahre 1812 so ziemlich gesonnen schien, den Universaldespoten zu spielen, vor Rußland eine instinktmäßige zurückhaltende Scheu empfand und trotz seiner glänzenden Waffenfortschritte das alte Polen nur in sehr unvollkommener Form wieder erstehen ließ. Prüfen wir die Sache genauer, so werden wir finden, daß in der Bestimmung Frankreichs Etwas liegt, was sich mit der Wiederherstellung Polens nicht wohl verträgt. In seinen Heeren mochten die Polen als die treuesten Hülfstruppen mitfechten; aber ein

restaurirtes Königreich mit 20 Millionen Bewohnern voll Muth und Vaterlandsliebe taugte schlecht zu seiner jetzigen europäischen Praxis. Man nimmt an, daß die Gewähr des jetzigen Zustandes von Europa, sein sogenanntes Gleichgewicht, auf der Pentarchie beruhe. Die mittleren und die kleinen Staaten fallen beinahe ganz außer Rechnung, und großartige politische Probleme werden meistens im Rathe der fünf Kabinette entschieden; sie bilden in völkerrechtlicher Beziehung eine Art von Senat, von dessen Aussprüchen nicht weiter appellirt werden kann, als mit dem Schwerte in der Hand an den ewigen Geist der Welt. Dieser Begriff der Pentarchie reichte bei den bisherigen Kombinazionen so ziemlich hin; wenn aber Frankreich und Rußland sich verbünden, dann zeigt sich die Unhaltbarkeit desselben; denn Oestreich, Preußen und die deutschen Bundesstaaten zusammengenommen stehen gegen diese Kombinazion im offenbarsten Nachtheile, der durch die energischeste von England gespendete Hülfe noch bei Weitem nicht gehoben würde. Eine flüchtige Erwägung der Bevölkerungsverhältnisse, der geografischen Lage, der Geldkräfte auf beiden Seiten genügt, um den Beweis zu liefern, daß streng genommen nur von einer Tetrarchie noch die Rede sein kann, und daß der europäische Friede blos durch die fortwährende Uneinigkeit zwischen Frankreich und Rußland verbürgt war.

So unwillkommen das Jahr 1830 der absolutistischen Partei in ganz Europa gewesen sein mag, so läßt sich doch schwerlich in Abrede stellen, daß der östreichischen Diplomatie damit in einer Hinsicht geholfen war. Die drohenden Worte, welche Karl X. während des Türkenkrieges sprach, sind noch nicht verhallt, und, wäre der Fürst v. Metternich nur einigermaßen befreundet mit den liberalen Ideen, wäre er nicht der entschiedenste Bekämpfer jeder volksthümlichen Regung, so könnte man sagen, er habe die drei Julitage geflissentlich provozirt. Weil man Dies nicht sagen kann, war der Vortheil, der ihm aus dem Ursprunge der neuen Dynastie erwuchs, ein zufälliger und somit ein unverdienter.

Ist es nun wahr, daß Ludwig Filipps Schlauheit auch jene Positzion zu erobern gewußt, so tritt statt des Scheines der Pentarchie in der That nur die Tetrarchie ins Leben, und zwar unter den ungünstigsten Auspizien von der Welt. Die russisch-französische Flotte kann der englischen keineswegs Schach bieten, aber doch imponiren. Die Heeresmächte zu Lande stehen, abgesehen von der höchst verhängnißvollen Mittellage Deutschlands, in keinem Verhältnisse. Das sind selbstredende Wahrheiten, gegen deren Gewalt der geübteste Statistiker und Strategiker keinen haltbaren Einwand aufzubringen vermag. Man denke sich nun aber Polen restaurirt, so ist dies tetrarchische Verhältniß mit einem Schlage geändert. Dann wäre die wahre Erhaltung des europäischen Gleichgewichts denkbar. Können dieses Gleichgewicht Mächte wünschen, die noch Viel, sehr Viel zu erringen hoffen und beabsichtigen? Oder will Frankreich den Rhein, Belgien, den Einfluß in Italien und Spanien nicht? Oder strebt Rußland nicht nach Konstantinopel? Das ist der Grund, weshalb die Wiederherstellung Polens von Frankreich nicht aufrichtig gewünscht werden kann. Frankreich allein ist zu schwach, um alle Bedingungen seiner Größe zu erfüllen und gewissermaßen zum Dessert die alte königliche Republik auf die europäische Tafel zu setzen. Frankreich ist ferner zu eigennützig, um seinen Zukunftsgedanken zu entsagen und sich mit der Restaurazion Polens im Vereine mit England oder mit irgend einer Macht aus rein menschlichen Gründen und zur definitiven Feststellung des Weltfriedens zu befassen. Frankreich ist unübertrefflich in Benutzung fremder Sympathien; allein es nimmt nicht den geringsten Anstand, den Lebenssaft der getäuschten Völker auszupressen und sie dann wie eine Zitrone fallen zu lassen. Es giebt dafür schreiende Belege fast auf jedem Blatt der Geschichte.

Es ist eine höchst auffallende Erscheinung, daß bei den letzten Polendebatten in den Kammern gerade die Legitimisten sich am Entschiedensten für die unglückliche Nazion aussprachen. Sei es, daß

religiöse und aristokratische Elemente im Spiele waren, so läßt sich doch unzweideutig aus der Haltung der Partei folgern, daß sie auf Rußland keine Hoffnungen mehr setzt.

In der Deputirtenkammer lag bekanntlich eine Subskripzionsliste auf. Thiers unterzeichnete nicht, wiewohl der Konstituzionel 1000 Franken gab. Thiers will noch Minister werden! Aber Palmerston ist Minister und fand gleichwohl starke Worte genug, zu stark für die verwöhnten Ohren der deutschen und russischen Diplomaten. Wie Guizot sich verhielt, weiß Europa. Aus seinem Munde kam auch nicht ein Wort des Trostes für das arme, der Zernichtung überlieferte Volk. Und la Presse, das bekannte Organ der Zukunftsgedanken der Orleans'schen Dynastie, zunächst inspirirt vom Grafen v. Molé, dem Liebling Ludwig Filipps, behandelte die polnische Erhebung nicht viel besser, als wie einen tollen Fastnachtsstreich.

Wenn den Polen überhaupt eine Zukunft bevorsteht, so haben sie sich, nach unsrer Meinung, zur Erkämpfung derselben bis zum geeigneten Momente eher an England, als an Frankreich anzuschließen. Nur so Viel ist gewiß, daß die nüchterne brittische Praxis ein muthwilliges, unberechnetes Losschlagen, wie im Februar d. J., weder gutheißen noch unterstützen wird. Eine Nazionalität stirbt nicht, wenn ihr das Sterben nicht gleichgültig geworden ist; die Nazion mag deshalb zuwarten.

Betrachten wir die Manipulazionen Rußlands im Königreich Polen! Es erleichtert das Schicksal der Bauern. Thut es Dies, um den Keim der Gefühle der Freiheit, der Menschenwürde auszustreuen? Will es die Demokratie auf den Trümmern des polnischen Adelthums begründen? Zuverlässig nicht! Es verfolgt dabei einen allgemeinen und einen besonderen Zweck. Es will sein, über jedes positive Recht erhabenes autokratisches Prinzip im Lande dauernd befestigen, außerdem jedoch „den polnischen Adel in ein Offizierkorps ohne Soldaten verwandeln", wie ein Korrespondent der Augsb. All-

gemeinen sagte, und, was nebenbei von europäischer Gutheißung des allerdings wohlberechneten Aktes zufällt, geruhig in seine Tasche stecken. Es ist offenbar ein für die neue Allianz günstiger Coup, eine fein maskirte Blosstellung Oestreichs und eine Erledigung jener zu Petersburg sehr wohlmeinend entgegengenommenen Vorstellungen, welche, ditto laut Augsb. Allgem. Zeitung, das Kabinet der Tuilerien in Betreff des Schicksals der unterthänigen Klassen in Polen gemacht haben soll.

Vielleicht schon in diesem Augenblicke ist das Band des herzlichen Einvernehmens zwischen Großbritannien und Frankreich gänzlich gelöst. Ludwig Filipp wagt, auf eigenen Füßen zu stehen, und Spanien ist der Erisapfel geworden. Hierbei entsteht nun die Frage, ob es denkbar sei, daß Ludwig Filipp, das Prototyp aller vorsichtigen Staatsmänner, einen so wichtigen, die Fragen der Zukunft seines Hauses mehrfach blosstellenden Schritt ohne irgend einen zuverlässigen Rückhalt unternommen haben wird? Angenommen, das übrige Europa erkläre sich gegen diesen Akt friedlicher Usurpazion, so liegt auf der Hand, daß er nicht stark genug ist, ihn zu Ende zu führen. Der anerkannten Geschicklichkeit Englands in der Fabrikazion nothwendiger Revoluzionen, dem Unmuthe der unabhängigkeitsstolzen Spanier, der protestirenden Diplomatie aller Länder vermöchte er schwerlich zu widerstehen, und, müßte er nachträglich den Kürzeren ziehen, welche Beschämung und Gefährdung gegenüber den oppositzionellen Parteien im eigenen Lande! Wir müßten also entweder annehmen, er habe blind und eigensinnig, thöricht gehandelt, ganz im Geiste jener paradoxen und belächelnswerthen Schilderung, welche Gutzkow von ihm in seinen Pariser Briefen entwarf, oder er hat Stützpunkte — und diese sind wohl nirgends anders, als im hohen Norden zu suchen.

Wir stellen freilich nur eine Hypothese auf und haben keinen direkten Blick in die schwebenden Unterhandlungen geworfen; allein wir glauben, eine Hypothese, wodurch alle politischen Erscheinungen

am europäischen Horizont so natürlich erklärt werden, habe das Prästigium der Wahrheit für sich. Die schleswig-holsteinische Frage fällt ebenfalls ganz in diese Kategorie. Es liegt dem Kabinette der Tuilerien bestimmt weniger daran, wie diese Frage erledigt wird, als daß es einen willkommenen Anhaltspunkt erlange, um in deutsche Angelegenheiten einzugreifen. An und für sich betrachtet, scheint es von Seiten Dänemarks eine Taktlosigkeit ohne Gleichen, daß es den offenen Brief jetzt ergehen ließ. War es nicht räthlicher, zu schweigen, die Sache in die Länge zu ziehen, zu temporisiren? Allein auch hier scheinen mächtige Gründe obgewaltet zu haben, und, da Rußland wie Frankreich um den offenen Brief vorhinein wußten, so darf mit Fug vorausgesetzt werden, daß ihnen diese Publikazion wünschenswerth erschien. Der Knoten ist geschürzt, und es ist eben die Frage, ob er anders, als mit dem Schwerte zu lösen sei. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, können wir nicht begreifen, welches Interesse England haben könnte, sich der russisch-französischen Partei anzuschließen, an Deutschlands Schwächung und Erniedrigung zu arbeiten, einen Funken, wodurch der künftige Weltkrieg unter andern entzündet werden soll, selbst anfachen zu helfen? Fürchtet England die deutsche Flotte, die vor der Hand gar nicht existirt? Hofft es, den Zollverein zu sprengen? Jene Befürchtung und dieser Wunsch wären zu kleinlich, seiner die Welt umspannenden großartigen Politik unwürdig. Wir haben demnach volle Ursache, zu glauben, daß die zurückhaltende Attitüde, welche das Kabinet von St. James in dieser Frage angenommen, auf höhere und edlere Absichten schließen läßt, als die Times, dieses die niederen Neigungen Altenglands abspiegelnde Blatt, bisher unanständiger Weise zur Schau trug. Man warte ab, bis das Morning Chronicle, ein in solchen Dingen weit gewiegteres und kompetenteres Organ, sich vernehmen läßt.

Kommt die russisch-französische Allianz auf breiteren Grundlagen, als die oberflächlich entente cordiale ist, zu Stande, ist sie vielleicht bereits zu Stande gekommen, so ist die Lage der Welt so ziemlich

klar. Die unumgängliche orientalische Frage wird dann nicht lange mehr auf ihre Erledigung warten lassen. Wird und kann Deutschland dabei ruhig zusehen, wird es sich die kontinentalen Umgriffe Frankreichs gefallen lassen? Wir halten Dies nicht für gedenkbar! Und dennoch müssen wir zu unserm Bedauern gestehen, daß die deutschen Mächte insgesammt einem solchen Stoße von zwei Seiten her nicht gewachsen scheinen. Unwillkürlich richtet sich dabei unser Auge auf Oestreich. In seiner jetzigen Verfassung ist es weder im Stande, einen großen Krieg auszuhalten, noch wird es seinen Unterhandlungen einen so gewaltigen Nachdruck geben, daß im Hinblicke auf die ultima ratio regum die entgegenstehenden Mächte zur Nachgiebigkeit veranlaßt werden würden. Es akzeptire ein liberales System; es stütze sich mit Bewußtsein auf die ihm zugewiesenen Kräfte; es mache die zahllosen Unterlassungssünden der Vergangenheit gut; es schlage den unheilvollen Sprachkampf mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln nieder, allein es biete für die nicht zu befriedigenden Gelüste nazioneller Selbstständigkeiten freie, erhebende Instituzionen; es verfahre bei der religiösen Frage mit Vorsicht, so lange aus der Proklamirung der absoluten Gewissensfreiheit unliebsame und zwecklose Reibungen entspringen könnten, allein es lasse den Geist der Toleranz, der wahrhaften, christlichen Milde walten und zertrete vor Allem den schändlichen Jesuitismus; es zeige sich mächtig und gewappnet, wo es gilt, die wahre Einheit des Staats aufrecht zu halten, aber es begünstige jede Weise der Entwicklung, verbessere und vereinfache seine Administrazion und Gerechtigkeitspflege, führe in den Finanzen das strengste Sparsystem durch, emanzipire die Bauern und scheue zu diesem Ende kein Opfer, am Wenigsten das Widerstreben seiner unmannhaften und durchweg zwecklosen deutschen Aristokratie, imponire dem magyarischen Adel, indem es dessen zahlreiche Ansprüche auf das naturgerechte Maß zurückführt; mit einem Worte: Oestreich verfahre freisinnig, und es wird stark genug sein, die polnische und die orientalische Frage zu erledigen,

während das übrige Deutschland mannhaft aufstehen wird, um die Russen und Franzosen an seinen Grenzen zu schlagen. Vom Benehmen Oestreichs hängt die künftige Weltlage ab, nicht minder als von einer etwaigen preußischen Verfassung; Dies sagen wir mit dem vollsten und aufrichtigsten Bewußtsein. Siegen nämlich Rußland und Frankreich, so wird die Schwäche und Nichteinheit Deutschlands, die Fortdauer seiner jetzigen Zersplitterung wahrscheinlich die erste Frucht seiner Erfolge und die erste Stipulazion der mit dem Schwert umgearbeiteten Wiener Kongreßakte sein. Es müssen in diesem ungeheuren Kampfe Lebenskräfte geweckt werden, die derzeit noch keine Geltung haben. Sie bietet der westslawische Genius. Er ist imprägnirt mit dem Geiste der europäischen Freiheit und widerstrebt der mongolischen Idee Rußlands. Allein er muß anerkannt und berechtiget werden. Verargt man es ihm, zu sein, belegt man ihn mit dem infamirenden Vorwurfe, Nichts, als ein verkappter Schildträger des Petersburger Despotismus zu sein, so thut man ihm schweres Unrecht und impft ihm einen feindseligen Reiz ein, dessen Rückwirkungen nicht Wunder nehmen dürfen, weil sie muthwillig provozirt sind. Sei es, daß die schreibenden Panslawisten und die skrupulistischen slawischen Filologen Manches aussprachen, was die Deutschen ärgert, so vergesse man ja nicht, daß die Böhmen, Mähren, Polen für die Freiheit des Geistes unzählige Male ihr Blut verströmen ließen. In Kroazien aber, ja unter den stammverwandten Wallachen haben sich die liberalen Ideen bereits eingefunden; Serbien ist demokratisch organisirt und im Augenblicke auf seine glückliche Unabhängigkeit stolz. Auch im slawischen Süden dämmert es; und wo, wo verbreitete sich nicht unwiderstehlich sieghaft das ewige Licht, wenn man sich nicht geflissentlich dagegen einhegt und den Himmel verbaut? Oestreich erkenne die Wichtigkeit seines Berufs und der Gegenwart! Es entwickle die zahllosen in seinem Schooße schlummernden Kräfte nach Gebühr, und das russisch-französische Bündniß mag sich dann seinerseits auch entwickeln. Es

bleibt dann zwar noch immer sehr gefährlich; aber es ist nicht mehr allentscheidend und wird seine Schritte vorsichtiger bemessen.

Doch wie? Wenn Oestreich Nichts von all dem Gewünschten thäte, wenn seine Impassibilität und Stabilität so weit ginge, selbst dann ruhig zuzusehen, wenn es sich um Sein und Nichtsein handelt? Wenn es Nichts vorbereiten wollte, Nichts, gar Nichts dem tosenden Doppelstrome entgegenzustellen wüßte, um ihn rechtzeitig abzulenken? Es wäre ein unermeßliches Unglück; aber die Sache des Rechts, unsre gemeinschaftliche Sache wäre dessen ungeachtet noch immer nicht verloren. Es findet sich in der Geschichte mehr als ein Beleg, daß, wenn Staaten durch lähmende und reprimirende innere Politik bis zu einem gewissen Grade verfallen waren, dieselben sich vermöge ihrer inneren Naturkraft wieder aufrichteten; der Krankheitsprozeß, welcher in solchen Fällen durchgemacht werden muß, ist freilich ein heftiger, von gewaltigen Erscheinungen begleiteter. Fieberhaft werden dann die Nazionen erschüttert; sie ringen, und die politischen Verschuldungen früherer Jahrzehente werden in blutigen Handlungen aufgezehrt. So ist die organische Natur der Staaten beschaffen; Revoluzionen sind Reinigungsakte, und die Gesundung ist das Ziel. Es fragt sich nur, ob der Staat, der in solche Zustände geräth, überhaupt das erforderliche Maß von Naturkraft in sich hege, weil sonst statt des Gesundens begreiflicher Weise die Auflösung bevorsteht. Und wir hegen die Ueberzeugung, daß Oestreich zwar ein gebeugter, aber kein gebrochener Staat sei. Wir finden eine gewisse Nothwendigkeit in dem Zusammenhalten seiner Volksstämme; wohin sollten sie sich wohl wenden, wenn die Idee der Monarchie jemals Schiffbruch litte? Um Namen und Formen, wie sie jetzt gang und gäbe sind, handelt sich's freilich nicht; aber um die Sache, um eine große Sache, um eine mit dem Lebensinteresse Deutschlands auf das Innigste zusammenhängende Sache. Eine weitere Ausführung erlaubt weder die Delikatesse, noch der außerordentliche Umfang des Gegenstandes. Wir bemerken nur, daß Deutsch-

land nicht die geringste Ursache habe, die wesentlich antirussischen slawischen Bestrebungen in Oestreich mit scheelen Augen zu betrachten, und noch sei es gesagt; die filologisch-geografischen Uebergriffe nach dereinst slawischen, jetzt durchweg germanischen Territorien sollten als schaale Träumereien belächelt werden. Was einzelne Thoren sich zu Schulden kommen lassen, wiegt nicht in der Schaale, worin die Schicksale der Nazionen gemessen werden. Mit einer Ausscheidung von beiden Seiten wäre alles billig Wünschenswerthe gethan; alles deutsche Land werde in jeder Beziehung deutsch, und umgekehrt.

Das restaurirte Polen und ein modifizirtes Oestreich, das nicht zögern dürfte, sich zum größten Theile die europäische Türkei anzueignen, wenn einmal das Serail zerfallen sollte und die ohnedies stark von den Motten benagte und zerfetzte Fahne des Profeten zusammengerollt werden müßte — Konstantinopel in einen Weltfreihafen verwandelt — Syrien und Aegypten an England hingegeben, um die Grundmacht seines kolossalen Reichs für immer sicherzustellen: Dies wäre ungefähr das Bild einer durchweg befriedigenden Weltstellung! Es ist leider ein Traum. Deshalb darf nicht geleugnet werden, daß Wahrheit darin liegt, und zwar um so mehr, als wir Diejenigen, welche ihn mitleidig belächeln, ernstlich fragen, wie denn sie im Interesse der allgemeinen Gerechtigkeit und Humanität die jetzt zwar schlummernde, aber vielleicht binnen Kurzem wieder auftauchende orientalische Frage gelöst zu sehen wünschen, und welche Art der Lösung sie, die Ueberklugen, für möglich halten? Ein Kompromiß aller Mächte? Wie naiv, wie lächerlich! Ehe Rußland dies zugiebt, konservirt es selbst das Reich der Osmanen noch zwei Jahrhunderte lang. Also Prolongazion und ewig nur Prolongazion des jetzigen, Europa schändenden Zustandes der Dinge? Welch erbärmlicher Ausweg! Obendrein ist er nur so lang statthaft, als Frankreich und Rußland sich nicht verständigen können oder vielmehr wollen. Wie nun, wenn die Stunden des jetzigen Zustandes bereits gezählt wären? Wie dann, was dann? Ja, dann käme die Reihe an uns, eine Politik deplorabel

zu finden, welche sich dem unverzeihlichsten aller Träume hingeben konnte, die dermalige Lage des Welttheils, wo von all den großen Problemen der Zeit keins gelöst, das mechanische Gleichgewicht der Mächte nur ein scheinbares, der Stand der Gemüther ein so tief erregter ist, für den Abschluß der europäischen Geschichte zu halten, oder sie ungewissenhaft zu schelten, wenn sie eine leise Ahnung von der eigentlichen Zukunft hatte und Nichts that, um den Stürmen derselben vorzubauen. Es wäre Dies eine Politik, unwerth ihres Namens, vielmehr eine Antipolitik, ein Frevel am gesunden Menschenverstand. Manche unmenschliche Politik, wie z. B. die Richelieus, Mazarins, ärntet doch eine gewisse Bewunderung von Seiten der Nachkommen. Aber eine Weisheit, die sich auf die Solidarität der Londoner und Pariser Börse, auf die Eisenbahnen, auf die Kongreßakte und auf sonst Nichts stützt, die alle Erfahrungen der Geschichte seit 3000 Jahren ignorirte, und nur den hundertsten Theil dieses Zeitraumes, die letzten Friedensjahre zum Maßstabe machte, wäre eine zu klägliche Erscheinung, als daß sie je vor irgend einem Tribunale zu bestehen vermöchte. Indem wir schließen, können wir nicht umhin, unser Auge hoffend und vertrauend zu Preußen emporzuheben. Kommt einst die Stunde der Prüfung über Europa, so steht dieser Macht eine unendliche Aufgabe bevor. Es kann und wird sie ruhmvoll lösen, wenn es will. Und, daß es sie wird lösen wollen, bezweifeln wir um so weniger, als es Dinge giebt, die man thun muß, wenn man überhaupt existiren will. Preußens Politik mag sich mitunter schwankend zeigen; aber deutsche Ehre und deutsche Wohlfahrt hat sie noch nie kompromittirt. Deshalb unsre Zuversicht, die Mehr, als ein bloßer Wunsch ist und auf Thatsachen und unumstößlichen Verhältnissen beruht.

Sozialistische Bestrebungen in Deutschland.

Vom Herausgeber.

Dritter Artikel.*)

Die drei Zielpunkte einer radikalen Sozialreform:

Organisazion der Arbeit; Aufhebung der Konkurrenz; Aufhebung des Sondereigenthums.

Wir treten jetzt in den letzten Abschnitt unsrer Betrachtungen ein, in das Gebiet der radikalen sozialistischen Bestrebungen und Vorschläge, in das Gebiet, wo der praktische Sozialismus wieder mit dem filosofischen zusammentrifft, indem jener durch den praktischen Instinkt der Nothwendigkeit durchgreifender sozialer Reformen (neben den bloßen Palliativmitteln) sich eben dahin geführt findet, wo der filosofische Sozialismus vermöge der logischen Konsequenz seiner spekulativen Ideen anlangt. Indessen werden wir auch auf diesem Gebiete, getreu der von uns eingeschlagenen Verfahrungsweise, immer nur Schritt vor Schritt, wie die Lösung der sich uns darbietenden praktischen Probleme es gebietet, vorwärts gehen.

Zunächst haben wir es also mit der Frage der Organisazion der Arbeit zu thun, und zwar in soweit, als dieselbe auf

---

*) Vergl. den 1. und 2. Artikel („der filosofische Sozialismus" und „der praktische Sozialismus") im I. und II. Bande der „Gegenwart."

das Verhältniß des Arbeiters zu seiner Arbeit und zu deren Resultate, dem Lohn oder Arbeitspreise sich bezieht.

Wir sahen bereits oben, daß bei den gegenwärtigen Gewerbszuständen der Lohn des Arbeiters durchaus in keinem direkten Verhältnisse steht zu dem Gewinne des Arbeitgebers, daß jener vielmehr lediglich durch die Konkurrenz der Arbeiter unter sich oder das Angebot der Arbeit, in ihrem Verhältnisse zur Konkurrenz der Arbeitgeber oder der Nachfrage nach Arbeit, bestimmt wird, daß er daher auch nach Umständen so weit herabsinken kann, daß der Arbeiter in die größte Dürftigkeit gerathen muß.

Wir sahen ferner, daß eine Abhülfe dieses Uebelstandes unmöglich sei, so lange der Arbeiter eben in demjenigen Verhältniß zum Arbeitgeber stehe, welches ihm das Prinzip der fabrikmäßigen Arbeitstheilung anweist, in dem der totalen Abhängigkeit seiner mechanischen oder Theilarbeiten von der Intelligenz oder der zusammenfassenden Thätigkeit des Unternehmers. Was man unter dem Titel einer solchen Abhülfe vorschlug, wie z. B. die Regelung des Lohns von Staates wegen, oder die Verweisung des Arbeiters auf die Billigkeit des Arbeitgebers, der ihn an seinem Gewinne solle Theil nehmen lassen, Das mußten wir als ein theils unzureichendes, theils unausführbares Auskunftsmittel erkennen, und so sahen wir uns endlich auf eine radikale Umgestaltung jenes Verhältnisses selbst zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer hingewiesen.

Eine solche Umgestaltung ist nun auf doppelte Weise denkbar. Das Eine wäre: gänzliches Aufgeben des fabrikmäßigen Arbeitsbetriebes, Rückkehr zu den einfacheren Formen gewerblicher Entwickelung, bei welchen allerdings eine größere Selbstständigkeit des Arbeiters, eine mehr individualisirte Art der Thätigkeit stattfindet, also auch Abschaffung der Maschinen, deren nothwendiges Korrelat die mechanische, fabrikmäßige Theilarbeit von Menschenhänden ist. Diesen Gedanken einer Zurückschraubung unsrer industriellen Ent-

wickelung wollen wir indeß nur berühren, um ihn sogleich als unausführbar zu verlassen. Nur einige Betrachtungen knüpfen wir daran in Bezug auf das Verhältniß der sogenannten Hausindustrie zu dem Fabrikbetriebe in größern oder sogenannten geschlossenen Etablissements.

Die Hausindustrie umfaßt diejenigen Gewerbszweige, bei welchen die Arbeitstheilung noch nicht so weit durchgeführt und namentlich die Mitwirkung der Maschinenarbeit nicht von der Art ist, daß die Arbeiter dadurch auf eine blos mechanische oder unselbstständige Theilarbeit reduzirt würden. Bei der Hausindustrie liefert jeder einzelne Arbeiter, entweder mit seiner bloßen Hände Arbeit oder mit Hülfe einer Maschine, von der er jedoch der Herr, die nicht sein Herr ist, ein ganzes, selbstständiges Stück Arbeit, welches er auch selbst verwerthet. Seine einzige Abhängigkeit besteht darin, daß er in der Regel auf Bestellung eines Andern, des Kaufmannes oder Geschäftsunternehmers (gewöhnlich auch Fabrikant genannt), arbeitet, daß er diesem sein Arbeitsprodukt verkauft und Dieser, nicht er selbst, es an den Markt bringt. In den Fällen, wo der Kaufmann dem Arbeiter zugleich das Material, auch wohl die Instrumente seiner Arbeit liefert, kann jene Abhängigkeit sich allerdings bis zu einem Grade steigern, welcher sich von der des eigentlichen Fabrikarbeiters nur noch wenig unterscheidet; allein immer bleibt zwischen Beiden der wichtige Unterschied, daß der Arbeiter der Hausindustrie ein selbstständiges, sofort verwerthbares Produkt liefert, daß er also auch dessen Herr ist, und daß ihm seine Arbeit direkt durch den Werth, den er für das Produkt erhält, nicht indirekt, durch einen Tag- oder Stundenlohn für die Arbeit selbst, bezahlt wird. Der Arbeiter der Hausindustrie bezieht also wenigstens den Werth seines eigenen Arbeitsprodukts als Preis seiner Arbeit, nicht einen ganz willkürlichen Lohn, er kann also auch wenigstens versuchen, den wirklichen Marktpreis des Produkts als seinen Gewinn zu ziehen und dem Kaufmann nur einen Antheil daran für seine Vermittlung des Verkaufes

zukommen zu lassen, während der Arbeiter im geschlossenen Etablissement gar kein vollständiges Arbeitsprodukt *sein* nennt, also auch gar nicht seine Arbeit gegen die Preise eines solchen abwerthen kann *).

Faktisch stellt sich freilich die Sache anders heraus. Die Konkurrenz Derer, welche fertige Produkte der Hausindustrie (Spitzen, Leinwand, Strumpfwaaren ꝛc.) zum Verkauf oder auch ihre Arbeit zur Fertigung solcher Waaren auf Bestellung anbieten, ist (im Verhältniß zur Nachfrage) nicht minder groß, als die der eigentlichen Fabrikarbeiter; die Konkurrenz mit den Maschinen haben dieselben in den meisten Fällen ebenfalls, wenn auch nur indirekt, zu bestehen, indem die Mehrzahl der Waaren, welche die Hausindustrie liefert, gleichzeitig auch von der Maschinenindustrie geliefert wird.

Da nun ferner die Thätigkeit des Hausarbeiters, wenn schon weniger mechanisch, als die des Fabrikarbeiters, vielmehr mit einer selbstständigen Intelligenz gepaart, dennoch wieder an eine fremde Intelligenz, die des Kaufmanns, sich anlehnen muß, welcher Letztere die Absatzwege und Konjunkturen für den Verkauf der Waare auszufinden und zu berechnen hat, da endlich dabei gleichfalls ein Risiko zu übernehmen, folglich ein Anlagekapital oder Kredit nothwendig ist, welches Alles der Arbeiter nicht, wohl aber der Unternehmer besitzt, so leuchtet ein, daß der Arbeiter auch in diesem Verhältnisse wieder in eine Botmäßigkeit von dem Arbeitgeber oder Geschäftsunternehmer geräth, die im Effekte von der in geschlossenen Etablissements sich wenig unterscheidet, ja sogar in mancher Hinsicht gegen diese letzte im Nachtheile steht. Das allerdings hat der Hausarbeiter vor

---

*) Zwar kommt auch in den geschlossenen Etablissements neben dem Tagelohn hier und da ein *Stücklohn* vor; allein der Unterschied ist der, daß der wirkliche Fabrikarbeiter immer nur ein *Theilprodukt* liefert, dessen Werth sich daher niemals *direkt*, durch ein Angebot der Waare selbst, sondern nur *indirekt*, durch das Verhältniß des Angebots von *Arbeitskräften* zum Bedarf nach solchen, bemessen läßt.

dem Fabrikarbeiter voraus, daß er beim Steigen der Waarenpreise auf den Weltmärkten und bei der dadurch vermehrten Nachfrage sofort den Preis seiner Arbeit steigern kann, weil er nicht diese selbst, gleichsam im rohen Zustande, als Lohnarbeit, sondern in Gestalt fertiger Produkte, als Stückarbeit, verkauft. Auch hat er den Vortheil vor dem Maschinenarbeiter voraus, daß der Zufluß von Arbeitskräften in die Hausindustriezweige trotz der vermehrten Nachfrage nicht so rasch und unbeschränkt stattfinden kann, als bei der Maschinenarbeit. Zum Bedienen der Maschinen (wenigstens vieler) kann jede Arbeitskraft, auch die schwächste und ungeübteste, benutzt werden; aber Spitzen klöppeln, Leinwand weben, Strümpfe wirken kann nicht sofort Jeder. Auch sind nicht sogleich neue Fabriken errichtet, neue Maschinen aufgestellt; die vorhandene Arbeitermenge muß sich also noch eine Zeit lang, auch bei schwunghaften Geschäften, in den bestehenden Fabriken zusammendrängen, und diese brauchen daher den Lohn nicht sofort im Verhältniß zu den gesteigerten Waarenpreisen zu erhöhen. Alles Dies bewirkt, daß bei der Hausindustrie verbesserte Konjunkturen in der Regel auch eine schnellere und angemessenere Erhöhung des Arbeitspreises für den Arbeiter zur Folge haben, als bei der eigentlichen Fabriksindustrie. Allein auf der andern Seite ist die Hausindustrie aus den gleichen Gründen auch weit größeren und für den Arbeiter weit nachtheiligern Schwankungen unterworfen, weil jede allgemeine Konjunktur dort viel direkter auf den Arbeiter zurückwirkt, als bei der großen Fabrikindustrie. Es tritt nämlich bei der Hausindustrie in der Regel weit schnellere Ueberprodukzion ein, als bei der Maschinenindustrie, denn, wie wir schon bemerkten, neue Fabriken sind nicht so rasch erbaut und werden nicht so aufs Geradewohl angelegt; dagegen ist ein Strumpfstuhl oder ein Klöppelsack bald angeschafft oder der vorher bei Seite gestellte wieder hervorgesucht; Alles arbeitet, um nur das Begehr des Unternehmers, des Aufkäufers zu befriedigen; die Märkte werden überflutet, plötzlich tritt eine Stockung ein, und, ehe er daran

denkt, ist der Arbeiter, der noch eben sich auf lange Zeit geborgen wähnte, arbeits- und brodlos. Der Besitzer eines geschlossenen Etablissements kann, wenn auch das Geschäft flau geht, doch nicht sofort sein Unternehmen aufgeben, seine Fabrik stillstehen lassen, denn er würde dann geradezu sein Anlagekapital verlieren; er läßt also, selbst mit Verlust oder doch ohne Gewinn, fortarbeiten; er beschäftigt und bezahlt also auch noch immerfort eine, wenn auch vielleicht etwas kleinere Anzahl Arbeiter, wogegen der Spekulant, der die Produkte der Hausindustrie verwerthet, bei Geschäftsstockungen in der Regel sofort seine Bestellungen und Aufkäufe einstellt oder doch sehr beschränkt, um erst sein Lager zu räumen.

Das Resultat einer Vergleichung der Lage des Fabrikarbeiters mit derjenigen des Arbeiters bei der Hausindustrie ist also in Kürze folgendes: Der Hausarbeiter hat mehr Chancen für höhere Arbeitspreise, dagegen aber unterliegt er auch größern und schnellern Schwankungen und Stockungen seines Verdienstes. Der Arbeiter in geschlossenen Etablissements gewinnt zwar weniger direkt beim Steigen der Waarenpreise, wird aber auch weniger von ihrem Sinken betroffen, sondern bezieht in der Regel (ganz große Handelskrisen ausgenommen) einen sich so ziemlich gleichbleibenden Lohn und ist nicht so leicht, wie der andere, plötzlichen Ablohnungen ausgesetzt.*)

Ueberdies haben die häufigen und bedeutenden Schwankungen im Arbeitsverdienste des Handarbeiters für diesen noch den großen indirekten Nachtheil, daß derselbe keine feste Einrichtung seiner Ausgaben treffen kann oder trifft, daß er vielmehr in guten Zeiten, wo er Viel verdient, auch Viel verthut, in schlechten also darbt, statt in jenen für diese zu sparen.

---

*) Man vergl. hierüber Bodemer: „über die Zustände der arbeitenden Klassen." Grimma 1845, und Günther: „über die Nothwendigkeit einer Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen," welche Beide diese Verhältnisse sehr richtig und anschaulich geschildert haben.

Es ist eine feststehende Erfahrung, daß Ordnung und Sparsamkeit sich weit häufiger bei den Klassen von Arbeitern vorfinden, welche einen ziemlich regelmäßigen und gleichbleibenden Verdienst haben, als bei denen, welche das eine Mal Viel, bald darauf Wenig oder gar Nichts verdienen.*)

Wir haben im Vorstehenden das Verhältniß der Hausindustrie zu der eigentlichen Fabriksindustrie so ausführlich entwickelt, theils weil es dazu dient, die Natur der Arbeitstheilung und der Abhängigkeit des Arbeiters vom Arbeitsgeber (also den eigentlichen Gegenstand unsrer Betrachtungen) in allen ihren Beziehungen und Abstufungen recht anschaulich zu machen, theils weil die im Folgenden zu beleuchtenden Organisazionsvorschläge sich bald auf die eine, bald auf die andre dieser beiden Arten von Industrie beziehen, so daß zu ihrer Würdigung eine genaue Kenntniß beider nothwendig ist.

So Viel steht fest, daß eine Organisazion der Arbeit keineswegs erreicht würde, wenn man an die Stelle der Maschinenindustrie wieder überall die Hausindustrie setzen wollte. Früher allerdings befand sich der Arbeiter bei dieser wohl und genoß eine ziemlich gesicherte und selbstständige Existenz.**) Diese glückliche Zeit für den Hausarbeiter ist aber längst vorüber, wahrscheinlich für immer. Die Hausindustrie ist ebenso, wie die große Fabrikindustrie, in den allgemeinen Strudel der Konkurrenz, der Welthandelskrisen, der Arbeitsstockungen hineingezogen worden. In jedem Gewerbszweige, wo die Maschinenarbeit mit der Menschenarbeit konkurriren kann,

---

*) Hierzu kommt, daß in geschlossenen Etablissements weit eher der Arbeiter durch Anleitung oder selbst zwangsweise (durch kontraktliche Verpflichtung) vom Arbeitgeber zu Ersparungen angehalten werden kann, wie denn z. B. in den meisten größern Etablissements in Sachsen die Verbindlichkeit eines Beitrags zu einer gemeinsamen Kranken- und Unterstützungskasse für die Arbeiter besteht.

**) Vergl. Engels: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England." Einleitung, S. 11 ff.

muß diese Letzte früher oder später unterliegen und die Hausindustrie übergehen in die der geschlossenen Etablissements.*) Eine Verdrängung dieser durch jene würde daher nur dann möglich sein, wenn man damit eine Zerstörung aller vorhandenen Maschinen und ein Verbot, neue zu errichten, verbinden wollte. Das aber hieße unsre ganze Zivilisazion rückgängig machen, und Das kann niemals der Zweck einer Arbeitsorganisazion sein. Das erste Gesetz einer solchen muß vielmehr sein, die bereits gewonnenen Zivilisazionsresultate, namentlich also die durchgeführte Arbeitstheilung und die Ergänzung und Vervollkommnung der Menschenarbeit durch die Arbeit der Maschinen, nicht nur festzuhalten, sondern wo möglich noch weiter auszubilden. Man muß zu dem Entwicklungstriebe der menschlichen Natur den Glauben haben, daß derselbe etwas durchaus Unnatürliches und Falsches niemals hervorbringen oder erstreben könne, daß also auch unser gegenwärtiger Kulturzustand, die gesteigerte Entwicklung der Industrie, der Arbeitstheilung, des Gebrauchs von Maschinen, gewiß im Prinzipe etwas Gutes ein Fortschritt sei, und daß es nur Aufgabe der menschlichen Vernunft sein müsse, die Auswüchse und Uebelstände dieser Bewegung auszugleichen oder zu beseitigen, ohne die Bewegung selbst rückgängig zu machen. Darüber sind auch unsre deutschen Sozialisten, und gerade die radikalsten, fast ohne Unterschied einverstanden.

Soll nun die fabriksmäßige Arbeitstheilung beibehalten, gleichwohl aber der Arbeiter von der nach der gegenwärtigen Einrichtung derselben auf ihm lastenden Abhängigkeit befreit, in eine selbstständigere und zugleich sorgenfreiere Lage gebracht werden, so bleibt, wie es scheint, nur ein Weg übrig: der Arbeiter muß selbst Unternehmer werden, muß selbst an der Leitung des Geschäfts, an der Verwerthung der Arbeitsprodukte Theil nehmen. Darauf laufen wenigstens alle Vorschläge der Arbeitsorganisirer,

---

*) Bodemer a. a. O.

insoweit sie sich auf eine Umgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschränken, hinaus; nur über das Wie? ist man nicht recht im Klaren. Die Einen (z. B. Schneer) schlagen vor: der Staat solle Arbeiterkompagnien begründen, entweder mit eignen Kapitalien, oder mit erborgten, doch so, daß die Kapitalisten blos die landesüblichen Zinsen erhielten, der Gewinn aber den Arbeitern zuflösse. Hierher gehört auch die Idee von Nazionalbanken, welche den Arbeitern zu gleichem Zwecke Gelder vorschießen sollen. Andre (Heß) wünschen die Errichtung von Nazionalwerkstätten, wo Jeder lohnende Arbeit finden könne und welche mit der Zeit sich zu „freien menschlichen Wirkungskreisen" erweitern sollen. Hierbei scheint die Idee einer unmittelbaren Leitung der Arbeiter durch die (demokratisch organisirte) Gesellschaft zu Grunde zu liegen. Auch A. Weill*) spricht von einer „Staatsindustrie" in ähnlichem Sinne. Noch Andere wollen Dies den einzelnen Gemeinden anheimgeben (so ein Artikel von Meyer in der Zeitschrift: „Dies Buch gehört dem Volke").

Eine andre Reihe von Vorschlägen geht dahin, daß die Arbeiter selbst durch Assoziazion sich in den Stand setzen sollen, den ganzen Geschäftsbetrieb eines Unternehmens in die Hand zu nehmen, also auch allen Gewinn desselben zu beziehen und unter sich zu vertheilen**).

Wir wollen diesen Gedanken etwas genauer analysiren.

Die Hauptschwierigkeit bei dessen Ausführung scheint uns in der Vertheilung der Arbeiten bei einer derartigen Arbeiterassoziazion zu

---

*) In seinem Schriftchen: „der Staat und die Industrie" Stuttgart, 1843.

**) „La participation aux bénéfices (de l'entrepreneur) est un pas de plus dans la voie de l'association; celle-ci sera complète lorsque les lumières nécessaires pour diriger l'industrie, et les capitaux qui en sont l'aliment, viendront se confondre avec les forces des travailleurs. Alors, ceux-ci seront à la fois entrepreneurs capitalistes et ouvriers, alors seulement ils auront droit à se partager tout le résultat obtenu; ils formeront, s'il nous est permis de nous exprimer ainsi, un Fabri-

bestehen. Zu einer Fabriksunternehmung (sie möge nun in geschlossenen Etablissements oder in der Form eines bloßen Auf- und Verkaufgeschäfts, bei Gegenständen der Hausindustrie, bestehen,) gehört, wie wir gesehen haben — außer dem Kapital — Zweierlei: eine Intelligenz, welche die Arbeiten leitet und zugleich die Verwerthung der Arbeitererzeugnisse besorgt, und eine Masse einzelner, mehr oder weniger mechanischer Theilarbeiten. Denkt man sich nun eine solche Fabrik als das gemeinschaftliche Eigenthum einer Anzahl von Arbeitern, so entsteht die Frage: welche Stellung nehmen Diese, als Unternehmer, gegenüber sich selbst, als bloßen Arbeitern, ein? Sollen sie selbst die Leitung des Ganzen übernehmen, also an die Stelle des jetzigen Unternehmers treten? Oder werden sie mehr in das Verhältniß einer Akziengesellschaft eintreten, welche das Kapital dazu hergibt und für die technische oder kaufmännische Leitung besondre Personen anstellt?

Denken wir uns zunächst einmal jenen ersten Fall, so würde die Arbeitergesellschaft entweder gemeinschaftlich die Leitung des Unternehmens führen und über Anfertigung oder Bestellung von Waaren, über den Verkauf der gefertigten, über die Anknüpfung von Geschäftsverbindungen und die Aufsuchung von Absatzwegen die nöthigen Dispositionen treffen müssen — oder sie könnte Dies thun durch einen Ausschuß aus ihrer Mitte — oder endlich durch einen Einzelnen, den sie an die Spitze stellte und dessen Anordnungen sie sich unterwürfe. Unter allen Umständen also müßte aus der Mitte

---

cant collectif, qui joindra aux bras propres au travail materiel l'intelligence indispensable pour l'achat, le choix et la disposition des matières premières, la connaissance des débouchés et le credit nécessaire, en d'autres termes tout ce qui constitue maintenant le service rendu par l'entrepreneur, tout ce qui justifie ses profits. Pour arriver à ce dernier échelon du progrès, il faut que l'instruction populaire développe les facultés, il faut que l'agglomération des petits capitaux multiplie les ressources des classes laborieuses.“ So Wolowski in: „De l'organisation du travail“ oder: „Cours de législation industrielle.“ 6. année, 1. leçon. Paris, 1844.

der Arbeiter selbst die Intelligenz hervorgehen, welche die Leitung des Ganzen erfordert. Wir wollen nun nicht fragen: woher sollen die Arbeiter diese Intelligenz bekommen, denn es ließe sich gar wohl denken, daß durch eine verbesserte Erziehung die Arbeiterklassen (welche überhaupt zu jeder solcher Umgestaltung oder Organisazion der Arbeiterverhältnisse erste Bedingung wäre) auch in den Besitz einer solchen Intelligenz gelangten. Wohl aber müssen wir fragen: wie denkt man sich diese Intelligenz mit der mechanischen Einzelthätigkeit des Arbeiters vereinbar? Es ist wohl unbestritten, daß die Leitung eines Fabrikgeschäfts mancherlei spezielle Kenntnisse, Erfahrungen und Studien erfordert, daß ein solches Geschäft, wenn es ordentlich betrieben werden soll, (und Das wäre hier ganz besonders nöthig, um nicht die Arbeiterassoziazion in große Verluste zu stürzen) die Aufmerksamkeit, die Thätigkeit, den Geist eines Menschen ganz in Anspruch nimmt, daß Der, welcher einem solchen Geschäfte vorsteht, sich ganz und ausschließlich damit beschäftigen und alle seine Kräfte darauf konzentriren muß. Wenn also Einer oder Einige aus der Mitte der Arbeiter die Leitung des Geschäfts übernehmen sollten, so müßten Diese jedenfalls sich ihr ganz widmen, müßten also ihre bisherige, mechanische Beschäftigung natürlich völlig aufgeben, kurz, müßten aufhören, Arbeiter (im gewöhnlichen Sinne des Wortes) zu sein.

Fragen wir nun, was durch die „Organisazion der Arbeit" und durch die „Assoziazion der Arbeit", als deren Mittel, erreicht werden sollte, so war es Zweierlei. Einmal wollte man dadurch den Arbeitern einen angemessenern Lohn für ihre Arbeit, einen Antheil am Gewinne verschaffen; sodann aber wollte man überhaupt das Verhältniß totaler Unselbstständigkeit der Arbeiter, totaler Abhängigkeit derselben von dem Unternehmer beseitigen.

In Bezug auf das Geld könnte dieser Zweck nun wohl für erreicht angesehen werden, wenn die Assoziazion, als Herrin des Unternehmens, den Gewinn desselben unter sich zu vertheilen und also zu

bestimmen hätte, wie Viel die leitende Intelligenz, wie Viel die mechanische Theilarbeit davon erhalten sollte. Es käme dann nur darauf an, die richtigen Werthmesser für diese beiden Arten von Thätigkeit zu finden. Fourier hat bekanntlich eine Rechnungsformel dafür aufgestellt, indem er der Intelligenz $^5/_{12}$, der Arbeit $^4/_{12}$, den Rest dem Kapital zuweist. Freilich wäre, bei einer Theilung des Gewinnes durch Beschluß der ganzen Arbeitermasse, Alles in das Billigkeits- und Gerechtigkeitsgefühl dieser Arbeiter gestellt, von denen die aus ihrer Mitte hervorgegangene Intelligenz, als die numerische Minorität, ebenso abhängig wäre, wie es unter den jetzigen Umständen die mechanische Arbeit von der Intelligenz ist.

Umgekehrt aber könnte wohl auch diese Intelligenz versuchen, sich von ihren Mitarbeitern unabhängig, souverän zu machen, also, denselben gegenüber, dieselbe Stellung einzunehmen, wie die jetzigen Unternehmer, von denen auch manche erst aus der Arbeiterklasse sich emporgeschwungen haben. Um Dies zu verhindern, müßte ein fortwährender Einfluß der ganzen Arbeiteraffoziazion auf die Leitung des Ganzen, eine stete Kontrole und Mitregierung stattfinden. Dazu würde aber wieder auf Seiten der sämmtlichen Arbeiter ein Grad von Intelligenz erforderlich sein, der sich mit deren gewöhnlichen, mechanischen Beschäftigungen schlecht vertragen möchte. Mit einem Worte: Leute, welche so viel Bildung und Kenntnisse besäßen, um bei der kaufmännischen und technischen Leitung eines großen Fabrikgeschäfts ein Wort mitzureden, möchten schwerlich Lust haben, ein ander Mal wieder von früh bis zum Abend an der Maschine zu stehen und ganz mechanische, geistlose Arbeiten zu verrichten. Dächten wir uns also eine Arbeiteraffoziazion, deren Mitglieder im Stande wären, einzeln oder vereint für die jetzigen Unternehmer einzutreten, die Intelligenz für das Geschäft herzugeben, so möchten diese schwerlich zugleich auch die niedern Beschäftigungen fortführen, bloße Arbeiter sein wollen; sie würden also wahr-

scheinlich zu diesen Diensten wieder andre Arbeiter annehmen, und dann wären wir wieder ganz auf dem alten Flecke; wir hätten eine Assoziazion von Unternehmern und ihr gegenüber wieder eine von ihr abhängige Arbeitermasse.

Bei der Hausindustrie würde eine solche Assoziazion insofern geringere Schwierigkeiten haben, als hier die Beschäftigung des Arbeiters selbst weniger mechanisch ist. Die Assoziazion hätte hier nur den Zweck, die Verkäufe der von den einzelnen Arbeitern gefertigten Produkte, desgleichen die Einkäufe der Materialien im Ganzen, wie auch der Instrumente, für Rechnung der Einzelnen zu besorgen und den Gewinn, den jetzt der Aufkäufer oder Fabrikant aus dem Verkaufe im Großen zieht, unter die Arbeiter selbst zu vertheilen. Die einzige Schwierigkeit wäre hierbei das Risiko, welches die Arbeiter auf sich nehmen, und die Beschaffung des Kredits oder Kapitals, womit sie arbeiten müssen.

Wenden wir uns jetzt zu dem andern Fall, (wieder bei der Fabriksindustrie) den nämlich, wo die Arbeiterassoziazion als Kapitalist aufträte und die Leitung des Unternehmens nicht selbst führte, sondern dazu erst wieder eine Intelligenz in Dienst nähme! Abgesehen von der neuen Schwierigkeit, die hier einträte, diese fremde Leitung zu kontroliren und sich vor Uebervortheilungen oder sonstigen Benachtheiligungen durch dieselbe zu wahren, würde doch auch hierbei wieder ein ganz ähnliches Verhältniß stattfinden, wie oben; der Arbeiter, der sich als Mitbesitzer der Fabrik fühlte, würde schwerlich noch Lust haben, sich täglich 12 bis 14 Stunden mit den niedrigsten Arbeiten abzuquälen.

Nun trösten sich hierüber zwar unsere Sozialisten mit dem Gedanken, daß bei einer solchen Vereinigung der Arbeiter und einer gleichmäßigen Vertheilung des Gewinnes unter alle, mit weit geringerer Arbeit, als jetzt, alle sich ebenso wohl, ja wohler befinden würden; allein wir fürchten, daß man sich hierbei Täuschungen hingiebt und von der beabsichtigten Reform das Unmögliche er-

wartet. Man bedenke nur das Eine, daß der Gewinn, den jetzt ein Einziger zieht und der diesen allerdings unter günstigen Verhältnissen bereichert, dann sich auf eine Masse von mehren Hunderten vertheilen würde, daß, wenn diese Hunderte weniger Arbeit verrichten und dennoch denselben Gewinn fortbeziehen wollten, sie ihr Fabrikat theurer geben müßten, daß sie aber dadurch sich die Konkurrenz mit andern Produzenten erschweren und am Ende gar Verluste haben würden.

Wir sagen dies Alles nicht deshalb, um den Gedanken einer Organisazion der Arbeit, einer Assoziazion der Arbeiter, einer Theilnahme derselben an der Leitung wie am Gewinn des Geschäfts als unausführbar oder chimärisch darzustellen. Keineswegs! Wir betrachten diesen Gedanken ebenfalls als den Keim eines bessern sozialen Zustandes; aber eben deshalb halten wir es für durchaus nothwendig, daß man nicht bei den allgemeinen Frasen von „Organisazion" und „Assoziazion" stehen bleibe, sondern dieselben etwas genauer analysire und sich klar zu werden suche, was eigentlich unter der „Organisazion" und der „Assoziazion" zu verstehen sei, was man dadurch zu erreichen hoffen dürfe oder nicht. So Viel haben wir gesehen, daß es mit der bloßen Assoziazion, dem bloßen Zusammentreten der Arbeiter nicht gethan sei, auch nicht mit einem bloßen Wechsel der Personen, mit der Verwandlung der ganzen Arbeitermasse in Kapitalisten oder Unternehmer. Die Hauptfrage scheint immer die zu sein: Läßt sich dem „Auseinanderfallen" der Intelligenz und der Arbeit,*) wie ein solches bei der gegenwärtigen Art der Arbeitstheilung im fabriksmäßigen Gewerbsbetriebe stattfindet, wirksam begegnen? Mit andern Worten: Läßt sich unter den verschiedenen Theilarbeiten,

---

*) Irrigerweise spricht man gewöhnlich blos von einem Auseinanderfallen des Kapitals und der Arbeit. Wir haben darüber bereits früher, Bd. II. S. 261, das Nöthige bemerkt.

welche zur Herstellung eines vollständigen Arbeitsproduktes beim Fabriksbetriebe zusammenwirken müssen, ein solcher stufenweiser, organischer Fortgang und Zusammenhang herstellen, daß der Arbeiter von den niedrigsten, gemeinsten, mechanischsten Arbeiten allmälig zu höheren, geistigen, mehr Geschicklichkeit erfordernden, folglich auch lohnenderen und angenehmeren aufsteigen könnte und daß es ihm dadurch zugleich möglich gemacht würde, einestheils sich mehr und mehr zu bilden und zu immer höheren Arbeiten geschickt zu machen, andrestheils immer Mehr zu verdienen und also auch zu sparen, um endlich entweder durch die erworbene Intelligenz und das angesammelte Kapital als Theilnehmer in das Geschäft einzutreten, oder Beides zur Etablirung irgend eines selbstständigen Geschäfts zu verwenden.

Ob und wie Dies zu ermöglichen sei, ob und welche Ansätze und Anknüpfepunkte zu einer solchen Organisazion — durch eine organische Verbindung der verschiedenen Arbeitsarten und Arbeitszweige unter einander — in den bestehenden Fabrikseinrichtungen etwa schon liegen, und wie diese weiter auszubilden sein möchten — Das zu beantworten, würde Sache einer ganz genauen, auf sehr speziellen Erfahrungen und Beobachtungen über das ganze Fabrik- und Manufakturwesen gegründeten Erörterung sein. Wir, unsres Theils, bescheiden uns, diese Frage nicht genügend beantworten zu können, da uns die dazu nöthigen speziellen Erfahrungen zur Zeit noch abgehen; wir können aber den Wunsch nicht unterdrücken, daß Die, welche mit den einschlagenden Verhältnissen aus eigner Anschauung mehr vertraut sind, die aufgeworfene Frage näher ins Auge fassen und zum Gegenstande einer sorgfältigen Prüfung machen möchten. Nur auf einige Punkte wollen wir aufmerksam machen, auf die es uns hierbei vorzugsweise anzukommen scheint.

Anfänge eines solchen Ueberganges von einer niedern Arbeit zu einer höhern finden sich wohl schon jetzt mehr oder weniger fast bei jedem Gewerbe, auch in den Fabriken vor. Bei den einfacheren

Zuständen der Gewerbsthätigkeit, dem handwerksmäßigen Betriebe, ist bekanntlich ein solcher Stufengang — von der blos mechanischen Handreichung und der gänzlich abhängigen Stellung des Lehrlings, durch die schon etwas selbstständigere des Gesellen, zu der ganz selbstständigen, leitenden Thätigkeit des Meisters — die allgemeine Regel. Aber auch beim Fabriksbetriebe sind Spuren solcher organischen Uebergänge vorhanden. So erfordert der Dienst bei den verschiedenen Maschinen (z. B. der Krämpel-, Spul-, Vorspinn- und Feinspinnmaschine) einen verschiedenen Grad von Geschicklichkeit, daher auch die Löhne für diese Arbeiter verschieden sind; so gehen wieder aus den geschicktesten Arbeitern die Aufseher hervor, die Spinn- und Krämpelmeister, und so könnten wohl, sollten wir meinen, unter Hinzutritt theoretisch-technischen Unterrichts*), auch die Maschinenbauer, die technischen Direktoren u. s. w. sich aus den Fabrikarbeitern herausbilden. Durch Verbindung möglichst vieler verwandter Fabrikszweige in einem gemeinschaftlichen Etablissement (z. B. der Spinnerei, Weberei, Druckerei, Maschinenbauerei ꝛc.) könnten vielleicht (andere Vortheile abgerechnet) jene Uebergänge von einer Arbeiterstufe zur andern vervielfältigt und dadurch die organische Gliederung der gesammten Arbeitermasse, so wie die stufenweise Erhebung, Fortbildung und Selbstständigmachung des einzelnen Arbeiters in einer möglichst vollkommenen Weise durchgeführt werden. Schon in nazionalökonomischer Hinsicht, abgesehen von dem Einflusse auf die Arbeiterverhältnisse, möchte eine solche Verbindung und organische Gliederung der verwandten Arbeitszweige mannigfache Vortheile darbieten. Zwar könnte es vortheilhafter erscheinen, den Arbeiter sein Leben lang in einem

---

*) Es kommt schon jetzt vor, daß besonders geschickte jüngere Arbeiter von ihren Arbeitsherrn zum Besuch einer Gewerbsschule veranlaßt und, nach Erlangung der nöthigen theoretischen Kenntnisse, sodann wieder in einem höheren Posten in der Fabrik angestellt werden.

einzigen, genau begrenzten Arbeitszweige festzuhalten als, ihn von da in andre, höhere Arbeitszweige aufrücken zu lassen; denn man nimmt an, daß durch die fortgesetzte einseitige Beschäftigung des Arbeiters mit einer und derselben Arbeit seine Geschicklichkeit, so weit sie eben auf blos mechanischer Uebung beruht, bedeutend wachse. Allein, einmal, kann die Einübung der Arbeiter bei den rein mechanischen Beschäftigungen unmöglich so viel Zeit erfordern, daß ein Wechsel des Arbeiterpersonals in gewissen Zeiträumen (der ja doch aus andern Ursachen auch jetzt schon stattfindet) von so großem Nachtheile sein könnte; sodann aber kommt wohl in Betracht, daß sehr viele Arbeiten bei den Maschinen, und zwar die wichtigsten, nicht blos mechanische Uebung, sondern auch eine gewisse geistige Thätigkeit, Aufmerksamkeit und Ueberlegung erfordern, und diese Eigenschaften werden jedenfalls besser ausgebildet, wenn man die Arbeiter nicht zwingt, zeitlebens in einem und demselben beschränkten Arbeitszweige auszuharren, sondern ihnen die Möglichkeit, zu immer höheren sich emporzuarbeiten, eröffnet, dadurch ihrem Fleiße, ihrer Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit einen mächtigen Sporn verleiht und sie vor geistiger Verdumpfung und Trägheit bewahrt.

Das sind, wie gesagt, nur Ideen, wie sie sich uns aus einer gewissenhaften Betrachtung der bestehenden Arbeiterverhältnisse ergeben haben, Ideen, die möglicherweise vor den Augen der Praktiker keine Gnade finden, vielleicht von ihnen als fantastisch verworfen werden. Vielleicht aber auch geben wir durch sie den Anstoß zu einer gründlichern und praktischeren Ausbildung des Gedankens einer Organisazion der Arbeit, eines Gedankens, der bis jetzt leider allzusehr eben ein bloßer Gedanke oder vielmehr nur eine unverstandene, von Einem dem Andern gedankenlos nachgesprochene Frase gewesen ist.

Bekanntlich ist Fourier durch denselben Wunsch, den Arbeiter vor Verdumpfung zu bewahren und ihm seine Arbeit, die ihm jetzt

oft eine Qual ist, lieb zu machen, auf das System des Wechsels der Arbeiten nach freier Wahl und des Wetteifers der Arbeiter und der Arbeitergruppen unter einander geführt worden. Jeder Arbeiter soll sich nach freier Neigung die Beschäftigung wählen, die er treiben will; ferner soll keine Arbeit von denselben Arbeitern länger als höchstens ein paar Stunden des Tags getrieben, dann aber zu einer andern übergegangen werden; dadurch will Fourier das tödtende Einerlei einer ununterbrochenen, schon an sich mechanischen Arbeit beseitigen, die Lust und Kraft des Arbeiters zum Arbeiten immer frisch erhalten und den Wetteifer anspornen. Er hofft daher auch, daß bei einem solchen Arbeitssystem unendlich Mehr produzirt werden würde, als bei dem gegenwärtigen.

Eine praktische Probe auf dieses System ist noch nicht gemacht oder, in soweit sie gemacht worden, nicht gerade günstig ausgefallen. Wir glauben, daß selbst theoretisch, d. h. nach den psychologischen Gesetzen des menschlichen Karakters, das System Fouriers nicht Stich hält. Ein rascher und häufiger Wechsel der Arbeiter, wie Fourier ihn will, mag für das jugendliche Alter und für gewisse Beschäftigungen passen, aber nicht für einen großen Arbeitsbetrieb und eine erwachsene, gereifte Arbeiterbevölkerung. Die Natur des gereiften Menschen verlangt, als Bedingung einer intensiven, energischen Arbeit, vor Allem Stetigkeit der Arbeit. Das Uebergehen von einer Beschäftigung zur andern würde nicht blos einen Verlust an Zeit und Arbeitskräften mit sich führen, den schwerlich die davon erwartete Anfrischung der Kräfte und des Eifers ausgleichen möchte, sondern die Arbeiter würden auch selbst gar bald bei einem solchen steten Wechsel sich unbehaglich fühlen. Jedermann kann an sich selbst die Erfahrung machen, wie störend und Unlust machend das Verlassen einer unvollendeten Arbeit, der Uebergang zu einer andern, von jener verschiedenen ist, wie aber umgekehrt mit dem längeren Fortarbeiten in einer Richtung die Arbeitskraft sich steigert und die Lust an der Arbeitsfortsetzung im Hinblick auf das

bereits gewonnene Resultat wächst. Dieses Gefühl findet man selbst beim gemeinen Arbeiter. Durch Nichts wird ein (versteht sich ordentlicher und arbeitslustiger) Dienstbote leichter verdrießlich und unlustig gemacht, als wenn er öfters von einer angefangenen Arbeit hinweg- und zu einer andern gerufen wird; Nichts befördert mehr die Arbeitsscheu nnd Liederlichkeit, als ein solcher häufiger Wechsel. Wir wollen hier noch gar nicht davon sprechen, daß der Uebergang von einer an sich angenehmen zu einer unangenehmen, beschwerlichen, oder langweiligen Arbeit dem Arbeiter doppelte Unlust verursachen und am Ende keiner sich finden würde, der diese letztere aus freier Neigung übernehmen möchte, weshalb denn auch Fourier durch besondere Reizmittel — höheren Lohn und Auszeichnungen — den voraussichtlich fehlenden Trieb zu solchen Arbeiten in den Arbeitern zu erwecken bemüht gewesen ist. Höchstens möchte ein solcher Arbeitswechsel nur in sehr beschränktem Maße anwendbar sein, keinesfalls aber in der Allgemeinheit, wie Fourier es will, wo die ganze Arbeit gleichsam nur ein Spiel werden soll. Nein! zu einem solchen Spiele läßt sich die Arbeit im wirklichen Leben nie und nimmermehr machen*); der Ernst, die Anstrengung, die Ausdauer, selbst die Erschöpfung bei der Arbeit kann dem Arbeiter nicht erspart werden, weder dem geistig beschäftigten, noch dem blos mechanischen; die Natur der Arbeit verlangt Dies, und die menschliche Natur selbst befindet sich wohl dabei, vorausgesetzt, daß die Anstrengung nur ein Maß habe, daß die Erschöpfung nicht wirkliche Aufreibung der Kräfte durch Ueberspannung werde und — vor Allem — daß der Arbeiter sich durch seine Arbeit gefördert, vor-

---

*) Wir möchten hier daran erinnern, wie in ganz ähnlicher Weise eine frühere deutsche Pädagogenschule das Lernen zum bloßen Spiele machen, die Kinder spielend unterrichten wollte. In gewissen Grenzen geht Das wohl an, allein, zum Prinzipe erhoben, wird es, wie auch die Erfahrung bewährt hat, den Unterricht verflachen und den Lerntrieb selbst schwächen.

wärts gebracht sehe. In dem Begriff organisirter Arbeit liegt nicht die Idee eines Herumschweifens von einer Arbeit zur andern — darin können wir nichts Organisches, sondern vielmehr nur die größte Atomistik erblicken —, sondern die eines stufenweisen Fortgehens zu immer höheren Arbeits- und Bildungsstadien. Das ist es, was auch die menschliche Natur dringend fordert: Fortschritt zu einer intensiveren, geistigeren Thätigkeit und damit zugleich zu einer freiern, festbegründetern und in jeder Hinsicht befriedigtern Existenz. Daß der Arbeiter sich eine Zeit lang mit den niedrigsten Beschäftigungen, mit dem Einerlei rein mechanischer Arbeiten herumplage, Das wird seine geistige Kraft nicht erdrücken oder entmuthigen, sobald er nur dabei die Aussicht eines Vorwärtskommens durch eigne Kraftanstrengung vor sich hat, sobald nur seine Beschäftigung selbst und seine Beziehungen zu dem Gesammtarbeitsbetriebe, dem er angehört, so geordnet sind, daß dieses Vorwärtskommen ihm nicht blos als ein schöner Traum erscheint, sondern als volle Wahrheit fühlbar wird.

Eine Hauptschwierigkeit wird hier freilich immerfort die bleiben, daß die Masse der rein mechanischen Arbeiten, in Folge unsres heutigen maschinen- und fabrikmäßigen Industriebetriebes, ganz außerordentlich groß ist im Verhältniß zu der Masse der Beschäftigungsweisen, welche eine größere Intensität, Intelligenz und Selbstständigkeit des Arbeiters mit sich bringen. In einer Fabrik kommen Hunderte von Arbeitern auf vielleicht 10 — 20 Aufseher, Arbeitsmeister, Maschinisten und desgl., auf einen oder zwei technische oder kaufmännische Leiter. Unter den gegenwärtigen Umständen würden also, wenn auch ein Uebergang aus den untersten Arbeitsgebieten in die höhern stattfände, doch immer nur von allen Arbeitern einer Fabrik höchstens 10, 15, 20% einer solchen Beförderung theilhaftig werden können, die übrigen müßten in ihrer untergeordneten Lage verbleiben und würden diese Lage dann wahrscheinlich noch härter em-

pfinden, wenn sie ihre früheren Kameraden in besserer Stellung erblickten.

Die von den Sozialisten in Aussicht gestellte unendliche Vervollkommnung des Maschinenwesens, vermöge deren es einmal mit der Zeit möglich werden soll, die rein mechanischen, den Körper aufreibenden und den Geist abstumpfenden Arbeiten den Menschen gänzlich abzunehmen und lediglich durch Maschinen verrichten zu lassen*), kann uns ebenfalls nur einen unzureichenden Trost in dieser Hinsicht gewähren. Allerdings bestätigt der bisherige Gang unsrer Gewerbsentwicklung die Ansicht, daß mit der Vervollkommnung der Maschinen manche, theils beschwerliche, theils ungesunde, theils langweilige und geisttödtende Beschäftigungen der Arbeiter wegfallen. Dagegen lehrt aber auch die Erfahrung, daß in dem Maße, wie die Uebertragung mechanischer Arbeiten durch die Maschinen vorwärtsschreitet, in gleichem Maße die Arbeitstheilung im Allgemeinen sich erweitert und ihre Wirkungen auch in solche Gebiete der Industrie verpflanzt, welche bisher ihr verschlossen waren, so daß also im Ganzen das Verhältniß der blos mechanisch beschäftigten Arbeiter zu denen, welche in dem Falle sind, von ihrer höheren, geistigen Thätigkeit Gebrauch zu machen, annähernd dasselbe bleiben, wenn nicht gar noch mehr zum Nachtheil der Ersten sich gestalten möchte.

Eher möchten wir eine andre Seite der vervollkommneten Mechanik als tröstlich für den Arbeiterstand hervorheben. Diese finden wir darin, daß der Karakter unsres heutigen Gewerbswesens, insbesondre der außerordentliche Einfluß, welchen technische Erfindungen auf dasselbe üben, ferner die gegen sonst weit größre Verbreitung gewisser allgemeiner technischer und mechanischer Kenntnisse und Erfahrungen es selbst dem Arbeiter möglich machen, durch eine

---

*) Diese Hoffnung spricht z. B. W. Schulz aus in seinem Buche: „Die Bewegung der Produkzion." Zürich und Winterthur 1843. (S. 69 ff.)

Erfindung oder Verbesserung in irgend einem Theile des Maschinenwesens und der Fabrikazion sich zu einer höhern Stufe emporzuschwingen. Beispiele dieser Art sind, namentlich in dem größten Industrielande, England, gar nicht selten. Je mehr die Praxis unsres Gewerbewesens sich mit der Theorie durchdringt, je razioneller jene und je populärer diese wird, desto häufiger werden solche Fälle vorkommen. Die ersten großen Erfindungen, durch welche unser ganzes neueres Fabrikwesen seine gegenwärtige Richtung erhielt, waren gewaltige Gedankenblitze, deren jeder eine ganze Welt neuer industrieller Schöpfungen erschloß. Man denke an die Erfindung der Dampfmaschine, der verschiedenen Spinnmaschinen, des Jacquardstuhles u. s. w.! Diese großen Erfindungen sind seitdem vielfältig verbessert worden, noch größere Verbesserungen stehen ihnen wahrscheinlich bevor, mit jeder neuen Verbesserung aber wird die Möglichkeit und Leichtigkeit weiterer Verbesserungen erhöht, wird der Kreis der Kombinazionen erweitert, aus denen sich neue Erfindungen herausspinnen lassen. Der Arbeiter, der die Wirkungen dieser Maschinen durch seinen täglichen Dienst bei denselben aufs Genaueste kennen lernt, der die daran getroffenen Verbesserungen, ihre Ursachen und Folgen zu beobachten Gelegenheit und Aufforderung hat, wird am Ende mehr und mehr dahin gelangen, selbst über solche Verbesserungen nachzudenken, zumal wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, die zur Ausführung solcher Ideen erforderlichen theoretischen Bildungsmittel und pekuniären Kräfte sich mit Leichtigkeit zu verschaffen.

Wir verlassen jetzt diesen Gegenstand, um uns mit einer andren Lebensfrage des Sozialismus, der Aufhebung der Konkurrenz, zu beschäftigen.

Der Gedanke einer Aufhebung der Konkurrenz liegt in gewisser Hinsicht schon dem Gedanken einer Arbeitsorganisazion, wie wir diese oben geschildert, zu Grunde. Denn, indem die Arbeiter eine Assoziazion zu dem Zwecke bilden, um ein ganzes gewerbliches Unter-

nehmen auf ihre eigene Hand zu führen, dessen Risiko gemeinschaftlich zu tragen und dessen Gewinn ebenfalls gemeinschaftlich unter sich zu vertheilen, so hört die bisherige Konkurrenz unter ihnen auf, d. h. es sucht nicht mehr ein Arbeiter dem andern den Verdienst vorwegzunehmen, indem er seine Arbeit dem Arbeitgeber zu billigeren Bedingungen, als Jener, anbietet.

Allein die Konkurrenz der Arbeiter unter sich ist nur eine Seite der Konkurrenz im Allgemeinen; die Wirkungen dieser erstrecken sich viel weiter, umfassen alle Verhältnisse und Theile des Verkehrs; wir müssen sie daher auch in dieser Allgemeinheit in Betracht ziehen.

Konkurrenz findet überall da statt, wo nicht entweder die Freiheit des Erwerbs gehemmt ist oder der Antrieb dazu fehlt. In erster Hinsicht steht sie also gegenüber dem Monopole, dem Gewerbszwange, der Handelssperre ꝛc. Von diesem Gegensatze aber ist hier nicht die Rede; eine Aufhebung der freien Konkurrenz zu Gunsten eines Monopols Einzelner oder einzelner Gewerbsklassen oder einzelner Staaten will der Sozialismus nicht und kann er seinem Prinzipe nach nicht wollen. Wenn daher auch wohl zuweilen sozialistische Schriftsteller die Nachtheile der durch die Aufhebung der Zunftbeschränkungen entstandenen allgemeinen und unbeschränkten Konkurrenz oder die Nachtheile der durch den freien Welthandel erzeugten Ausbeutung der Schwächern durch die Stärkern, der Ueberprodukzion, der Herabdrückung aller Waarenpreise und folglich auch der Arbeitslöhne, u. dgl. M. mit lebhaften und grellen Farben schildern und dadurch die Lobpreiser der unbedingten Handels- und Gewerbefreiheit, der unbeschränkten Konkurrenz zum Schweigen zu bringen suchen, so würde man doch irren, wollte man hieraus auf eine Vorliebe der Sozialisten für das alte Zunft-, Privilegien- und Monopolsystem oder das System einer ausschließenden Handelspolitik schließen. Selbst der Ansicht, die manche Sozialisten aufstellen, daß der Staat, um die schädlichen Wirkungen der Privatkonkurrenz zu paralysiren, durch seine Konkurrenz alle Privatunternehmer

von Gewerbsetablissements nach und nach zu Grunde richten oder zum freiwilligen Aufgeben ihrer Geschäfte nöthigen solle, um dann zuletzt als alleiniger Unternehmer, Fabrikant und Arbeitgeber für seine sämmtlichen Angehörigen dazustehen, — selbst dieser Ansicht liegt nicht etwa der Wunsch zu Grunde, ein fiskalisches Monopol im Sinne der früher (z. B. von Friedrich d. G.) befolgten, zum Theil auch noch jetzt nicht ganz aufgegebenen Staatswirthschaft herzustellen, sondern vielmehr der Wunsch, durch Konzentrirung aller Gewerbsunternehmungen in der Hand des Staats oder der „Gesellschaft", dieser die Mittel zu gewähren, für eine gerechtere und befriedigendere Vertheilung des gewerblichen Einkommens unter seine Angehörigen zu sorgen, als solche bei der bestehenden Privatkonkurrenz, sowohl der Arbeitgeber als der Arbeiter, möglich zu sein scheint. Nicht der Staat als Einzelwesen, (d. h. die Privatkasse des Fürsten oder der Fiskus) wird hier den Privaten entgegengesetzt, sondern der Staat als Gesammtheit, als Gemeinschaft der Interessen aller Privaten. In diesem Sinne haben wir bereits oben den Gedanken einer „Staatsindustrie" kennen gelernt und werden wir noch weiterhin von der Besiegung der Konkurrenz durch die „organisirte Gesellschaft", durch die Assoziazion Aller, zu sprechen haben. Vor der Hand sollte nur so Viel festgestellt werden: daß der Sozialismus eine Beschränkung der freien Konkurrenz im Interesse irgend einer monopolistischen Tendenz durchaus nicht will.

Soll nun aber die Konkurrenz nicht dadurch aufgehoben werden, daß man der Erwerbsthätigkeit äußere Schranken setzt, so muß man deren innere Natur dergestalt zu verändern suchen, daß der Reiz oder Grund zur Konkurrenz von selbst wegfällt.

Das Wesen der Konkurrenz ist nun dieses: daß der Einzelne seine Thätigkeit (oder deren Produkt) verwerthen, gegen etwas Anderes, was er zu besitzen wünscht, eintauschen möchte, und daß, indem Mehrere auf diese Weise nach demselben Gegenstande streben, sie einander den Besitz desselben streitig machen.

Der subjektive Grund der Konkurrenz ist also das Streben der Einzelnen nach dem ausschließlichen Besitze einer Sache, mit einem Worte: der Privaterwerb und Privatbesitz; ihr objektiver Grund aber liegt in der beschränkten Quantität der Gegenstände, auf welche sich jenes Streben richtet. Wäre z. B. der Erdboden ebenso unendlich und für die ungemessenste Benutzung so zugänglich, wie die Luft, so würde kein Wettkampf, keine Konkurrenz darum sein. Allein der Umstand, daß das bewohnbare Land theils überhaupt nur ein beschränktes Quantum ist, theils auch die verschiedenen Theile desselben nicht gleichartig und von gleichem Werthe sind, dieser Umstand bewirkt, daß ein ausschließlicher Besitz der einzelnen Theile desselben nicht allein möglich, sondern in gewisser Hinsicht fast unvermeidlich ist. Eben so ist es mit den Früchten der Erde. Gäbe es deren eine unbeschränkte Masse, und zwar von jeder gewünschten Qualität und an jedem gewünschten Orte, so würde es Niemandem einfallen, nach deren ausschließlichem Besitze zu streben und deshalb einen Wettkampf, durch Nachfrage danach und Angebot der eigenen Arbeitsprodukte dagegen mit Andern einzugehen.

Ebensowenig würde aber auch ein solcher Wettkampf stattfinden ohne das Streben nach getrenntem, ausschließlichem Besitz einer Sache. Denken wir uns einmal Zwei, deren Erwerb in eine Kasse fließt, z. B. Mann und Frau*), so fällt natürlich die Konkurrenz weg; es ist im Resultate ganz gleich, ob der Mann oder die Frau das Geld verdient, und sie werden wahrscheinlich die Arbeit

*) Die isolirenden Wirkungen der Konkurrenz gehen leider so weit, daß sie selbst dieses, wie man glauben sollte, unwandelbar gegründete Verhältniß der Gemeinschaft von Mann und Frau in Bezug auf Erwerb und Genuß bisweilen zerstören. So erzählt Schneer in seinem Berichte über die Noth der schlesischen Leinenarbeiter von einem Paar Eheleute, welche, obschon sie zusammenwohnten, doch gesonderten Erwerb und gesonderte Wirthschaft führten; auf die Frage Schneers nach dem Grunde hiervon erwiederte der Mann: „Ja, ich verdiene Mehr und brauche Weniger, als meine Frau."

nach andern Bedingungen unter sich theilen, als denen der bloßen Konkurrenz, z. B. nach der jeweiligen Entbehrlichkeit des Einen oder des Andern in der Hauswirthschaft.

Die Konkurrenz ist also die natürliche und unabweisbare Folge des Privaterwerbes und Privatbesitzes, dieser aber wiederum eine Folge der beschränkten Zahl oder Quantität derjenigen Güter, deren Besitz und Gebrauch dem Menschen nothwendig oder doch wünschenswerth ist.

Wir mußten diese allgemeinen Begriffe vorausschicken, weil sie zur Erklärung des eigentlichen Wesens der Konkurrenz und des Privatbesitzes oder Sondereigenthums — von welchen Beiden im Folgenden gehandelt werden soll — durchaus nothwendig sind. Wir wollen nun versuchen, die Ansichten und Vorschläge der Sozialisten in Bezug auf die Beseitigung der Konkurrenz, theils in Verbindung mit einer völligen Aufhebung des Privateigenthums, theils abgesehen von einer solchen, etwas genauer zu analysiren.

Es ließe sich wohl allenfalls eine Möglichkeit denken, die Konkurrenz zu beseitigen, ohne den Privaterwerb gänzlich aufzuheben. Das Mittel dazu würde sein, daß man das gegenwärtig bestehende Verhältniß der Verwerthung der Arbeit nach den Bedingungen von Angebot und Nachfrage aufhöbe. Die Konkurrenz äußert sich wesentlich darin, daß die Konkurrenten ihre Arbeit oder ihr Arbeitsprodukt zu dem möglichst niedrigen Preise darbieten, um dadurch zu erreichen, daß ihr Angebot angenommen, das ihrer Konkurrenten dagegen zurückgewiesen werde. Gesetzt nun, es ließe sich eine Einrichtung treffen, wonach jede Arbeit und jedes Arbeitsprodukt von vornherein einen bestimmten, von Angebot und Nachfrage unabhängigen Preis hätte, so leuchtet ein, daß damit die Konkurrenz, insoweit sie eben in einer Herabdrückung der Preise durch wetteiferndes Angebot besteht, sofort aufhören müßte.

Einen solchen Zustand nun haben die Sozialisten in der That als möglich und ausführbar darzustellen und damit also das Pro-

blem zu lösen versucht: die Konkurrenz und ihre schädlichen Wirkungen zu beseitigen, ohne doch den Privaterwerb gänzlich aufzuheben. Am Konsequentesten ist diese Idee in dem Fourierschen Systeme durchgeführt. Hier wird der von dem Arbeitsprodukte gezogene Gewinn nach bestimmten Maßstäben unter die Hervorbringer desselben vertheilt — ein Theil für die mechanische Arbeit, ein anderer für die Intelligenz, ein dritter für das Kapital. Von einer Preisbestimmung durch Angebot und Nachfrage ist dabei also nirgends die Rede. Wer einmal zum Theilnehmer an der Hervorbringung eines Arbeitsproduktes zugelassen wird, d. h. mit andern Worten: wer einmal Arbeit erhält, Der bekommt auch einen festen Preis dafür, und, wollte ein Andrer sich erbieten, dieselbe Arbeit zu einem niedrigeren Preise zu liefern, so würde man darauf keine Rücksicht nehmen. Nothwendige Voraussetzung hierbei wäre freilich, daß es fortwährend hinreichende Beschäftigung gebe, damit Jeder, der sich meldete, Arbeit bekommen könnte. Doch diesen Punkt wollen wir vorläufig auf sich beruhen lassen und nur das Verhältniß der Preisbestimmung etwas näher ins Auge fassen.

Dieses Verhältniß wäre also hier gerade das umgekehrte von dem, welches gegenwärtig im Handel und Wandel gilt. Jetzt nämlich richten sich die Preise der Waaren nach den Preisen der in die Waaren verwandten Faktoren und namentlich der Arbeit; dort hingegen sollen sich die Preise dieser Faktoren nach dem Preise der fertigen Waaren richten. Wonach richtet sich nun aber wiederum dieser? Unter dem „Preise" einer Sache ist im Handel und Wandel nichts Anderes zu verstehen, als ihr Tauschwerth, d. h. die Summe von Werthen oder von brauchbaren Gegenständen, die man als Aequivalent für diese Sache erhalten kann oder beziehendlich dafür geben muß. Wenn ich ein Stück Tuch habe, dessen ich im Augenblick nicht bedarf, dagegen etwas Anderes nicht habe, dessen ich bedarf — Brod, Holz oder Leder — so ist das Stück Tuch für mich gerade so Viel werth, als ich dafür Brod, Holz oder Leder eintau-

schen kann. Wie Viel ich aber von diesen Gegenständen für eine gewisse Quantität jenes Tuchs erhalte, Das hängt gegenwärtig wiederum davon ab, in welchem Verhältnisse Andere, welche im Besitze des Brodes, Holzes oder Leders sind, sowohl nach diesen Gegenständen, als auch nach dem Tuche, welches ich ihnen dafür biete, ein Bedürfniß empfinden. Mit anderen Worten: der Preis oder Tauschwerth der Produkte regelt sich selbst wieder nach dem Verhältniß von Angebot und Nachfrage oder nach der Konkurrenz.

Somit käme also das Uebel der Konkurrenz, welches wir so eben erst aus der einen Sfäre unsrer Verkehrsverhältnisse vertrieben haben, an einem andern Punkte derselben wieder zum Vorschein. Wenn wir auch den Preis der einzelnen Faktoren eines Arbeitsproduktes (namentlich der Arbeit selbst) den Schwankungen der Konkurrenz entziehen und ein für alle Male fixiren wollten, indem wir ihn nach einer festbestimmten Proporzion der Preise des Arbeitsproduktes (als Gewinnstantheil) berechneten, so würden wir doch sofort in eine neue Schwankung verfallen, weil der Preis des fertigen Produktes selbst keine feststehende Größe ist, sondern erst wieder nach etwas Anderm sich richtet, also selbst wieder der Konkurrenz anheimfällt.

Betrachten wir nun weiter die Folgen, welche dieses Tauschverhältniß für die einzelnen Theilhaber an einem solchen Produkte hat, so sind diese folgende: Durch die Konkurrenz, welche ihrem Produkte durch andre Produkte gemacht wird, sind sie in die Alternative versetzt: entweder dasselbe gar nicht zu verwerthen oder es zu einem niedrigern Preise loszuschlagen, als sie vielleicht ursprünglich dafür zu verlangen beabsichtigten. Wenn sie sich zu diesem Letzteren entschließen, so müssen natürlich auch die Gewinnstantheile der Einzelnen geringer ausfallen, oder mit andern Worten: sie müssen sich mit einem geringern Preise für ihre Arbeit (ihre Intelligenz, ihr Kapital) begnügen, um ihr Gesammtprodukt billiger geben zu können und

dadurch andern Produzenten den Rang abzulaufen. Somit wäre aber hier wieder ganz das alte Verhältniß eingetreten, d. h. der Preis des fertigen Produkts richtete sich nach dem Preise der einzelnen Faktoren desselben, nach den Forderungen, welche die einzelnen Theilproduzenten in Bezug auf den Preis ihrer Arbeiten stellten. Nur die Konkurrenz der verschiedenen Faktoren unter sich — der mechanischen Arbeit, der Intelligenz ꝛc. — wäre aufgehoben durch Festsetzung bestimmter Antheile jedes derselben an dem Gesammtgewinne; die Konkurrenz der Gesammtprodukte dagegen unter sich und die damit verbundene Herabdrückung der Preise aller Faktoren der Produkzion bliebe nach wie vor dieselbe*).

Man muß also nothwendig noch einen Schritt weiter gehen, wenn man einmal das Prinzip der Konkurrenz aus den bestehenden Tauschverhältnissen gänzlich verbannen will; man muß die Preise der fertigen Produkte, d. h. den Tauschwerth des einen gegen das andere, nach ebenso positiven und konstanten Normen regeln, wie das Verhältniß der einzelnen Theilarbeiter unter einander. Vielleicht am Konsequentesten hat Dies schon vor beinahe einem halben Jahrhundert J. G. Fichte versucht in seinem Schriftchen „vom geschlossenen Handelsstaate." Indem er zunächst, als nothwendige Vorbedingung seines Systems, jeden Verkehr mit dem Auslande durchaus verbietet, vindizirt er seinem „geschlossenen Handelsstaate" nicht nur die Macht, sondern auch das Recht, die Preise der Waa-

---

*) Zwar läßt sich auch diese Konkurrenz der Produkte unter einander dadurch beschränken, daß die Verfertiger oder Inhaber der Produkte einer ganzen Gattung sich dahin vereinigen, ihre Produkte nur nach gemeinsamem Uebereinkommen und gemeinsam festgesetzten Preisen zu verwerthen, statt sich unter einander Konkurrenz zu machen und dadurch gegenseitig die Preise herabzudrücken (ein analoges Verhältniß, wie bei den Arbeitern die Assoziazionen zur Erlangung höheren Lohnes). Im Einzelnen bestehen solche Vereinigungen bereits, z. B. unter den Tischlern zu Köln, Magdeburg, Berlin. Allein Dies ist immer nur eine parzielle Aufhebung der Konkurrenz. Denken wir uns dagegen eine solche Assoziazion über alle Genossen eines und desselben Gewerbes in der ganzen Welt ausgedehnt, so nimmt sie sofort den Karakter eines Monopols an.

ren, d. h. ihr Tauschverhältniß unter einander, im ganzen Umfange seines Gebietes durch positive Gesetze zu regeln.

Wie eine solche Regelung möglich sei, Das ist freilich ein schwieriges Problem. Fichte meint: Jeder Produzent müsse für seine Produkte so Viel erhalten, daß er während der Verfertigung derselben mit der seinem Geschäfte angemessenen Annehmlichkeit leben könne. Man sieht auf den ersten Blick, wie unbestimmt und unzureichend diese Norm ist. Was heißt: eine „dem Geschäfte angemessene Annehmlichkeit"? Wer soll darüber entscheiden? Welches weite Feld ist hier der Willkür eröffnet!

Unter den Neuern hat Proudhon ein ähnliches Prinzip, wie Fichte, wenn schon in etwas schärferer Fassung, aufgestellt; er berechnet den Zeitaufwand und die Auslagen; wir haben sein bekanntes Rechenexempel, wonach er die Iliade des Homer gegen die Käse eines Hirten abschätzt, bereits in unsrem 2. Art. (II. Bd., S. 232) mitgetheilt.

Auch von diesem Vorschlage ist so ziemlich Dasselbe zu sagen, wie von dem Fichteschen. Der Zeitaufwand und die Auslagen sind zwei Größen, deren Werth sich ebenfalls erst wieder nach andern Größen richtet. In derselben Zeit kann eine intensivere, folglich auch werthvollere, oder eine minder intensive und verhältnißmäßig weniger werthvolle Arbeit geleistet werden, und die Auslagen (für fremde Arbeit oder für Rohstoff, der immer wieder Produkt einer Arbeit ist) richten sich ganz eben so nach dem Werthe Dessen, wofür sie bezahlt werden, sie sind nicht willkürlich zu bestimmen. Auch Weitling will die Preise der Arbeiten und der Arbeitsprodukte nach der darauf verwandten Zeit normirt wissen; allein ein festes Prinzip für diese Normirung giebt auch er nicht an, ausgenommen die Unterscheidung zwischen Arbeiten, welche die Hervorbringung des Nothwendigen, und solchen, welche die des Angenehmen bezwecken. Es heißt bei ihm ganz allgemein: für eine Stunde Arbeit sollen z. B. so und so viel Gläser Bier oder ein Platz im Thea-

ter u. dgl. gegeben werden. Die Bestimmung dieses Aequivalents scheint auf dem bloßen „Ermessen" der Verwaltungsvorstände der „harmonischen Gesellschaft" oder auf einem Gesammtbeschlusse dieser selbst beruhen zu sollen*).

Etwas bestimmter, als die Fichtesche „Annehmlichkeit", ist der Maßstab, den manche neuere deutsche Sozialisten, z. B. Eisenhart (in seiner „Sozialtheorie") der Bestimmung der Waarenpreise und Arbeitslöhne zu Grunde legen. Eisenhart sagt: die Waarenpreise müssen so beschaffen sein, daß der Arbeiter von dem Ertrage seiner Arbeit „menschenwürdig" leben kann. Hier hätten wir also wenigstens ein Minimum, eine Grenze nach unten hin, unter welche die Arbeitslöhne und folglich auch die Waarenpreise nicht sinken dürften — aber freilich immer nur eine sehr schwankende und elastische. Denn, was ist „menschenwürdig"? Eisenhart will es freilich noch etwas bestimmter normiren, indem er hinzusetzt: er verstehe darunter nicht blos die Kartoffelporzion. Allein immerhin läßt sich dadurch nur eine ungefähre Norm eines Minimums der Arbeitslöhne erreichen.

Um die Richtigkeit und Ausführbarkeit dieser und ähnlicher Vorschläge recht beurtheilen zu können, müssen wir etwas tiefer auf die Frage eingehen: auf welche Weise sich das Verhältniß der einzelnen Faktoren des allgemeinen Güterverkehrs zu einander, mit andern Worten: ihr Tauschwerth, bei der gegenwärtigen Gestaltung dieses Verkehrs regelt. Denn mit der bloßen Erklärung: es geschehe Dies durch die Konkurrenz, durch das Verhältniß von Angebot und

*) In den auf sozialistische Grundsätze gebauten deutschen Kolonien in Nordamerika (s. unsern Art. im 1. Bande der „Gegenwart") findet etwas Aehnliches in der Praxis statt. Dort werden alle Arbeitsprodukte der Einzelnen an die gemeinschaftliche Verwaltung der Kolonie abgeliefert und von dieser entweder zum Verbrauche der Kolonisten verwendet oder auf gemeinschaftliche Rechnung nach anderwärts abgesetzt. In beiden Fällen wird den Produzenten nach einem von dem Kolonialrathe oder der Generalversammlung der Kolonisten festgesetzten Maßstabe der Preis seines Produktes oder seiner Arbeit und seines Zeitaufwandes berechnet. Jede Konkurrenz innerhalb der Kolonie ist also abgeschnitten.

Nachfrage, ist noch Wenig gethan; vielmehr entsteht sogleich die weitere Frage: wonach sich eben das Verhältniß zwischen Angebot und Nachfrage bestimme; welches allgemeine Gesetz in dieser Hinsicht die ganze Reihe der so mannigfachen und so verschiedenartigen Güter oder Waaren, welche in dieses Verhältniß von Angebot und Nachfrage zu einander treten, unter sich verknüpfe und beherrsche.

Wir haben oben ausgeführt, wie der Grund aller Konkurrenz darin zu suchen sei, daß gewisse Güter, welche Gegenstände des menschlichen Strebens und Bedürfnisses bilden, nur in beschränkter Quantität vorhanden und im ausschließenden Besitze Einzelner sind. Eben hierin nun liegt die allgemeine Norm für das Verhältniß der Güterpreise unter einander. Je beschränkter einerseits die Quantität einer gewissen Klasse von Güter, je größer andrerseits die Zahl Derer ist, welche gerade nach diesen Gütern ein Verlangen, ein Bedürfniß haben, je größer also hier die Nachfrage, je geringer dort das Angebot, desto mehr wird der Inhaber eines solchen Gutes im Stande sein, den Preis desselben zu bestimmen, d. h. denjenigen Preis dafür zu erlangen, den er fordert. Wenn z. B. eine gewisse Anzahl von Menschen auf eine begrenzte Fläche Landes angewiesen ist, so werden die Eigenthümer dieser Fläche bei einer Vermehrung jener Menschenzahl durch Bevölkerungszuwachs oder Einwanderung die Preise ihrer Bodenfläche immer höher steigern können.

Nun machen wir ferner die Bemerkung: daß gerade die Güter, welche den Gegenstand des allgemeinsten Verlangens und des dringendsten Bedürfnisses aller Menschen bilden, zugleich auch die sind, deren Zahl und Quantum schlechthin begrenzt und einer Vermehrung nur in sehr beschränktem Maße fähig ist. Es sind Dies nämlich die ersten Lebensbedürfnisse: Wohnung, Nahrung, Feuerung u. dgl. Diese Güter sind darum ihrer Quantität nach so beschränkt, weil zu ihrer Herstellung die Naturkräfte überwiegend Viel thun müssen, Menschenarbeit

hingegen nur einen sehr kleinen Theil beizutragen vermag. Die bewohnbare Erdoberfläche bleibt immerfort dieselbe, trotz der unendlich vermehrten Bevölkerung; sie gestattet keinen Zuwachs durch Menschenkunst — höchstens die Entdeckung einzelner bisher unbekannter Landstriche, oder die Urbar- und Bewohnbarmachung schon bekannter, so wie die Erleichterung des Transports der Menschen von einem übervölkerten in einen noch nicht genug bevölkerten Erdstrich. Die Produkzion der Erde an Nahrungsmitteln und Feuerungsstoffen läßt sich zwar durch die menschliche Arbeit steigern und ist bereits wesentlich gesteigert worden, allein doch immer nur innerhalb gewisser Grenzen. Daher die bekannte Thatsache, daß die Preise der Lebensmittel alle übrigen Waarenpreise normiren.

Je weiter wir uns dagegen von jenen ersten Lebensbedürfnissen entfernen, welche zum größten Theile ein Geschenk der Natur, zum bei Weitem geringern nur ein Produkt menschlicher Arbeit sind, je mehr wir in die Gebiete eintreten, wo menschliche Kunst und menschlicher Fleiß die Hauptfaktoren der Produkzion sind, desto mehr erweitern sich die Grenzen dieser Produkzion, desto größer wird das Angebot. Und dieses Verhältniß stellt sich für Die, welche solche Arbeitsprodukte verbrauchen, noch günstiger dadurch, daß, wie schon bemerkt, diese Produkte nicht zu den ersten Lebensbedürfnissen gehören, sondern mehr oder weniger der bloßen Annehmlichkeit oder Ausschmückung des Lebens dienen, also im Fall der Noth entbehrt oder doch auf einen geringern Bedarf reduzirt werden können, was bei den Naturerzeugnissen, welche zu den Nothwendigkeiten des täglichen Lebens gehören, nicht der Fall ist.

Was folgt nun aus diesen Betrachtungen für unsern Zweck? Daß im gewöhnliche Laufe der Dinge derjenige feststehende Faktor, nach welchem sich das Wechselverhältniß von Nachfrage und Angebot (welche an und für sich blos relative Größen sind) am Allgemeinsten richtet, nicht die Arbeit, sondern der Besitz gewisser, ihrer Quantität nach begrenzter, ihrem Verbrauchswerthe nach

zu den nothwendigsten Lebensbedürfnissen gehörender Güter ist. Um zwei Größen mit einander zu messen, muß die eine davon eine bekannte und bestimmt begrenzte sein, und Das sind hier eben diese Gegenstände des ersten Lebensbedarfs — die Bodenfläche, die Früchte der Erde, Holz u. s. w. Menschenarbeit dagegen ist eine sehr veränderliche Größe, theils wegen des steten Bevölkerungszuwachses, theils wegen der vielen Erfindungen, welche dieselbe überflüssig machen, theils endlich, weil die Produkte des Gewerbfleißes mehr oder weniger entbehrlich sind, also immer erst dann an die Reihe kommen, wenn der Bedarf an nothwendigen Gegenständen des Verbrauchs befriedigt ist.

Hierin nun liegt die einfache Erklärung der Erscheinung, daß die Menschenarbeit immer und überall in der freien Konkurrenz zu kurz kommt, daß sie niemals sich selbst ihren Preis bestimmen kann, sondern nehmen muß, was ihr geboten wird. Der Besitzer einer Bodenfläche, eines fruchtbaren Stückes Land, eines Waldes kann ruhig die Nachfrage nach seinen Gütern abwarten, denn er ist sicher, daß diese Nachfrage nicht ausbleiben wird — jeder Mensch bedarf eines Stückchens Bodenfläche, um darauf zu wohnen oder wenigstens zu schlafen; jeder Mensch bedarf der Speise, der Feuerung. Hier kann nicht davon die Rede sein, durch Zurückhaltung der Nachfrage den Preis jener Güter herabdrücken zu wollen. Im schlimmsten Falle kann ja der Besitzer derselben sie für sich behalten; er hat dann wenigstens den eigenen nothwendigen Lebensbedarf, und, was er sonst noch aus der Verwerthung eines Theils jener Gegenstände hätte gewinnen können, Das kann er zur Noth entbehren. Aber wie steht's um den Nichtbesitzer, den Arbeiter, der nur seine Arbeit hat? Er muß diese anbieten, denn der Anbietenden sind auf diesem Gebiete unendlich mehr, als der Nachfragenden; er muß um jeden Preis Etwas verdienen, nämlich so Viel, daß er wenigstens leben kann, er muß also, wenn die ihm zum Leben unentbehrlichen Gegenstände nicht anders zu erlangen sind, als für ein bestimmtes

Quantum seiner Arbeit, dies Quantum dafür hingeben, sei es auch, daß er dann Nichts mehr übrig behält, um sich noch etwas Andres dafür einzutauschen. Er muß es, denn er kann jene Güter nicht entbehren, er kann von seiner Arbeit und ihren Produkten nicht leben, wie es der Besitzer eines Feldes allerdings kann*).

Hierin aber liegt auch die große Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, den Werth der Arbeit zu fixiren und den Schwankungen der Konkurrenz zu entziehen. Der Werth der ersten Lebensbedürfnisse ist eine bestimmte Größe, weil sie einen Verbrauchswerth an sich haben, und zwar einen ganz allgemeinen, weil mit andern Worten Der, welcher dieselben produzirt oder gewinnt, sie auch selbst konsumiren, davon leben kann. Die Arbeit hat keinen solchen unmittelbaren Verbrauchswerth (für den eigentlichen Lebensbedarf) — die Spitzenklöpplerin kann von den Spitzen, die sie fertigt, nicht leben —, sie hat lediglich einen Tauschwerth, d. h. der Arbeiter muß sich dafür erst Gegenstände des nothwendigen Gebrauchs eintauschen, um leben zu können. Sie ist daher eine unbestimmte Größe, die sich allemal nach der bestimmten Größe, den ersten Verbrauchsgegenständen, richtet. Sind, im Verhältniß zu

---

*) Wir haben hier überall blos die beiden äußersten Enden des menschlichen Güter- oder Tauschverkehrs, die ersten Lebensbedürfnisse und die menschliche Handarbeit, einander gegenübergestellt, ohne die dazwischenliegenden Stufen und Verbindungsglieder — Kapital, Intelligenz u. s. w. — mit in Rechnung zu ziehen. Uns kam es hier nur darauf an, zu zeigen, welches die Wirkungen der allgemeinen Konkurrenz auf den Arbeiter sind, dazu aber bedurfte es der Ausführung des ganzen Spiels der Zwischenfaktoren um so weniger, als 1) die Bestimmung der Arbeitspreise durch die Preise der ersten Lebensbedürfnisse durch die Dazwischenkunft jener anderweiten Faktoren und ihrer Konkurrenz unter einander wesentlich nicht alterirt wird, indem Kapital und Intelligenz mehr oder weniger die ungünstigen Wirkungen der Konkurrenz auf die bloße Arbeit abwälzen; 2) aber die Arbeit und der Besitz der ersten Lebensbedürfnisse insofern sich unmittelbar berühren, als der gewöhnliche Arbeiter selten über die ersten Lebensbedürfnisse hinaus gelangt, also gänzlich von dem Preise dieser abhängt, während die Konkurrenz der übrigen Klassen sich zum großen Theil auch in andern Kreisen der Güterwelt — Luxusgegenständen oder Dingen der bloßen Annehmlichkeit — bewegt.

einem bestimmten Quantum von Lebensmitteln, Wohnungen u. s. w., viele Menschen da, so ist der Tauschwerth der Arbeit ein niedriger; sind wenige da, so ist er ein hoher, d. h., die vielen Menschen bekommen von den vorhandenen ersten Lebensbedürfnissen für ein gewisses Quantum ihrer Arbeit nur Wenig, während die wenigen Menschen für dasselbe Quantum Mehr eintauschen können.

Sollte daher der Preis der Arbeit ein feststehender werden, so müßte das Verhältniß der vorhandenen Arbeitskräfte (der Arbeiter) zu dem vorhandenen Quantum der ersten Lebensbedürfnisse festgestellt, d. h., es müßte entweder dieses Letztere in demselben Verhältniß, wie die Bevölkerung wüchse, ebenfalls vermehrt, oder es müßte dieses Wachsthum der Bevölkerung aufgehalten werden, damit es nicht außer Verhältniß zu den vorhandenen ersten Lebensbedürfnissen käme. Kurz, wir sind hier wieder ganz einfach bei dem Probleme angelangt: der Uebervölkerung und ihren Folgen für Konkurrenz und Schmälerung der Arbeitslöhne vorzubeugen, einem Probleme, welches wir bereits in unserm 2. Artikel (vergl. Band II., S. 243 ff.) abgehandelt haben. Insoweit es also blos darauf hinauskommt (wie Das z. B. bei Eisenhart der Fall ist), ist die ganze Sache nichts Neues. Wenn man aber weiter gehen und geradezu aussprechen will: du Besitzender mußt dem Arbeiter für ein gewisses Quantum Arbeit so und so Viel von deinen Gütern geben, deren er zum Leben bedarf, so heißt Das eben nichts Andres, als: den Besitz selbst ganz oder theilweise aufheben. Denn man muß dann auch noch einen Schritt weiter gehen und die Besitzenden zwingen, jede ihnen angebotene Arbeit anzunehmen und zu lohnen, weil sie sonst immer noch sagen könnten: nein, zu diesem Preise tausche ich meine Produkte nicht gegen die mir angebotene Arbeit aus, lieber entbehre ich diese und verzehre jene selbst*).

---

*) Ganz konsequent läßt Fichte a. a. O. die Regierung seines geschlossenen Handelsstaates die Bodenbesitzer zwingen, ein bestimmtes Quantum Getreide jährlich zu bestimmten Preisen zu liefern: sonst könnten diese vielleicht, unzufrieden

Wu sehen also aus dem Allem, daß eine Beseitigung der Konkurrenz durch direkte Fixirung der Waaren- und Arbeitspreise nicht anders durchzuführen ist, als durch eine so wesentliche Beschränkung der Dispositionsrechte der Privateigenthümer über ihr Eigenthum, daß diese einer förmlichen Aufhebung des Privateigenthums im Erfolge so ziemlich gleichkommt. Fassen wir daher jetzt die Sache einmal sogleich unter diesem weitern Gesichtspunkte auf, prüfen wir die Idee einer Aufhebung des Privaterwerbes und Privatbesitzes.

Alle Konkurrenz, sagten wir, entsteht dadurch, daß mehrere Menschen nach einem bestimmten und seiner Quantität nach begrenzten Gegenstande streben, dessen sie bedürfen oder den sie doch zu besitzen wünschen. Das Angebot der Arbeit ist nur das Mittel, um in den Besitz des fraglichen Gegenstandes zu gelangen, um denselben gegen ein gewisses Quantum Arbeit einzutauschen. Hätte ein Jeder, was er wünschte oder wenigstens was er zu seiner Nothdurft brauchte, so würde er nicht nöthig haben, es sich für seine Arbeit einzutauschen, also auch nicht wegen Erlangung eines Preises für seine Arbeit mit Andern zu konkurriren. Dem steht nun aber entgegen der Privatbesitz. Die bewohnbare Erdoberfläche, der fruchttragende Boden, Wald, Wiese, Feld — Alles ist bei uns im Privatbesitze; ebenso die Produkte der Menschenhand; Jeder, der Etwas durch seine Arbeit geschaffen, betrachtet Dies als sein Eigenthum, welches er nur im Umtausch gegen ein entsprechendes Quantum von dem Eigenthume eines Andern hergiebt.

Das nun sollte nach der Ansicht der Sozialisten nicht so sein. Es sollte vielmehr der Einzelne nicht arbeiten, um das Erarbeitete für sich in ausschließlichen Besitz zu nehmen, sondern um es zum allgemeinen Gebrauch hinzugeben; umgekehrt aber sollte der Einzelne seinen Bedarf nicht erst sich erarbeiten müssen, sondern

---

mit den gebotenen Preisen, nur für den eigenen Bedarf Getreide bauen und ihr übriges Feld brach liegen lassen.

unmittelbar von dem Allgemeinen beziehen. Natürlich müßte auch das Privateigenthum an Grund und Boden gänzlich aufhören, — Grund und Boden, sowie Alles, was die Natur dem Menschen ohne Arbeit darbietet, müßte unbedingt zum gemeinsamen Gebrauche offen stehen.

Zweierlei ist hierbei zu erwägen:

1) Wie geschieht die Vertheilung des gemeinsamen Besitzes und Erwerbes?

2) Wodurch wird der Einzelne angetrieben, sein Theil zur Hervorbringung des gemeinsamen Bedarfs beizutragen?

In erster Beziehung hat man sehr verschiedene Vorschläge gemacht. Wir übergehen den Gedanken einer gleichen Gütertheilung, der nur der rohsten Form des Kommunismus angehört und gegenwärtig wohl von keiner einzigen sozialistischen Partei, weder in Deutschland, noch außerhalb desselben, gebilligt wird, überdies aber auch den Begriff des Privateigenthums gar nicht wirklich aufhebt, indem ja doch jeder Einzelne mit seinem Antheil aus der allgemeinen Theilung sich wieder für sich abschließt.

Die gegenwärtigen mehr durchgebildeten Systeme des Sozialismus gehen vielmehr übereinstimmend von der Idee einer Gemeinsamkeit der Arbeit und des Genusses, der Produkzion und Konsumzion aus, und weichen unter einander nur ab in Bezug auf die Art und Weise, wie sie sich die Herstellung einer solchen Gemeinsamkeit denken.

In dieser Hinsicht nun bestehen zunächst zwei einander entgegengesetzte Ansichten. Die Einen nämlich wollen eine gewisse Beziehung der Arbeit zum Genusse oder Verbrauche festgehalten wissen; nur soll es keine unmittelbare (wie gegenwärtig, wo der Einzelne sein Produkt direkt gegen das eines Andern umtauscht, verwerthet), sondern eine durch die Gesellschaft vermittelte sein, der Einzelne soll für die Gesellschaft arbeiten, die Gesellschaft dagegen soll ihm einen seiner Arbeit entsprechenden Antheil an ihrem gemeinsamen Gütervorrathe geben. Es erscheint also der Antheil, den der Einzelne von dem Gesammterwerbe der Gesellschaft zum Zwecke seiner

Konsumzion erhält noch unter der Form eines Lohnes für den Antheil, den er dazu beiträgt, mit andern Worten: für seine Arbeit oder Produkzion. Der Unterschied gegen das jetzt bestehende Lohnverhältniß liegt nur darin, daß in der „organisirten Gesellschaft" (wie die Sozialisten Dies nennen) der Tauschwerth zwischen der Arbeit und ihrem Lohn richtiger, gerechter und vernünftiger bemessen werden soll, als es bei dem Einzelverkehr der Menschen, unter dem Einflusse der freien Konkurrenz, der Fall sei.

Diese Idee findet sich — natürlich unter verschiedenen Modalitäten rücksichtlich ihrer Ausführung — bei den meisten und bedeutendsten Sozialisten, bei den St. Simonisten, bei Fourier, bei Proudhon, bei Weitling. Das Losungswort des St. Simonismus ist: „Jeder nach seinen Fähigkeiten und jede Fähigkeit nach ihren Werken!" Nach diesem allgemeinen Grundsatze sollten die Priester oder Vorsteher der Gesellschaft sowohl die Arbeiten als auch die Güter oder den Lohn der Arbeit vertheilen. Fourier erdachte bestimmte Maßstäbe für eine solche Abwerthung des Lohnes gegen die Arbeit; seine (von uns schon früher besprochene) Vertheilung des Produkzionsgewinnes nach den drei Faktoren der Intelligenz, des Kapitals und der Arbeit, seine Unterscheidung zwischen nothwendigen und blos nützlichen, zwischen angenehmen und beschwerlichen Arbeiten und die Zubemessung verschiedener Arbeitspreise danach ist hieher zu ziehen. Von Proudhon und Weitling haben wir ebenfalls bereits gesehen, wie sie durch positive Veranstaltungen in ihrer organisirten Gesellschaft ein razionelles Verhältniß zwischen der Arbeit und dem Genusse herzustellen versuchten.

Einer andern sozialistischen Partei jedoch — und zu dieser gehören fast unsre sämmtlichen deutschen Sozialisten — erscheint dieser Schritt über das Bestehende hinaus noch bei Weitem nicht groß genug. Sie halten es für durchaus unzureichend, das Wechselverhältniß zwischen Produkzion und Konsumzion, Arbeit und Genuß blos razioneller zu gestalten (wie es die vorher Erwähnten ver-

suchen), sie wollen es gänzlich aufgehoben wissen. Nach ihrer Ansicht soll gar keine Beziehung zwischen der Arbeit des Einzelnen und seinem Genusse oder seiner Konsumzion bestehen; der Einzelne soll nicht arbeiten, um Etwas dafür zu erhalten, sondern seine Arbeit soll eine gänzlich freie Thätigkeit sein; und umgekehrt soll er nicht blos nach Maßgabe seiner für die Gesellschaft aufgewendet Arbeit von dieser versorgt werden, sondern er soll — unangesehen Dessen, ob und was er gearbeitet — unbedingt einen bestimmten Antheil an dem gesammten Güterwerthe der Gesellschaft haben.

Was die Bemessung dieses Antheils betrifft, so spaltet diese sozialistische Frakzion sich abermals in zwei verschiedene Richtungen. Die Einen nämlich wollen, daß alle Mitglieder der „organisirten Gesellschaft" einen gleichen Antheil an den gemeinsamen Gütern haben, daß also der Eine eben so Viel erhalten soll, als der Andre. Die Andern dagegen sagen: Jeder muß so Viel erhalten, als er braucht und wünscht, denn die Bedürfnisse und Neigungen der Menschen sind verschieden, der Eine braucht Wenig, der Andre Viel; der Begriff der organisirten Gesellschaft, worin Jeder das wahre menschliche Glück finden soll, erfordert aber, daß Jeder seine Bedürfnisse, Neigungen und Wünsche vollständig befriedigen könne.

Beiläufig bemerken wir hier, daß die ganze Frakzion der Sozialisten, welche jede Beziehung zwischen Arbeit und Genuß, jede Idee eines Erwerbes aufhebt und den Einzelnen mit seinen Bedürfnissen und Wünschen direkt auf die gemeinsamen Vorräthe der Gesellschaft anweist, vorzugsweise auf den Namen Kommunisten Anspruch macht, weil, wie sie sagt, die wahre Gemeinschaftlichkeit nur da möglich sei, wo der Einzelne von der Gesammtheit Alles erhalte, was er brauche, ohne daß man erst frage, ob er es durch seine Arbeit verdient habe, und wo umgekehrt der Einzelne für das Ganze arbeite, ohne dafür einen Anspruch auf Belohnung zu machen. Sozialisten nennen sie, zum Unterschiede von

sich Diejenigen, welche blos eine vernünftigere Regelung des Verhältnisses von Arbeit und Genuß (oder Lohn) durch die „organisirte Gesellschaft" bezwecken, aber nicht, wie die Kommunisten, den Begriff des Einzelerwerbs gänzlich aufheben wollen.*)

Indessen stimmen auch von den Sozialisten, welche die Konsumzion nur als Folge und Lohn der Produkzion betrachtet wissen wollen, mehre (z. B. Fourier und Weitling,) mit den eigentlichen Kommunisten insoweit überein, als sie ein gewisses Maß von Bedürfnissen jedem einzelnen Mitgliede der Gesellschaft — unangesehen seines Verdienstes — von vornherein zusprechen, so Viel nämlich, als Jeder zum Lebensunterhalte nöthig hat. Nur der Ueberschuß soll dann nach dem Maße, wie jeder Einzelne dazu beigetragen, vertheilt werden. Fragt man nun nach den Gründen, aus denen die Kommunisten mit der Form der organisirten Gesellschaft, welche die Sozialisten anstreben, nicht zufrieden sind, vielmehr jede direkte Beziehung zwischen der Produkzion der Einzelnen und seiner Konsumzion völlig aufgehoben wissen wollen, so werden deren hauptsächlich zwei angegeben. Der erste besteht darin, daß, wie die Kommunisten sagen, die Arbeit, welche, der Bestimmung des Menschen nach, freie Thätigkeit, Selbstzweck sein soll, durch die Beziehung auf den Erwerb eine unfreie, gemeine werde, daß der Mensch dann nicht mehr arbeite, um zu arbeiten, sondern nur, um durch seine Arbeit Etwas zu verdienen. Dies, sagen sie, widersteite dem Begriff der menschlichen Freiheit, dem Begriff der Thätigkeit, denn wahre, freie Thätigkeit sei nur eine solche, welche aus innerem Antriebe, nicht aus der Rücksicht auf äußere Zwecke hervorgehe.

---

*) Jedoch ist diese Unterscheidung nicht durchgreifend, da Viele auch schon die Aufhebung des abgeschlossenen Privatbesitzes als Kommunismus bezeichnen, Andre wieder Sozialismus und Kommunismus ohngefähr so wie Theorie und Praxis unterscheiden.

Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß diese spekulative Begründung des Kommunismus vorzugsweise unsren deutschen Sozialisten eigen ist.

Ein andrer, mehr praktischer Grund für die völlige Gleichheit und Gemeinsamkeit der Konsumzion — abgesehen von der Produkzion der Einzelnen — wird daraus hergeleitet, daß jeder Mensch als solcher den gleichen Anspruch auf Glück, auch Mitgenuß der Güter der Erde habe, daß die Verschiedenheit der Leistungen in der Regel von der Ungleichheit körperlicher oder geistiger Begabung herrühren, daß es aber unbillig sei, den Einzelnen, den die Natur vielleicht in dieser Hinsicht vernachlässigt habe, dafür leiden zu lassen. Kurz, die Kommunisten meinen, die wahre Humanität und Liebe verlange, daß die von der Natur besser Begabten die Schwachen, Kranken oder geistig Vernachlässigten durch ihre Arbeit mit übertrügen und daß diese Letztern denselben Antheil an den gemeinsamen Produkten erhielten, wie jene Erstern.

Prüfen wir diese beiden Gründe genauer*), so hat zunächst der letzterwähnte etwas sehr Bestechendes durch die humane Gesinnung, die sich darin ausspricht. Der Schwache, der Kranke, der von der Natur Verwahrloste soll von dem Kräftigen, Gesunden, Arbeitsfähigen mit übertragen werden, wie Dies ja auch in den einzelnen Familien geschieht, wo das schwächliche Kind oder der greise Vater von den übrigen Familiengliedern mit versorgt werden, wenn sie gleich zum gemeinsamen Unterhalte Nichts beitragen können. Die „organisirte Gesellschaft" soll eine einzige große Familie sein, in

---

*) Wir haben diese Ansichten theilweise zwar schon in unserm 1. Art. („Gegenwart" I. Band. S. 249 ff.) abgehandelt, allein dort hatten wir es mehr mit der spekulativen Entwicklung der Begriffe: Thätigkeit, Freiheit ꝛc. zu thun, weil es eine Kritik des filosofischen Sozialismus galt; hier dagegen kommt es uns wesentlich darauf an, zu untersuchen, was von den praktischen Vorschlägen der Sozialisten und Kommunisten wirklich praktisch, d. h. ausführbar sei, oder nicht.

welcher die Liebe, nicht der Egoismus die Herrschaft führt. Und ist der Stärkere, von der Natur besser Begabte nicht schon dadurch genug belohnt, daß er das schöne Bewußtsein hat, für seine schwächern Brüder mit zu sorgen und zu arbeiten?

Gewiß, diese Gefühle und Gesinnungen sind sehr edel, sehr erhaben; sie sind sogar sehr christlich, daher denn auch manche unsrer deutschen Kommunisten in dieser praktischen Humanitätslehre die wahre Vollendung und Verwirklichung des Christenthums, freilich auch zugleich eine Auflösung desselben erblicken, insoweit es noch Mehr sein wolle, als eben ein Evangelium dieser praktischen, sozialen Liebe.

Es ist bekannt, daß unter den ersten Christengemeinden eine ähnliche Art — wenn nicht förmlicher Gütergemeinschaft, so doch gegenseitiger Unterstützung und Uebertragung der Armen und Schwachen durch die Wohlhabenden bestand. Dieser Form der Vereinigung wollen sich nun die Kommunisten wieder nähern, wenn sie auch als Motiv derselben nicht eine religiöse Idee, sondern nur die reinmenschliche Gesinnung der sozialen Liebe gelten lassen. Der Unterschied zwischen dem Ideal der Kommunisten und den in der Wirklichkeit vorgekommenen Vereinigungen auf der Basis vollkommener Gleichheit und Gegenseitigkeit (denn es ließen sich auch noch andre dergleichen neben denen der ersten Christen aufzählen) ist nur der: daß bei diesen Letzteren Das als eine Ausnahmestellung unter ganz besondern Verhältnissen auftritt, was nach der Idee der Kommunisten allgemeines Gesetz der ganzen Menschheit werden soll. Aber gerade in dieser Verallgemeinerung liegt — fürchten wir — die praktische Unmöglichkeit des Gedankens. Das Gefühl der aufopfernden Liebe, welches derselbe als Bedingung seiner Verwirklichung voraussetzt, ist nämlich, allen Erfahrungen und psychologischen Beobachtungen nach, eine blos sekundäre oder aushelfende Richtung der menschlichen Thätigkeit, keine primäre oder leitende, d. h. mit andern

Worten: im normalen Zustande des vollen Gebrauchs und der freien Entwicklung aller seiner Kräfte ist der Mensch von der Natur darauf angewiesen und hat den Trieb, sich selbst fortzuhelfen, sich auf eigne Hand eine Existenz und eine Stellung im Leben, in der Gesellschaft zu schaffen. Nur in außerordentlichen Fällen, wo diese Kraft des Einzelnen nicht ausreicht oder wo sie — durch äussere oder innere Hindernisse — in ihrer freien Entwicklung gehemmt ist, tritt das Bedürfniß ein, sich an Andre anzulehnen, ihre Hülfe in Anspruch zu nehmen, umgekehrt aber auch die Neigung, Andern, die in solchem Falle sind, hülfreich beizuspringen.

Auf dem richtigen Wechselverhältniß und Gleichgewicht dieser beiden Richtungen menschlicher Thätigkeit der selbstständigen und in dieser Selbstständigkeit allerdings sich isolirenden Thätigkeit des Einzelnen, und der Vereinigung der vielen Einzelnen zu gemeinsamer und gegenseitiger Forthülfe beruht, nach unsrer Ueberzeugung, das wahre Leben und Vorwärtsschreiten der Gesellschaft. In unsern gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen ist jene isolirte Thätigkeit allzu vorwiegend, die gemeinschaftliche zu wenig ausgebildet und organisirt; darin liegt ihr Mangel und der Grund so vieler gesellschaftlicher Noth- und Uebelstände. In dem Idealstaate der Kommunisten dagegen soll die Einzelthätigkeit als solche ganz verschwinden, ganz untergehen in der gesellschaftlichen Gemeinthätigkeit Aller, — Das scheint uns zu weit gegangen und über das rechte Ziel hinausgeschossen. Um ein allgemeingültiges Gesetz aufzustellen, darf man nicht Etwas zu Grunde legen, was nur ein Ausnahmefall ist; weil einzelne Menschen und unter besondern Umständen einer Hülfeleistung und Uebertragung durch Andre bedürfen, deswegen darf man nicht diese Uebertragung zur Regel, zum Gesetz für die Allgemeinheit machen, sonst möchte man leicht einen doppelten Uebelstand herbeiführen. Erstens würde bei einem Theile der Gesellschaft eine Verweichlichung eintreten; sie würden sich den gemeinsamen Anstrengungen entziehen, unter dem Vorwande oder auch in der Einbildung,

zu schwach oder unfähig zum Arbeiten oder wenigstens zu gewissen schwereren und beschwerlicheren Arbeiten zu sein. Zweitens aber möchte auch die Begeisterung, für Andre zu arbeiten, Andre zu übertragen, bei Denen, die sich wirklich für das gemeinsame Beste anstrengten, gar bald nachlassen, wenn diese Aufopferung zur täglichen Regel gemacht, wohl gar von Denen, für die sie geschähe, als ein Recht gefordert würde. Jede Begeisterung ist, als ein *außerordentlicher* Schwung der Seelenthätigkeit, auch nur einer gewissen Dauer und Anspannung fähig; soll sie ununterbrochen fortdauern, so verliert sie ihre Spannkraft. So ist es auch mit dem Gefühl der aufopfernden Liebe. Ein Leben, das blos in einer fortwährenden Aufopferung für Andre bestände, ist eben so wenig denkbar, oder, wenn auch denkbar, doch so wenig normal, wie eines, welches nur von lauter Opfern Andrer lebte. Selbst in der Familie entsteht leicht ein peinliches und krankhaftes Verhältniß, wenn ein Glied derselben — vielleicht durch geistige Verbildung oder durch fysische Leiden — gänzlich außer Stand, sich selbst fortzuhelfen und nur auf die Hülfeleistungen der andern Glieder angewiesen ist; indeß hier, im engen Kreise und bei der innigeren Verkettung der Familienglieder unter einander durch die Bande des Blutes, erträgt sich Dies von beiden Seiten noch wohl. Allein bedenklich erscheint es, das Familienleben hierin als normgebend für das allgemeine Leben der Gesellschaft, der Menschheit zu nehmen. Die Familie ist, eben ihrer Naturbestimmung nach, der engere Kreis, wo der Einzelne gehegt, behütet und unterstützt wird, *so lange er sich noch nicht selbst forthelfen kann*, wohin er sich auch wohl zurückzieht, wenn er die Kraft zum selbstständigen Fortkommen durch Alter oder Zufall eingebüßt hat. *Analoge gesellschaftliche Vereinigungen* zu ähnlicher Hülfeleistung sind gewiß zweckmäßig und der Natur des Menschen als eines *gesellschaftlichen* Wesens vollkommen angemessen; allein die ganze Menschheit zu einer Familie in dem Sinne machen, daß der Einzelne *nur* für diesen

Familienverband, gar nicht selbstständig für sich leben und wirken soll, heißt, eine wesentliche und für den Kulturfortschritt höchst wichtige Seite der Menschennatur — den Trieb des Menschen nach Selbstständigkeit — gänzlich übersehen. Strebt doch schon das einzelne Familienglied nach einer selbstständigen Existenz und Stellung, durch welche es über den Familienverband hinausgreift, sich davon emanzipirt und isolirt, ohne doch deswegen seine Beziehungen zu demselben und seinen Pflichten als Familienglied aufzugeben. Um wie viel stärker muß dieses Streben nach Selbstständigkeit bei den Einzelnen sein gegenüber der Gesellschaft, in die er mit schon entwickelter Kraft eintritt.

Also, kurz zusammengefaßt, ist unsre Ansicht diese: Regel im gesellschaftlichen Zusammenleben muß sein, daß der Einzelne durch seine Kraft selbstständig sich forthelfe, daß er also Das, was er zum Leben braucht, sich auch verdiene. Dagegen muß aber 1) ihm die Möglichkeit hierzu, soweit dieselbe von äußern Umständen abhängt, im weitesten Umfange gesichert und dazu allerdings durch gemeinsame Hülfeleistungen Aller ihm die Hand geboten werden; 2) muß in den Fällen, wo Einzelne geradezu außer Stande sind, sich selbst fortzuhelfen, die Gesellschaft die Sorge für deren Fortkommen übernehmen.*) Auf keinen Fall aber darf die Beziehung zwischen Arbeit und Verbrauch oder Genuß so schlechtweg aufgehoben werden, wie die Kommunisten es wollen. Am Allerwenigsten kann die Konsumzion aus dem gemeinschaftlichen Güterwerth dem Einzelnen — ohne irgend welche Verpflichtung zu Gegenleistungen — völlig freigegeben werden, wie die radikalsten vorschlagen, denn Das hieße, jede Möglichkeit eines gesellschaftlichen Zusammenlebens von vornherein zer-

*) Hier schlagen die verschiedenen praktischen Vorschläge ein, deren Aufzählung und Kritik wir in unsrem 2. Artikel (Bd. II. S. 209.) gegeben haben. Wir kommen übrigens noch einmal darauf zurück.

stören. Doch, Dies weiter auszuführen, haben wir wohl nicht nöthig, um so weniger, als wir gerade hierüber uns bereits im 2. Artikel (a. a. O.) hinlänglich ausgesprochen haben.

Beinahe einen noch größern Schein von Wahrheit und Nothwendigkeit hat der andre Grund, den die Kommunisten für eine völlige Trennung der Produkzion und der Konsumzion anführen: daß nämlich die Thätigkeit des Menschen, um eine ganz freie zu sein, gar keinen äußern Zweck haben, vielmehr Selbstzweck sein müsse. Wenn der Mensch, sagen sie, wirklich dem innersten Gesetze seiner Natur nach ein thätiges, arbeitsames Wesen ist, nun so bedarf es für ihn, damit er arbeite, nicht erst eines äußern Antriebes, des Erwerbs oder Genusses, sondern er wird dann schon aus innerem Antriebe, aus Lust an der Arbeit selbst thätig sein, wenn er auch nicht dafür durch eine äußere Vergütung, einen Preis seiner Arbeit belohnt wird.

Allein auch dieser Ansicht liegt ein Misverstehen der menschlichen Natur und ihrer Gesetze zu Grunde. Der Mensch ist ein an bestimmte Bedürfnisse seiner materiellen wie seiner geistigen Natur gebundenes Wesen; seine Thätigkeit ist daher auch keine absolut freie, nicht blos Thätigkeit um ihrer selbst willen, sondern sie ist und muß sein Befriedigung bestimmter Bedürfnisse. Sie ist also auch nicht und kann nicht sein Selbstzweck und Selbstbefriedigung in dem Sinne, daß es dem Menschen ganz gleichgültig wäre, was er dadurch erreicht oder bezweckt, so daß schon die bloße Kraftäußerung oder Kraftübung ihm hinreichenden Genuß und Lohn für seine Anstrengung gewährte. Bei einzelnen Arten von Thätigkeit mag Dies der Fall sein (z. B. bei der künstlerischen und der abstrakt wissenschaftlichen); allein allgemeines Gesetz kann es nimmermehr werden, eben weil der Mensch, als ein bedürftiges Wesen, die Naturbestimmung hat, durch seine Thätigkeit seine Bedürfnisse zu befriedigen. Die alten Griechen und Römer gingen darauf aus, sich eine Lebensweise zu schaffen, wo der Einzelne möglichst einer freien,

auf kein materielles Bedürfniß gerichteten, nur um des eignen Genusses wegen gesuchten Thätigkeit huldigen könnte; aber worauf führte sie dieses Prinzip? Auf die Sklaverei. Weil man doch die materiellen Bedürfnisse nicht entbehren konnte, wälzte man die Last ihrer Herbeischaffung einer besondern Klasse von Menschen zu, während die Freien allerdings ein ideales, von jenen niedern Verrichtungen freies Dasein führten. In den alten Sklavenstaaten bestand kein direkter Zusammenhang zwischen der Thätigkeit und dem Genusse (der Produkzion und der Konsumzion) des Einzelnen. Der Freie arbeitete nicht für die Herbeischaffung Dessen, was er bedurfte, sondern er äußerte seine Thätigkeit in andern Richtungen, in der Kunst, der Politik, im Kriegführen ꝛc., und insofern war seine Thätigkeit wirklich freier Selbstzweck und Selbstgenuß. Seine Bedürfnisse mußten indeß seine Sklaven herbeischaffen, und er genoß dieselben, ohne Etwas dafür zu thun. Der Sklave arbeitete auch nicht für seine Bedürfnisse, denn seine Arbeit und ihr Produkt gehörte seinem Herrn, und, was er zum Lebensunterhalt brauchte, erhielt er von Diesem direkt.

Aus diesem geschichtlichen Beispiele erkennen wir, wohin die Aufhebung jeder direkten Beziehung zwischen Produkzion und Konsumzion in sozialer und kulturgeschichtlicher Hinsicht führe. Damit die Freien ihrem Gelüste „freier Thätigkeit" nachgehen können, müssen Andre für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse arbeiten, müssen ihre Sklaven werden. Wir fürchten sehr, das geträumte Ideal der Kommunisten würde ebenfalls sich in eine solche Tyrannei der Einen über die Andern auflösen.

Nun kann allerdings jenem Gedanken der Kommunisten: der Mensch dürfe nicht unmittelbar für seinen Genuß und Erwerb arbeiten, auch noch eine andre Deutung beigelegt werden. Man kann nämlich sagen: der Mensch solle für die allgemeinen Gesellschaftszwecke, nicht blos für seine Einzelzwecke arbeiten.

Das ist nun schon etwas ganz Anderes; hiernach würde der Ein-

zelne nicht sowohl aus Lust an der Arbeit selbst arbeiten (diese kann ihm sogar zuwider sein), sondern aus Rücksicht auf die Gesellschaft*), aus reiner, uneigennütziger Liebe zu seinen Brüdern.

Sehen wir aber doch einmal zu, ob diese Liebe wirklich so rein, so uneigennützig ist? Der für die Gesellschaft Arbeitende will von seiner Arbeit gar keinen Nutzen für sich, gar keinen Lohn haben. Recht schön! Aber er will doch von der Gesellschaft unterhalten, ernährt, gekleidet sein — und zwar auch nicht aufs Schlechteste; er hat allerlei Bedürfnisse und erwartet, daß die Gesellschaft für deren Befriedigung sorge — natürlich, denn er arbeitet ja auch für sie. Ein Wechselverhältniß zwischen Produkzion und Konsumzion, Arbeit und Genuß [findet also immer statt, nur daß es kein direktes ist, sondern ein indirektes; der Einzelne arbeitet nicht direkt für seinen Nutzen, seinen Genuß, sondern für den Nutzen, den Genuß der Andern; aber er weiß doch und verlangt, daß Andre wieder für ihn arbeiten. Was hierdurch gewonnen werde oder inwiefern dieses Verhältniß ein vernünftigeres, organischeres sei, als das gegenwärtige, leuchtet uns nicht recht ein.

Wir erblicken darin vielmehr nur — die Sache praktisch betrachtet theils eine Menge unauflöslicher Schwierigkeiten — rücksichtlich der Vertheilung der Gesellschaftsgüter so wie andererseits der Zutheilung der Arbeiten für die Gesellschaftszwecke an die Einzelnen (falls dieselben nicht freiwillig geleistet würden, was, wie wir sehr fürchten, öfter eintreten möchte, als die Kommunisten in ihrer schönen Begeisterung für ihr Gesellschaftsideal glauben), theils eine große Gefahr für die Gesellschaft, deren ganzer Bestand einerseits auf einer idealen Begeisterung ihrer Mitglieder für die gemeinsamen Zwecke, andrerseits auf einer gleich idealen Selbstverleug-

*) Es ist ein Fundamentalsatz in mehren kommunistischen Systemen, daß Arbeiten, die jetzt widerwärtig erschienen, ihre Widerwärtigkeit verlören, sobald sie nicht um Lohn, sondern aus Liebe zur Gesellschaft verrichtet würden.

nung und Entsagung derselben hinsichtlich ihrer Ansprüche an die gemeinsamen Vorräthe beruhen würden — Seelenstimmungen, die, allen Erfahrungen nach, zwar wohl in besondern Fällen als Aushülfe, nicht aber regelmäßig, als nachhaltige Motive des Handelns zu gebrauchen sind.

Nach Alledem scheint es also doch, als ob die gänzliche Auflösung des Wechselverhältnisses zwischen der Produkzion und der Konsumzion des Einzelnen, selbst unter Voraussetzung einer ganz neuen Organisazion der Gesellschaft, sich weder psychologisch noch praktisch rechtfertigen lasse. Wir kommen daher nun zu der Ansicht der gemässigteren Partei der Sozialisten zurück, Derer, welche jenes Wechselverhältniß beibehalten und nur dasselbe vermittelst der sogenannten organisirten Gesellschaft auf vernünftigere Grundlagen zurückführen wollen, als nach ihrer Meinung die sind, auf denen es in der gegenwärtigen Gesellschaft beruht.

Das allgemeine Prinzip dieser Sozialisten ist folgendes:

Der Einzelne arbeitet im Verein mit Andern, nach einem gemeinsamen Plane, für einen gemeinsamen Zweck; was er produzirt, gehört nicht ihm allein, sondern dem Ganzen, der Gesellschaft, die es durch besondere Organe verwaltet, resp. verwerthet und wieder an die Einzelnen — entweder das Produkt in natura oder den dafür eingetauschten Werth — vertheilt, und zwar nach Maßgabe des Antheils, den der Einzelne an der gemeinsamen Arbeit gehabt hat.

Eine Konkurrenz findet hier also nicht statt, weil der Preis der Arbeit durch die Gesellschaft selbst oder ihre Organe geregelt wird, nicht durch das Angebot und die Nachfrage, und weil jeder Arbeiter durch die Gesellschaft Arbeit und einen derselben entsprechenden Lohn erhält.

Privaterwerb und Privateigenthum sind zwar bei dieser Organisazion der Gesellschaft nicht völlig ausgeschlossen, in-

sofern der Eine Mehr, als Andre, arbeiten, folglich auch Mehr verdienen, oder auch von dem Verdienten Etwas ersparen und so auf die eine oder andre Weise sich ein Besitzthum ansammeln kann. Indeß kann ein solcher Privatbesitz in der organisirten Gesellschaft niemals die störenden Wirkungen entwickeln, die er gegenwärtig fast immer hat; er giebt dem Besitzer nicht eine so verderbliche Macht über die Nichtbesitzer, wie sie jetzt so häufig vorkommt — ja der Nichtbesitzer braucht sich gar nicht um den Besitzer zu kümmern, denn die Gesellschaft garantirt ihm fortwährend ausreichende Arbeit und angemessenen Verdienst; der Besitzer hat also vor ihm höchstens Das voraus, daß er (so wenigstens ist es bei Fourier) statt der Arbeit, die der Nichtbesitzende gleichsam in den allgemeinen Gesellschaftsfonds einschießt, sein Geld giebt und dafür ebenfalls einen Antheil am Gesammterwerbe empfängt. Uebrigens ist aber selbst bei Fourier Vorsorge getroffen, daß der Besitz nicht zu sehr anwachse und sich konsolidire; der Kapitalist erhält sein Kapital geringer vergütet, als der Arbeiter seine Arbeit; auch nimmt Fourier an, daß das angesammelte Kapital nach dem Tode des Eigenthümers dem Allgemeinen (wenn auch nur auf Umwegen) wieder zufließe.

Andre Sozialisten sind weiter gegangen und haben ausdrücklich jede Ansammlung von Kapitalien, jedes konsolidirte Eigenthum zu verhindern gesucht. Am Konsequentesten — fast bis zur Lächerlichkeit — ist hierin Weitling verfahren, welcher nicht allein das Geld gänzlich abschafft und die Mitglieder seiner Gesellschaft ihren Bedarf aus dem Gesellschaftsvermögen nur gleichsam Zug um Zug gegen ihren Arbeitsbeitrag für die Gesellschaft beziehen läßt — durch Ab- und Zuschreiben in den sogenannten „Kommerzbüchern" — sondern sogar die Uebertragung einer Ersparniß, eines Plus in dem Kommerzbuche aus einem ins andre Jahr (also überhaupt jede Ersparniß) dadurch unmöglich macht, daß er das Erlöschen der

sämmtlichen Kommerzbücher mit dem Jahresschlusse und die Anlegung neuer im neuen Jahre anordnet.

Das Erbrecht heben natürlich alle Sozialisten auf (Fourier wenigstens indirekt), die meisten auch die Privaterziehung in der Familie (gleichsam das Eigenthum der Aeltern an den Kindern), manche endlich sogar die Ehe als einen gesetzlich legitimirten und nicht willkürlich zu lösenden Bund, indem sie an dessen Stelle die sogenannte „freie Liebe" setzen, derzufolge Eheleute in jedem Augenblicke und ohne jede gesetzliche Form oder Autorität sich sollen trennen können, sobald sie einander nicht mehr gefallen.

Alle diese Einrichtungen oder Vorschläge haben, wie leicht zu ersehen, den gemeinsamen Zweck: jede Isolirung der Einzelnen von der Allgemeinheit, der Gesellschaft unmöglich zu machen, vielmehr deren ganzes Sein und Thun in die unauflöslichsten Beziehungen zur Gesellschaft zu setzen und jeder Ungleichheit unter den Einzelnen so wie jeder Beschränkung der individuellen Freiheit durch irgend eine äußerliche Bedingung oder Voraussetzung ihrer Entwicklung vorzubeugen. Die drei Grundpfeiler der „organisirten Gesellschaft" sind also: Gemeinsamkeit — statt der jetzigen Isolirung —, Gleichheit — an der Stelle der bestehenden Ungleichheit — und unbedingte Freiheit von den äußeren Bedingungen, denen heutzutage der Einzelne unterworfen ist.

Die Gemeinsamkeit aller Interessen wird verbürgt und jede Isolirung der Einzelnen verhindert dadurch, daß der Einzelne in der organisirten Gesellschaft Nichts zu schaffen und Nichts zu erwerben, ja nicht einmal zu existiren vermag, außer durch die Gesellschaft. Aller Grund und Boden gehört der Gesellschaft; der Einzelne kann also Wohnung, Nahrung, überhaupt alle Lebensbedürfnisse nur von der Gesellschaft und durch diese beziehen; er muß daher auch für dieselbe arbeiten und sich ihren Gesetzen hinsichtlich der Belohnung seiner Arbeit unterwerfen. Er kann vielleicht zwar (so weit Dies

gestattet ist) sich ein Privatbesitzthum ansammeln, allein er kann sich mit diesem doch niemals von der Gesellschaft abschließen oder seinen gesellschaftlichen Verpflichtungen entziehen, weil er, um sein Kapital nutzbar zu machen, um Etwas davon zu haben, es immer wieder der Gesellschaft darbieten und erwarten muß, was diese ihm dafür gebe. Ueberdies vererbt ein solches Besitzthum nicht; es kann also auch niemals sehr bedeutend werden.

Ebensowenig kann eine Isolirung stattfinden durch die Familie. Die Erziehung der Kinder geschieht nicht durch die Familie, sondern von Gesellschaftswegen; die Kinder werden also von früh auf daran gewöhnt, sich nur als Glieder der Gesellschaft im Ganzen, nicht eines einzelnen Theils derselben, einer besondern Familie zu betrachten. Ja, manche Sozialisten gehen so weit, zu verlangen, die Kinder sollten so früh in die gemeinsamen Erziehungsanstalten übergehen und von ihren Familien so völlig getrennt sein, daß sie nicht einmal erführen, wem sie eigentlich angehörten.

Uebrigens zwecken auch alle sonstigen Veranstaltungen der organisirten Gesellschaft dahin ab, ihre Mitglieder zu sozialen Wesen zu bilden, ihnen den Sinn für Gemeinsamkeit beizubringen. Gemeinsame Arbeiten, gemeinsame Wohnungen, gemeinsame Erholungen und Vergnügungen — niemals ist der Einzelne sich selbst überlassen, auf sich selbst angewiesen, überall umschließt ihn die über Alles verbreitete Atmosfäre der Gemeinsamkeit und Gesellschaftlichkeit.

Daß hiermit zugleich jede Ungleichheit unter den Mitgliedern der Gesellschaft aufgehoben oder wenigstens auf ein Geringstes reduzirt werde, leuchtet ebenfalls ein. Woraus entstehen alle soziale Ungleichheiten in unsrer heutigen Gesellschaft? Abgesehen von den Standesungleichheiten, die auch erst zum Theil beseitigt sind, bestehen doch die schroffsten Gegensätze rücksichtlich des Besitzes, der Bildung, der ganzen Lebensstellung, die dem Einzelnen seine Geburt, seine Erziehung, seine Familienverhältnisse gleich von vorhinein auf

seinen Lebensweg mitgeben. Der Sohn des Armen ist von der Wiege an zur Noth und zur schweren, schlechtlohnenden Arbeit verdammt, während der Reichgeborene eine geebnete Lebensbahn vor sich sieht; Der, welcher von Haus aus eine gute Erziehung erhielt, hilft sich leicht im Leben fort, gelangt zu Ehren, Macht und Vermögen, was Dem, welcher ohne Unterricht aufwachsen mußte, selbst bei dem lebhaftesten Drange nach Fortbildung und bei den glücklichsten Naturanlagen fast unmöglich ist.

Dies ist in der organisirten Gesellschaft ganz anders. Hier wird der Eine gerade so arm und so reich geboren, wie der Andere; es giebt ja kein Erbrecht. Das einzige Besitzthum, welches Jeder von Haus aus mitbringt, sind seine ihm angeborenen Naturanlagen, Geistes- und Körperkräfte. Auch Dem ist vorgebeugt, daß nicht eine Ungleichheit dadurch entstehe, daß bei dem Einen diese Kräfte und Anlagen sorgsamer und besser, bei dem Andern weniger gut oder gar nicht ausgebildet werden — die Erziehung ist ja für Alle dieselbe, die von der Gesellschaft bestellten Erzieher nehmen sich mit der gleichen Sorgfalt aller ihrer Zöglinge an. Die einzige Möglichkeit einer Ungleichheit könnte nur in einer verschiedenartigen Naturanlage oder darin liegen, daß der Eine seine Kräfte weniger anspannte, als ein Andrer, also in fehlerhaften Neigungen. Allein selbst diese Möglichkeit wird nach Kräften beseitigt eben durch jene sorgfältige Erziehung, welche namentlich die Verschiedenheit der Individualitäten beachtet und danach ihre Einwirkungen berechnet, sodann aber auch durch die ganze gesellschaftliche Einrichtung, durch den Wetteifer, der aus dem gemeinsamen Lernen und Arbeiten entsteht, durch die Lust an der Arbeit selbst bei freier Wahl derselben, überhaupt durch die veredelte Gesinnung und erhöhte Stimmung aller Mitglieder eines solchen harmonischen Gemeinwesens. Die einzige Ungleichheit, welche bleibt und bleiben soll, ist diejenige Verschiedenheit der individuellen Neigungen und Anlagen, welche nicht eine Unterdrückung oder Ueberflügelung der Einen durch die Andern

bedingt, sondern nothwendig ist, damit jeder Theil, jede Seite der gemeinschaftlichen Arbeit ausreichend vertreten sei und mit Lust und Liebe vollzogen werde.

Die Freiheit des Einzelnen endlich soll nach der Ansicht der Sozialisten in der organisirten Gesellschaft dadurch ihre volle Befriedigung und Verwirklichung finden, daß der Einzelne seiner Naturbestimmung vollständig genügen, alle seine Anlagen und Kräfte aufs Vollkommenste ausbilden, üben und anwenden und durch seine Thätigkeit sich eine sichere, angenehme und in jeder Hinsicht wahrhaft menschenwürdige Existenz verschaffen könne; daß er nicht Arbeiten verrichten müsse, die vielleicht seiner Individualität, seinen Neigungen und Fähigkeiten durchaus nicht entsprechen, oder wohl gar arbeitslos und also auch verdienstlos dastehe und darbe, daß er nicht der Willkür Andrer preisgegeben und gezwungen sei, seine Kraft, seine Gesundheit, sein Leben ihnen zu verkaufen, um nur nothdürftig sich und die Seinen zu ernähren.

Daß endlich, auch nach der Angabe der Sozialisten, durch eine solche gesellschaftliche Organisazion, durch die Gemeinsamkeit des Arbeitens, des Wohnens, der Nahrungsbereitung, der Erziehung, durch die Vereinfachung des Produktenumtausches, den dann die Gesellschaftsverwaltung besorgen würde, und durch den Wegfall der vielen und komplizirten Veranstaltungen dafür, welche in dem jetzigen Zustande der Gesellschaft die Konkurrenz und der Privatbesitz nothwendig machen, daß überhaupt durch die Beseitigung aller isolirenden Schranken und die Verschmelzung aller Interessen ganz außerordentliche nazionalökonomische Ersparnisse und Gewinnste an Zeit und Arbeitskräften erzielt werden sollen, möge hier nur beiläufig erwähnt sein, da dieser Umstand, wie wichtig er auch an sich ist, doch für unsern nächsten Zweck, die Beseitigung sozialer Misverhältnisse, nur eine sekundäre Bedeutung hat.

Dies also ist das Bild, welches die Sozialisten von ihrer „organisirten Gesellschaft" und deren Folgen entwerfen. Man kann

nicht leugnen, es ist in vieler Hinsicht ein glänzendes, ja blendendes. All' die viele Misere unsrer heutigen Gesellschaft scheint hier mit einem Male vertilgt; statt hungernder, frierender, nothleidender Armer und hochmüthiger, im Wohlleben schwelgender Reicher lauter glückliche, befriedigte und durch das Band der Gleichheit innig verbundene Menschen; statt des Egoismus allgemeine Liebe und Hingebung an den Gesellschaftszweck; statt der Absonderung der Einzelnen von einander die Verschmelzung Aller zu einem harmonischen Ganzen. Allein, lassen wir uns durch diesen Schein von Harmonie nicht blenden! Vollkommnes Glück, vollkommne Beseitigung aller Uebelstände und gesellschaftlicher Leiden ist den Menschen schon zu oft verheißen worden, um nicht gegen jedes neue Evangelium dieser Art mistrauisch zu sein.

Wir wollen zuerst, getreu dem praktischen Standpunkte, auf den wir uns in diesem Artikel gestellt haben, einige praktische Bedenken hinsichtlich der Ausführbarkeit des Ideals einer „organisirten Gesellschaft" erheben, sodann aber den Grundgedanken selbst — ebenfalls vom praktisch psychologischen Standpunkte aus — beleuchten.

In der organisirten Gesellschaft soll der Einzelne für das Ganze arbeiten und von dem Ganzen, der Gesellschaft, den Lohn seiner Arbeit in einem Antheil an den gemeinschaftlichen Gütern erhalten. Durch wen und wie wird nun dieser Antheil bestimmt? Der Einzelne (oder z. B., nach Fourier, die einzelne Gruppe) produzirt Obst. Er liefert Dies in das allgemeine Vorrathshaus ab; er wünscht dafür Kleider oder Bücher zu erhalten. Wie Viel hat er zu bekommen? Soll die Gesammtheit der Mitglieder der Gesellschaft oder einer gewissen Abtheilung derselben durch Majoritätsbeschluß entscheiden, wie viel Bücher für eine gewisse Quantität Obst, oder umgekehrt, gegeben werden sollen? Oder wird man Das einem Gesellschaftsrathe, einem Ausschusse oder dgl. überlassen? (Dies Letztere thut z. B. Weitling). Und soll die Entscheidung nur nach dem Gutdünken jener Versammlung oder dieses Ausschusses gefaßt werden? — Welcher weite Spielraum für die maßloseste Willkür,

die Intrigue, die Bedrückung der Einen durch die Andern! Oder will man feste Maßstäbe dafür aufstellen? Aber woher diese nehmen? Wird man nicht nothgedrungen darauf zurückkommen müssen, daß man diejenigen Arbeiten höher lohnt, welche seltner sind? Wird also nicht dennoch wieder hier die Konkurrenz sich geltend machen? Denn man nehme nur einmal an, daß z. B. eine sehr große Zahl von Mitgliedern der Gesellschaft nur Obst bauen wollte, dagegen eine sehr kleine Zahl Getreide. Würde man dann nicht genöthigt sein, den Getreidebauenden verhältnißmäßig Mehr für ihr Getreide zu geben, als den Obstbauenden, weil das vorhandene Quantum Getreide seiner Seltenheit wegen einen höheren Verbrauchswerth für die Gesellschaft hätte, als das Obst, welches vielleicht gar nicht aufgezehrt werden könnte? Eine solche indirekte Regelung der Produkzionsverhältnisse, um sie mit den Konsumzionsbedürfnissen der Gesellschaft in Einklang zu setzen, wäre übrigens immer noch das gelindeste und mäßigste Mittel; es könnte leicht kommen, daß die Gesellschaftsverwaltung noch weiter gehen und geradezu bestimmen müßte, was und wie Viel von jeder Art von Verbrauchsgegenständen produzirt werden dürfe und müsse, damit nicht am Ende die Gesellschaft am Nothwendigsten Mangel litte, weil es gerade keinem Einzelnen beliebte, sich auf diese Art der Produkzion zu werfen. In der jetzigen „unorganischen" Gesellschaft kann so Etwas nicht leicht eintreten, weil der natürliche Regulator der Produkzion, die Nachfrage nach Produkten, die vorhandenen Arbeitskräfte von selbst auf die Arbeiten hinweist, welche gerade im Augenblick nothwendig und begehrt sind.

Das eben angeregte Bedenken wächst in geometrischer Progression, sobald wir nicht blos die Verhältnisse einzelner Gesellschaftskreise (etwa eines einzelnen Fourierschen Falansteriums), sondern die Verhältnisse der Gesammtheit aller Kreise und ihre Beziehungen unter einander ins Auge fassen. Sollte zwischen diesen verschiedenen Kreisen ein Verkehr, ein wechselseitiger Austausch

ihrer Produkte stattfinden, so müßte auch die Produkzion jedes einzelnen mit Hinsicht auf diesen Austausch geregelt werden, d. h. die einzelne Gruppe müßte Das produziren, wonach bei andern Gruppen ein Bedürfniß vorhanden wäre; es dürften nicht z. B. alle Gruppen Dasselbe in den Verkehr bringen, weil sonst Niemand da wäre, der Dies verbrauchte. Im gewöhnlichen Verkehre macht sich Dies ebenfalls von selbst; der Vermittler des Umtausches, der Kaufmann, erkundet, welche Produkte hier, welche dort gebraucht werden, und veranlaßt die Produzenten, das eben Gesuchte zu produziren. In der organisirten Gesellschaft, wo jede solche Vermittlung wegfallen soll, würde abermals die Gesellschaftsverwaltung dieses Geschäft übernehmen müssen. Wenn nun aber z. B. die eine Gruppe darauf bestände: sie wolle gerade Das und nichts Anderes produziren, ihre Mitglieder hätten nun einmal nur dazu Neigung — sollte dann die Gesellschaft im Ganzen durch einen peremtorischen Ausspruch entscheiden: diese Gruppe müsse etwas Andres produziren, weil es sonst im allgemeinen Verkehre daran fehlen würde? Wo bleibt hier die natürliche Freiheit, welche die Sozialisten als einen Grundpfeiler ihrer organisirten Gesellschaft betrachten?

Wie mit dem Arbeiten, gerade so ist es mit dem Genießen. Die Gesellschaft weist ihren Mitgliedern gemeinsame Wohnungen an. Natürlich sind diese nicht alle gleich — und wäre es auch nur der Lage nach. Wenn nun Einer gern in dieser Gegend wohnen möchte, Andre aber hätten denselben Wunsch und es wäre nicht für Alle Raum dort, wer sollte zurückstehen? Soll der verschiedene Werth, den die Wohnungen für die Einzelnen aus Geschmacks- oder Gesundheitsrücksichten haben, auch einen verschiedenen Tauschwerth derselben bedingen, d. h. soll die Gesellschaft die besseren, geräumigeren, angenehmeren oder gesünder gelegenen Wohnungen an Die vergeben, welche Mehr und Vorzüglicheres arbeiten, als die Andern, nun so haben wir wieder dasselbe Verhältniß, wie schon jetzt, daß nämlich die größere Nachfrage nach gewissen Dingen einen höhern Tausch-

werth derselben bedingt, und es bedarf dazu nicht erst der Dazwischenkunft der Gesellschaft. Oder, sollen die einzelnen Mitglieder sich nach bloßen Gefühlsrücksichten wegen der Wahl der Wohnungen unter einander vertragen? soll der Eine dem Andern aus Liebe und Aufopferung die bessere Wohnung überlassen? Wir fürchten, man traut hier der menschlichen Natur zu Viel zu, indem man ihr eine Aufopferung ansinnt, die höchstens unter dem Einflusse starker religiöser Gefühle, wie sie etwa die christliche Lehre von der allgemeinen Menschenliebe und Selbstverleugnung erzeugen könnte, schwerlich aber in einer Gesellschaft zu finden sein möchte, welche ausgesprochenermaßen die Glückseligkeit und den Genuß Aller zum Zwecke hat.

Doch, genug dieser politischen Bedenken über das Einzelne*); werfen wir jetzt noch einen prüfenden Blick auf den Grundgedanken selbst!

Wir haben hier Zweierlei zu untersuchen; einmal: sind in der gegenwärtigen Gesellschaft die Misstände wirklich vorhanden, welche die Sozialisten durch ihre „Organisazion der Gesellschaft" heilen wollen? zweitens: ist das Mittel, welches sie dazu vorschlagen, das rechte, stimmt es mit den Gesetzen der menschlichen Natur überein, ist es also (denn dieses Beides steht in nothwendigem Zusammenhange) praktisch ausführbar? Was die erste Frage betrifft, so bejahen wir diese unbedingt, und zwar nach allen den drei Gesichtspunkten, unter welchen die Sozialisten sie darstellen.

Ja, die Menschen in der heutigen Gesellschaft leben in einer unnatürlichen Trennung von einander; das Prinzip der Gemeinsamkeit der Interessen ist zu wenig entwickelt, das Interesse des Einen steht zu schroff dem des Andern gegenüber, der Vortheil des Einen ist zu häufig mit dem unausbleiblichen Nachtheile des Andern verbunden.

---

*) Will man diese Einwürfe gegen die praktische Möglichkeit des sozialistischen Systems noch weiter ausgeführt sehen, so lese man die sehr belebten und geistvollen Widerlegungen des Kommunismus in den beiden Schriften: „Die Opposizion" von Heinzen (S. 42 ff.) und: „Deutsche Zeitung ohne Zensur" (S. 203).

Ebenso ist es mit der Ungleichheit. Nicht allein die noch hier und da bestehenden gesetzlichen Ungleichheiten sprechen der natürlichen Gleichheit aller Menschen Hohn, sondern auch der natürliche, d. h. sich selbst überlassene Lauf der gesellschaftlichen, der gewerblichen Entwicklung bringt eine Menge neuer Ungleichheiten — des Besitzes, der Bildung, des gesellschaftlichen Einflusses — hervor, welche oft nicht minder drückend und entwürdigend für die menschliche Natur sind, als jene ersteren.

Endlich leidet auch die menschliche Freiheit nicht blos unter den unvollkommnen Einrichtungen unsres Staats, sondern auch unsrer Gesellschaft; die Lohn- und Geldverhältnisse haben eine Abhängigkeit des Arbeiters von seinem Arbeitgeber erzeugt, die faktisch oft kaum besser ist, als die Sklaverei bei den Alten und die Leibeigenschaft im Mittelalter.

Unbestritten ist auch, daß die bestehenden Eigenthumsverhältnisse, die erdrückende Konkurrenz, der Geldwucher, die Ausbeutung fremder Arbeitskräfte im Interesse des Privaterwerbes daran zum allergrößten Theile schuld sind.

Die Frage ist nur — erstens: sind jene gesellschaftlichen Uebelstände nothwendige, unausbleibliche Folgen des Privaterwerbes und Privatbesitzes, oder sind es blos Folgen einer Ausartung derselben? — zweitens: ist es möglich, d. h. ist es mit den Gesetzen der menschlichen Natur vereinbar, die Richtung des Menschen auf Privaterwerb und Privatbesitz gänzlich zu unterdrücken, oder widerstreitet es denselben?

Nach unsrer Ansicht gehört der Begriff des Privateigenthums nothwendig zu dem Begriff der Persönlichkeit und Selbstständigkeit des Menschen. Wenn die Sozialisten sagen: die Persönlichkeit des Menschen umfasse blos den Inbegriff seiner geistigen und körperlichen Kräfte und Anlagen, das äußerliche, materielle Eigenthum sei ein seiner Persönlichkeit Fremdes, Gegenüberstehendes, so ist Dies eine einseitige abstrakte Auffassung des Begriffs Persönlichkeit. Zu meiner Persönlichkeit gehören nicht blos meine inneren Anlagen und Kräfte (die in dieser Innerlichkeit etwas durchaus Unentwickeltes, Unvollständiges sind), sondern auch die äußeren Beziehungen, in die ich durch die Entfaltung jener Kräfte und Anlagen mich hineinlebe und hineinarbeite. Es gehört also dazu die In-

dividualität, welche meine Anlagen, meine Thätigkeit, mein ganzes Sein durch die Orts-, Zeit-Familienverhältnisse u. s. w. erhalten, in denen ich geboren und aufgewachsen bin. Alle diese Verhältnisse geben der innern Thätigkeit des Menschen eine bestimmte Richtung auf das Aeußerliche, eine bestimmte Begrenzung, aber auch einen Stützpunkt. Lösen wir den Menschen aus allen diesen Beziehungen heraus, betrachten wir ihn — wie die Sozialisten wollen — als Menschen an sich, was bleibt uns da übrig? Denken wir uns einmal den Zögling eines Fourierschen Falansteriums, von frühester Kindheit an in der gemeinsamen Erziehungsanstalt aufgewachsen, allen Familienbeziehungen entrückt, ohne Anknüpfung an ein früheres menschliches Dasein, das er fortsetzen, oder an ein späteres, dem er das Werk seines Lebens zur Fortsetzung überliefern könnte — nur der Gesellschaft angehörend, nur an die Gesellschaft gewiesen mit seinen Bedürfnissen, von der Gesellschaft abhängig in jeder Beziehung, bis auf seine Existenz sogar — kann man da noch von einer Selbstständigkeit, einer Persönlichkeit des Menschen sprechen?

Warum nicht? erwidern die Sozialisten. Ist die Freiheit des Menschen nicht vollkommen gewahrt, wenn er einer Macht gehorcht, die Nichts ist, als der Ausdruck seines innersten Wesens? Denn der Mensch ist von Natur ein soziales Wesen; eine Einrichtung also, welche diese soziale Natur des Menschen zur vollen und ausschließlichen Geltung bringt und alles Antisoziale, Egoistische, Absondernde davon austilgt, muß seinem Wesen, folglich auch seiner Freiheit, vollkommen entsprechen.

Allein wir leugnen geradezu, daß der Mensch seiner Natur nach ein reinsoziales Wesen, daß das Streben nach einer abgeschlossenen und abgesonderten Persönlichkeit eine bloße Entartung der menschlichen Natur sei. Vielmehr glauben wir, daß Beides nothwendig zusammengehört und sich gegenseitig ergänzt, eben so gut wie das Ganze und die Theile, wie die Einheit und die Vielheit. Der Egoismus gemildert durch die Soziabilität, durch das Streben nach Gemeinschaft, dieses Letztere aber geschützt gegen Zerfahrenheit und Haltlosigkeit durch den natürlichen Trieb nach einem festen Stütz- und Anknüpfepunkte der Einzelexistenz und Einzelthätigkeit — Dies ist das rechte Maß, die rechte Mitte des menschlichen Lebens und Handelns.

Der Sozialismus wird sich übrigens selbst inkonsequent, indem er doch den Genuß des Einzelnen gelten läßt, dieses Allerinviduellste und am Meisten Egoistische. Seiner Arbeit soll der Mensch sich nicht als eines ihm Angehörigen und zu ihm Gehörigen erfreuen dürfen; die soll etwas Allgemeines, nur der Gesellschaft Gewidmetes sein; aber genießen soll er für sich, im Genusse soll er sich als Einzelner, als Person fühlen dürfen — also gerade die schlechteste Seite der Persönlichkeit läßt man ihm, die höhere, das Bewußtsein einer durch seine Thätigkeit sich geschaffenen Existenz und Lebensstellung, diese will man ihm nicht lassen! Sollte eine Konsequenz in dem Systeme sein, so müßte man den Mitgliedern der organisirten Gesellschaft, damit sie nur für die Gesellschaft leben und durchaus nicht egoistischen Empfindungen Raum geben könnten, auch das Essen und Trinken oder wenigstens jeden Genuß einer Annehmlichlichkeit des Lebens verbieten, sie zu vollkommenen Aszeten bilden, wie es der christliche Spiritualismus will; aber davon sind die Sozialisten weit entfernt; vielmehr sollen alle Mitglieder ihrer Gesellschaft aufs Herrlichste leben, die Arbeit selbst soll Genuß, Spiel sein. Auf welcher Seite ist denn nun aber der Egoismus, auf unserer oder der Sozialisten? Unsre deutschen Sozialisten wissen nicht Worte genug zu finden, um das Gemeine, Unwürdige, Entehrende zu schildern, was in dem Streben der Menschen nach dem Gelde liege. Und doch ist das Geld in vielen Fällen wenigstens das Resultat einer produktiven Thätigkeit und gewöhnlich auch wieder der Hebel einer solchen, im schlimmsten Falle aber Mittel des Genusses. Mit welchem Rechte aber schmähen die Sozialisten dieses Mittel, da sie doch den Zweck, den Genuß selbst, für die Mitglieder ihrer organisirten Gesellschaft, und zwar in möglichst hohem Grade und am Liebsten ohne alle Gegenleistung, in Anspruch nehmen?

Was bleibt nun nach Alledem von den Vorwürfen, welche die Sozialisten dem gegenwärtigen Zustande der Gesellschaft machen, als begründet übrig, da die Vorwürfe gegen das Privateigenthum selbst, wenigstens in der Weise, wie die Sozialisten sie aufstellen und von ihrem Standpunkte aus, sich als unbegründet erwiesen haben. Die Ausartungen des Privateigenthums sind es, welche den Anlaß zu jenem Verdammungsurtheil gegeben haben, das in seiner unkritischen

Uebereilung sich gegen das Eigenthum selbst wendet. Diese Ausartungen aber bestehen darin, daß das Eigenthum in vielen Fällen nicht als Das auftritt, was es seiner Naturbestimmung nach sein soll, nämlich Resultat einer Thätigkeit und Mittel einer neuen Thätigkeit, darin, daß oftmals der Eine Etwas sein Eigenthum nennt, was er sich nicht durch seine Thätigkeit erworben hat, oder daß er sein Eigenthum genießt, ohne etwas Neues mit dessen Hülfe zu schaffen; daß wiederum ein Anderer mit der angestrengtesten Thätigkeit sich kein Eigenthum zu erwerben vermag und deshalb stets von Denen, die ein solches besitzen, abhängig bleibt, daß also in beiden Fällen das Eigenthum von der Thätigkeit getrennt ist, während es nur deren äußeres, untrennbares Produkt sein sollte; denn das Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung schreibt vor, daß der Mensch kraft des ihm innewohnenden Triebes und seiner Anlage zur Thätigkeit sich von seinem Standpunkte aus — welcher Dies auch sei — fortentwickeln, sich eine Existenz begründen, diese fort und fort erweitern und so eine höhere Stufe geistiger Ausbildung sowohl als materiellen Wohlseins erreichen könne, als die ist, auf welche er bei seinem Eintritt in die Gesellschaft sich gestellt fand. Darin liegt die Freiheit des Menschen, daß er durch sich selbst sich vorwärts bringe, sich entwickle. Das ist die wahre Gleichheit, nicht daß Alle von vornherein sich auf demselben Punkte geistiger Ausbildung und äußerer Verhältnisse finden, sondern daß für alle die gleiche Möglichkeit gegeben sei, von ihrem Standpunkte aus höhere Standpunkte zu erreichen, daß es keine unübersteigliche Schranken gebe, durch welche der von Haus aus Arme von dem Reichen, der von Haus aus Niedriggeborne von dem Vornehmen auf immer getrennt wäre; die rechte Gemeinsamkeit endlich beruht darauf, daß Jeder des Andern bedürfe, Jeder für den Andern arbeiten müsse, nicht der Eine faullenzen könne, während ein Andrer sich für ihn plagt.

Dies allein sind die wahren, begründeten Forderungen der Vernunft; was darüber hinausgeht und, statt einer Reform des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes aus sich selbst heraus und mit Anknüpfung an das Gegebene, einen absolut entgegengesetzten, vollkommnen und paradiesischen Zustand erschaffen will, Das hat

von vornherein die Vermuthung der Uebertreibung, der Verkennung der natürlichen und gesellschaftlichen Gesetze, der Fantasterei gegen sich. Die Nothwendigkeit sozialer Reformen, selbst sehr tief einschneidender, wird heutzutage kein besonnener und gründlicher Beobachter der gesellschaftlichen Zustände ableugnen; aber man reformirt nicht, wenn man Alles auf den Kopf stellt. Die allgemeinen Grundzüge einer solchen sozialen Reform, wie wir sie uns als nothwendig und als praktisch ausführbar denken, haben wir in dem so eben Gesagten niedergelegt. Wir behalten uns vor, in einem besondern Artikel spezielle Vorschläge zu einer sozialen Reform in diesem Sinne zu entwickeln.

Wir hatten in unserm 1. Art. (Bd. I. S. 263) den Wunsch ausgesprochen, die Sozialisten möchten unsre Kritik ihrer Ansichten berücksichtigen, berichtigen oder widerlegen und, namentlich über einige spezielle Punkte in ihrem Systeme sich deutlicher erklären. Es ist uns bis jetzt nur eine einzige Erklärung dieser Art zu Gesichte gekommen, und zwar im Westfäl. Dampfboot, April 1846, von Dr. Lindner. Sie erfüllt freilich Das, was wir wünschten, nur sehr ungenügend, was der Verf. selbst damit rechtfertigt, daß er uns ein „wirkliches Verständniß" des Sozialismus gänzlich abspricht und unsre Kritik der sozialistischen Prinzipien, namentlich der Idee absoluter Freiheit, (die wir dort auf S. 256 — 262 gegeben) für nichts Anderes, als ein Durchhauen der Frage mit dem Alexanderschwerte erklärt. Daß unsre Beleuchtung der Frage Herrn Lindner nicht genügte oder nicht zusagte, ist sehr wohl denkbar; allein eines nähern Eingehens, eines Nachweises, worin sie ungenügend oder unrichtig sei, war sie doch wohl werth, und ein Zerhauen mit dem Schwerte kann man eine mehr als sechs Seiten lange Erörterung doch wohl nicht nennen. Auf unsre einzelnen Fragen antwortet Herr Lindner ebenso kurz und abfertigend. Wir hatten gefragt: wie sich denn eigentlich die Sozialisten das Verhältniß der Produkzion zur Konsumzion und dessen Regelung in der auf absolute Freiheit des Thuns und Genießens gebauten Gesellschaft dächten, nachdem wir vorher die Ansichten Grüns über dieses Verhältniß ausführlich beleuchtet und als gänzlich unklar und gedankenlos nachgewiesen hatten. Statt aller Antwort verweist uns Herr Lindner

auf eben dieses Buch von Grün, welches wir dort schon kritisirt. Wir fragten ferner: wie sie die Widersprüche lösen wollten, die zwischen ihrer Theorie der absoluten Freiheit und ihrer Lehre von der individuellen Verschiedenheit der Menschen, ferner zwischen jener und der Einheit und Harmonie der Gesellschaft zu bestehen schienen? Herr Lindner sagt hier wieder blos: wir hätten jene Begriffe nicht richtig aufgefaßt, ohne Dies weiter zu erläutern oder zu beweisen. Drittens stellten wir das Bedenken auf: ob nicht aller Kulturfortschritt aufhöre, wenn Das, was jetzt Hauptaufgabe desselben sei, die Ausgleichung der gesellschaftlichen Unterschiede und Ueberwindung der Hemmnisse menschlicher Entwicklung, sogleich als absolut vollendet gedacht werde, ferner: ob dieser absolut vollkommene Zustand dauern werde. Letzteres setzt der Verfasser voraus, weil ein solcher Zustand „nicht mehr auf ein dem Menschen Fremdes, sondern auf sein eigenes Leben, sein eigenes Bestehen gebaut sei" — freilich nur eine ungenügende Erklärung, nachdem wir eben bezweifelt, ob die Natur des Menschen wirklich einen solchen Zustand absoluter Freiheit (im Sinne der Sozialisten) möglich mache und vertrage — rücksichtlich des andern Bedenkens aber meint er: der Mensch werde dann, nach Ueberwindung aller Hindernisse freier Entwicklung, sich nur mit seiner Bildung, seinem Wesen in Kunst und Natur beschäftigen. Wir können nicht umhin, trotz dieser Erklärung unsre Befürchtung zu wiederholen, daß es dem absolut freien Menschen der Sozialisten gehen möchte, wie, nach Kant, der Taube im luftleeren Raume. Alle Bildung, alle Beschäftigung mit Kunst und Natur setzt eine Mannigfaltigkeit individueller Begabungen, Bedürfnisse und Richtungen bei den Menschen voraus; solche eine aber bringt nothwendig auch eine Menge gesellschaftlicher Ungleichheiten fort und fort hervor. Sollten also diese gänzlich und für immer aufhören, so müßte am Ende auch den Menschen jede Richtung auf die materielle Außenwelt abgeschnitten werden; sie müßten ein rein ideales, spiritualistisches Leben führen, wie Dies z. B. der christliche Spiritualismus will, der auch auf diese Weise (und gewiß wenigstens konsequenter, als die Sozialisten) alle Ungleichheiten und Störungen unter den Menschen aufzuheben und die vollkommenste Harmonie, Liebe und Einigkeit unter ihnen herzustellen hofft.

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

Von dem im III. Band der Gegenwart erschienenen Artikel

die Polen
im Großherzogthum Posen

mit besonderem Bezug auf die Jahre 1845 und 1846;

nebst Betrachtungen über die Ursachen des Verfalls der polnischen Republik

von **Veit Schreiber**

habe ich einen **Separatabdruck**

3 Bogen gr. 8. brosch. Preis ¼ Thlr.

veranstaltet, der durch alle Buchhandlungen zu beziehen ist.

Unter der Presse befindet sich:

Die
Grenzen der Volksrepräsentation
in der constitutionellen Monarchie.

Ein Versuch im Gebiete des constitutionellen Staatsrechts

von **C. D. von Witzleben.**

Gekrönte Preisschrift circa 12 Bogen.

Vier Monate
auf den Marquesas-Inseln
oder ein Blick auf
Polynesisches Leben

von **H. Melville.**

Aus dem Englischen von Rud. Garrique.

2 Bände.

Leipzig, October 1846.

Gustav Mayer.

Inhalt des ersten Bandes.

Die zensirte und die unzensirte Presse. Ein Vorwort. Vom Herausgeber.
Die höheren Schulen und deren Lehrer in Preußen. Von Heinrich Pilgrim. Erster und zweiter Artikel.
Die Studentenverbindungen und ihre Reformen in der Gegenwart. Von S. L. N.
Aktenstücke zur Geschichte der letzten preußischen Provinziallandtage.
Die gegenwärtige Lage der protestantischen Kirche in Deutschland und namentlich in Preußen, auf Anlaß der Rede des Königs von Preußen an den Berliner Magistrat.
Oestreichs Weltberuf.
Sozialistische Bestrebungen in Deutschland. Vom Herausgeber. Erster Artikel. Der filosofische Sozialismus.
Hannoversche Zustände, mit Hinsicht auf den bevorstehenden Landtag.
Die Donau- und die Sundzollfrage.
Sächsische Zustände.
Protestantische Denkschrift an die nach Berlin berufene evangelische Konferenz.

Inhalt des zweiten Bandes.

Die höheren Schulen und deren Lehrer in Preußen. Von Heinrich Pilgrim. Dritter Artikel.
Einige Worte über den Elsaß.
Die Reformbestrebungen und die Untersuchungen auf der Universität Halle unter dem Kuratorium des Herrn Dr. Pernice. Von H. Roth.
Zur Karakteristik des Ministeriums und der zweiten Kammer in Baiern.
Die Wilddiebstahlsgesetzgebung im Königreiche Hannover.
Sozialistische Bestrebungen in Deutschland. Vom Herausgeber. Zweiter Artikel. Der praktische Sozialismus
Oestreich und Rußland, besonders in kirchlicher Beziehung. Von Franz Schuselka.
Mittheilungen über die Verhandlungen der evangelischen Konferenz.
Petizionen vieler Bürger von Mannheim an die hohe zweite Kammer der badischen Landstände.
Erläuterungen und Nachträge zu dem Artikel: „Sächsische Zustände" im ersten Bande dieses Werkes. Vom Herausgeber.

Inhalt des dritten Bandes.

Ueber das Militärsystem der deutschen Staaten, mit besonderer Hinsicht auf die Stellung des Offizierstandes zum Bürgerstande.
Deutsche Bettler und Industrieritter in Paris. Von August Kunze.
Die gute Presse Oestreichs und ihr Verhalten bei den galizischen Ereignissen.
Das Ende des Jordanschen Prozesses in Kurhessen.
Die kirchliche Bewegung in Königsberg.
Deutschland und Skandinavien.
England und Deutschland in Bezug auf die Peelschen Handelsreformen. Der Berliner Zollkonferenz im Jahre 1846 vertrauungsvoll gewidmet. Von Gustav Höfken.
Die Polen des Großherzogthums Posen, mit besonderem Bezug auf die Jahre 1845 und 1846; nebst Betrachtungen über die Ursachen des Verfalls der polnischen Republik.

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

Zettler

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Biedermann, Karl

Unsre Gegenwart und Zukunft

Bd.: 4

Leipzig 1846
H.misc. 35-4
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10737801-9